

**DIE
NEUE ZÜRCHER ZEITUNG
IM ZEITALTER DES
ZWEITEN WELTKRIEGES
1930-1955**

Warenname	1 Kilo	2 Kilo	3 Kilo	4 Kilo
Milch an Schiller oder bei Wägung	2.80	5.50	8.10	10.70
Wach (Schwaben) bei Wägung	4.00	8.00	12.00	16.00
Wach (Schwaben) beim Verkauf	4.00	8.00	12.00	16.00
Zirkon oder Zirkonit	2.50	5.00	7.50	10.00
Wach (Schwaben) beim Verkauf	4.00	8.00	12.00	16.00
Wach (Schwaben) beim Verkauf	4.00	8.00	12.00	16.00

und schweizerisches Handelsblatt

Täglich 3 Ausgaben

Kollektion: Jahresheft 1, Stück 1
 Abonnement: Vierteljahr 10, Halbjahr 20, Ganzjahr 35
 Einzelheft 10, 20, 35

Warenname: Die Werte in Zahlen und Wägungen
 Preis der Millimetergröße
 100 Millimeter 25 Pf.
 150 Millimeter 35 Pf.
 200 Millimeter 45 Pf.
 250 Millimeter 55 Pf.
 300 Millimeter 65 Pf.
 350 Millimeter 75 Pf.
 400 Millimeter 85 Pf.
 450 Millimeter 95 Pf.
 500 Millimeter 105 Pf.

Gefamtkapitulation der deutschen Truppen

Unterzeichnung in Reims am Montagmorgen — Fortsetzung des deutschen Widerstandes in Belgien

Die Erklärung des Kriegsendes

Die Erklärung, die der Oberste der Reichswehr, Adolf Hitler, am Montagmorgen in Reims unterschrieb, ist die erste Erklärung, die die deutsche Wehrmacht seit dem 1. September 1939 unterschrieben hat. Sie ist die erste Erklärung, die die deutsche Wehrmacht seit dem 1. September 1939 unterschrieben hat. Sie ist die erste Erklärung, die die deutsche Wehrmacht seit dem 1. September 1939 unterschrieben hat.

Die Erklärung ist in drei Teilen unterteilt. Der erste Teil enthält die Erklärung, dass die deutsche Wehrmacht die Waffen niederlegt und sich dem Sieger ergibt. Der zweite Teil enthält die Erklärung, dass die deutsche Wehrmacht die Waffen niederlegt und sich dem Sieger ergibt. Der dritte Teil enthält die Erklärung, dass die deutsche Wehrmacht die Waffen niederlegt und sich dem Sieger ergibt.

und schweizerisches Handelsblatt

Täglich 3 Ausgaben

Die Erklärung des Kriegsendes

Die Erklärung, die der Oberste der Reichswehr, Adolf Hitler, am Montagmorgen in Reims unterschrieb, ist die erste Erklärung, die die deutsche Wehrmacht seit dem 1. September 1939 unterschrieben hat. Sie ist die erste Erklärung, die die deutsche Wehrmacht seit dem 1. September 1939 unterschrieben hat. Sie ist die erste Erklärung, die die deutsche Wehrmacht seit dem 1. September 1939 unterschrieben hat.

Die Erklärung ist in drei Teilen unterteilt. Der erste Teil enthält die Erklärung, dass die deutsche Wehrmacht die Waffen niederlegt und sich dem Sieger ergibt. Der zweite Teil enthält die Erklärung, dass die deutsche Wehrmacht die Waffen niederlegt und sich dem Sieger ergibt. Der dritte Teil enthält die Erklärung, dass die deutsche Wehrmacht die Waffen niederlegt und sich dem Sieger ergibt.

Die Nachrichten im Bundesrat

Der 7. Mai. Der 13. Mai 1945 ist ein Tag der Geschichte. In der Schweiz wird die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims bekanntgegeben. In der Schweiz wird die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims bekanntgegeben. In der Schweiz wird die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims bekanntgegeben.

Die Nachrichten im Bundesrat sind wie folgt: Der Bundesrat hat beschlossen, dass die Schweiz die Waffen niederlegt und sich dem Sieger ergibt. Der Bundesrat hat beschlossen, dass die Schweiz die Waffen niederlegt und sich dem Sieger ergibt. Der Bundesrat hat beschlossen, dass die Schweiz die Waffen niederlegt und sich dem Sieger ergibt.

Unterzeichnung im Hauptquartier Eisenhower

Reims, 7. Mai. (Schweizer) Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden. Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden. Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden.

Einbauern des Widerlandes in Dähmen

Reims, 7. Mai. (Schweizer) Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden. Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden. Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden.

Die Spannung zwischen den Westmächten und Moskau

London, 7. Mai. (Schweizer) Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden. Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden. Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden.

Hochschweizer-Probleme an das deutsche Volk

Reims, 7. Mai. (Schweizer) Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden. Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden. Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden.

Einbauern des Widerlandes in Dähmen

Reims, 7. Mai. (Schweizer) Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden. Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden. Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden.

Die Spannung zwischen den Westmächten und Moskau

London, 7. Mai. (Schweizer) Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden. Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden. Die Kapitulation der deutschen Truppen in Reims ist am Montagmorgen unterzeichnet worden.

Copyright by Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 1955

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

ZUM 175JÄHRIGEN BESTEHEN
DER NEUEN ZÜRCHER ZEITUNG

12. JANUAR 1955

Am 12. Januar 1955 hat die «Neue Zürcher Zeitung» ihr 175. Lebensjahr vollendet. Das Vierteljahrhundert, das an diesem Tage seit dem letzten Jubiläum des Blattes verflossen ist, schliesst das umwälzende Ereignis des Zweiten Weltkrieges und damit den gefahrenreichsten Abschnitt in der Geschichte der Eidgenossenschaft seit der Gründung des Bundesstaates ein. Deshalb empfinden wir heute das Bedürfnis, Rechenschaft darüber abzulegen, wie die «Neue Zürcher Zeitung» im Zeitalter des Totalitarismus, also unter gänzlich veränderten Umständen und Bedingungen, ihre öffentliche Aufgabe erfüllt hat. Schon vor mehr als hundert Jahren schrieb Paul Usteri, dass Freistaaten gegenüber dem Ausland kein stärkeres Schutzmittel als die Publizität besässen. Wie das Wort der «Neuen Zürcher Zeitung» in den Krisen- und Kriegsjahren 1933 bis 1945 und seither wieder für die Wahrung der Unabhängigkeit und Freiheit des Landes eingesetzt worden ist, wie dieses Blatt die Geschichte der letzten Jahrzehnte aufgezeichnet und selbst an seinem Ort und mit seinen Mitteln schweizerische Geschichte mitgestaltet hat – darüber soll das vorliegende Werk Auskunft geben. Dr. Fred Luchsinger, ein dem Redaktionsstab der NZZ angehörender junger Historiker, hat es mit dem seinem Auftrag entsprechenden ernstesten Bemühen um Objektivität und Quellenwahrheit so gestaltet, dass ihm nach unserer Überzeugung sowohl sachliche Zuverlässigkeit wie literarischer Wert zuerkannt werden darf. Wir legen das Buch vertrauensvoll in die Hände unserer Freunde und Leser und einer weitem an diesem Beitrag zur jüngsten schweizerischen Geschichte interessierten Öffentlichkeit.

W. BRETSCHER

Dem vorliegenden Band ist die Aufgabe zugedacht, die Geschichte der «Neuen Zürcher Zeitung», wie sie auf das Jubiläumsjahr 1930 von August Welti und seinen damaligen Redaktionskollegen geschrieben worden ist, über ein weiteres Vierteljahrhundert hin bis in unsere Tage weiterzuführen. Für eine geschichtliche Betrachtung im eigentlichen Sinn mag die zeitliche und geistige Distanz zu diesem eben zurückgelegten Zeitabschnitt zu gering erscheinen; besser als die Bezeichnung «Geschichte» ist dem Unternehmen vielleicht das Wort «Rechenschaftsbericht» angemessen. Wer sich und anderen Rechenschaft ablegt, ist in nicht geringerem Mass zur Objektivität verpflichtet als der Geschichtsschreiber. Diese Verpflichtung war bei der Ausarbeitung dieser Schrift wegleitend. Was hier darzustellen war, konnte nicht durch Rücksichten auf die heutige Tagespolitik bestimmt sein; und ebenso wenig ist es der Zweck dieser Arbeit, die Stellungnahme der Zeitung zu all den Fragen, die ihr das vergangene Vierteljahrhundert gestellt hat, in jedem einzelnen Punkte nachträglich zu rechtfertigen.

Die Darstellung ist ein Versuch, die Geschichte der Zeitung in ihrer engen Verflechtung mit der Geschichte des vergangenen Zeitabschnittes zu schildern. Weil dieser Zeitabschnitt eine politische Signatur trug, musste daraus notwendigerweise vor allem eine Darstellung der politischen Haltung des Blattes werden. Das bedingte eine gewisse Einseitigkeit, die mancher Leser mit dem Verfasser bedauern wird und die der Gestalt der «Neuen Zürcher Zeitung» vielleicht nicht ganz angemessen scheint. Zwar war die NZZ seit je und ist sie noch immer vor allem eine politische Zeitung. Aber sie lebt doch nicht vom politischen Brot allein. Was wäre sie ohne ihr Feuilleton, ihren lokalen Teil, ihre Finanz- und Wirtschaftsinformation, ihre Beilagen – ja auch ohne

ihre Inserate und ihren technischen und kaufmännischen Betrieb im Hintergrund! Keine Zeitung und kein Zeitungsunternehmen! Auf all die Sparten des Blattes, deren Beziehung zum politischen Geschehen eher locker ist, fällt hier kaum ein Seitenblick – nicht weil sie keine Geschichte gehabt hätten, deren Aufzeichnung sich lohnen würde, sondern weil die Rücksicht auf die Einheit des Themas und der Darstellung das Opfer des Verzichts verlangte.

Noch ein Wort zur Methode der Arbeit: Die Quelle der Darstellung ist vor allem das geschriebene und gedruckte Wort des Blattes, wie es in den gut zweihundert Folianten der Monats- und Zweimonatshände der NZZ dieser 25 Jahre aufbewahrt ist. Wo im Text nichts anderes angegeben wird, stammen die Zitate aus Leitartikeln des Blattes, drücken also gültig seine Meinung und Stellungnahme aus. In grösserem Umfang sind auch Akten, Protokolle, Korrespondenzen aus den Redaktionsarchiven benutzt und an einigen Stellen zur Verdeutlichung der Zusammenhänge wiedergegeben worden. Sie sind, wie einmal gesagt wurde, der unsichtbare grössere Teil des «Eisberges», von dem der Leser in den täglichen Ausgaben nur die Spitze über Wasser sieht. Freilich bieten sie wohl kaum irgendwo einen Schlüssel zum Verständnis der Haltung des Blattes, den man nicht auch in der gedruckten Zeitung fände. Sie zeigen etwa die Redaktion in der Auseinandersetzung mit Kritikern, aber sie lassen keine «Mächte» sichtbar werden, die im Hintergrund wirken und das politische und wirtschaftspolitische Urteil des Blattes beeinflussen oder gar lenken. Die Gründe dieses Urteils und der Haltung des Blattes sind auch ohne Kenntnis dieser Archive aus dem Textteil der Zeitung mit Leichtigkeit zu erschliessen.

Eine andere Quelle der Erkenntnis hingegen war von unschätzbbarer Bedeutung für den Verfasser, der einen Zeitabschnitt zu schildern hatte, den er selber nur zum Teil bewusst und nur zu einem sehr

geringen. Teil am Blatte selber miterlebt hat: das Gespräch mit den Männern, die in diesem Vierteljahr hundert an der Zeitung wirkten und sie gestalteten. Dass ihre persönliche Erinnerung noch einen Niederschlag in der Darstellung dieser bewegten Epoche finden konnte, war ein weiterer Grund dafür, warum diese Geschichte jetzt und nicht erst später geschrieben werden sollte. Von diesem Vorteil der «Zeitgeschichte», der manchen ihrer Nachteile aufwiegt, hat der Verfasser ausgiebigen Gebrauch gemacht. Wenn es gelungen sein sollte, Papier und Archiv zeitweise etwas vergessen zu machen und eine Anschauung davon zu vermitteln, was die NZZ in dem hinter uns liegenden Zeitabschnitt war, dann schuldet er den Dank diesen lebenden Zeugen und Streitem aus den Jahren 1930 bis 1955.

FRED LUCHSINGER

DAS ERBE DER GENERATIONEN

Am 11./12. Januar 1930 feierte die «Neue Zürcher Zeitung» mit der Herausgabe einer 96seitigen Jubiläumsnummer, in einem Festakt in der Aula der Universität und nachfolgendem Bankett die Vollendung ihres 150. Jahrganges. Es war das erstmal, dass sie in dieser Weise die Augen ihres Leserkreises auf sich selber zog. Das Zentenarium war seinerzeit wohl vergessen, jedenfalls im Blatte mit keiner Zeile erwähnt worden.

Der Rückblick galt dem ganzen langen Leben des Blattes, das am 12. Januar 1780 einem zürcherischen Publikum seine Absicht verkündet hatte, ihm fortan zweimal in der Woche die «Weltbegebenheiten anzuzeigen», und das, dank seinem immer zunehmenden geistigen Gewicht, der Zähigkeit der Unternehmer und einem glücklichen Stern, mit einigen Zäsuren zwar, aber ohne Unterbruch in seiner Präsenz, über fünf Generationen hinweg sich nicht nur behauptet, sondern sich zu einem Organ von nationalem Ansehen und europäischem Antlitz entwickelt hatte. Eine wohlfundierte, aus ebenso mühsamer wie liebevoller Forschung unter der Hand des früheren Bundesstadtrektors August Welti entstandene Jubiläumsschrift «150 Jahre Neue Zürcher Zeitung» schilderte nun in lebendiger Weise das Hauptstück dieses Weges; über die letzten Dezennien der Geschichte des Blattes legten im gleichen Band die Redaktoren der einzelnen Ressorts eingehend Rechenschaft ab.

Auf ihren Festtag hin kam der NZZ eine Fülle von Zeugnissen zu, die von ihrer Mission als der eines massgebenden Organs in der Bildung der schweizerischen öffentlichen Meinung sprachen und ihre europäische Funktion hervorhoben. Sie machten offenbar, dass dem Blatt in der Öffentlichkeit mehr als der Charakter eines privaten und lokalen Unternehmens, fast der einer Institution zuerkannt wurde.

Das nationale Ansehen der NZZ war gefestigt seit hundert und mehr Jahren, seit 1821 der publizistische Vorkämpfer des Liberalismus Paul Usteri in die Redaktion eingetreten war. Noch immer

war, in zeitgemässer Modifikation, die Sache des Liberalismus die ihre, mochten sich auch die Vorzeichen geändert haben: was damals mit Feuer vertretene Forderung an einen obrigkeitlichen Staat, was ein Ruf nach «Umänderung» Helvetiens gewesen war, durfte seit langem als bewährter politischer Bestand gelten. Nicht ein unbestrittener freilich. Vielmehr war, wer sich zum Liberalismus bekannte, zum Verteidiger eines Erbes geworden, das eine starke Minderheit zur Linken zu liquidieren und durch eine politische Struktur marxistischen Gepräges zu ersetzen trachtete. Die innenpolitische Passion war wieder wach – falls sie überhaupt je gemindert gewesen war. Sie war in der NZZ nicht allein ideologischer Art – in welchen Bezirk die Auseinandersetzung mit den Marxisten freilich unablässig verwiesen war –, sie hatte zum Gegenstand über den «Klassenkampf» hinaus den Staat und seine Erhaltung gegen jene Kräfte, von denen Trennung und Spaltung, Störung des in der föderativen Demokratie so delikaten Gleichgewichts, Verwischung und Verwirrung ihrer wesentlichen und bewährten Prinzipien drohte. Besonders nachhaltig hatte die NZZ den Ruf nach nationaler Einigkeit im Weltkrieg erhoben, der einen Graben zwischen Deutsch und Welsch aufgerissen hatte. Die innere Aussöhnung, der zu dienen das Blatt sich zum Programm gemacht hatte, bezog sich auf mehr als auf die Trennung der Klassen. Sie hatte starken Einfluss auch auf die Argumentation zugunsten der aussenpolitischen Neutralität des Landes, die man entschlossen vertrat. Dieser auf das Ganze des Staates bezogenen Ausrichtung mochte es, abgesehen vom Niveau der politischen Auseinandersetzung, der Bedeutung des Blattes als eines Diskussionsforums führender Köpfe und anerkannter Fachleute, der weitgespannten und seriösen Information, zu danken sein, wenn die NZZ eine nationale Funktion versah, wie sie ihr an ihrem Festtag von so mancher Seite bestätigt wurde.

Bei all dem blieb ihre Fühlungnahme mit der Freisinnigen Partei eng, wenn es auch das Verhältnis zweier voneinander durchaus unabhängiger Partner war und die NZZ weder ein sogenanntes Parteiblatt war noch in der Öffentlichkeit als solches galt. Dass sie

sich im Übrigen integer und von «Mächten» und Einflüssen frei und unabhängig wusste, die sie ihrem eigentlichen Anliegen und ihrer Funktion hätten entfremden wollen, brachte das Zeugnis zum Ausdruck, das ihr abtretender Chefredaktor, der eben ins höchste Amt des Landes gewählte Bundesrat Albert Meyer, vor der Festgemeinde in der Universität ablegte: «Nie sind, solange ich am Blatte tätig war, unsachliche Einflüsse an die Redaktion herangetreten.»

Ein «europäisches Antlitz», so wurde gesagt, zeige das Blatt in seinem Auslandteil. Es hatte im Weltkrieg unter der Leitung Albert Meyers jene Züge angenommen, die es noch immer kennzeichneten. Hier sollte, über aller Trennung und Zerrissenheit des Kontinents, ein gewissermassen neutraler Ausspracheort geschaffen und erhalten werden, an dem nicht das beschränkte Interesse einer Nation, sondern der Gedanke der Wiederannäherung und Aussöhnung massgebend sein sollte. Wenn man das Blatt ein «Zentrum für internationalen Gedankenaustausch» nannte, so mochte man damit auf eine Tendenz anspielen, die im Auslandteil Ausdruck fand: dem Leser wenn immer möglich aus erster Hand die Meinungen führender politischer Persönlichkeiten darzubieten – vielleicht in leichter Überschätzung ihrer Mitteilungsmöglichkeiten. Namen wie Lloyd George, Winston Churchill, André Tardieu, Edouard Herriot, Benito Mussolini, die Professoren und Reichstagsabgeordneten Hellpach und Hoetzsch zeichneten hier unter anderen Prominenten. Man mochte dabei den Blick auch auf dem Leserkreis in Deutschland haben, dem man in solchen Artikeln einen Kontakt mit der Umwelt ermöglichte, wie ihn die deutschen Blätter kaum boten.

Ebenso wesentlich für das Gewicht des Auslandteils war aber, dass ein gut ausgebauter Stab von eigenen Korrespondenten aus nahezu allen europäischen Hauptstädten – Amerika lag für die NZZ noch spürbar abseits – eine durch viele Reiseberichte aus andern Kontinenten noch gemehrte Fülle von kritisch gewerteten Informationen vermittelte, wie sie in der schweizerischen Presse sonst kaum erreicht wurde. Man sah im Ausbau der eigenen, unabhängigen Bericht-

erstattung, wie inan sie mit Energie betrieben hatte und weiterbetrieb, in der Gestaltung eines über die Grenzen hinaus anerkannten Blattes eine Verpflichtung auch gegenüber der schweizerischen Öffentlichkeit: sie brauchte ein den grösseren ausländischen Blättern ebenbürtiges Organ, wollte sie nicht einfach zum geistigen Absatzgebiet des Auslandes und seiner Propaganda werden – eine Gefahr, die der Weltkrieg in aller Deutlichkeit aufgezeigt hatte.

Eines ausgezeichneten Rufes der Seriosität seiner Information erfreute sich der Handelsteil der NZZ. Aus sporadischen Notierungen von Wertpapieren und Wechselkursen, aus verstreuten Handelsberichten von den grossen Umschlagplätzen, die in den ersten hundert Jahrgängen des Blattes da und dort zu finden waren, hatte sich, vor allem seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts, ein Instrument der wirtschaftlichen Information und der wirtschaftspolitischen Diskussion entwickelt, das Handel und Industrie des Landes aus ihrem täglichen Disponieren und Planen nicht mehr wegdenken konnten. Die stärkere Verflechtung der schweizerischen Wirtschaft in den Welthandel und der Aufstieg Zürichs zu einem internationalen Finanzzentrum in der Nachkriegszeit liessen den Handelsteil zu «europäischem Format» aufwachsen, dessen man ihn jetzt rühmte – abgesehen vom Prestige, das das Blatt für die kompetente Diskussion der höchst verwickelten Probleme der internationalen Verschuldung genoss, die von Mitgliedern der Handelsredaktion im politischen Teil der Zeitung geführt wurde.

Der Poet, der bei der Teilung der Erde nach Schillers Gedicht zu kurz gekommen sei, habe bei der Verteilung der «Neuen Zürcher Zeitung» mehr Glück gehabt, schrieb Eduard Korrodi in seiner sprühenden Vorstellung des Feuilletons und seines Werdeganges, die dem gewichtigen Jubiläumsband ein verleibt ist. Zur Erhärtung seiner Behauptung konnte er Namen nennen, die alle, sei es als Mitarbeiter, sei es als Redaktoren, unter dem Strich, im behaglichen «Rez-de-Chaussée der Zeitung» gezeichnet hatten: Gottfried Keller, Conrad Ferdinand Meyer, Carl Spitteler, Adolf Frey, Frank Wedekind, Hermann Hesse, Romain Rolland.

Auch hier war das Fenster nach Europa weit offen, wenn auch natürlicherweise der Zusammenhang mit der deutschen Kulturgemeinschaft, solange es sie noch gab, betont wurde und das schweizerische literarische Schaffen, soweit es dem strengen Mass des Kritikers standhielt, hier selbstverständlich eine Stätte fand. «Gediegenheit und Ehrerbietung in der Beschäftigung mit den Dingen des Geistes» standen vor «glitzernder Feuilletonistik», und es war nicht von ungefähr, dass alt Rektor Gauchat als Vertreter der Universität Zürich seinen Geburtstagswunsch «unserm inoffiziellen Organ» darbrachte, einem Organ, in dem die strenge Sachlichkeit und die humanistische Tradition fortwirkten, die der vor Kurzem verstorbene Burckhardt-Schüler Hans Trog ihm eingeprägt hatte. Im Übrigen aber, und bei aller immer hochgehaltenen und durch Namen wie Adolf Koelsch, Willy Schuh und viele andere weiterhin garantierte Seriosität – was für ein Leben in diesem engen Reich unter dem Strich! Die Sprache, oben meist straff am Zügel der ernstesten logischen Argumentation gehalten, gewann hier unter dem Zeichen E. K. das lebendige Temperament der Rede zurück, es wurde brillant gefochten mit einer Klinge, die doch keine tiefen Wunden schlug, es wurde erzählt und aufs Liebenswertigste geplaudert, dass es eine Lust war, geschildert, dass man selber die Dinge in ihrem Glanze sah, mit feiner Hand und ohne Preziosität der Dichtung ein Weg bereitet zum Leser, und mit Kompetenz und umfassender Kenntnis der literarischen Szene und ihrer Agonisten wurden die Zusammenhänge ins Licht gerückt.

Ein Lokalteil von guter journalistischer Präsenz rundete das Bild, das die NZZ dem Leser zu Anfang der dreissiger Jahre darbot. In die Hände seiner Redaktoren waren nicht nur die mit der wachsenden Stadt immer weiter gezogenen «lokalen» Belange gelegt – Mondfinsternisse gehörten damals und gehören bekanntlich noch heute in der NZZ zu den «lokalen» Ereignissen –, sondern all das dazu, was bei den «Spezialisten» nicht untergebracht wurde: Saison, Reise, Verkehr; Mode und Gesellschaft; Technik; Fürsorge; Automobil; Sport – Namen für ebensoviele Beilagen, die das Blatt

periodisch oder gelegentlich ergänzten. Besonders gut aufgehoben waren in den Händen des Seniors der Abteilung, Willi Bierbaum, die technischen Wunder und Pionierleistungen des Jahrhunderts, Mittelholzers Flüge, Piccards Rekorde, ohne dass auf die seitenlangen begeisterten Schilderungen bereits der düstere martialische Glanz gefallen wäre, der so bald wieder auf den Vehikeln des Fortschritts liegen sollte.

In der internen Geschichte des Blattes brachte das Jubiläumsjahr einen neuen Abschnitt. Der Chefredaktor Albert Meyer, in dessen Händen die Leitung seit 1915 gelegen hatte, vertauschte den Redaktionsstuhl mit einem Bundesratssitz. Was sich mit dem Anwachsen des Unternehmens zu einem Grossbetrieb schon lange aufgedrängt hatte, wurde nun vollzogen: die administrativ-technische Domäne des Betriebs wurde einem Verwaltungsdirektor unterstellt und von der redaktionellen Sphäre auch formell getrennt. Zum neuen Chefredaktor wurde der seit 1919 als Auslandredaktor am Blatte wirkende Hans Kloetzli gewählt, zum Verwaltungsdirektor der Inlandredaktor und Sekretär des Verwaltungskomitees Ernst Rietmann.

KRISE DER NACHKRIEGSORDNUNG

Die Welt, mit der das politische Bewusstsein zu Beginn der dreissiger Jahre konfrontiert war, trug noch immer das Stigma einer Nachkriegsperiode. Die schweren Probleme, die ihr gestellt waren, hingen zum grösseren Teil mit der Bewältigung der Erbschaft zusammen, die ihr die Katastrophe des Weltkrieges hinterlassen hatte. In jenen vier Jahren war der Begriff Europa unkenntlich geworden, und es galt, ihn wieder herzustellen; dem Besiegten war die Pflicht materieller Wiedergutmachung auferlegt, und es musste ein Weg gefunden werden, die Ansprüche zu regeln und die Last für seine Wirtschaft tragbar zu machen; ganz Europa war mit Amerika in ein Geflecht von Schulden verstrickt und verlangte vom Gläubiger Abstriche; das mit der politischen Schuld am Krieg belastete Deutschland strebte nach Revision des ihm auferlegten Friedensvertrags; die Meinungen derer, die für Vertrauen dem Besiegten gegenüber plädierten und seine Rehabilitierung und Wiedereinbeziehung in das Konzert der Nationen betrieben, und der andern, die vor allem Sicherungen gegen eine mögliche Revanche verlangten, waren noch immer nicht versöhnt, wenn auch die Politik selber vorläufig dem in Locarno und mit dem Wort der «Erfüllungspolitik» gewiesenen Weg zu folgen schien.

Aus der tiefen Erschütterung der Geister, die den mörderischen Krieg zur Ursache gehabt hatte, war aber auch noch ein anderes lebendig geblieben: der Idealismus, der eine Völkergemeinschaft neuer und besserer Art entwarf, in der ein Rückfall ins barbarische Völkermorden nicht mehr möglich sein sollte – der Glaube an den Völkerbund, der, wenn ihm erst einmal die Auflage von Versailles genommen war und er seinem Urbild einer universalen Gemeinschaft gleichberechtigter Nationen entsprechen würde, eine kollektive Sicherheit zu garantieren vermöchte.

Die Verpflichtung auf den Gedanken des Völkerbundes war der NZZ der ersten dreissiger Jahre mit fast programmatischer Deutlich-

keit eingeschrieben. Sie entsprach jener allgemeineren Mission auf internationaler Ebene, für die sich das Blatt entschieden hatte und der es seit den Jahren des Weltkrieges diente: der Förderung der Verständigung unter den Nationen, der Vermittlung – wenn man dieses Wort für eine Zeitung beanspruchen darf – zwischen Siegern und Besiegten, dem Kampf gegen die Residuen eines unversöhnlichen nationalistischen Geistes auf beiden Seiten, in dem man Keime zu neuer Machtpolitik und zu einer Wiederholung des verderblichen kriegerischen Abenteuers sah. Man empfand ein aktives Hervortreten in diesem Sinne als ein Gebot für ein neutrales, d.h. keiner der beiden ehemaligen Kriegsparteien verpflichtetes Blatt. Den Völkerbund aber hielt man für das gegebene Forum solcher Bemühung um Vermittlung und Aussöhnung. Wenn man an ihm Kritik übte, so traf sie seine Unvollkommenheit und Einseitigkeit, seine zum Nachteil der Besiegten zu starke Verflechtung mit Versailles also, nicht aber sein Prinzip, an das man mit mehr als der politischen Vernunft allein glaubte. Unter allem Raisonement waren hier Herztöne spürbar, besonders wenn der neue Chefredaktor Kloetzli die Feder führte. Ihm war die Hoffnung, die man 1919 aus der Geburt des Völkerbundes geschöpft hatte, wegleitend geblieben, und er hielt trotz der Verdunkelung der Aussicht an seiner Meinung fest, dass hier die «Keime für eine bessere Zukunft, für eine Änderung des Friedensvertrags sowohl als auch für eine ganz neue zwischenstaatliche Organisation» lägen, wie er in jenem Jahre von Versailles schon als junger Journalist geschrieben hatte.

Mit dieser Loyalität dem Völkerbundsgedanken gegenüber und mit dem Glauben, dass die Genfer Institution in den gegenseitigen Beziehungen der Völker Positives zu wirken vermöge, stand man im Einklang mit der schweizerischen Aussenpolitik. Ihr Leiter, Bundesrat Motta, schrieb dem Chefredaktor in einem Brief, der in einer Sonderbeilage der NZZ zur Erinnerung an den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund publiziert wurde, die folgenden Sätze:

«Die Fortschritte, die auf dem Wege der rechtlichen Organisation des zwischenstaatlichen Friedens dank dem Völkerbund erzielt worden sind,

sind gewaltig. Ich schreibe diesen Satz nach reiflicher Überlegung und nachdem ich ein berühmtes Wort Talleyrands – tout ce qui est exagéré est inexistant – noch besonders beherzigt habe. Die Fortschritte sind gewaltig, und zwar so gewaltig, dass, wenn es moralisch erlaubt wäre, die Ereignisse der Zukunft rein nach den geschriebenen Rechtsnormen vorausszusehen und zu beurteilen, wir alle wohl den Krieg als endgültig besiegt betrachten könnten.»

«Wenn es moralisch erlaubt wäre» . . . Die hier angedeutete Reservation zugunsten der politischen Wirklichkeit – bei Motta bezog sie sich auf das «Fatum» – kam in Berichterstattung und aussenpolitischer Kommentierung freilich ausgiebig zu ihrem Recht. Wer den Finger täglich am Puls der internationalen Politik hatte, konnte in seinem Glauben nicht blind sein. Der Kommentator mochte den Widerspruch der politischen Praxis zum Ideal bisweilen als mahnenden Vorwurf an die Wirklichkeit formulieren, an die «altmodische Politik» der Staaten, die «dem völkerrechtlichen Fortschritt hinternachhinken» – übersehen konnte und durfte er bei aller Loyalität nicht, dass in Genf in entscheidenden Fragen im luftleeren Raum juristische Strukturen errichtet wurden, die rauheren Winden auf die Dauer nicht standhalten konnten.

Der bis dahin wohl schwersten Belastungsprobe wurde der Völkerbund im mandschurischen Konflikt unterworfen, der im Herbst 1931 offen ausbrach. Der Rechtsbruch Japans, nur fadenscheinig getarnt in der Mandschurei, unverhüllt wenige Monate darauf in der Aggression gegen Schanghai, löste höchste Erbitterung aus. Walter Bosshard, dessen Berichte aus China das Blatt von den deutschen Verlagshäusern übernahm, für die er damals noch arbeitete, schrieb aus Schanghai, als kaum die Beschiessung der Stadt begonnen hatte, einen bewegten Appell gegen dieses Verbrechen am Völkerrecht. Seine Warnung, dass die Autorität des Völkerbundes auf dem Spiel stehe, wenn er diese Herausforderung unbeantwortet lasse, hatte man schon im Herbst redaktionell vorweggenommen, als die mandschurische Frage dem Völkerbundsrat unterbreitet wurde. Die intensive Anteilnahme, mit der man dessen Verhandlungen in Genf und in Paris verfolgte, hatte zum Hintergrund die

ernste Besorgnis darüber, wie diese Probe auf die internationale Solidarität und den Grundsatz der kollektiven Friedenssicherung bestanden werden würde. Die aus der Redaktion delegierten Berichtserstatter, Willy Bretscher und Walther Weibel, hielten mit Skepsis von Anfang an nicht zurück; es war offensichtlich, dass keine von den Völkerbundsmächten sich zur Intervention bereitfinden würde, um die Verpflichtungen aus dem Pakt zu honorieren. Es blieb, und so lautete auch die bittere Bilanz, die man nach einem Jahr praktisch ergebnisloser Debatten zu ziehen hatte, bei Verbalmanifestationen, die der Angreifer im Fernen Osten mit Hohn quittierte. Das Recht des Stärkeren hatte sich durchgesetzt – an dieser Feststellung änderte auch das Verbot der Anerkennung des Satellitenstaates Mandschukuo nichts, das der Völkerbund schliesslich aussprach.

Die journalistische Kritik traf in aller Schärfe den Rechtsbrecher, aber auch sehr deutlich jene Mächte, deren Widerstand oder Unentschlossenheit, den Erwägungen einer rein nationalen Interessenpolitik entsprungen, eine Kollektivaktion wirtschaftlicher, geschweige denn militärischer Art verhindert hatte: England vor allem, dem man offen seine Rücksichtnahme auf das Rüstungsgeschäft im Fernen Osten vorwarf, aber auch Frankreich, das seine indochinesischen Interessen über die des Völkerbunds gestellt hatte.

Eine Erschütterung des Glaubens an die politische Aktionsfähigkeit des Völkerbundes und damit an die Idee der kollektiven Sicherheit war unvermeidlich, und man entfaltete keinen propagandistischen Eifer, um die Öffentlichkeit über die bittere Erfahrung raschmöglichst hinwegzubringen. Sie traf sich im Augenblick, da die peinliche Bilanz endgültig gezogen werden musste, mit anderen enttäuschten Hoffnungen auf eine Friedenspolitik aus neuem Geiste und trug dazu bei, dass der Völkerbund, für die folgenden Jahre wenigstens, aus dem Zentrum des aussenpolitischen Denkens mehr und mehr an den Rand gedrängt wurde.

Der Gedanke der kollektiven Sicherheit stand in anderer Form auch beim Abrüstungsproblem zur Diskussion. Nicht dass man sich

in der NZZ enthusiastisch für ein Schema des Rüstungsabbaus eingesetzt hätte. Für Enthusiasmus liess die äusserst komplexe Frage dem politischen Beobachter wenig Ansätze übrig, mochten auch Millionen ihre Unterschriften unter beschwörende Petitionen an die Adresse der in Genf verhandelnden Staatsmänner richten. Man teilte das Gefühl der Dringlichkeit, das sie bewegte, ihre aus der Erinnerung an das furchtbare Geschehen immer neu bestärkte Forderung, dass es eine Wiederholung des Weltkrieges nicht geben dürfe, und man hielt zu der Überzeugung, dass unbeschränkte Rüstung eine Gefahr für den Frieden darstelle und dass sie in irgendeiner Form unter Kontrolle gebracht werden müsse. Aber man sah zugleich deutlich genug die Hindernisse, die in den Nationen, ihren gegensätzlichen Interessen, ihren Empfindlichkeiten und Ressentiments, ihren innenpolitischen Verwicklungen, einer radikalen und selbstlosen Regelung der Frage entgegenstanden und dauernd noch zu wachsen schienen. So blieb der Ton der Kommentare nüchtern und, was die sich bald mühsam hinschleppende, durch keinen der vielen Belebungsversuche in Fahrt kommende Genfer Abrüstungskonferenz betraf, zurückhaltend. Man hielt ihre Ausgangslage für wenig verheissungsvoll angesichts der Imponderabilien, die mit den radikalen deutschen und russischen Forderungen einer allgemeinen Abrüstung, der versteiften französischen Sicherheitsdoktrin, dem bereits im Fernen Osten wütenden Krieg auf ihr lasteten, und man hegte Befürchtungen, ein Zusammenprallen der Gegensätze könnte die internationalen Beziehungen einer Belastung aussetzen, die man ihnen jetzt, zu Beginn des Jahres 1932, lieber erspart hätte. Die Sorge, dass in Genf kein Porzellan zerschlagen werde, schien die Erwartungen auf positive Resultate zu überwiegen.

Soweit man Kritik übte, war sie auch hier an der Verständigungspolitik orientiert. Man hatte schon früher, bei Anlass der Londoner Konferenz über die Rüstung zur See in den ersten Monaten des Jahres 1930, dem Missmut vor allem über die französische Sicherheitspolitik offen Ausdruck gegeben, die «schematisch den Krieg gegen den Krieg vorbereite» und jede Abrüstungsdiskussion von

schwer erfüllbaren Vorbedingungen abhängig mache, statt dass sie auf Versöhnung und Vertrauen setze. Misstrauen passte nicht in eine Gedankenwelt, die von der Möglichkeit der Verständigung lebte und die zwar wohl Krisen kannte, aber noch nicht die unmittelbare Gefahr und Bedrohung; es fand auch im Blatt vorläufig wenig Verständnis. Mit im Spiel war das Bedenken, dass eine Politik, die nur auf den Ausbau machtmässiger Sicherung ausging, die Gegensätze nicht mildern, sondern vertiefen werde und Europa schliesslich wieder in Mächtebünde zerfallen lassen und damit an den Ausgangspunkt des Weltkrieges zurückbringen musste. Auch als der deutsche Nationalismus nach den Septemberwahlen 1930 bereits einen dunkleren Schatten warf, hielt der Kommentator an seiner Kritik des französischen Dogmas fest. Während der Abrüstungskonferenz verlegte sie sich dann eher zwischen die Zeilen. Man redete dort vorerst den Deutschen zu, mit Rücksicht auf eine Verständigung ihre radikale Forderung nach Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage zu mässigen. Sachlich hielt man jedoch diese Forderung, die gleich erhoben wurde und aus innenpolitischen Gründen anscheinend erhoben werden musste und die sofort zum Kardinalproblem der Konferenz wurde, für gerechtfertigt und natürlich und schien sich mit ihr besser abzufinden als mit dem «Non! Jamais! Rien! Impossible!», das Herriot darauf zur Antwort gab.

Die Konferenz schloss nicht mit einem Kompromiss der Beteiligten. Nach fast zwei Jahren krisenreicher, wiederholt unterbrochener Verhandlungen schnitt Hitler den Faden ab und kehrte der Konferenz den Rücken, um sich in der Rüstungsfrage sein eigenes Recht zu schaffen. Das Abrüstungsthema verlor sich mit dem Worte «Verständigungspolitik» in einer neuen, dunklen Phase der europäischen Geschichte.

Die Sympathie für den Gedanken der Rehabilitierung des Besiegten, wie sie sich auch in der Abrüstungsfrage andeutete, war in den Kommentaren der NZZ spürbar, solange damit ein Deutschland gemeint war, das sich des nationalistischen Dämons und des «revi-

sionistischen» Geistes noch erwehrte. Deutlich tritt sie hervor in der Frage der Kriegsschuldenregelung, die das politische und das wirtschaftliche Gespräch so lange im Bann hielt. Die wirtschaftliche und finanzielle Komplexität der Frage brachte es mit sich, dass ihre Behandlung zu einem Teil der Handelsredaktion anvertraut war, d.h. der für ihre Kompetenz in hohem Ansehen stehenden Redaktorin Ella Wild, die von ihrem Krankenlager aus bis in die letzte Woche ihres Lebens dem Thema ihre scharfsichtigen und brillanten Leitartikel widmete, die die Stimme der «volkswirtschaftlichen Vernunft gegen politische Unvernunft» erhoben.

Die politische Vernunft, so hatte man sich schon lange festgelegt, stand auf der Seite der Versöhnungspolitik, wie sie in den Namen Stresemann und Briand verkörpert war. Sie bedeutete in erster Linie Liquidation der schweren politischen und wirtschaftlichen Hypotheken, die seit dem Friedensschluss auf dem Kontinent lagen, eine endgültige Regelung der Reparationenfrage und die Normalisierung des Status Deutschlands, d.h. die Wiederherstellung seiner vollen Souveränität. Der Weg war, was Deutschland betraf, durch die Verständigungspolitik Stresemanns gewiesen, an die zu mahnen das Blatt auch nach dem Tod des hochgepriesenen Staatsmannes nicht abliess. Es sparte nicht mit Lob, als der Reichstag gegen die Widerstände der Rechten das Haager Abkommen ratifizierte, das dem Besiegten die schwere, aber wenigstens nun übersehbare Last von Reparationspflichten auferlegte, wie sie der Young-Plan vorsah. Als Hindenburg seine Unterschrift unter das Dokument setzte und sich damit die Sympathien der nationalistischen Opposition verscherzte, fand man bewegte Worte für diese Tat, wenn man sich auch Stimmen der Skepsis aus Deutschland nicht verschloss, die das Abkommen mit seinen Lasten kritisierten und vor den zu erwartenden innenpolitischen Folgen warnten. Aber man hatte Glauben und Vernunft an die Haager Abmachungen gehängt, die die Einseitigkeit von Versailles aufheben, das Reich von Bevormundung befreien, die Besetzung der Rheinlande durch Frankreich beenden sollten und die eine neue Epoche in den Beziehungen der ehemaligen Gegner zu

eröffnen versprochen. Die Räumung des Rheinlandes im Sommer 1930 – Chefredaktor Kloetzli reiste selber nach Mainz, um das historische Ereignis zu beschreiben – wurde gefeiert als ein geduldig erdauertes, verheissungsvolles Resultat der Verständigungspolitik.

Überschätzte man den Charakter der Beteiligten, wenn man sich hier Hoffnungen machte, die ein paar Jahre später von der Wirklichkeit so gründlich zerstört werden sollten? Das Bild der Situation, wie es täglich von den Berichterstatern und von Woche zu Woche von den redaktionellen Kommentatoren entworfen wurde, unterschied sich in der Tönung stark von der Schilderung derartiger Höhepunkte und zeigte deutlich genug, auf welch prekären Grundlagen das Werk der Versöhnung ruhte. Man war sich wohl bewusst, dass das nationalistische Gespenst umging und dass die Position der Verständigungspolitiker, vor allem in Deutschland, aber auch in Frankreich, heikel und ständig bedroht war. Gerade deshalb aber bezeugte man ihnen seine Sympathie bei jeder Gelegenheit und gab ihnen zu verstehen, wieviel man von ihrem behutsamen Werk der Annäherung hielt, von dem man auch das Schicksal des eigenen Kleinstaates in hohem Masse abhängig wusste, und wie negativ man die grobschlächtigen nationalistischen Konzepte dagegen einschätzte. Der beschwörende Unterton war dabei nicht zu überhören.

Das Gebäude des Young-Planes war schon ein Jahr, nachdem es seine politische Sanktion erhalten hatte, erschüttert. Die internationale Wirtschaftskrise hatte auf Deutschland übergegriffen, und die Septemberwahlen 1930 mit ihrem weithin sichtbaren Erfolg der nationalsozialistischen Extremisten hatten verderbliche Folgen auch für den wirtschaftlichen Kredit des Reiches. Der Sommer 1931 brachte ihm die offene Finanzkrise mit Börsenschluss und Zahlungsstillstand für In- und Auslandschulden. Mit dem Hoover-Moratorium war eine internationale Hilfsaktion eingeleitet, die aber vorerst nur zu weiteren internationalen Debatten führte. Das immer wiederholte «ceterum censeo» der NZZ lautete: Deutschland selber muss das Vertrauen in seine politische und wirtschaftliche Stabilität wieder herstellen.

Die Insolvenzerklärung des Reiches, die den internationalen Schuldzahlungsmechanismus lahmlegte, rief nach neuen zwischenstaatlichen Verhandlungen. Ein eiliges Treffen des Reichskanzlers Brüning und seines Aussenministers Curtius mit Laval und Herriot wurde arrangiert. Chefredaktor Kloetzli, der sich sogleich nach Paris begeben hatte, unterliess es nicht, dieser deutsch-französischen Zusammenkunft, zu der erstmals ein Reichskanzler in die französische Hauptstadt gekommen war, in der NZZ die Bedeutung eines politischen Ereignisses erster Ordnung zu geben, das die Hoffnungen auf Einigung und friedliche Zusammenarbeit der alten Feinde aufs Neue belebte – mochte es auch noch so sehr den Charakter einer durch dringliche Not diktierten Aktion tragen. Er hielt sich an diese Perspektive, bis die mageren Ergebnisse des Gesprächs die Hoffnung dämpften und Pessimismus von Neuem in die Zeilen eindringen liessen.

Kloetzli kehrte als ein enttäuschter und gebrochener Mann Ende Juli von Paris zurück. Ein schweres Lungenleiden, dem er schon in der ersten Hälfte des Jahres seinen Zoll hatte entrichten müssen, zwang ihn von Neuem aufs Krankenbett, von dem er sich nicht mehr erhob. Am 6. September 1931 starb er, knapp vierzigjährig. Die Trauer fand bewegte Worte für den Mann, der an der Last seiner so peinlich ernst genommenen Verantwortung für die Zeitung schwer getragen hatte, und für den gläubigen und beständigen Verfechter der Ideale des Völkerbunds und der Aussöhnung und Zusammenarbeit der Nationen, für die er mit dem ihm anvertrauten Blatt so unentwegt eingestanden war. Es war im Blatt in der Folge spürbar, dass dieser idealistische Impuls sich nun nicht mehr meldete. Aber die internationale Situation verlangte selber immer mehr nach nüchterner und illusionsloser Einsicht in einer Zeit, die sich gegen den Aufruf zum Ideal zusehends verhärtete, dem sie so wenig zu entsprechen vermochte.

Das Ableben ihres Chefredaktors liess die NZZ in einem Zustand des «Interregnums», bis am 1. August 1933, in einer innen- und

aussenpolitisch schon stark veränderten Atmosphäre, Willy Bretscher die Leitung übernahm. Der Verwaltungsdirektor Ernst Rietmann wahrte inzwischen die Interessen der Redaktion und schrieb auch selber in innenpolitisch kritischen Situationen einige wegweisende Leitartikel. Die weittragenden Entscheidungen über den Kurs des Blattes, vor die der Nationalsozialismus die Redaktion stellte, wurden in dieser Zeit aus dem Verantwortungsbewusstsein der zuständigen Redaktionsmitglieder heraus getroffen, vor allem vom späteren Chefredaktor. Das geistige Erbe des Blattes blieb für die Redaktion verpflichtend. Der Eigenwille einzelner ihrer Mitglieder vermochte sich in bestimmten Fragen in dieser Periode allerdings schärfer auszuprägen, und die Variationsbreite der Meinungen mochte sich bisweilen den Grenzen der Toleranz nähern, die sich mit der Wahrung der inneren Einheitlichkeit des Blattes noch vereinbaren liess.

Die Hoffnung auf eine Liquidierung des Kriegsschuldenproblems auf dem Weg europäischer Zusammenarbeit – um die Parenthese der internen Geschichte des Blattes für einmal zu schliessen und zu seinem beurteilenden Wort zurückzukehren, in dem sich sein Wesen gültig ausdrückt – diese Hoffnungen gerieten in ein neues Wechselbad mit der Lausanner Reparationenkonferenz im folgenden Sommer. Man warf die Frage auf, was eine deutsche Rechtsregierung, wie sie mit v. Papen inzwischen an die Stelle des Brüning'schen Kabinetts getreten war, mit ihren extremen Forderungen an einer internationalen Konferenz zu suchen habe, um dann doch über dem Ausgang der Lausanner Verhandlungen wieder die «helleuchtende Fackel der Hoffnung» zu sehen. Als einen «Schritt ins Freie aus dem Dickicht der Nachkriegszeit» bezeichnete man, und in jenem Augenblick wohl mit Recht, das Resultat, das den Young-Plan durch eine drastisch reduzierte Ablösungssumme ersetzte und von dem man sich günstige Wirkungen im Kampf gegen den immer virulenter werdenden deutschen Nationalismus versprechen mochte. Man konnte nicht wissen, in welche Abgründe der Demagogie und des Terrors Deutschland wenige Wochen nach dem Abschluss der Lau-

sanner Konferenz versinken würde, noch dass die mühsam Schritt für Schritt gebahnte Strasse zur Verständigung auf lange wieder verschüttet werden sollte.

Die Loyalität, mit der die NZZ dem Werden des Völkerbundes und einer europäischen Verständigung anhing, schloss jenen schwärmerischen Idealismus der Visionäre nicht ein, die das historisch gewachsene Europa mit einem Federstrich in «Paneuropa» verwandeln wollten. Die Kritik an den Ideen des Grafen Coudenhove, die 1930 auf einer hohen Propagandawelle in die Öffentlichkeit getragen wurden, war ablehnend und blieb es, auch als ein Politiker vom Prestige Briands sie sich teilweise zu eigen gemacht hatte. Die «Paneuropa-Illusion» stand allzusehr im Widerspruch zu den europäischen Realitäten, die schon einer langsam und vorsichtig aufbauenden Annäherungspolitik genug zu schaffen machten, als dass man an sie hätte glauben können. Sollte unerfahrenen Idealisten möglich sein, was zehnjährigen Bemühungen des Völkerbunds versagt geblieben war? Der Vorwurf der Leichtfertigkeit lag nahe und wurde auch ausgesprochen; er drückte wohl auch den Missmut des seriösen politischen Kommentators aus über den Dilettantismus, der hier die öffentliche Meinung verwirrte und sie mit unrealisierbaren Hoffnungen erfüllte. «Nicht neue politische Institutionen und Sekretariate tun uns in erster Linie not, sondern tatsächliche Verständigungen» – ein Satz, der nicht gegen Coudenhove geschrieben wurde, sondern gegen Briands paneuropäische Initiative im Mai 1930, und der durch die Tatsache in Relief gesetzt war, dass im gleichen Moment, da der französische Aussenminister den europäischen Regierungen sein Föderationsmemorandum unterbreitete, der italienisch-französische Gegensatz in neuer Schärfe offenbar wurde. Man erklärte dem Gedanken eines engern wirtschaftlichen Zusammenschlusses Europas seine Sympathie, nicht zuletzt aus Reaktion gegen die «selbstherrliche und rücksichtslose Wirtschaftspolitik» der sich hinter ihre Schutzzollmauer zurückziehenden Vereinigten Staaten heraus; aber von «Paneuropa», das ja keine Aussicht hatte, England

einzu beziehen, und das ohne England undenkbar war, wollte man nichts wissen. In die Argumente hinein spielte auch der Gedanke an den Völkerbund, dem man keine Konkurrenz erwachsen sehen wollte, wie auch an die schweizerische Neutralität, auf die zu verzichten der Augenblick nicht gekommen war.

Briands Prestige erlitt in der NZZ im Übrigen durch seine Identifikation mit Coudenhoveschen Gedankengängen keine dauernde Erschütterung. Das Blatt hielt treu zu ihm, auch als sein Stern, und der seiner Sache, in der französischen Politik zu sinken begann und er in der Präsidentenwahl von 1931 unterlag: «Es war Briands Verhängnis, der Kandidat Europas zu sein. Durfte er deshalb wirklich nicht auch der Kandidat Frankreichs sein? Armes Europa!» Und als er am 7. März 1932 starb, war der Nachruf auf den «letzten Europäer grossen Formates» bereits auch ein bitterer Nachruf auf eine Politik für Europa, an die man selber geglaubt hatte und die man nun in Scherben fallen sah: «Was hat unsere heutige Welt mit Europäertum, mit internationaler Solidarität noch zu tun? – Nichts!»

Schwerer, als die Linie der NZZ in der internationalen Politik nachzuziehen, fällt es, von der Haltung des Blattes gegenüber dem italienischen Fascismus dieser Jahre ein eindeutiges Bild zu geben. Anders als in der von Anfang bis Ende eindeutigen Bewertung des Nationalsozialismus floss hier Heterogenes zusammen, und die «*unité de doctrine*» des Blattes mochte dabei bisweilen etwas strapaziert erscheinen. Die verschiedenen Federn, die das Bild des Fascismus in der NZZ entwarfen, schrieben verschiedene Handschriften. Der römische Korrespondent des Blattes, Robert Hodel, stand dem neuen Italien Mussolinis mit unverhohlener Sympathie gegenüber, die so weit ging, dass er stellenweise die Formeln der fascistischen Selbstdarstellung in seine Sprache übernahm, den «neuen Klassizismus», den «wieder auflebenden römischen Geist», das neue «Standesbewusstsein» pries, in dem das Klassendenken überwunden sei. Hodel bewegte sich zweifellos an der Grenze dessen, was ein dem Liberalismus verpflichtetes Blatt an Toleranz nach «rechts» gewähren konnte, wobei aller-

dings zu sagen ist, dass der Bereich des «Diskutierbaren» dem Fascismus der frühen dreissiger Jahre gegenüber weiter gesteckt war als dem unvergleichlich radikaleren und extremen Nationalsozialismus gegenüber. Wenn es auch mit seinem liberalen Erbe gebrochen hatte, zeigte das fascistische Italien doch immer noch ein europäisches Antlitz, hatte es im Konzept einer europäischen politischen Zusammenarbeit noch seinen Platz und galt es, was besonders nach 1935 ins Gewicht fiel und worauf auch die schweizerische Aussenpolitik in hohem Masse abstellte, als ein guter Nachbar und Freund des eigenen Landes.

Der Leser der NZZ sah jedoch Italien nicht allein durch Hödels Brille. Aus Mailand berichtete Hermann Schütz, der die Dinge mit helvetischer Nüchternheit und hartnäckiger Skepsis betrachtete und am Fascismus jedenfalls nicht mehr Gutes gelten liess, als er als unbekehrter Liberaler zugeben konnte, und der in seiner Kritik so weit ging, als es die gebotene Vorsicht überhaupt gestattete. Seine Berichte hielten im Blatt ein gewisses Gleichgewicht der interpretierenden Information über Italien aufrecht.

In einer ähnlichen Weise ausbalanciert war die aussenpolitische Kommentierung. Der Auslandredaktor Walther Weibel neigte eher zur positiven Wertung der Errungenschaften des Fascismus, seines aussenpolitischen Masshaltens und der staatsmännischen Qualitäten Mussolinis; auf der andern Seite sparte Chefredaktor Kloetzli nicht mit schärfster Kritik an jenen kriegerischen und kriegsvernarrten Reden des Diktators, die die italienische Jugend in einen «entsetzlichen Geisteszustand» versetzen mussten, und sprach offen seine Bedenken aus darüber, dass «das früher liberale Italien durch den eisernen Besen der fascistischen Diktatur hinweggefegt und in ein Bollwerk der antidemokratischen Doktrin umgestaltet wurde».

Soweit die Übertragbarkeit fascistischer Ideen und Rezepte auf die schweizerische Politik zur Diskussion stand, konnte die Haltung der NZZ allerdings keinen Zweifeln ausgesetzt sein. Es entsprang polemischen Bedürfnissen und dem Zwang des Klassenkampfgeistes zur Schwarz-Weiss-Manier, wenn die Linke bisweilen die NZZ und mit ihr das schweizerische Bürgertum insgesamt als «profascistisch»

und «fascistisch» verschrie. Aus den allgemein politischen und innenpolitischen Artikeln der NZZ auch der Jahre vor 1933 geht nichts deutlicher hervor, als dass man jede Übertragung fascistischer Regierungsformen auf das schweizerische politische Leben weit von sich wies, dass man sich sehr deutlich bewusst war, dass Diktatur und ständische Gliederung, die ja auch ihrerseits nach diktatorischer Regierung rief, mit der föderativ gegliederten schweizerischen Demokratie unverträglich waren, an der man unter allen Umständen festhalten wollte, und dass man dem Fascismus keine ernsthafte Chance zubilligte, je in der Schweiz Schule zu machen. Das grundsätzliche Nein war hier durch nichts gemildert.

Im Einklang mit der schweizerischen Aussenpolitik bemühte man sich zwar, das gute Verhältnis zum Nachbarn im Süden nach Möglichkeit nicht zu trüben, und man sah in ihm ein Positivum unserer auswärtigen Beziehungen. Das hinderte nicht, dass man wiederholt mit der fascistischen Presse in scharfe Auseinandersetzung geriet, einer Presse, die im Gegensatz zu den schweizerischen Sozialisten die NZZ mit anderen bürgerlichen Blättern des Landes als «notorisch antifascistisch» bezeichnete. Zu solchen Scharmützeln, die in einem Fall eine regelrechte italienische Pressekampagne gegen die Schweiz auslösten, kam es 1930 über der Frage des Asylrechts für emigrierte Antifascisten (im Anschluss an den Bassanesi-Prozess), wo sich die NZZ in Erinnerung an die Zeit Mazzinis für eine liberale Praxis der Asylgewährung einsetzte und die ängstliche Nachgiebigkeit des Bundesrates kritisierte, ferner anlässlich der Aufdeckung eines antifascistischen Attentatsversuches am Völkerbundssitz Genf, wo man sich gegen ein Dreinreden Roms energisch verwahrte. Nicht weniger scharf trat man auch den irredentistischen Aspirationen auf die italienischsprechenden Landesteile der Schweiz entgegen, denen der Fascismus bald offen, bald versteckt Unterstützung angedeihen liess. Das Tessin hat in seiner Abwehr der politischen «Italianità»-Propaganda, aber auch in der Verteidigung seiner kulturellen Italianität innerhalb der Eidgenossenschaft, in der NZZ immer Verständnis und Unterstützung gefunden, ebenso wie die Rätoromanen, denen

man 1931 eine grosse Sonderbeilage widmete, die den Charakter einer Demonstration gegen «grossitalienische» Aspirationen hatte.

Die im Blatt so deutlich spürbare Verdüsterung des Ausblicks auf die Weltlage zwischen 1930 und 1933 war nicht allein in den Rückschlägen der politischen Bemühungen um Verständigung, Einigung und kollektive Sicherheit begründet. Die politische Krise war verflochten mit jener Weltwirtschaftskrise verheerenden Ausmasses, die im Spätjahr 1929 an den amerikanischen Börsen ihren sichtbaren Ausgang genommen hatte und die in den folgenden Jahren ein Land um das andere mit der Gewalt eines elementaren Ereignisses überzog. Schon der Rückblick auf das Jahr 1931 brauchte die dunkelsten Farben: «ein Jahr der Katastrophen, das Not, Armut, Verzweiflung auf die Häupter von Millionen Menschen gehäuft und ganze Völker an den Rand des Abgrunds gebracht hat». Die Schweiz mochte noch als eine «Insel der Glücklichen» gelten – im Jahr darauf war auch sie unter den schweren Schatten geraten, der sich über die ganze Welt gelegt hatte.

Die NZZ versuchte, eine selbständige und tiefgreifende Analyse der Ursachen dieser Krise wie der Methoden zu ihrer Bekämpfung zu geben. Propagandistische Thesen, wie etwa die von interessierter Seite inspirierte, dass die Reparationen allein schuld seien an der internationalen Katastrophe, konnte sie sich so wenig zu eigen machen wie den Glauben an wirtschaftspolitische oder währungstechnische Wundermittel, dem bald ein erstaunlich grosser Teil des Publikums erlag, weil er auf komplizierteste Fragen simpelste Antworten bereit hatte. Die tieferen Ursachen der Krise sah man im Weltkrieg, der das internationale wirtschaftliche Gleichgewicht zerstört und zu einer Überproduktion hinter den künstlichen Mauern der Nationalstaaten geführt hatte, der die wirtschaftliche Vertrauensbasis fehlte. Von diesem Standpunkt aus, auf dem man Weltwirtschaft und Welthandel vor allem im Auge hatte, erhob man denn auch scharfe und schärfste Kritik, als die Staaten einen «in egoistische nationale Sonderaktionen verzettelten Feldzug gegen die Krise»

unternahmen, sich, statt das gestörte internationale Gleichgewicht wieder herzustellen, voneinander durch Schutzzoll-Massnahmen und Devisenbewirtschaftung abkapselten und sich ins Wirtschaftsabenteuer der Autarkie stürzten. «Überall will man sich selbst retten, indem man die Türe nach aussen ins Schloss wirft, mag sie dabei die andern noch so irritierend vor den Kopf stossen.» Diese Kritik visierte England, das mit seiner Hinwendung zum Hochprotektionismus Anfang 1932 einen harten Schlag gegen die Weltwirtschaft führte und mit seiner Loslösung vom Goldstandard eine unübersehbare internationale Devisenwildnis schuf, aber auch Deutschland, das seit einem halben Jahr ein «Dorado der Zwangswirtschaft» geworden war.

In einem besonderen Mass aber und am frühesten traf sie die Vereinigten Staaten. Ihre Rückkehr zur Hochschutzzollpolitik hatte schon 1930 in der davon schwer betroffenen Schweiz wie auch in andern europäischen Ländern tiefe Erregung und Proteststürme hervorgerufen. Die Stimmung stand auf «Boykott» und liess in die Kommentare Worte einer nur mehr schwer zu zügelnden Erbitterung einfließen, die sich unter dem Druck des Augenblicks zu einer Generalkritik der amerikanischen Europapolitik seit dem Krieg auswachsen. Den Luxus eines stimmungsmässigen Antiamerikanismus konnte man sich jedoch auf die Dauer nicht leisten, wenn man, seiner innersten wirtschaftspolitischen Überzeugung getreu, das Heil in internationaler Verständigung sah und die Krisendiskussion immer wieder auf diesen Weg verwies.

Der wirtschaftspolitische Internationalismus der NZZ spiegelte ihre allgemeine politische Haltung; zugleich ist es klar, dass sie ihren Kampf gegen die «wahnwitzige Weltsuggestion, die Schwächung des Nachbarn und Fesselung der allgemeinen Bewegungsfreiheit für eigenen Kräftegewinn zu halten», vom schweizerischen Standpunkt aus und für die wohlverstandenen wirtschaftlichen Interessen des vom Export abhängigen eigenen Landes führte, das durch die Autarkiebewegung im Ausland in seiner Existenz bedroht wurde.

Gleich wie mit ihrem politischen wurde sie auch mit ihrem wirtschaftspolitischen Credo zur Ruferin in der Wüste. Die Ver-

suche internationaler Verständigung über die Bekämpfung der Krise, im Besonderen die Londoner Weltwirtschaftskonferenz im Sommer 1933, endeten mit Misserfolgen. Die Hoffnungen auf eine Mässigung des amerikanischen Protektionismus, die man einen Augenblick lang an den neuen Präsidenten Roosevelt gehängt hatte, erwiesen sich als Illusion angesichts der Stärke des innenpolitischen Druckes der amerikanischen Wirtschaft; die Verdammungsurteile über den Nationalismus in Währungsfragen, die der gleiche Präsident ausgesprochen hatte, blieben rein verbal, denn eine Stabilisierung des Dollars und die Rückkehr zur Goldwährung wies er von sich. In dem allgemeinen «sauve qui peut» der Londoner Konferenz unterstrich man die Notwendigkeit, dass die Schweiz an ihrer stabilen Währung festhalte und gleichzeitig die Senkung ihrer Produktionskosten betreibe, indes man die grimmige allgemeine Bilanz zog: «ein Bankerott von Vernunft und Moral».

IM ZEICHEN DES KLASSENKAMPFES

Man kann, wenn man die innenpolitische Situation der Schweiz zu Beginn der dreissiger Jahre in ihren Zusammenhängen auch nur skizzieren will, den Generalstreik vom November 1918 nicht aus dem Bilde lassen. Wohl war die Gefahr eines revolutionären Umsturzes damals von einer entschlossenen Mehrheit und ihrer tatkräftigen Führung sicher bewältigt worden; wohl hatte die Umsturzpartei den Fehlschlag ihres Versuches der Machtergreifung als Lektion hingenommen, dass die Schweiz zum Umbau nach marxistischem Muster auf dem Weg der Revolution vorläufig nicht reif sei; wohl waren der Minderheit politische Konzessionen gemacht worden und zeigten sich trotz dem andauernd erbitterten politischen Kampfe gewisse Ansätze einer Zusammenarbeit im Konkreten zwischen dem Bürgertum und der Linken, oder besser jenem Teil der Tanken, der nun zu reformistischen Methoden in der Verfolgung seiner Ziele neigte. Aber weder der Geist des Klassenkampfes und der Trennung war überwunden, noch war die innere und äussere Bereinigung des für einmal missglückten revolutionären Abenteuers konsequent und ehrlich vollzogen. Das revolutionäre Ferment wirkte weiter bei der Linken; der Gedanke an die Diktatur des Proletariates war weder formell aus dem Parteiprogramm der schweizerischen Sozialdemokratie noch de facto aus den Köpfen mancher ihrer Führer verschwunden, die, im Gegensatz etwa zu den deutschen Sozialdemokraten, in der Internationale betont den radikalen, antinationalen, antireformistischen Kurs vertraten. Die sozialistische Propaganda und Publizistik hob bei jeder Gelegenheit hervor, dass des Proletariats Vaterland nicht Schweiz heisse, jedenfalls nicht jene «bourgeoise» Schweiz, in der er lebe, und dass ihre Verteidigung und die Wahrung ihrer Unabhängigkeit nicht seine Sache seien. Der Antimilitarismus der Sozialdemokratie war dabei nicht etwa passiv, sondern wurde zuzeiten ihr eigentliches Schaustück, das ihre permanente Opposition zur herrschenden bürgerlichen Ordnung symbolisch und in zugkräftiger Weise zum Ausdruck bringen sollte.

Die politische Temperatur im bürgerlichen Lager entsprach in keiner Weise der überhitzten klassenkämpferischen Agitation auf der Linken. Die bürgerliche Presse führte zwar die notwendige politische Fehde mit ihrem Widerpart zum grösseren Teil in der ernstesten Überzeugung, in einem entscheidenden und stellenweise bereits kritischen Kampf nicht nur für die freie Gesellschaft liberaler Konzeption, sondern auch für die durch Unterwühlung bedrohte innere und äussere Sicherheit des Landes zu stehen. Aber es war offenbar, dass sie darin von breiten Schichten der Öffentlichkeit allein gelassen wurde, die das Gefühl der Dringlichkeit nicht teilten, das sie zum Ausdruck brachte. Man findet Klagen darüber häufig in der NZZ dieser Jahre. Sie richteten sich gegen die politische Lethargie und Interesselosigkeit des unorganisierten bürgerlichen Teils der Öffentlichkeit, wie sie in den Stimmbeteiligungszahlen bisweilen drastischen Ausdruck fand, und gegen eine verbreitete negative Einstellung zu den Parteien, welche die politische Auseinandersetzung zum «Parteiengzänk» stempelte und sich von ihr abwandte. Das Malaise, das man deutlich spürte, war nicht vorübergehender Art. Es hatte seine Wurzeln u.a. darin, dass man, vor allem bei der Jugend, die der Vorwurf der Interesselosigkeit am schärfsten traf, des «Klassenkampfes», der dauernden Konfrontation von «links» und «rechts», der in erbitterter Polemik immer offengehaltenen Spaltung überdrüssig war; man suchte dort nach neuen Wegen zu einer nationalen Gemeinschaft, deren Begriff so sehr verdunkelt erschien, nach neuen Konzeptionen von Staat, Wirtschaft und Politik, für welche die, wie man glaubte, «erstarrten» historischen Parteien keinen oder nur beschränkten geistigen Raum gewähren konnten. Mochte eine solche Einstellung auch mehr auf Gefühl und Ressentiment beruhen als auf deutlich formulierbaren Ideen und konkreten Programmen, politisch fiel sie jedenfalls ins Gewicht.

Die NZZ, die ihre Verpflichtung auf die liberale Weltanschauung nie verhehlt hatte, konnte sich durch diesen «Absentismus» breiterer bürgerlicher Schichten nicht davon abhalten lassen, ihren politischen

Standort offen zu beziehen. Mit dem Marxismus konnte sie sich nicht abfinden, und sie bemühte sich deshalb auch nicht, ihr Nein ihm gegenüber zu dämpfen. Was die Politik der schweizerischen Sozialdemokratie betrifft, so war die Kritik des Blattes vor allem in zwei Punkten scharf formuliert und unnachgiebig: am gefährlichen Spiel, das die sozialistische Führerschaft und Presse bald in offenen Worten, bald in Andeutungen mit dem Gedanken der Diktatur des Proletariates, des gewaltsamen Umsturzes, der Mobilisierung der Strasse trieb, und an ihrer antimilitaristischen Agitation, die sich einmal im Gewand einer «Friedenskampagne» manifestierte, ein andermal offen Armeefeindlichkeit schürte. Solange die Sozialdemokratie sich nicht dazu herbeiliess, hier eine Klärung im demokratischen und nationalen Sinn zu vollziehen, musste sie in ihrer – vom bürgerlichen Sektor aus gesehen freiwilligen und selbstgewählten – Isolierung bleiben und den andern Parteien das Recht lassen, dass sie ihren Willen zur Zusammenarbeit und ihre nationale Zuverlässigkeit in Frage stellten und bezweifelten.

So hatten schon die prohibitiven Bedenken gelauret, die anlässlich der dramatischen Bundesratswahl im Dezember 1929 gegen eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Landesregierung erhoben worden waren. Man hatte damals in der NZZ betont, dass es nicht darum gehe, grundsätzlich eine Partei und eine grosse politische Minderheit von der Mitarbeit auszuschliessen, dass man aber den Sozialisten keinen Vorschuss auf einen Mitarbeitswillen geben dürfe, der von ihrer eigenen Agitation ständig in Frage gestellt wurde. An der Unterscheidung zwischen schweizerischer Arbeiterschaft und sozialistischer Führung und Propaganda hielt man auch in der Folge fest. Man glaubte sich im Recht, wenn man die erste nicht mit der letzteren identifizierte, wenn man dem schweizerischen Arbeiter jene Verbundenheit mit seinem Land und jenen Sinn für demokratische Methoden zutraute, welche die Klassenkampfpropaganda nicht gelten liess, weil sie eine fanatisierte Gefolgschaft wollte. Den radikalen Tendenzen im schweizerischen Sozialismus, die sich geistig und taktisch am Austromarxismus orientierten, hielt man das

Beispiel der deutschen Sozialdemokratie vor, der man für ihre loyale Mitarbeit in den Weimarer Kabinetten das politische Reifezeugnis nicht vorenthielt und auf deren Weg man ihre noch immer auf den Klassenkampf eingeschworenen Genossen in der Schweiz gern gewiesen hätte.

Das «Lokalkolorit» ist in der Auseinandersetzung der NZZ mit der Sozialdemokratie nicht zu übersehen. Sie mochte einen kämpferischeren, dringlicheren, man könnte sagen «nervöseren» Charakter haben als anderswo in der Schweiz – aber Zürich war ja schliesslich «rot»: seit 1925 hielt die Linke die Mehrheit im Grossen Stadtrat, seit 1928 die absolute Mehrheit auch im Stadtrat und damit in der Verwaltung. Das Bürgertum wollte sich hier mit seiner Verdrängung in die Opposition auf die Dauer nicht abfinden, und jede Wahl brachte einen neuen, vorerst jeweils noch erfolglosen Anlauf, das Rad wieder zu drehen, und machte die Stadt zum lärmigsten politischen Fechtboden des Landes.

Die Kommunalpolitik der neuen Mehrheit und Verwaltung zeigte dabei, abgesehen von ihrer Neigung zur Steuererhöhung, keine eigentlich radikalen sozialistischen Züge. Vorläufig, so hielt man auch in der NZZ fest, regierte in Zürich «noch nicht der Sozialismus, sondern nur die Sozialisten» – was die Skepsis gegenüber dem Potential von Möglichkeiten sozialistischer Politik aber nicht milderte. Wollte der Sozialismus in den grösseren Gemeinwesen des Landes seine Bollwerke bauen, um auf diesem Wege allmählich das in die Hand zu bekommen, was ihm 1918 versagt geblieben war? Dass Zürich zur Parteiburg und zum Experimentierfeld der klassenkämpferischen Agitation wurde, war jedenfalls bald wieder offenbar, ebenso wie die Tendenzen zur Expansion. 1932 versuchte die Linke die Eroberung auch des Kantons in einem Wahlkampf, der bereits im Zeichen der Wirtschaftskrise geführt wurde und den man in der Schweiz als ein bedeutendes Exempel mit Anteilnahme verfolgte. Auf kantonalem Boden konnte der Angriff mit Erfolg pariert werden, anders als im Jahr zuvor in der Stadt, wo die Sozialdemokratie allein nun die absolute Mehrheit gewonnen hatte und die Stimmen der

bürgerlichen Parteien, vor allem des Freisinns, stark zurückgegangen waren.

Die NZZ war in diesen Kämpfen leidenschaftlich engagiert; mochte auch das Echo auf die Kampfrufe im Lager der bürgerlichen Wähler noch so dünn ausfallen, sie konnte das, was sie als ernstes politisches Anliegen empfand, auch im engen städtischen Bezirk nicht verleugnen und sich nicht in Neutralität von einem oft genug höchst unerquicklichen Parteienkampf distanzieren. Über den Partei-standpunkt erhob sie sich insofern, als sie immer wieder zur Zusammenarbeit aller bürgerlichen Gruppierungen angesichts des starken Gegners mahnte. Sie vertrat dieses gesamtbürgerliche Interesse auch, wenn es von der ihr am nächsten stehenden Partei Opfer verlangte, wie in der Stadtratsersatzwahl im Juli 1931, wo sie mit ihrer Kritik an der Freisinnigen Partei nicht zurückhielt, die es nicht über sich gebracht hatte, einen ihrer Sitze einer andern bürgerlichen Partei abzutreten. Den «Herbst des Missvergnügens», der in der Folge wegen der Zersplitterung der bürgerlichen Stimmen den Verlust des einen Ständeratsmandates an die Sozialisten gebracht hatte, schloss sie mit einem dringenden Appell an den Geist des Ustertages, den man eben zum hundertsten Male, und in bürgerlicher Eintracht, begangen hatte – ohne dass ein solcher Appell freilich im «Grosskampf um Zürich» im folgenden Frühling besonders wirksam geworden wäre.

Das Postulat der bürgerlichen Einheit blieb auf kommunaler und kantonaler Ebene wegleitend für die NZZ, bis es 1933 eine allerdings problematische erste Erfüllung fand, von der noch zu reden sein wird. Dass man von dieser Politik auch die katholische Partei nicht ausschliessen wollte, nährte in andern, noch stärker dem Kulturkämpferbe verhafteten kantonalen freisinnigen Parteien den Vorwurf des «Rechtsfreisinns», mit dem man dort schon seit einiger Zeit die Zürcher und ihr publizistisches Hauptorgan belegte. Eine wenig erquickliche «parteiinterne» Auseinandersetzung über die Spannungen zwischen «rechts» und «links» innerhalb des schweizerischen Freisinns, die in aller Offenheit und Öffentlichkeit vor

allem zwischen Zürich und Luzern geführt wurde, war schon im Anschluss an die Bundesratswahl von 1929 ausgelöst worden, in der der damalige Chefredaktor der NZZ mit konservativer Unterstützung, gegen seinen Willen und gegen den offiziellen Kandidaten des Freisinns, erkoren worden war.

Man hatte sich damals und später in der NZZ zur Wehr zu setzen gegen die Insinuation «reaktionärer» Neigungen und Allianzen, liess aber vom Gedanken der bürgerlichen Einheitsfront gegen den Sozialismus nicht ab, der sich im «roten» Zürich anders als etwa in Luzern aufdrängte. Die tägliche lokale Konfrontation mit dem Sozialismus und der hektischen sozialistischen Agitation mag ihren Teil beigetragen haben zur innenpolitischen Akzentverteilung in der NZZ. Sie hielt das Misstrauen wach und mochte das Blatt mit erhöhter Empfindlichkeit die Gefahren registrieren lassen, die hier drohten. Jedenfalls blieb bis zum Aufkommen nationalsozialistischer Strömungen und darüber hinaus die Auseinandersetzung mit der Linken im Vordergrund und ein Anliegen erster Ordnung im politischen wie im staatsbürgerlichen Sinn.

Es blieb nicht bei den Worten, mit denen der extreme Flügel der Linken, Kommunisten wie ein Teil der sozialdemokratischen Führung und Publizistik, in gefährlicher Weise mit dem Gedanken des Aufruhrs spielten. Handgreiflichere Manifestationen der Politik der Strasse hielten die klassenkämpferische Unruhe dauernd wach. Die zahlreichen lokalen Streiks waren zumeist mit Zwischenfällen verbunden; die Kommunisten mussten an ihren «roten Sonntagen» bisweilen, wie im Mai 1930 in Baden, von beträchtlichen Truppenaufgeboten in Schach gehalten werden. Die Kommunistische Partei, die man allerdings als einen verlorenen, mehr oder weniger isolierten Haufen moskauhöriger Fanatiker vorläufig mehr nur mit beissender Ironie behandelte, war ihrerseits 1929 von einem russischen Emissär unsanft aus ihrer Passivität aufgerüttelt worden, hatte einen «Kurs in revolutionärer Gymnastik» über sich ergehen lassen und sich in dem schon damals praktizierten Ritual von Reue-

Bekanntnissen, Selbstkritik und Gelöbnissen revolutionärer Besserung auf eine Phase erhöhter Aktivität in dem von Moskau gewünschten Sinn vorbereiten müssen. Einem ersten Schub derartiger Tätigkeit hatte man erfolgreich begegnen können. 1932 aber nahm die Mobilisierung der Strasse Umfang und Formen an, die auch bei einem versöhnlich und wenig auf revolutionäre Dramatik gestimmten Bürgertum Unruhe auszulösen begannen. Auch hier war Zürich zum Experimentierfeld ausersehen; das kommunistische Zentralsekretariat hatte seinen Sitz hierher, d.h. das Hauptquartier an die Front verlegt. Krawall folgte auf Krawall, bis diese «Generalprobe auf das revolutionäre Putschprogramm» im Juni in schweren Unruhen einen Höhepunkt fand, die ein Menschenleben und Dutzende von Verletzten als Opfer forderten. Der energische Ruf nach Garantien für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung trat angesichts derartiger Symptome der Radikalisierung an die Stelle der ideologischen und politischen Auseinandersetzung. Redefreiheit konnte nicht Radaufreiheit und Beherrschung der Strasse bedeuten, und auch einer sozialistischen Verwaltung, die in gewissem Sinn eine Gefangene ihrer revolutionären Vergangenheit sein mochte, war Zögern hier nicht mehr erlaubt. Man kritisierte sie heftig wegen ihres zu langen Zuwartens, aber man unterstützte sie vorbehaltlos, als sie nach dem blutigen Tag am 17. Juni durchgriff, der Polizei Strassenkampfausrüstung gab, einen Aufruf zur Wahrung der Ordnung und ein Demonstrationsverbot erliess.

Die Unruhen von Aussersihl sollten weder den Gipfelpunkt noch den Abschluss der revolutionären Agitation in der Schweiz bedeuten. Am 9./10. November 1932 kam es in Genf zu einer Revolte der Linksextremisten, die sehr wohl das Signal zu einem neuen 1918 hätte werden können, wäre sie nicht manu militari, mit Entschiedenheit und Härte und leider unter grossen Opfern an Menschenleben im Keim erstickt worden. 13 Tote und 39 Verletzte lautete die bittere Bilanz des Tages, den die radikale sozialistische Linke im Zeichen von Nicoles Schlachtruf: «Tenez la ruel!» begonnen und den sie nur durch das Eingreifen der eidgenössischen Truppe verloren hatte.

Genf war ein Fanal. Es zeigte, wie weit die klassenkämpferische Agitation bereits gediehen war und wohin sie steuerte, wenn man ihr nicht entschlossen den Riegel vorschob. Nicole war noch nicht Kommunist, sondern hatte vorläufig mit seinen Anhängern noch Platz innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie, die, wenn auch in ihren Reihen scharfe Kritik gegen ihn erhoben wurde, doch die Stirn hatte, sich solidarisch hinter den Demagogen und sein übles Werk zu stellen; es dauerte noch eine gute Weile, bis sie den Trennungsstrich diesem Extremisten gegenüber zog, und auch dann stand in ihrer Kritik mehr das taktische Bedenken im Vordergrund, der «unverzeihliche Fehler», den man rügte, nicht aber die Gesinnung, die nach der Politik der Strasse stand. «In jeder Sozialistentasche steckt eine Sonntagsausgabe und eine Werktagsausgabe des Revolutionsprogrammes» – zu dieser Feststellung sah die NZZ sich nach den Genfer Unruhen aufs Neue veranlasst.

Die kritische Bilanz, die man im Blatt aus den Vorgängen in Genf zog, deckte sich nicht mit dem gefühlsmässigen Urteil mancher bürgerlichen Schichten, in dem die Kritik an der Härte der militärischen Intervention, die einen so unverhältnismässig hohen Blut-zoll gefordert hatte, das grundsätzliche Bedenken gegenüber der hemmungslosen Agitation und ihren Folgen überwog. Man hielt jedoch auf der Redaktion auch gegen Widerstände und Kritik an der Linie fest, die hier durch die Einsicht in die Ziele der Agitation und die Überzeugung von ihrer Gefährlichkeit gezogen war: der Staat und das Bürgertum, das in der Prosperität der ersten zehn Nachkriegsjahre in «sorglose Gutmütigkeit» verfallen war, mussten ihre Abwehrkraft erhöhen, die sichtlich gelitten hatte; es mussten Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Ordnung und ein entsprechendes Gesetz geschaffen werden, und unter keinen Umständen durfte man einem Abgleiten ins Chaos untätig zusehen; die staatliche Autorität musste ihre Hand fühlbar machen, und die revolutionären Brandstifter von Genf mussten die Strenge des Gesetzes zu spüren bekommen. Dass die Armee hier ihre Pflicht getan hatte und dass sie sie im Notfall auch weiterhin an allen Brandherden im Land

zu erfüllen haben würde, daran durfte kein gefühlsmässiges Bedenken irre machen. Konrad Falke legte in Ergänzung der dezierten redaktionellen Kommentare diese Haltung in einem stark profilierten, eindeutigen Artikel in der NZZ dar, als im Frühjahr 1933 anlässlich des hochpolitischen Strafprozesses in Genf gegen Nicole und seine Unterführer die Rolle der Armee von Neuem in eine zwiespältige Diskussion gezogen wurde.

Die bürgerkriegsähnlichen Wirren in Deutschland im Jahre 1932 und ihre Konsequenzen hatten die Augen geschärft für die Gefahren, die vom Terror der Strasse und von einer unentschiedenen Wahrung der staatlichen Autorität drohten. Es galt, den Anfängen zu wehren. Auch die Genfer Unruhen hatten ihren Ausgang von einer links-extremistischen Demonstration gegen die Versammlung einer rechtsstehenden, profascistischen Organisation genommen. Sollten diese Auseinandersetzungen sich jetzt zu einem Kampf im Zeichen des Faustrechtes entfesseln, dann standen die schwärzesten Möglichkeiten offen, nicht zuletzt die eines bürgerlichen Fascismus aus Notwehr gegen den Terror der Minderheit zur Linken:

«Eine fascistische Gefahr würde in der Schweiz erst dann – aber sicherlich dann – entstehen, wenn die staatlichen Behörden nicht über den Willen und die Energie verfügten, die Ordnung gegen alle Angriffe, ohne Ansehen der Partei, aufrecht zu erhalten . . . Maschinengewehre sind eine furchtbare Waffe; aber unser Volk wird es immer vorziehen, sie in der Hand einer Staatsgewalt zu sehen, die im äussersten Notfall von ihr Gebrauch zu machen wagt, als in der Hand von Parteien, die sie dem schwachen Staat entwenden, um die Ordnung auf dem Weg über den Bürgerkrieg wieder herzustellen.»

Gegen eine Radikalisierung der Linken, die den demokratischen Staat und die freie Willensbildung in Gefahr brachte und das Chaos zur Folge haben musste und offenbar zum Ziel hatte, reagierte man in der NZZ mit dem staatsbürgerlichen mehr als mit dem parteipolitischen Protest, und man erhob ihn mit Entschiedenheit und in aller Schärfe und liess ihn durch nichts aufweichen. Das «Nein» gegenüber der undemokratischen Methode der Auseinandersetzung bedeutete jedoch kein reaktionäres «Nein» in der sozialpolitischen

Diskussion, die zu Beginn der dreissiger Jahre, nach den grossen Steuerkämpfen des vorangegangenen Jahrzehnts und bevor noch alles öffentliche Gespräch in den Bann der Krise geriet, im Vordergrund der eidgenössischen Politik stand. Sie galt dem «grössten Bundeswerk seit 1848», der schweizerischen Altersversicherung. Für die «Lex Schulthess», wie sie die Räte 1931 mit grosser Mehrheit verabschiedeten und wie sie zu Ende des gleichen Jahres vor das Volk gelangen sollte, setzte sich die NZZ mit grösstem Nachdruck und Enthusiasmus ein. Sie stand damit in der Linie ihrer sozialpolitischen Tradition, die sich bis ins letzte Drittel des vorigen Jahrhunderts zurückverfolgen lässt, einer Tradition, die auch im schweizerischen Freisinn lebendig war, lange bevor Sozialpolitik in den Schatten der Klassenkampfpolemik geriet. Hier stand man in einer Front mit der Sozialdemokratie, nicht weil man sich unter dem Druck eines sozialpolitischen Wettbewerbes um die Gunst der Wähler fühlte, sondern weil man eine fortschrittliche Sozialpolitik spontan als ein bürgerliches Postulat empfand.

Man hatte im Blatt 1930 mit Elan für das neue Alkoholgesetz gefochten, das die finanzielle Grundlage für die staatliche Sozialversicherung schaffen sollte. Die Annahme jener Vorlage – einen «Ehrentag der Demokratie» nannte die NZZ den in grösster Spannung erwarteten und dann mit freudiger Genugtuung kommentierten Abstimmungssonntag – ebnete den Weg für das Versicherungswerk. Dass die Lex Schulthess etatistische Züge zeigte, die man beim Freisinn sonst nicht eben als wünschenswert betrachtete, trat in der Argumentation in den Hintergrund und war aufgewogen durch den Versicherungsgedanken, auf dem das Werk ruhte und den man in jedem Fall der reinen Fürsorge von Staates wegen vorzog, die nach der Meinung der NZZ eine «staatssozialistische Verflachung des Volkes» bedeutete. Der lange und intensive Abstimmungskampf wurde mit doppelter Front geführt: gegen einen konservativen Föderalismus, der von einer zentralstaatlichen Administration der Versicherung und einem «eidgenössischen Steuervogt» nichts wissen wollte, und gegen eine prinzipielle Opposition gegen

das Versicherungswerk, die dem Stimmbürger die Verteilung von Almosen durch den Staat schmackhaft zu machen versuchte und dabei die Abneigung gegen das Prämienzahlen unter ihren psychologischen Aktivposten hatte.

Das Volk entschied sich bei hoher Stimmbeteiligung eindeutig gegen die «Lex Schulthess». Auf den Ehrentag der Demokratie war ein anderer gefolgt, der sie, wie man in der NZZ in einem resignierten Kommentar festhielt, in ihrer Problematik zeigte. Dass Bundesrat, Parlament und Parteien von den Stimmbürgern im Stich gelassen und desavouiert wurden, erregte die grössten Bedenken. Die Konsequenzen, die man daraus zog, waren pädagogischer Art: eine Schwenkung der Meinung auf das staatssozialistische Geleise der Fürsorge, wie es eine bereits lancierte Initiative propagierte, kam nicht in Frage; vielmehr waren die Anstrengungen zu verstärken, um das Volk zum Versicherungsgedanken zu erziehen, dem schliesslich, so war man überzeugt, der Sieg über das Prinzip der reinen staatlichen Fürsorge zufallen musste.

Auf der Abstimmung vom 6. Dezember 1931 lag bereits der Druck der Wirtschaftskrise, die in diesem Jahr ihre ersten Griffe nach der «Insel der Glücklichen» getan hatte. Innert zwei Jahren, von Anfang 1930 bis Ende 1931, hatte sich die Zahl der Arbeitslosen beinahe verdoppelt; ein Jahr später hatte sie 100'000 erreicht. Ein nicht wesentlich kleineres Heer bildeten die «Kurzarbeiter». Ein grosser Teil derer, die ihre Arbeit weiterführen konnten, war von Lohnreduktionen getroffen, die Rentner von der Senkung des Zinsfusses. Unaufhaltsam begann der Lebensstandard von seinem hohen Nachkriegsniveau abzusinken. Die Wirtschaft selber erlitt durch den Zerfall der ausländischen Währungen empfindliche Substanzverluste. Unter der Autarkiepolitik der Handelspartner des Landes schrumpfte der schweizerische Export, und seine Konkurrenzfähigkeit war durch die allgemeine Preisbaisse ernstlich in Frage gestellt.

In einer Stimmung, die sich trotz dem oft betonten Vertrauen in die soliden Grundlagen der schweizerischen Wirtschaft und in ihren

gefestigten Kredit unter dem Gewicht der wirtschaftlichen Tatsachen zunehmend verdüsterte, hub jene Diskussion um die Eindämmung der Krise, um eine nationale Wirtschaftspolitik, um Verflechtung und Abgrenzung des staatlichen und des wirtschaftlichen Bereiches an, die über eine Generation hin nicht mehr zum Stillstand kam und deren Ausgangspunkt noch heute spürbar und präsent ist. Als ein wirtschaftspolitisches Organ, dessen Stimme etwas galt, hat die NZZ sie mit grösster Aufmerksamkeit durch jede ihrer Phasen hindurch verfolgt und sie als ein kompetenter Gesprächspartner selber mitgeführt. Die Debatte in diesem journalistischen Spiegelbild in allen ihren Aspekten nachzuzeichnen, kann hier nicht die Aufgabe sein. Wenn auch die wirtschaftspolitischen Probleme, mit denen man konfrontiert war, vor allem praktisch gangbare Lösungen, und diese oft mit grosser Dringlichkeit, erheischten, so war doch auf Schritt und Tritt die Frage der politischen und wirtschaftlichen Grundsätze gestellt, die man nicht unbeantwortet lassen konnte, ja auf der man den Praktikern gegenüber insistieren musste, wollte man nicht den Kurs aus den Augen verlieren. Unsere Aufmerksamkeit gilt dieser Seite der Auseinandersetzung.

In allem Ernst war die Frage der Tauglichkeit der liberalen Wirtschaftskonzeption unter Bedingungen gestellt, die sich so gründlich von der Normalität und vom liberalen Entwurf einer sich selbst regulierenden Marktwirtschaft unterschieden. In einem Stadium der aufgezwungenen Notwehr, in das die schweizerische Wirtschaft 1931 trat, musste Aktionsfähigkeit mehr gelten als absolute Prinzipienentreue; inmitten einer unliberalen Weltwirtschaft konnte man sich nicht in ein liberales Dogma verkapseln, wenn man die Krise überleben wollte. So musste man den Importrestriktionen zustimmen, die der Bundesrat gegenüber dem Ausland Ende 1931 verhängte, als alle andern volkswirtschaftlichen Waffen in der Auseinandersetzung mit den Nachbarn, vor allem dem Reich, versagt hatten. So hatte man sich, wenn auch mit grösstem Missbehagen und nicht ohne dass man der warnenden Kritik stärksten Ausdruck gab, mit den Notmassnahmen abzufinden, die in den wirtschaftspolitischen Richt-

linien des Bundesrates ins Auge gefasst waren, die im März 1932 verkündet wurden und die bereits tiefgehende Eingriffe des Staates in die Wirtschaft andeuteten.

Hier wie dauernd fortan in der Krisen-debatte hob man aber das grosse legitime Bedenken hervor: dass nun, unter dem Zwang der Notwehr, Geister herbeigerufen würden, die man auch in Zukunft nicht mehr los würde, dass man die Wirtschaft, oder dass die Wirtschaft sich selber «auf kaltem Wege» dem Staatssozialismus ausliefere, dessen politische Attacke man hatte abwehren können. Es war im Übrigen offensichtlich, dass der Sozialismus nach Kräften politisches Kapital aus der Krise zu schlagen versuchte, die er als die Folge des Versagens der freien Wirtschaft darstellte. Zur inneren Gefährdung der freien Wirtschaft kam der aufs Neue intensivierte politische Angriff von aussen.

Man focht an beiden Fronten aus der Defensive heraus. Es genügte dabei angesichts der prononcierten interventionistischen Tendenzen auch der bürgerlichen Landesregierung nicht, an das bedrohte Prinzip der freien Wirtschaft zu erinnern. Man hatte vor der volkswirtschaftlichen Vernunft den Gegenbeweis zu führen, dass auch in der entstehenden Notsituation eine weitgehende Regulierung der Wirtschaft durch den Staat niemandem half und dass sie ein Ding der Unmöglichkeit war. Wie konnte man den prohibitiven Schutz des Inlandmarktes, den man zu errichten trachtete, mit der Notwendigkeit des Preisabbaues, zu dem man sich bekannte, in Einklang bringen? Es war eine volkswirtschaftliche Quadratur des Zirkels. Wenn der Staat versuchte, mit harten Eingriffen die Wirtschaft, d.h. bestimmte ihrer Sektoren zu schützen, so gab er damit andere preis, denen der Tribut, den sie dafür zu zahlen hatten, die Konkurrenzfähigkeit radikal beschnitt. Die Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Industrie am Weltmarkt aber hob man in der NZZ in der Diskussion um Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung als das Schlüsselproblem hervor. Von ihr hing die Existenz eines grossen Teils der Bevölkerung ab. Wenn die Industrie im allgemeinen Zug zur Baisse, über den sie selber keine

Kontrolle hatte, die Löhne senken musste, dann sah man die erste Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik darin, dass diesen Löhnen durch entsprechende Preisanpassungen ihre alte Realkaufkraft in möglichst hohem Mass erhalten blieb. Die Schweiz konnte und durfte keine «Preisinsel» bleiben in einer Umwelt, von der sie in so hohem Masse abhing; auf keinen Fall durften der bereits schwer kämpfenden Industrie die Kosten einer künstlichen Hochhaltung des alten Lebensstandards aufgebürdet werden.

Zugleich war die Frage des Staatshaushalts in der Krise und damit auch der Währung gestellt. An den Staat richtete man die Mahnung zu vermehrter Sparsamkeit. Politisch kristallisierte sie sich in dem mit grösster Erbitterung geführten Kampf um die Anpassung der Löhne des Bundespersonals an das Niveau der Privatwirtschaft, der seinen Höhepunkt in der Volksabstimmung über diese Frage am 28. Mai 1933 fand. Es war ein Kampf auf allen Ebenen: man hatte sich gegen den Missbrauch einer schematischen Kaufkrafttheorie zu wehren, die die Abhängigkeit der schweizerischen Wirtschaft von den Konkurrenzbedingungen im Ausland negierte; man kämpfte für die Einsicht in die Notwendigkeit eines ausgeglichenen Staatshaushaltes, dessen Schicksal in dieser Abstimmung in die Hände der Stimmbürger gelegt war, und gegen die fiskalische Überbelastung der Wirtschaft; man setzte sich auf der Ebene politischen Denkens gegen eine Übertreibung der Demokratie zur Wehr, die es dem einen Teil der Bürger, dem vom Staat entlöhnten, gestattete, ein «Referendum gegen die Krisenfolgen» zu ergreifen, gegen die sich die Arbeitnehmer der Privatindustrie nicht mit politischen Mitteln versichern konnten; man mahnte zur Solidarität aller, auch wo es gelte, Abstriche am Lebensstandard zu tragen; und man hatte schliesslich Stellung zu nehmen gegen eine überbordende Agitation der Abbaugegner und gegen einen Meinungsterror, wie man ihn in einer Abstimmungskampagne in der Schweiz noch kaum je erlebt hatte.

Der Kampf wurde gegen eine geschlossene Arbeitnehmerfront verloren, die sich – «do ut des» – hinter das Staatspersonal gestellt hatte. Das Resultat trug zur Einsicht bei, dass das Handeln in der

Notsituation auch das Notrecht erheische, dass da, wo die Verantwortung für den gefährdeten Staatshaushalt liege, auch die Verantwortung für die Mittelbeschaffung liegen müsse. Das schwerwiegende Wort «Vollmachten» fiel in die politische Diskussion. Man flüchtete sich davor nicht in den liberalen Protest, sondern vertrat positiv die Überzeugung, dass nun die Stunde der starken Regierung und des kraftvollen Regierens gekommen sei.

Die liberale wirtschaftspolitische Kritik richtete sich nicht nur nach «links» gegen den Staatsinterventionismus; sie nahm Front auch gegen «rechts», gegen jene korporativen Tendenzen, die die Wirtschaft selber zu entwickeln begann, indem sie sich durch Preis-sicherung, Kartelle, Monopolisierung, berufsständische Organisation gegen Risiken und Konkurrenz abzuschirmen suchte. Ebensovienig wie gegen bestimmte direkte staatliche Eingriffe in die Wirtschaft reagierte man hier mit radikaler, grundsätzlicher Ablehnung. Die Delegation von wirtschaftspolitischen Befugnissen an die Berufsverbände, die Schaffung von Monopolen auf dem landwirtschaftlichen Sektor mochten in der kritischen Situation unerlässlich sein. Aber man konnte die Warnung vor der Gefahr der Verzunftung nicht unterdrücken, und man insistierte auf dem provisorischen, ephemeren Charakter solcher notrechtlicher Institutionen und Methoden. In keinem Fall wollte man darin ein künftiges Strukturprinzip der schweizerischen Wirtschaft sehen. Die wiederholten kritischen Auseinandersetzungen etwa mit der päpstlichen Enzyklika «Quadragesimo anno», die den Weg der korporativen Wirtschaft und Sozialpolitik wies, zeigten deutlich, wo man hier als Liberaler die Trennlinie zog.

In all der erregten Auseinandersetzung um Sozialpolitik, Krisenbekämpfung, wirtschaftliche Grundsätze, in einer Periode inneren Unbehagens, gärender Unrast und überbordender Agitation in der Presse, in Pamphleten, auf der Strasse, wurde 1931, im ersten Krisenherbst, der Nationalrat neu gewählt. Die Wahl bestätigte vor allem eines: die erstaunliche Stabilität der politischen Kraftfelder in der Schweiz. Der Freisinn hatte in der Defensive einiges eingebüsst, die

Sozialdemokratie, von der Krise profitierend, vermochte nun das zahlenmässig grösste Wählerheer hinter sich zu versammeln. Aber das alles bewegte sich in der Grössenordnung von Korrekturen und bedeutete in keiner Weise eine Umwälzung der Verhältnisse, wie sie in diesen Jahren etwa Deutschland der Welt zur Schau bot. In den Stürmen, denen man entgegenfuhr, konnte man aus dieser Grundverfassung schweizerischer Politik immer wieder Vertrauen und Zuversicht schöpfen.

TOTALITÄRER UMBRUCH IN DEUTSCHLAND

Der deutsche Nationalsozialismus zerstörte brutal das Bild Europas, das man zu Beginn der dreissiger Jahre aus den Trümmern von 1918 wieder erkennbar werden sah. Wohl war es schon 1932 aus der greifnahen Distanz, in der es eine verfrühte Hoffnung zu sehen glaubte, wieder in die Ferne gerückt; aber es blieb doch noch ein Orientierungspunkt. Das Dritte Reich löschte ihn aus. Es eröffnete eine radikal veränderte internationale Perspektive, verwandelte die Hoffnung in Pessimismus und trieb den Kontinent der Katastrophe entgegen. Der abrupte Klimawechsel ist am Instrument der NZZ deutlich abzulesen, die, wie überhaupt die Presse des exponierten schweizerischen Kleinstaates, die äusseren politischen Schwankungen mit grösster Empfindlichkeit registrierte.

Deutschland war für die Schweiz und ihre journalistischen Beobachter auch nach seiner Niederlage im Brennpunkt der aussenpolitischen Aufmerksamkeit geblieben. Nicht in dem Sinne allerdings, in dem diese Feststellung auch für die NZZ noch vor dem Ersten Weltkriege gegolten hatte, als die deutschschweizerische Öffentlichkeit sich mit dem Geschehen beim nördlichen Nachbarn beinah zu identifizieren und deutsche Belange als ihre eigenen zu empfinden pflegte. Man war inzwischen der nationalen und staatlichen schweizerischen Eigenart bewusster geworden und übersah die Grenze nicht mehr. Aber man teilte die Meinung, dass vor allem in Deutschland das Schicksal Europas zur Entscheidung stand – Grund genug, die innere wie die äussere Politik der Weimarer Republik nicht aus den Augen zu lassen. Eine Zählung der deutschen Themen gewidmeten Zeilen in der NZZ würde jedenfalls auch vor 1933 ein prononciertes Interesse eindrücklich bestätigen, wollte man sich amerikanischer Methoden zur Erforschung der öffentlichen Meinung bedienen.

An der Vermittlung einer Fülle von Informationen und Aperçus aus Deutschland waren in der NZZ neben den Nachrichten-

agenturen eine Reihe eigener Mitarbeiter beteiligt: der hochberühmte journalistische Nestor Hugo Herold, von den Lesern des Blattes seit 50 Jahren als ein politischer Kommentator der feuilletonistischen Art geschätzt wegen seiner «feinsten Beobachtungsgabe, eleganten, künstlerisch ziselierten Darstellung, der ein überlegener Humor einen eigenartigen Charme verleiht» (wie es 1930 in einem redaktionellen Elogium hiess); Joseph Halperin, auf dem die Last der Tagesberichterstattung lag; zeitweise Waldemar Jollos; die deutschen Politiker Hellpach und Hoetzsch, der eine ein Liberaler, der andere ein Deutschnationaler, die in seitenlangen Kommentaren die Berliner Parteipolitik analysierten und darin zu erkennen gaben, wie hoch sie die Bedeutung der NZZ als eines angesehenen neutralen Organs deutscher Sprache auch in den innerdeutschen Auseinandersetzungen veranschlagten.

Man wird in den Bänden der «Neuen Zürcher Zeitung» dieser frühen dreissiger Jahre keine «deutschfeindlichen» Züge finden, wie man sie später dem Blatt vorzuwerfen pflegte. Im Gegenteil: die Verpflichtung auf die Sache des Völkerbunds und die Wiederherstellung der europäischen Völkergemeinschaft liess, wie bereits angedeutet, die NZZ zu einer überzeugten Verfechterin der Versöhnungspolitik und damit der Rehabilitierung Deutschlands werden. Soweit die deutsche Aussenpolitik den Willen zur Einordnung ins europäische Konzert erkennbar werden liess, war sie der Sympathie des Blattes sicher. Wenn allerdings, wie in den Nachklängen zur Rheinlandräumung im Sommer 1930, der Ton eines ungeduldig fordernden Revisionismus in die Sprache des Auswärtigen Amtes drang, dann schlugen die Kundgebungen der Sympathie rasch in Mahnung und Kritik und Besorgnis für das delikate Verständigungswerk um, das solchen Belastungsproben noch nicht gewachsen war.

Von der deutschen Aussenpolitik wandte sich die Aufmerksamkeit nun allerdings immer mehr dem inneren Schicksal der Weimarer Republik zu. Ein rapider Zersetzungsprozess begann dort seinen Lauf zu nehmen. Der Bruch der Grossen Koalition im März 1930, der der bürgerlich-katholisch-sozialdemokratischen Allianz ein Ende

machte, alarmierte zwar vorläufig auf der NZZ noch nicht; er wurde als Folge einer im Rahmen des «Normalen» hegenden inneren Gewichtverschiebung nach rechts interpretiert, als Beginn einer innenpolitischen Phase, in der nach der aussenpolitischen Anspannung der vergangenen Jahre die Gegensätze zwischen Links und Rechts natürlicherweise schärfer zum Ausdruck kommen mussten.

Der dunkle Hintergrund für das Schauspiel der Berliner Koalitionspolitik allerdings war dem Leser bereits sichtbar und wurde in unheimlicher Weise im Lauf weniger Monate immer deutlicher. Es waren die Schatten des «unbekannten», des «geheimen» Deutschland, die Formen anzunehmen begannen. Der innere Boykott des demokratischen und parlamentarischen Regimes wurde spürbarer, eine Gärung der Gemüter, die niederreissende Kritik produzierte und eine politische Radikalisierung voraussehen liess, deren Endprodukt man aber noch kaum ahnen konnte. Die offene Geringschätzung der Demokratie hatte zwar längst politisch Fleisch und Blut angenommen in der Deutschnationalen Partei unter der Führung Hugenberg's, und man hatte ihr schon immer eine höchst kritische Aufmerksamkeit gewidmet, die Haltung dieser «Anti-parlamentarier im Parlament» und die Ziele ihrer Bewegung scharf glossiert, die auf Abbruch der Demokratie und auf Diktatur hinausliefen. Noch mochte man schwanken zwischen der Hoffnung, dass es gelingen werde, auch diese Partei schliesslich, mit oder ohne ihren Führer, zu domestizieren, und der Furcht, sie werde früher oder später ihr Ziel erreichen. Die Besorgnis wuchs, als unter dem ersten kurzlebigen Kabinett Brüning sich die bürgerliche Mitte so offenkundig zu zersetzen begann. Die Regierungsmethode des Reichskanzlers, der sein Minderheitskabinett nur mit der Drohung des verfassungsmässigen Diktaturregiments über Wasser zu halten vermochte, fand kein sehr freundliches Echo. Sie zeigte aber jedenfalls an, dass die deutsche Demokratie in einen Notzustand geraten war. Man begann in den Kommentaren den Verlust der breiten Regierungsbasis der früheren Jahre als ein Verhängnis darzustellen und in Gedanken auf eine Wiederherstellung der «Grossen Koalition»

mit der Sozialdemokratie als einer «republikanischen Notgemeinschaft» anzuspielden.

Dramatisch wurde die Situation mit dem Ausgang der Septemberwahlen 1930, der mit einem Schlag erkennbar werden liess, wo es mit dem «unbekannten» Deutschland hinauswollte. Der Zerfall der Mitte bestätigte sich; über ein Drittel der Wählerschaft lief zu den Extremisten. Auf der Rechten waren es nicht mehr die Deutschnationalen, die den besorgten Blick auf sich zogen, sondern die radikalen Nationalsozialisten, die beinahe aus dem Nichts zur zweitstärksten Partei aufgestiegen waren und sich mit über hundert Mandaten und einem Anhang von sechseinhalb Millionen Wählern präsentierten. Der Fischzug dieser Partei – oder «Bewegung», wie sie sich charakterisierte – war vor allem unter dem deutschen Kleinbürgertum erfolgreich gewesen, was die Gemütslage dieser Schichten erhellte. Ihren Ideen nach spärlich profiliert, stand von der NSDAP nur fest, dass ihr ein unausmessbares Potential von Radikalismus innewohnte. Eine erste Charakteristik der NZZ zeichnete sie nach ihrem Début als Massenbewegung mit diesen Worten:

«Diese Bewegung, die ihren Erfolg der mit virtuoser Demagogie betriebenen Ausbeutung aller nur denkbaren, im deutschen Volke vorhandenen Ressentiments nationaler, sozialer und rassenmässiger Natur verdankt, besitzt kaum ein geistiges Fundament oder Programm und erhebt sich jedenfalls heute noch nicht über die rein negative Agitation; sie fordert Neugestaltung, sie verkündet das „dritte Reich“, sie predigt den „deutschen Geist“ – aber sie ist im Sinne dieser Forderungen weder konstruktiv noch repräsentativ.»

Die politisch-parlamentarische wie die psychologische Grundlage der unsicheren deutschen Demokratie war durch diesen Wahlausgang erschüttert. Sie mochte sich in wechselnden Notformen noch etwas über zwei Jahre zu halten; aber auf dem Weg, den sie zu gehen hatte, drohte ihr auf Schritt und Tritt der Absturz, ob er nun das Chaos eines gesetzlosen Kampfes der starken Extreme bis aufs Messer oder die «politische Abenteuerfahrt zu den sagenhaften Küsten des dritten Reiches» bedeutete, von der zwar niemand wissen

konnte, wo sie enden würde, von der man aber bereits die schlimmsten Ahnungen hatte.

Man war in diesem Kampf ein pessimistischer Zuschauer. Die Diagnosen, die man stellte, deuteten im Allgemeinen das Geschehen in Deutschland als eine Krankengeschichte, die deutsche Seelenlage als im tiefsten gestört: «Das deutsche Volk ist krank an der Seele, und die Welt bangt, ob das Fieber von ihm weiche oder noch höher steige ...» Man musste zu solchen Formeln greifen, um das sonst Unerklärliche bezeichnen zu können, und wohl auch um Distanz zwischen sich und dem Objekt zu schaffen und keinen Anlass zu Kurzschlüssen in Bezug auf die Chancen der liberalen Demokratie überhaupt zu geben.

Die distanzierenden Diagnosen hinderten nicht, dass man leidenschaftlichen Anteil am Geschehen jenseits des Rheins nahm. Zeitweise, etwa im chaotischen, mit allen Mitteln des Terrors geführten Wahlkampf des Sommers 1932, der die endgültige Entscheidung über das Schicksal der Demokratie in Deutschland zu bringen schien, zog die NZZ ins Feld, als gelte es einen hochbedeutenden Urnengang im eigenen Land. Es konnte zwar nicht ihre Sache sein, in Deutschland für Demokratie zu missionieren oder Rezepte zu geben, wie es «besser zu machen» wäre. Doch wurde ihr demokratischer Standpunkt in der Kritik deutlich erkennbar, einerseits in der dezidierten Stellungnahme gegen die Extremisten, andererseits darin, dass sie den letzten fragwürdigen Treuhändern des Weimarer Erbes gegenüber mit hartnäckiger Skepsis immer wieder hervorhob, wie wenig das, was sie an die Stelle parlamentarischen Regierens zu setzen suchten, in Wirklichkeit die gepriesene «höhere Form staatlicher Willensbildung» darstellte.

Für Brüning's «Notweg», das Regiment einer verfassungsmässigen teilweisen Diktatur auf Grund des vielzitierten Paragraphen 4-8, äusserte man jetzt zwar Verständnis. Er galt gegenüber der Aussicht auf ein nationalsozialistisches Regime – «den Sturz ins

Chaos» – jedenfalls als das kleinere Übel, wenn man schon den Wunsch nach Rückkehr zu einer parlamentarischen Basis, d.h. zur «Grossen Koalition» kaum unterdrücken konnte, ebenso wenig wie das Unbehagen, die Regierung mehr und mehr nur noch von der Autorität des Reichspräsidenten und der hinter ihm stehenden Wehrmacht abhängig zu sehen. Solange jedoch Hindenburg den Kanzler hielt und als ein starkes, vielleicht letztes Bollwerk vor Hitler die Weimarer Republik deckte, blieb solche Kritik gedämpft. Des greisen Hindenburg persönliches Prestige stand im Moment seiner Wiederwahl, die zu einem harten, aber erfolgreichen Kräfte-messen mit Hitler wurde, auch in der NZZ sehr hoch. Einen «getreuen Eckart» rühmte sie ihn und zollte der Loyalität des Feld-marschalls ehrenden Tribut, der, obwohl im Herzen ein Monarchist, der Republik die Treue hielt, der er den Eid geschworen hatte. Umso grösser war die Enttäuschung, als er kurz darauf Brüning fallen liess.

Brünings Nachfolger v. Papen gegenüber aber wurde das Miss-trauen unüberwindlich. Wohl war man sich bewusst, dass es nach den Juliwahlen von 1932 keine «republikanische» Mehrheit mehr gab und dass Deutschland «irgendwie regiert werden» musste, sei es auch ausserhalb des Rahmens der Weimarer Verfassung, die im Augenblick dafür nicht mehr zu taugen schien. Mahnungen zur Demokratie waren in dieser Lage verlorene Worte. Papens «grosses Spiel» aber forderte unverhohlene Skepsis heraus. Man konnte ihm, dessen konservativ-autoritäre Neigung man kannte, nicht den Kredit eines potentiellen Retters der Republik aus ihrer schweren Gefahr zugestehen, auch wenn sein Regime vorläufig die Machtergreifung Hitlers hinauszuzögern vermochte. Seiner «zugegebenermassen geschickten, aber gefährlichen Taktik» wurde hie und da ein Ge-legenheitskompliment entrichtet, was ihn doch vom Ruf, auch seinerseits bewusst ein Totengräber der Weimarer Demokratie zu sein, nicht befreite. «Den Parlamentarismus erledigen, indem man ihn sich totwählen lässt» – diese Glosse begleitete sein Vorgehen, den Ende Juli gewählten Reichstag gleich wieder aufzulösen und auf den November Neuwahlen anzusetzen – den vierten allgemeinen

Wahlgang innert zehn Monaten eines zunehmenden inneren Chaos. Ebenso misstrauisch wurde sein Versuch beurteilt, «der vom Nationalsozialismus drohenden Gefahr der „Revolution von unten“ durch teilweise analoge Massnahmen einer „Revolution von oben“ – mit langfristigen Plänen einer staatsrechtlichen Restauration mitten in der akuten Krise – zu begegnen. In solchen skeptischen Urteilen mochte das helvetische Unbehagen gegenüber dem feudal-aristokratischen Charakter dieses Regimes, dem Camarillasystem, dem fein Eingefädelten, Überraffinierten dieser Politik eine Rolle spielen; tänzerische diplomatische Akrobatik, Undurchsichtigkeit der Ziele, «politisches Trappertum» wollten in den Augen des schweizerischen Beobachters schlecht zu einem Moment passen, in dem die Raubtiere sich zum Sprung bereit gemacht hatten. Es war keine Politik, die eine Alternative zum Nationalsozialismus noch hätte attraktiv machen können. Nach sechs Monaten hatte sie sich verbraucht – schneller als zuvor die parlamentarischen Kabinette, wie man festzustellen nicht unterlassen konnte – und nach weiteren 57 Tagen konturlosen Regimes strauchelte auch Papens Nachfolger Schleicher über die «Fussangeln», die in diesen halbautoritären Bezirken nicht weniger dicht gestreut waren als einst in der offenen Arena des Reichstages. Hitler übernahm Kanzleramt und Macht am 30. Januar 1933, und die qualvolle Agonie der Weimarer Republik hatte das seit zweieinhalb Jahren gefürchtete und in Gedanken oft vorweggenommene Ende gefunden.

Man hatte in diesen Jahren genügend Gelegenheit gehabt, dem Treiben der braunen Scharen und ihrer Führer – der «würfelnden Hasardeure», der «politischen Wiedertäufer», wie man sie in der hier schonungslos gewordenen Sprache der NZZ nannte – von nahem zuzusehen, um zu wissen, was diese «Machtergreifung» bedeutete. Zum Teil hatten sie mit nacktem Terror operiert, und keine Waffe war ihnen zu unwürdig gewesen, dass sie sie nicht zur Bekämpfung ihrer Gegner gebraucht hätten. Sie trugen den Hauptteil der Verantwortung dafür, dass Deutschland in Anarchie zu fallen

begann, ja in einen Zustand, den man im Wahljahr 1932 angesichts der Hunderte von Toten in den Strassenschlachten zwischen «Rot» und «Braun» nicht mehr anders denn als Bürgerkrieg bezeichnen konnte – ein «Kampf mit Totschlägern, Messern, Revolvern, der in Deutschland während der letzten Jahre immer mehr an die Stelle mit geistigen Waffen geführter Auseinandersetzungen getreten ist ... – worauf jedem anständigen Mitteleuropäer die Neigung vergehen wird, jemals wieder über den Balkan zu höhnen» – wie sich der Kommentator in der NZZ ausdrückte.

Zweifellos lag die Förderung des Chaos in der revolutionären Taktik, und es war offensichtlich, dass die Zerrüttung der öffentlichen Ordnung ihren Zielen günstig war – was man sich vor Augen hielt, wenn in der Schweiz sich Ansätze zeigten, die Strasse zur Arena der politischen Auseinandersetzung zwischen Rechts und Links zu machen.

Um nichts war in diesen Jahren die geistige Physiognomie des Nationalsozialismus deutlicher geworden. Hatte man ihn ursprünglich als der extremen Rechten zugehörig klassiert, so zeigte er 1932, als er sich um Stimmen der Linken bemühte, mit der Ausprägung nationalbolschewistischer Züge, dass er sich einer klaren Standortbestimmung entzog. Übrig blieb ein verschwommener Mythos, eine nihilistische Grundhaltung, und vor allem sein extrem radikales «Temperament». War dieses in der Regierungsverantwortung zu zähmen? Das eine oder andere Mal sind in der NZZ in dieser Richtung Hoffnungen geäussert worden, zuletzt noch nach der Übernahme der Macht durch Hitler. Der Nationalsozialismus hat sie jeweilen bald wieder zunichte gemacht, in der Weimarer Phase durch die Verweigerung der Zusammenarbeit mit andern Parteien und die Exklusivität seines Führungsanspruchs, später durch die Wirklichkeit des totalitären Regimes.

Ebenso schillernd wie das innenpolitische Programm der Nationalsozialisten waren ihre aussenpolitischen Vorstellungen. Fest stand der Wille zur Expansion; ihr Schlagwort «Ein neuer Krieg muss sein!» blieb der Umwelt in den Ohren und im Sinn. Antifranzö-

sische und antislawische Ressentiments waren in ihren Reihen virulent. In welcher Richtung würden sie das politische Gefälle schaffen? Man hoffte im Westen auf ihren Respekt vor dem Britischen Empire und glaubte dort, sie seien auf «Ostexpansion» festgelegt; aber Klarheit war auch in den allgemeinsten Fragen vorläufig nicht zu gewinnen. Beunruhigten mussten in der Schweiz die Phantasien über die Heimführung aller «Deutschstämmigen» in ein wieder zu erweckendes grossgermanisches Reich. Was war davon politisches Programm, was ideologisches Abfallprodukt?

Die lang erwartete Abenteuerfahrt des Reiches hatte jedenfalls begonnen, und die Umwelt hatte allen Grund, die Augen nicht mehr von Deutschland loszulassen.

Das Bild, das der Leser vor allem aus den Kommentaren der NZZ schon vor 1933 vom Nationalsozialismus gewann, war in dem eben umrissenen Sinn durchaus eindeutig und nicht misszuverstehen. Es stammte in diesen letzten Krisenjahren der Weimarer Republik fast durchwegs aus der Feder des Inlandredaktors Willy Bretscher, der 1925-1929 Berliner Korrespondent des Blattes gewesen war und schon in jenen Jahren eine Anschauung von Deutschland gewonnen hatte, die in nuce enthielt, was nun als verderbliche Frucht aufzugehen im Begriff war. Er beharrte auf seiner Überzeugung, dass von den Kräften, die auf der sogenannten Rechten in Deutschland am Werk waren, eine nicht minder ernste und umfassende Gefahr drohe als von der revolutionären Linken, dass hier eine Herrschaftsform und Ideologie sich ankündige, die keine Anklänge mehr an abendländische Vorstellungen vom Staat, vom Recht, vom Mass, von Freiheit und von Kultur hatte, und dass ein nationalsozialistisches Deutschland ein Element der Unstabilität bilden musste, das für seine Nachbarn und für die europäische Staatengemeinschaft überhaupt bedrohlich würde.

Das war, wenn man so will, ein diabolisches Bild des Nationalsozialismus, wie es der öffentlichen Meinung des Auslandes sich erst später einzuprägen begann und dann geläufig wurde. Vorläufig war

diese Meinung, in der Schweiz wie anderswo, geteilt. Für die Sozialisten war zwar die schärfste Ablehnung einer Partei selbstverständlich, die weitgehend von ihrer antimarxistischen Propaganda lebte, die für die organisierte Linke eine akute Gefahr darstellte und die dann auch, kaum war sie an der Macht, nicht nur den Kommunismus, sondern auch die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaften radikal «liquidierte»; das entsprechend gewürzte Vokabular hatte man dort ohnehin ständig zur Hand.

Im Bürgertum aber, das der bedrohten Linken in Deutschland gegenüber keine Loyalitätsverpflichtung fühlte, löste die Heraufkunft des Nationalsozialismus tiefe Unsicherheit aus. In manchen bürgerlichen Kreisen war man vorläufig wenig geneigt, Kassandrarufer in der Presse ernst zu nehmen. Dass die Deutschen, die man auch in der deutschen Schweiz noch immer als ein Kulturvolk par excellence ansah, auf jene Stufe der Barbarei sinken würden, auf welche die Kritiker den Nationalsozialismus setzten, hielt man für unwahrscheinlich. Und war nicht eine autoritäre nichtmarxistische Regierung eine Notwendigkeit angesichts eines drohenden Chaos? Der Radikalismus würde, so glaubte man, unter der Verantwortung für den Staat seine Hörner abstossen. Als er es nicht tat, wurde die Verwirrung noch grösser. Was war dieses Deutschland geworden, das man seit Stresemann als einen loyalen Partner oder zum mindesten Kandidaten für die Partnerschaft im europäischen Konzert zu kennen glaubte? War der Demagogie darin etwa recht zu geben, dass Versailles die Wurzel des Übels war; hatte man jenen Fehler zu korrigieren, um das neue Reich wieder zu «europäisieren»?

Eine andere Meinungstendenz kam dazu, die einer klaren Beurteilung und Ablehnung des Nationalsozialismus in bestimmten bürgerlichen Schichten vor allem in den Anfängen der Hitler-Bewegung in Deutschland im Wege stand: es gab Leute, die unter dem Eindruck der Spaltung der Gesellschaft entlang der marxistischen Frontlinie ihrer Genugtuung darüber Ausdruck gaben, dass dem weiteren Vorrücken des Sozialismus in Deutschland nun durch eine Sammlung der Kräfte auf der Rechten ein Hindernis gesetzt sei.

Eine Diskussion, die sich 1930 um die Auslegung der deutschen Septemberwahlen und die Bewertung des Nationalsozialismus auch in Zuschriften an die NZZ entwickelt hatte – es gab in jenem Zeitpunkt noch keine politischen Hemmungen, sie frei walten zu lassen –, war wohl charakteristisch für dieses Denken. Fascismus und Nationalsozialismus, so wurde dort argumentiert, bedeuteten nichts als den «Einsatz eines Gegengewichtes gegen schädliche Tendenzen», eine «naturgemässe Reaktion auf den marxistischen Klassenkampf». Die darin implizierte Warnung an die klassenkämpferische schweizerische Sozialdemokratie wurde vom «Volksrecht» damals mit der Behauptung quittiert, die NZZ sei nun auf das Motto eingeschworen: «wenn schon Sozialismus, dann Nationalsozialismus» – ein Satz, der angesichts der Haltung des Blattes ein Wortspiel ohne Inhalt war und blieb.

Wer so argumentierte, war der Versuchung zu einer Denkweise erlegen, die man später als den Hang zum «Optieren» charakterisierte: Option für die Rechte gegen die Linke. Es war der gefährliche Hang zu einem Alternativdenken, das der geistigen wie der politischen Situation der Schweiz durchaus nicht angemessen war, wo die bürgerliche Mitte noch intakt, wenn auch ihrer Kraft nicht mehr immer bewusst war und wo der Rechtsextremismus vorläufig noch kaum Boden gefasst hatte. Schon bevor man sich in der Schweiz mit ihm befassen musste, hatten sich die Geister über der Beurteilung des Nationalsozialismus zu scheiden begonnen. Der aussenpolitische Kommentar erhielt unter solchen Umständen nun eine erhöhte innenpolitische Bedeutung. Was die NZZ betrifft, so bemühte sie sich, den deutschen Nationalsozialismus so deutlich zu zeichnen, dass dem Leser die Illusion vergehen sollte, es könnte sich da um eine bürgerliche Alternative handeln.

Die NZZ hatte Ende 1932 ihren Berliner Beobachtungsposten neu besetzt. Joseph Halperin war aus dem Dienst des Blattes ausgeschieden, und an seine Stelle trat der bisherige Inlandredaktor Reto Caratsch. Er hat den Lesern des Blattes die Tageschronik des

nationalsozialistischen Regimes geschrieben von der Stunde der Machtübernahme bis zum Höhepunkt im Sommer 1940 und ihnen zugleich ein Bild von der Wirklichkeit des Dritten Reiches vermittelt, wie man es schonungsloser innerhalb der Grenzen der Objektivität kaum hätte zeichnen können. Gegen die eventuelle Versuchung, den deutschen Totalitarismus mit der Zeit als harmloser zu empfinden, als er war, ist diese Berliner Berichterstattung, in Einklang mit der redaktionellen Kommentierung, jedenfalls ein dauernd wirksames Gegengift geblieben. Berlin liess Caratsch bis in den Krieg hinein gewähren, worüber man zuzeiten staunen musste, auch wenn man sich bewusst war, dass dahinter propagandistische Berechnung stand. Hingegen fehlte es nicht an schweizerischen Lesern, die dem Blatt die Rückberufung seines Berliner Korrespondenten nahelegen oder die ihn selber auf seinem Posten unter Druck zu setzen und ihn zu einer «freundlicheren» Haltung zu bewegen suchten, sei es aus Besorgnis über eventuelle politische Auswirkungen seiner offenen und scharfen Kritik, sei es im Interesse ihrer geschäftlichen Beziehungen mit dem Reich. Doch nahm die Redaktion auf diese Argumente und auf Druck keine Rücksicht. Sie konnte auf einen kritischen Beobachter im Zentrum der Gefahr nicht verzichten und deckte ihren Berliner Korrespondenten, auch wenn das nicht in jedem Fall leicht war, und hielt ihn auf dem Posten, wo er furchtlos und in brillanter Weise seine Funktion des unbestechlichen und von Propaganda unberührten Berichterstatters verwaltete.

Am 1. August 1933 – um hier die interne Geschichte des Redaktionsstabes für die nächsten Jahre voraus zu entwerfen – wurde die Leitung der NZZ Willy Bretscher anvertraut, der mit seinen Kommentaren zur deutschen Politik nicht nur massgebend die Haltung des Blattes gegenüber dem Nationalsozialismus bestimmt und sie im Namen der Redaktion auch vor dem Verwaltungskomitee vertreten hatte, sondern in dessen Händen auch die innenpolitische Auseinandersetzung mit der Linken und den «Fronten» und die Betreuung der staatspolitischen und aussenpolitischen Fragen lag. Er war als junger Mann 1917, also noch während des Weltkrieges,

in die Redaktion der NZZ eingetreten und hatte hier auf den Gebieten der Innen- und der Aussenpolitik seine journalistischen Sporen abverdient. Mit dem neuen Chefredaktor, der eine klare Vorstellung von der allgemeinen öffentlichen Aufgabe des Blattes wie von seinen besonderen Verpflichtungen in dieser «Umbruchzeit» hatte, erhielt die NZZ die in dieser politischen Situation so dringlich notwendig gewordene entschlossene Führung. Der Wille und die Fähigkeit eines verantwortlichen Leiters, den Kurs des Blattes eindeutig erkennbar werden zu lassen und ihn auf der vorgezeichneten Linie zu halten, blieb der Physiognomie der NZZ fortan deutlich eingeschrieben.

Dem Rufe des Chefredaktors folgend, trat im März des nächsten Jahres Albert Müller von der «Thurgauer Zeitung», wo er wegen seiner kritischen Haltung bereits in Konflikt mit der nationalsozialistischen Pressepolitik gekommen war, in die Auslandsredaktion der NZZ ein und übernahm hier das Ressort «Deutschland», das sich bald auf die zentralen Fragen der internationalen Politik überhaupt ausweitete. Er ist als nächster Mitarbeiter des Chefredaktors in jenen Jahren der massgebende aussenpolitische Kommentator des Blattes und das Haupt seiner Auslandsredaktion geworden und bis zum heutigen Tag geblieben. Etwa gleichzeitig mit ihm wurde Nicolo Biert in die Inlandsredaktion aufgenommen, wo er gleich in den Schlachtkeil gegen die «Front» trat. Bezieht man Karl Weber ein, den Bundesstadredaktor der NZZ seit dem November 1930, der den eidgenössischen Fragen sein besonnenes und herzstärkendes Wort lieh, und Hans Barth, der seit 1929 der Feuilletonredaktion angehörte und der dort die philosophische Auseinandersetzung mit den Kündern des neuen Ungeistes aufgenommen hatte, so ist damit im Wesentlichen das Team umschrieben, das in den folgenden Jahren das Gesicht der Zeitung in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus prägte und den Kampf an diesen politischen und geistigen Fronten führte.

Es war – das zu erwähnen ist wohl nicht unwichtig – den Jahren nach im Allgemeinen ein ausgesprochen junges Team von Männern

zwischen dreissig und vierzig. Das Gewicht der langen Tradition und der Stellung des Blattes mochte, was die Verpflichtung zur Sorgfalt im abwägenden Urteilen betrifft, hier für einen Alterszuschlag gelten; die Spannkraft dieser Redaktion aber bedeutete für die Zeitung in den kommenden Jahren des Nervenkrieges ein Kapital.

Im Übrigen kann es nicht die Aufgabe dieses Rückblicks sein, der Leistung der Männer, die noch heute an der NZZ wirken, eine Würdigung zu widmen. Wir haben uns hier mit dem Wort zu befassen, mit dem sie auf das Bewusstsein und das Gewissen ihrer Zeit einzuwirken versuchten, und mit den Umständen, unter denen sie schrieben. Das Urteil darüber, wie sie in der Prüfung bestanden, steht der Öffentlichkeit zu.

Es ist Zeit, dass wir uns wieder dem Geschehen zuwenden, das das Blatt wie die schweizerische öffentliche Meinung aufs Intensivste beschäftigte. Die Erregung über die Wendung der Dinge in Berlin am 30. Januar 1933 war weitherum spürbar. Auch der pessimistischste Redaktor hatte unter diesen Umständen die Pflicht, zu beruhigen. Die zwiespältige Formel, die man zwischen dieser Pflicht des Augenblicks und der eigenen, wenig hoffnungsvollen Überzeugung fand, ist im folgenden Satz enthalten, der dem redaktionellen Kommentar der NZZ vom 31. Januar entnommen ist:

«... Gerade deshalb, weil man nur mit grösstem Pessimismus einer deutschen Politik entgegensehen könnte, die der integrale Ausdruck der bisher von den beiden Regierungsparteien (NSDAP und Deutschnationale) bekundeten innen- und aussenpolitischen Einstellung wäre, scheint es angebracht, ruhig abzuwarten, ob und wie sich die Taten der neuen Regierung von den Worten der bisherigen Partei- und Volksführer unterscheiden . . .»

Man brauchte nicht lange abzuwarten. Vom ersten Tag ihrer Erhöhung zur Macht an entwickelte die «Bewegung» Hitlers eine atemraubende Dynamik. Was Caratsch in Berlin mit wacher Skepsis in den folgenden Monaten beschrieb, war eine Revolution, die im Grossen und Ganzen zwar unblutig verlief, aber die Wei-

marer Republik bis in ihre Grundlagen umpflügte und das «alte», vertraute Deutschland bis zur Unkenntlichkeit verstümmelte. Wohl stellte das Regime vorläufig noch eine Koalitionsregierung dar; aber ihr zweiter Pfeiler hiess v. Papen, der hier seinen Apostatencharakter deutlich offenbarte und dem wenig daran gelegen schien, die Reste des Weimarer Zeitalters zu schützen. Mit dem «Brüningstürzer», dem «heiligen Georg des autoritären Regimes», dem Verräter an dem ihm in der Not anvertrauten demokratischen Erbe beglich die NZZ in einem erbitterten Kommentar über seine Rolle in der «Machtergreifung» noch einmal ihre alte Rechnung, bevor sie sich wieder dem Gang der Dinge zuwandte. Dass Hitler im Übrigen mit seiner Zusage zu einer Koalitionsregierung seinen totalen Machtanspruch aufgegeben habe, dass er durch die Deutschnationalen und v. Papen nach Schleichers raffiniertem Plan gewissermassen «in Wolle verpackt» sei, wie man auch in der NZZ im ersten Augenblick noch leise hoffend erwogen hatte, diese und andere Vorstellungen verflogen alsbald im revolutionären Wirbelwind, der jetzt über Deutschland fegte.

Das Thema hiess vorerst einmal mehr «Wahlkampf» – ein Wahlkampf neuartigen Gepräges, mit den alten Methoden des Strassenterrors zwar, nur dass sie jetzt von der Staatsmacht sanktioniert waren, soweit sie sich gegen die Opposition richteten, mit einer «Notverordnung», die die oppositionelle Presse hinter den «Stacheldrähten des Ausnahmerechts» mattsetzte und das Versammlungsrecht und alle übrigen bürgerlichen Freiheiten drakonisch beschnitt, mit einem Staatsstreich gegen das «unsichere» preussische Parlament und der erzwungenen Gleichschaltung der deutschen Länder und ihrer Polizeiapparate, mit der Verkündung des Ausnahmezustandes im Anschluss an den Reichstagsbrand – mit durchaus einseitig verteilten Risiken und einseitigen Möglichkeiten der Stimmenwerbung und Aktivität also, die den vom Regime erwünschten Ausgang des Testes zum vornherein garantieren sollten und ihn am Wahltag, dem 5. März, denn auch sicherstellten, wenn auch nicht mit der vorgesehenen Eindeutigkeit. Die Aufgabe des aussenstehen-

den neutralen Blattes diesen Vorgängen gegenüber, so wie man sie an der NZZ auffasste, lässt sich in einem Ausdruck umschreiben: die Dinge beim Namen zu nennen. Indem man die Umstände und den Charakter dieser «Wahl» ins Licht setzte, hatte man sich auch über die demokratische Legitimität des Regimes ausgesprochen, an der, oder an deren Fassade, den antidemokratischen neuen Herrschern noch immer gelegen war.

Aber was man in Deutschland fortan als Demokratie gelten liess, war nur noch ein Schattenspiel; hatte man davon zu sprechen, so tat man es in der NZZ mit einer bis nahe an Zynismus getriebenen Ironie – womit man wohl auch die Haltung wiedergab, in der die Machthaber selber das Spiel inszenierten. Jene denkwürdige Potsdamer Sitzung, in welcher der neugewählte Reichstag mit rekordartiger Speditivität das schicksalsschwere Ermächtigungsgesetz verabschiedete, das Hitler auf gesetzlichem Wege schrankenlose Vollmachten gab und mit dem das Parlament sich selber für den kümmerlichen Rest seiner Tage zur Akklamationsinstanz degradierte, jene Sitzung wurde mit folgendem Zitat aus einem von diesem Schauspiel begeisterten Hugenberg-Blatte gekennzeichnet:

«... Mit parlamentarischen Beratungen alten Stils hatte diese Erledigung der Geschäfte nichts mehr gemein – es wurde exerziert, und ein Hauptmann, ehemals Königlich-Preussischer Hauptmann (Reichstagspräsident Göring), kommandierte: „Ruck, zuck! . . . Marsch, marsch, ihr Kerls! . . .Wegtreten.“»

Mit dem Ermächtigungsgesetz war Hitler Diktator geworden, und man bestand aus verschiedenen Gründen darauf, ihn bei diesem Namen zu nennen. Nun hatte er den Beweis dafür anzutreten, dass sein Regierungskonzept dem demokratischen überlegen war, dass es die politische und wirtschaftliche Krise des Reichs – anders als die von der Propaganda nun in globo als «marxistisch» diskreditierte Weimarer Republik – zu überwinden vermöge. Die «Hindernisse» der Demokratie, des «Parlamentarismus», des «Parteiismus», des «Marxismus» und wie die Sündenböcke der Nationalsozialisten alle heissen mochten, waren beseitigt: Hic Rhodos, hic salta!

Man warf in bestimmten Kreisen des schweizerischen Bürgertums der NZZ, in dieser Phase bisweilen vor, dass sie dem Nationalsozialismus keine Chance der Bewährung geben wolle. Die Chance der «neuen Ordnung», so legte man sich im Blatt fest, konnte nach so viel Zerstörungswerk nur in konstruktiver Aufbauarbeit liegen, zu der man das Regime aus seinem immer noch anhaltenden revolutionären Taumel nun aufrief. An ihren Früchten sollte sie zu erkennen sein – zu dieser Bewährungsprobe verstand man sich ohne weiteres, mochte man auch, ohne dass man das dem Publikum nun immer wieder zu verstehen gab, im Innersten davon überzeugt sein, dass sie schliesslich nur den eigenen Pessimismus bestätigen würde. Vorläufig rückte das Dritte Reich den konkreten Problemen aber nur mit dem Rauschgift der Massenaufmärsche, Feste, der Zukunftsvisionen, der radikalen Sprache zu Leib, was alles noch nicht Arbeit bedeutete, wie man zuhänden mancher durch das Radioerlebnis dieses «Aufbruches» für solche Dinge anfällig gewordener Eidgenossen betonte. Dabei wären die psychologischen Voraussetzungen konstruktiver Regierung dank den Coud-Methoden der Propaganda denkbar günstig gewesen, da ja – wie man in der NZZ ironisch glossierte, «ein grosser Teil des (deutschen) Volkes schon jetzt eine subjektive Besserung seines Befindens fühlt, ja zu fühlen sich verpflichtet fühlen muss, weil es nicht länger unter der Herrschaft des „Marxismus“ oder einer „volksfremden“ Regierung. . . , sondern in der Obhut der Regierung der nationalen Revolution steht».

Die Bilanz des ersten Jahres unter der Herrschaft des Hakenkreuzes änderte an den negativen Feststellungen nichts. Was sie enthielt, war ein radikal vollzogenes Zerstörungswerk, eine «tabula rasa» des alten Deutschland im vorgefassten Sinne dieser Revolution, die noch immer als ein Selbstzweck erschien. Im Laufe von ein paar Monaten waren die nichtnationalsozialistischen Parteien und Organisationen gleichgeschaltet und die, die nicht gleichzuschalten waren, aufgelöst: KPD, SPD, Zentrum, schliesslich sogar die Deutschnationale Partei, der «Koalitionspartner»; Gewerkschaften, Jugendverbände, Stahlhelm, konfessionelle Organisationen. Der

deutsche Protestantismus stand im schweren inneren und äusseren Kampf gegen das Regime; der Widerstand von der Seite des deutschen Föderalismus war durch die faktische Gleichschaltung der Länder gebrochen; Schule und Erziehung bis hinauf zu den Universitäten glorreicher Tradition waren in den Fängen der Partei und sollten ihre ideologischen Instrumente werden. Das Hakenkreuz, die Parteifahne, die offiziell und symbolischerweise die schwarz-rot-goldene Flagge Weimars ersetzt hatte, flatterte über Deutschland. Nicht der Nationalsozialismus war «integriert» und bezähmt, sondern der Staat war der Partei einverleibt, wie es die böse Ahnung schon nach dem Wahlsonntag in die Feder diktiert hatte:

«Dass heute (am 11. März 1933) als Symbol der vollzogenen „Gegenrevolution“ eine Parteifahne auf den Rathhäusern aufgepflanzt ist, muss die Kreise nachdenklich stimmen, die sich die „Einordnung“ der Nationalsozialistischen Partei in den Staat vorgenommen hatten und nun eine Entwicklung erleben, die eher auf die Eroberung des Staates durch die Partei, auf die Identifizierung von Staat und Partei, hinzuzielen scheint.»

Die Revolution erwies ihre Permanenz nicht nur in ihren Dekreten, sondern auch auf den Strassen. Aus der Einschüchterungskampagne vor der Märzwahl wurde nach der Verkündung des Resultats ein Rachefeldzug des siegreichen Nationalsozialismus, d.h. seiner braunen Sturmcharen, gegen den politischen Gegner jeder Farbe, der nun der Rechtlosigkeit verfiel. Er wurde begleitet und überlagert von den Ausschreitungen gegen die Juden, mit denen das Regime selber einen ersten schweren Schlag gegen sein Prestige im Ausland führte, auch in jenem Ausland, das wie Grossbritannien ursprünglich wo nicht zu Wohlwollen, so doch zu wohlwollender Duldung für das nationalsozialistische Reich neigte. Gegen die Judenverfolgungen und gegen den von der Staatspartei verkündeten Plan von «Boykottagen» gegen die Juden reagierte man in der NZZ wie in der ganzen Presse der zivilisierten Welt mit dem Protest des humanen Gewissens gegen einen unfassbaren Rückfall in die Barbarei. Darüber hinaus suchte man jene Berechnung zu-

nichte zu machen, die das Regime mit seinem Rachefeldzug gegen das Judentum verband und keineswegs verheimlichte: die Juden in Deutschland sollten Pfänder und Geiseln sein für das «Wohlverhalten» der öffentlichen Meinung des Auslandes gegenüber dem neuen Reich; sie wurden mit der Schuld an den «Greuelmärchen» behaftet, die der deutschen Propaganda im Auslande bereits zu schaffen machten, und sie sollten es an Leib und Gut zu spüren bekommen, wenn diese Schwierigkeiten wuchsen. Dieser Art von Erpressung, die vor allem gegen die ausländischen Zeitungen gerichtet war, begegnete man am besten, indem man sie negierte und das «Junktim» von Judenfrage und «Greuelmärchen» nicht annahm, das ja ohnehin eine rein propagandistische Konstruktion war. Die Interpretation der NZZ hielt sich jedenfalls an diese Linie. Sie versuchte deutlich zu machen, dass die Judenverfolgungen der Ausfluss eines genuinen nationalsozialistischen Antisemitismus seien, den man auch durch das Opfer der freien Meinungsäußerung über die Zustände im Reich nicht werde dämpfen können, dass hier eine Eruption von wirrer Ideologie und von Ressentiments stattfinde, die alle Erwägungen über die politische und wirtschaftliche Opportunität einer solchen Aktion verschütte. Denn – und damit antwortete man auf den Druck mit Gegendruck – musste nicht Deutschland mit diesem Vorgehen gegen die «Geiseln» in seiner Hand seinem politischen und wirtschaftlichen Kredit im Ausland, auf den es angewiesen war, aufs Schwerste schaden?

«Auch wenn man übersehen wollte, dass der Versuch der allmählichen Abdrängung der rund 600'000 deutschen Juden in ein neues Ghetto einen kulturellen Rückfall in längst überwunden geglaubte dunklere Zeitalter bedeutet – die ausserdeutsche Welt wird dies *nicht übersehen* – so müsste man sich fragen, ob den Urhebern . . . des nationalsozialistischen Boykottplanes klar ist, welche furchtbar zweischneidige Waffe sie zur Hand zu nehmen im Begriffe stehen. . . . Indem Hitler dem Antisemitismus seiner Anhängerschaft freien Lauf lässt, gefährdet er . . . selbst die wichtigste Chance, die für das Gelingen seines Werks in der Möglichkeit einer langsamen Belebung der vor allen weiteren Störungen sorgsam behüteten Wirtschaft läge.»

In der Stellungnahme der NZZ zu den Judenverfolgungen ist erkennbar, wie man die Macht auf der Gegenseite unter ihrer Oberfläche nach ihren Absichten auszuloten versuchte – eine Macht, die mit ihrer durchaus neuartigen, abnormalen Verhaltensweise diesen Versuch zeitweise höchst schwierig gestaltete. Immerhin bot sie einem Zeitungsorgan, dem sie selber einiges Gewicht beimass, noch Möglichkeiten, gegen ihre Blößen und schwachen Stellen zu wirken, vorausgesetzt, dass man ihre Ziele und ihre Taktik erkannte.

Es gab andere Situationen, in denen man sich auf der Redaktion gerade durch die anerkannte Stellung des Blattes im freien Ausdruck gehemmt fühlte. Ein Beispiel dafür ist der Brand des Reichstagsgebäudes und der politische Prozess gegen die der Brandstiftung angeklagten Linksextremisten. Man sah keine andere Möglichkeit, als sich vorerst an die offizielle Version einer Brandlegung durch die Kommunisten zu halten. Dass die extreme Linke in Deutschland in ihrem Verzweiflungskampf vor den Wahlen zu dieser Tat fähig war, dass sie damit ein Fanal zur Revolte hätte entzünden wollen, daran zu zweifeln hatte man wenig Anlass. Unverhohlen kritisch äusserte man sich jedoch über die politische Auswertung des Brandes, die das Regime sogleich mit rigorosen Massnahmen gegen die Kommunisten wie gegen die Sozialdemokratie betrieb, die damit aus der Wahlkampagne ausgeschaltet wurden. Konnte man sich aber jene im Lauf der Zeit vor allem auf der internationalen Linken durchsickernden Versionen über den wahren Sachverhalt zu eigen machen, Versionen, die vorläufig keine Beweise beibrachten, sondern nur Indizien und Vermutungen? Die schweizerischen sozialistischen Blätter und auch eine bürgerliche Zeitung taten es und wurden dafür im Reich prompt mit dem Bann belegt. Nicht aus Bedenken wegen eines allfälligen Verbotes, sondern wegen der Zweifelhaftigkeit aller Informationen und vielleicht auch, weil man weder vom Charakter des revolutionären Regimes und seiner kriminellen Veranlagung noch von seinen Reizschwellen in dieser Phase des Ab tastens bereits eine völlig gesicherte Vorstellung hatte, hielt man es in der NZZ für ratsam, vorläufig die amtliche Version nicht offen

und polemisch in Frage zu stellen. Cum grano salis freilich. Caratsch war in Berlin einiger Pression ausgesetzt, weil er nicht nachdrücklich genug betont haben sollte, dass das Reichstagsgebäude wirklich von Kommunisten angezündet worden sei; durch etliche ketzerische Bemerkungen des Bundesstadtrektors gab man Kenntnis von den Zweifeln, die sich gegen die amtliche Version erhoben hatten, und man griff, als diese Zweifel kräftiger zu werden begannen, auch redaktionell zum Stilmittel der Ironie und des zweideutigen Ausdrucks, um seine Vorbehalte kenntlich zu machen: der Leipziger Prozess, so führte man bei jener Gelegenheit aus, habe keinen Beweis dafür erbracht, dass die Nationalsozialisten den Reichstagsbrand inszeniert hätten – eine für die Machthaber kaum sehr erwünschte Schlussfolgerung aus einem Prozess, der ein revolutionäres Komplott der Linken hätte «entlarven» sollen. Und ein andermal heisst es, mit grammatikalischem Bezug auf den «offiziellen» Brandstifter van der Lubbe und sinngemäßem Bezug auf jemand anders, dass pathologische Veranlagung erfahrungsgemäss politische Betätigung nicht ausschliesse . . .

Man hat vorher und nachher seiner Meinung und seiner Skepsis in der NZZ offeneren und schonungsloseren Ausdruck gegeben als in diesem Fall. Dass man sich zeitweise mit seinem Urteil in Andeutungen hüllen und zwischen die Zeilen flüchten musste, gehörte nun immer mehr zu den Unkosten des totalitären Zeitalters, wie sie vor allem Blätter zu entrichten hatten, deren Äusserungen von der Öffentlichkeit wie von den Mächtigen auf die Goldwaage gelegt wurden. Zwischen dem, was man wusste, und dem, was man zu schreiben verantworten konnte, entstand eine Spannung, die auf der blossen Erinnerung daran noch heute lastet.

Der moralischen Selbstisolierung des Reiches folgte mit dem Bruch Deutschlands mit der Abrüstungskonferenz und seinem Austritt aus dem Völkerbund im Oktober 1933 die politische. Das Ereignis wirkte auch in der Schweiz als ein Schock, der schlimme Ahnungen aktivierte, die man von der künftigen Aussenpolitik Hitlers bereits

hatte, um] löste, in Überschätzung der Aktionsfähigkeit der Völkerbundsmächte, erste Kriegsängste aus. Der aussenpolitischen Motivierung Hitlers, die auf eine Entstellung und Verdrehung der Deutschlandpolitik der Mächte in Genf hinauslief, trat in der NZZ Walther Weibel energisch entgegen. Von «demütigenden und entehrenden Zumutungen», über die sich das Regime beschwerte, konnte keine Rede sein; wenn man Hitler gegenüber zurückhaltender war, so hatte er das seiner eigenen Politik zuzuschreiben: «Das heutige Deutschland ist . . . nicht mehr dasselbe, dem im Dezember 1932 in Genf die Gleichberechtigung zugesagt wurde.» Es war klar, dass Hitler mit seinem Schritt die Liquidation des Vertrags von Versailles einleiten wollte, und das führte zu einer innenpolitischen Interpretation des Bruches mit dem Völkerbund, auf welche die NZZ in der Folge das Schwergewicht legte. Das hysterische Treiben um das Plebiszit, das der Diktator im November über seinen ersten aussenpolitischen Schachzug veranstaltete, bot neue Einblicke in die Art und Weise, in der das totalitäre Regime seine Herrschaft über die Massen und über die Seelen sicherte und verstärkte. Der Ausgang dieser «Volksbefragung» war ja «mit mathematischer Sicherheit errechenbar», nicht nur, weil der Opposition jede materielle Möglichkeit, sich auszudrücken, genommen war, sondern weil Hitler mit seinem Bruch mit Genf und Versailles nun jeden «nationaldenkenden» Deutschen – und wer war das nicht? – hinter sich hatte. Das «ausserpolitische Minus» wurde durch ein «innenpolitisches Plus kompensiert». Die Folgen, die man in der NZZ aus dem pseudodemokratischen Plebiszit zog, dem ersten einer längeren Reihe, die dem Regime jeweils die automatische 95-99-prozentige Zustimmung der Wähler einzubringen pflegte, waren zweifacher Art. Erstens war es klar, dass Hitler nun einen entscheidenden Sieg im Kampf um die politische Seele der Deutschen errungen hatte. Die Umwelt tat gut daran, «sich nicht darüber zu täuschen, dass heute hinter der Regierung Hitler und ihrer Politik offenbar eine Mehrzahl des deutschen Volkes steht»; es war also nicht mehr mit einer innerdeutschen Opposition gegen das Regime,

sondern nüchtern mit der Tatsache eines «Hitler-Deutschland» zu rechnen – mochte es auch noch so sehr im patriotischen Rauschzustand entstanden sein, dem dereinst ein übles Erwachen folgen konnte. Zweitens war es offenbar, dass ein Regime, das seine Aussenpolitik rein von seinen innenpolitischen Bedürfnissen abhängig machte – und was für innenpolitische «Bedürfnisse» konnten nicht in einem seelisch aus dem Gleichgewicht geratenen Volk und in seiner machthungrigen Führung sich melden – dass ein solches Regime kaum Möglichkeiten einer fruchtbaren und beständigen Zusammenarbeit bot. Dass es sich vor einer widerspenstigen Wirklichkeit in eine Trotzstellung der Isolierung zurückziehen, dass es verscherzte Sympathien im Ausland mit betonter Auslandfeindlichkeit quittieren konnte, ergab bereits ein Charakterbild von aller nur wünschbaren Deutlichkeit.

Den Anschauungsunterricht über totalitäre Wirklichkeit krönte der Nationalsozialismus vorläufig am 30. Juni 1934. Die Symptome einer Stimmungskrise, die sich nach einem Jahr ununterbrochener «revolutionärer» Anspannung vor allem im deutschen Bürgertum zeigten, waren der Umwelt nicht verborgen geblieben. In der NZZ hatte man ihnen alle Aufmerksamkeit angedeihen lassen. Der Chefredaktor hatte im Frühjahr aus eigener Anschauung Stimmungsbilder entworfen, die den Eindruck vermittelten, die «permanente Revolution» sei in eine Sackgasse geraten, der Begeisterung sei Ernüchterung gefolgt, die Illusionen seien vor der nur zu ihrem Nachteil veränderten Wirklichkeit im Schwinden. Auf der andern Seite hatte man die SA, die Hüterin des «revolutionären Feuers», die ihr Privileg und ihre Funktion des radikalen Vortrupps in selbstbewussten Proklamationen verteidigte, einer eingehenden Würdigung unterzogen.

Die Spannung zwischen den beiden Polen war offenbar. Als Sprecher der von den radikalen Elementen und ihrer «ewigen Dynamik» in die Enge gedrängten «ver zweifelnden Patrioten» machte sich v. Papen in seiner denkwürdigen Marburger Rede Luft,

deren Veröffentlichung im Reich sofort unterdrückt wurde. Grund genug, ihr in der NZZ gebührende Prominenz zu sichern und sie als Symptom wie als eine Tat zu würdigen – wobei man die Gelegenheit wahrnahm, dem nicht eben freundlich beurteilten Partner des Diktators zu attestieren, er habe sich aus seiner schweren Mitschuld hier «mutig und ehrenvoll herausgepaukt».

Wie würde ein Regime, das keine Staatskrise mehr kennen wollte und Opposition nur hatte gelten lassen, solange es selber darin gestanden hatte, mit dieser inneren Krise und Spannung fertig werden? Die Situation verlangte von Hitler «in nächster Zeit schwerwiegende Entscheidungen». Man las diese Meinung im Sonntagsblatt der NZZ mit dem Datum des 1. Juli, in einem Augenblick, als Hitlers Mordkommandos im geheimen bereits ihres grausigen Amtes walteten. Mit vierspaltiger Balkenüberschrift meldete die nächste Ausgabe «Die verhinderte zweite Revolution in Deutschland». Die Aufmachung entsprach dem ungeheuren Aufsehen, das diese in brutalster Weise vollzogene «Säuberung» des Regimes weckte.

Der Versuch Berlins, die Öffentlichkeit von allen Informationen ausser den amtlichen abzuschirmen, gelang nur im deutschen Inland. Im Ausland wusste und schrieb man schon nach Kurzem, dass der Kreis der Opfer des blutigen Tages vor allem im Bürgertum viel weiter reichte, als die verharmlosende offizielle Darstellung wahrhaben wollte. Das Bild der Vorgänge und ihrer Bedeutung entzerrte sich rasch. Wohl mochte hier eine «zweite Revolution» verhindert worden sein. Aber der Stahl hatte nicht nur die radikalen Braunhemden getroffen, sondern auch Repräsentanten des «nationalen», «gemässigten» Bürgertums, Schleicher und Leute aus der Umgebung v. Papens. Die Aktion zeigte «die Diktatur Hitler-Göring im Zustand verzweifelten Misstrauens und innerer Unsicherheit» nach allen Seiten. Ihr Rettungsmittel war brutaler Terror, und das deutete auf eine Entwicklung dieser Diktatur in asiatischer Richtung hin, die mit «autoritärem Regiment», «starker Führung» usw. auch nicht andeutungsweise mehr zu umschreiben war:

«Nachdem der Blick für derartige Erscheinungen in mehr als anderthalb Jahrzehnten durch das bolschewistische Experiment geschärft worden ist, braucht man kein Wort darüber zu verlieren, was die Methode der physischen Vernichtung in den politischen Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Parteien für einen Staat bedeutet.»

Der Kommentar der NZZ, der aufs Schärfste den terroristischen Charakter der Aktion und den Nihilismus der nationalsozialistischen Führerschaft hervorhob, war überschrieben «Blutige Saat», und er endete mit dem Satz: «Die blutige Saat, die am 30. Juni unter Missachtung der elementarsten Gebote der Menschlichkeit ausgestreut wurde, wird in einem rauhen Zeitalter keine guten Früchte bringen können.» Man trat mit dieser Interpretation bewusst einer Deutung des 30. Juni entgegen, die Hitler mit seiner «Gegenrevolution» als den Retter vor uferlosem Radikalismus hinstellte, eine Deutung, die in Deutschland verbreitet wurde und die u.a. auch in Kölner Berichte Max Rychners an die NZZ eingeflossen war. Im Übrigen war man in diesem Augenblick auch mit schärfsten Worten dem allgemeinen Urteil und der Empörung nicht mehr voraus, die auch in der Schweiz die Gemüter ergriffen hatte.

Wir haben lange bei der Schilderung der letzten Weimarer und der ersten nationalsozialistischen Phase der Geschichte Deutschlands verweilt. Aber das deutsche Problem begann in diesen Jahren alle andern in den Schatten zu drängen, wie schon der optische Eindruck beim Blättern in jenen Jahrgängen der Zeitung bestätigt. Es waren zugleich Jahre, die für die Urteilsbildung und für die Schulung des Auges im Erkennen der Wesenszüge eines durchaus neuen und bedrohlichen politischen Phänomens entscheidend waren. Die Beobachtung der Hitler-Bewegung förderte im politischen Journalisten eine Qualität, die bis in unsere Tage, und wer weiss für wie lange noch, für seinen Beruf äusserst wichtig geblieben ist: die Phantasie im Bösen. Hier war ein Element auf den Plan getreten, das mit den herkömmlichen Massstäben der Politik nicht mehr zu messen war und das sich der rechnenden Vernunft zu entziehen

schien. Wer den nihilistischen, destruktiven, eben den «bösen» Charakter der Bewegung und ihres Regimes nicht ernst genug nahm und in Rechnung stellte, der vermochte die Wirklichkeit des totalitären Zeitalters und seine Möglichkeiten geistig nicht mehr zu bewältigen und wurde als ein Naiv-Gläubiger von den Realitäten überholt. Naivität aber wurde nun zur Sünde und Misstrauen zur Tugend für den, der seine Zeitgenossen über den Gang der neuen, radikal veränderten Welt zu unterrichten hatte.

Wohl war, als ein Lehrstück in der Erkenntnis revolutionärer Taktik und der Methoden des totalitären Staates, die bolschewistische Revolution vorangegangen. Man hatte ihr am Blatt von Anfang an eine sehr genaue Aufmerksamkeit gewidmet, hielt dieses JLxempel und seine Lehren in der Auseinandersetzung mit der extremen Linken auch dauernd vor Augen und machte von ihm gebührend Gebrauch. Gewisse leninistische und stalinistische Züge waren auch in der nationalsozialistischen Herrschaft ohne Weiteres erkennbar. Aber jene asiatisch fremde Ruchlosigkeit auf europäischem Boden gedeihen zu sehen, ergab doch grundsätzlich neue und gefährlichere Aspekte. Der revolutionäre Taumel hatte ein verwandtes Nachbarvolk erfasst, die eigene Sprache oder wenigstens ihr Degenerationsprodukt wurde zur Waffe im Kampf, und so wie man die Dinge sah, stand in einem viel höheren Mass nun auch das eigene Schicksal auf dem Spiel.

Was die «Neue Zürcher Zeitung» über die Wirklichkeit des nationalsozialistischen Reiches berichtete und was sie an Meinungen und Urteilen darüber äusserte, ging nicht über den Rahmen hinaus, der der Funktion einer freien Presse gezogen ist. Wohl hatte sie seit dem ersten Auftreten der Nationalsozialisten zu erkennen gegeben, dass sie dem Geist, der hier zur Macht drängte, kritisch und ablehnend gegenüberstand, und sie hatte in der Folge keinen Grund, zu preisen, was sie vorher verurteilt hatte, nur weil es inzwischen Wirklichkeit geworden war. Ihre Kritik war nicht eine Einmischung in Dinge, die sie nichts angingen – wie man ihr auch in der Schweiz

vorzuwerfen begann; sie vermied es, Rezepte zu empfehlen, und spielte nicht den helvetischen Praeceptor aus. Auf eigenes Risiko ihre politische Urteilskraft walten zu lassen, konnte sie sich jedoch nicht wohl versagen, ebenso wenig wie die Dinge bei den Namen zu nennen, die eine noch nicht standardisierte deutsche Sprache für sie bereit hatte. Es waren freilich nicht die Namen, die die Sprache der Propaganda zu prägen und als verbindlich zu erklären begonnen hatte. Aber schweigen konnte man nicht. Der «neue Geist» hatte seine Ansteckungskraft bewiesen, und man wollte ihn nicht im eigenen Haus. Um ihn zu bannen, musste man ihn nennen.

Es lag nicht an der freien Presse, wenn es zwischen ihr und dem totalitären Staat zum Konflikt kam, sondern an diesem Staat, der sie in ihrer anerkannten Funktion nicht mehr dulden konnte. Das freie Wort und die unabhängige Kritik widersprachen seinem innersten Wesen, das Herrschaft nicht nur über gehorchende Untertanen, sondern über Meinungen und Seelen verlangte. Sich die Presse zu unterwerfen und dienstbar zu machen war eine der ersten Taten des Nationalsozialismus. Es war keine Woche vergangen seit Hitlers Einzug in die Reichskanzlei, da lag jene «Notverordnung zum Schutz des deutschen Volkes» bereits unterzeichnet vor, die eine drakonische Einschränkung der Freiheit der deutschen Presse brachte und die Grundlage zu ihrer vollkommenen Gleichschaltung bildete, die in kürzester Zeit praktisch vollzogen war. Die deutsche Zeitung wurde zum gefügig lenkbaren Instrument der staatlichen Propaganda. Sie hatte zu schweigen, wo es ihr geboten, zu reden, wie ihr befohlen, die Rolle zu spielen, die ihr von Amts wegen zugeteilt war. «Die Presse hat sich der Ethik des neuen Staates zu fügen oder sie hat zu verschwinden» – diese Drohung hatte der «Völkische Beobachter» gleich zu Beginn der nationalsozialistischen Ära ausgesprochen.

Mit seinem Bedürfnis nach unabhängiger und vollständiger Information, das diese Organe nicht mehr befriedigen konnten, wandte sich der deutsche Leser an die ausländischen Zeitungen, vor allem an die seiner eigenen Sprache. Die Absatzziffern der NZZ in

Deutschland spiegelten diesen Vorgang deutlich. Von durchschnittlich 1'000 im Jahre 1930 stiegen sie 1934 auf 4'800 mit Spitzen bis zu 8'000 Exemplaren im Tag und hätten zweifellos noch grössere Höhen erklommen, wäre nicht im Interesse der Unabhängigkeit des Blattes das Deutschlandgeschäft bewusst zurückhaltend gehandhabt worden. Die NZZ war, zusammen mit den bürgerlichen Basler Blättern, heissbegehrte Kost unter dem Regime striktester Diät, das die nationalsozialistische Pressepolitik den Deutschen auferlegte.

Dass der totalitäre Staat nicht durch unkontrollierbare Kanäle einsickern lassen konnte, was er seinen Untertanen an Kenntnis des Geschehens vorenthalten wollte, lag in der Natur der Dinge. Man quittierte denn auch in der NZZ eher mit ironischem Verständnis die ersten Massnahmen, die gegen das Blatt getroffen wurden: ein auf 14 Tage befristetes Verbot der Einfuhr und Verbreitung des Blattes am 7. September 1933, ein zweites für die Dauer eines Monats am 20. Oktober. Andere schweizerische Zeitungen, vor allem die sozialistischen, hatte der Bannstrahl schon früher erreicht. Begründungen für die vom Reichsministerium des Innern ausgesprochenen Verbote oder Hinweise auf Beanstandungen im einzelnen waren nicht zu erhalten; man hatte sich den Vers darauf selber zu reimten. Das zweite Verbot entsprang offenbar dem Bedürfnis, die Kampagne für das Novemberplebiszit von störenden ausländischen Kommentaren abzuschirmen, und mochte durch die Stellungnahme des Blattes zum Bruch Berlins mit dem Völkerbund ausgelöst sein; das erste schien reiner Willkür entsprungen. Wollte man jedoch in Berlin mit diesen Massnahmen einen Druck auf die Haltung des Blattes ausüben – allerdings in Verkennung der kommerziellen Bedeutung des Vertriebes in Deutschland – so war darauf nur zu erwidern, was die NZZ anlässlich des ersten Verbotes zuhanden ihrer Leser festgehalten hatte, nämlich

«dass kein Verbot die NZZ dazu bewegen wird, eine Art von freiwilliger Gleichschaltung vorzunehmen und auf die Erfüllung ihrer selbstgewählten und vornehmsten Aufgabe, die Wahrung und Verteidigung der schweizerischen Interessen, zu verzichten».

Der 30. Juni 1934 brachte, was die NZZ betrifft, ein endgültiges Verdikt. Nachdem die deutsche Presse schon im Mai Sperrfeuer gegen die schweizerischen Zeitungen in Deutschland geschossen hatte («Lasst keinen aus dem Auge, der sich die Züricher und Baseler Miesmacher-Zeitungen kauft!»), wurde anfangs Juli von neuem die Einfuhr der NZZ für vorläufig zwei Wochen verboten. Der Bundesrat, der lange genug mit Gegenmassnahmen gegen die deutsche Pressepolitik gezögert hatte, replizierte mit dem Verbot dreier nationalsozialistischer Blätter, worauf Berlin ein sechsmonatiges Verbot der «National-Zeitung», des «Bund» und der «Neuen Zürcher Zeitung» verfügte. Das Deutsche Nachrichtenbüro erhob in amtlichem Auftrag zur Begründung dieser Massnahmen gegen die schweizerischen Zeitungen im Allgemeinen die Beschuldigung «übelster Hetze» und «geradezu ungeheuerlicher Lügenmeldungen über die Lage in Deutschland und die Niederschlagung des hochverräterischen Anschlags». In ihrem Kern waren die Anklagen auf die Tatsache zurückzuführen, dass die in der schweizerischen und übrigen ausländischen Presse veröffentlichten Informationen über die Opfer des 30. Juni wesentlich von den amtlich bekanntgegebenen differierten – wie sich später zeigte, nicht zum Schaden der Wahrheit – und dass man in Berlin nun wohl die schweizerischen Darstellungen dieses Tages des Terrors deutschen Augen für nicht mehr zuträglich hielt. Der Berliner Korrespondent des Blattes verwahrte sich öffentlich in aller Form gegen den Vorwurf der unkorrekten Berichterstattung. Die Redaktion aber nahm mit einer neuen ironischen Verbeugung vor der «Staatsräson» des Dritten Reiches endgültigen Abschied von der Leserschaft in Deutschland.

Man unternahm in der Folge keine besonderen Bemühungen um eine Wiederezulassung des Blattes in Deutschland, an der dem Politischen Departement im Interesse der Normalisierung der deutsch-schweizerischen Pressebeziehungen eine Zeitlang gelegen zu sein schien. Auf Bedingungen konnte man ohnehin nicht eingehen. Am 28. Dezember 1934 zogen die drei vom Verbot betroffenen

schweizerischen Blätter in einer gemeinsamen Erklärung einen Schlusstrich, indem sie feststellten,

«dass sie nicht in der Lage sind, ihre Schreibweise den ungewöhnlichen Anforderungen anzupassen, die für die Zulassung der deutschsprachigen neutralen Presse in Deutschland offenbar gestellt werden, da eine freie und unabhängige Würdigung ausländischer politischer Verhältnisse und Vorgänge schon mit Rücksicht auf die Wünschbarkeit einer objektiven Unterrichtung der schweizerischen Öffentlichkeit unumgänglich ist . . . Die erwähnten drei Zeitungen haben aus der Würdigung dieser Lage den Schluss gezogen, dass eine Änderung ihrer allgemeinen Haltung nicht in Frage kommt. Sie lehnen es gleichfalls ab, aus geschäftlichen Erwägungen eine äusserlich besonders zurechtgemachte Auflage für Deutschland herauszugeben.»

Wir haben zum Schluss dieses Abschnittes über die Wachstumsgeschichte des germanischen Totalitarismus – und leider muss es hier im gesamten und ein für allemal geschehen – des Werkes zu gedenken, das der philosophische Kritiker Hans Barth in der NZZ unternommen hat. Das heisst jenes Teils dieses Werkes, das mit dem politischen Thema der Zeit im Zusammenhang steht, mit dem wir uns hier vor allem beschäftigen. Denn das Reich, das sich Barth am Blatte zu schaffen verstand, geht über den Kreis dieses Themas weit hinaus. In seinen Rezensionen ist die philosophische, rechts- und geschichtsphilosophische, historische, soziologische, theologische, die auf die allgemeinen Bildungsfragen gerichtete Diskussion der Zeit präsent, wo nicht in weitestem Umfange, so doch in ihren Brennpunkten.

Hans Barth, der als junger Jurist mit philosophischer und historischer Neigung und Bildung sich 1929 der Feuilletonredaktion des Blattes angeschlossen hatte, nahm spontan und zu einem frühen Zeitpunkt die Auseinandersetzung mit jenen Äusserungen eines neuen deutschen Geistes auf, die man aus dem Rückblick als intellektuelle Manifestationen eines Nationalsozialismus «avant la lettre» auffassen kann. Sie wurden als Zerfallssymptome einer Tradition des Denkens registriert, die auch in der deutschsprachigen Schweiz noch immer höchstes Ansehen genoss und in die man sich einbezogen

fühlte. Über die problematischen Erscheinungen war man vorläufigeneigt, als über deutschen Geistes unwürdige und ungläubwürdige Nebenprodukte hinwegzusehen, auch wenn sie sich zu häufen begannen. Barths Feder aber hob sie mit kräftigen Strichen hervor und zeichnete, in Übereinstimmung mit deutschen Warnern wie Ernst Robert Curtius und Theodor Litt, jene «Front wider den Geist» nach, die im Land der Dichter und Denker im Entstehen und die errichtet war, ehe man sich's versah und bevor man noch das politische Schicksalsdatum des 30. Januar 1933 kannte.

All die, zum Teil bereits vergessenen, Namen aufzuführen, mit denen Barth in erstaunlich dicht aufeinanderfolgenden Gängen während des tausendjährigen Reiches nun die Klinge kreuzte, würde zu weit führen. Sie stehen für ebensoviele Facetten des einen chaotischen Geistes, dem auf unverständliche Weise nun ein grosses Volk zu erliegen schien und der das abendländische Kulturerbe in Deutschland von innen her, in Europa durch die Macht bedrohte, die ihn repräsentierte. Der philosophische Kritiker der NZZ hatte sie ernst genommen, noch bevor das, was sie zum Teil in verworrener Sprache verkündeten, politisch Fleisch und Blut angenommen hatte. Dabei mochte seine Überzeugung wirksam gewesen sein, dass ein zuchtloses Denken, ein Ausweichen vor der Verpflichtung zur Wahrheit auch geschichtlich nicht ohne Folgen bleiben könne, dass «Katastrophen zurückbezogen werden auf einen geistigen Ursprung».

Im Bekenntnis zur Wahrheitsverpflichtung lag ein Kernstück der Opposition Barths gegen den «Zeitgeist» nationalsozialistischer Prägung. Sie war nicht «rationalistisch» – wenn auch etwa Descartes in der Wildnis eines «zeitgemässen» Irrationalismus hier eine neue Bedeutung erhielt; die Möglichkeiten der Vernunft zu endgültigen Aussagen waren durchaus in jenem bescheideneren Rahmen gesehen, den ihr das 19. und 20. Jahrhundert gezogen hatten. Wogegen sich aber das «ceterum censeo» dauernd richtete, was ständig der Gegenstand scharfer polemischer Auseinandersetzung blieb, war die Bereitwilligkeit des neuen, «dynamischen» Geistes, die Vernunft und mit ihr die Verpflichtung auf ein Maximum von Wahrheit und

Objektivität der äusseren Macht, oder dem «Volk» und «Völkischen», oder dem «Zeitgeist», oder der «geschichtlichen Aufgabe» zu opfern und sie solchen Instanzen untertan und dienstbar zu machen.

Im beharrlich vertretenen Anspruch, alles unbestimmte Drängen, den verschwommenen Mythos, die Geschichtskonstruktion und die immer mehr grassierende Geschichtslüge, die grossen, aus Oberflächlichkeit geborenen und von Oberflächlichkeit des Denkens profitierenden Entwürfe vor eine kritische und genau befragende Vernunft zu zitieren, lag wohl jene «desinfizierende» Wirkung begründet, die man Barths Tätigkeit in der NZZ zuschreibt, die im Übrigen mit den Überzeugungen und Absichten der Leitung des Blattes, mit seinem Kurs, in voller Übereinstimmung stand. Seine Aufsätze sind für manche gebildete Leser im Lande ein eigentliches Brevier des geistigen Widerstandes gegen das totalitäre Zeitalter geworden.

Der grundsätzliche Anspruch und die Methode der Diskussion standen dabei in Einklang. Barths Auseinandersetzung war nie grobe, zweifarbige Polemik, die keine andere Konfrontierung kennt als: dort steht ihr, hier stehen wir. Auch dem absurden Produkt mythischen Unsinn gegenüber kam es zu ernsthafter, klärender Argumentation – war es auch nur, um seiner auflösenden Wirkung durch ein klareres Bewusstsein entgegenzuarbeiten. Die Diskussion griff dabei im Lauf der Jahre immer weiter über die Konfrontierung mit dem jeweiligen aktuellen und meist eher unbedeutenden deutschen Widerpart hinaus und nahm geistesgeschichtliche Dimensionen an. Das rassistische und mystische Denken eines Baeumler oder eines Rosenberg führte zu Bachofen, Gobineau und Sorel, die Doktrinen über die Elite zu Pareto; Spengler und Hegel wurden im Zusammenhang mit dem deutschen Geschichtsdenken einer neuen Prüfung unterzogen, die Auseinandersetzung über Nietzsche und das deutsche Nietzsche-Bild blieb lebendig und mit dem Blick auf die nihilistischen Tendenzen eines Heidegger, eines Ernst Jünger und anderer von grösster Aktualität; Hobbes und Machiavelli mussten aufs Neue gewürdigt werden, Descartes' Bild war von falscher Interpretation

zu reinigen; Constantin Frantz, Friedrich v. Gentz, Edmund Burke, Benjamin Constant, Ernest Renan traten auf den Plan der politischen Diskussion, Humanisten und französische Moralisten wurden einbezogen. In der Bedrängnis der Zeit wie für ihre Diagnose wurde Jacob Burckhardt zum starken Rückhalt und zu einem unerschöpflichen Born geschichtlicher Erkenntnis.

Gegen die Deutschtümelei und die Germanisierungswut im Norden mochte das geistige Bild Europas und seiner Tradition, das hier unter Einbeziehung und bewusster Betonung seiner angelsächsischen und romanischen Komponente entworfen wurde, an sich schon ein Protest sein; es war zugleich, in einem weit gefassten Sinn, auch ein Element der geistigen Landesverteidigung gegenüber den Ansprüchen des grossdeutschen Nationalismus, eine Vertiefung des europäischen Bewusstseins, das im schweizerischen Staatsgefühl enthalten ist. Barth hat das Anliegen der geistigen Landesverteidigung in manchen seiner Aufsätze auch unmittelbar zum seinigen gemacht, nie aber in dem Sinn, dass dem bedrohlichen deutschen Nationalismus einfach ein schweizerischer gegenübergestellt worden wäre. Sein Protest blieb der humane, der zugleich die wesentlichen Werte der abendländischen Kulturtradition einschloss.

«FRONTENFRÜHLING»

Das Vorspiel der «Machtergreifung» und die ersten Manifestationen jenes Geistes, der nun für zwölf lange Jahre als deutsch gelten sollte, hatten auch in der Schweiz die Öffentlichkeit aufs Stärkste in ihren Bann gezogen. Ihr Urteil war in manchen Fragen natürlicherweise noch geteilt und in seiner Grundhaltung noch schwankend. Die Äusserungen eines aufs Neue gehobenen deutschen Selbstbewusstseins, die nationalistischen und revisionistischen Parolen, die Zukunftsvisionen eines starken, selbtherrlichen Reiches hatten in der Schweiz nationale Gegenreaktionen ausgelöst und das Gefühl einer Bedrohung entwickelt; das Gebaren der revolutionären «Sturmabteilungen», die Exzesse gegen die Juden, der blutige Tag des 30. Juni hatten Widerwillen und tiefe Erregung ausgelöst. Auf der andern Seite war man am Radio zum miterlebenden Ohrenzeugen gewaltiger Demonstrationen, oratorischer Beschwörung einer neuen Zeit und eines neuen «Zeitgeistes», begeisterter «Massenaufbrüche» geworden. Nicht dass das skeptischere schweizerische Gemüt von diesen emotionellen Stürmen mitgerissen worden wäre. Aber dieses neue Deutschland schien doch, wenn man von den «Auswüchsen» absehen wollte, die Gabe zu haben, seine Bürger für den Staat zu begeistern, die Spaltung der Gesellschaft, den Klassenkampf zu überwinden und eine nationale Gemeinschaft zu schaffen – so glaubte man weitherum und wollte die warnenden Stimmen nicht recht ernst nehmen.

Wie anders und nüchtern war es doch im helvetischen Staate, der den Appell an die Gefühle kaum mehr kannte, der unter dem zunehmenden Druck der Krise, unter der zersetzenden Agitation der Linken, unter der Teilnahmslosigkeit der schlafenden Wählerheere im Bürgertum in seinem Kern, dem nationalen Zusammengehörigkeitsgefühl, Schaden zu nehmen begonnen hatte!

Die Kritik an diesem Stand der Dinge und der Ruf nach einer Erneuerung waren nicht neu. Die historischen Parteien selber hatten

ihn erhoben, wie wir am Beispiel der NZZ bereits gesehen haben, ohne aber damit ein Echo auszulösen. Im Zeichen des Erneuerungs-gedankens hatten sich aber auch Leute der jungen politischen Generation – und nicht die schlechtesten Köpfe – in Zirkeln und Bündeln zu sammeln begonnen, die zum Teil zwar den Anschluss an die historischen Parteien gefunden oder festgehalten, zum Teil sich aber als Dissidente oder Neugruppierungen bewusst ausserhalb gestellt hatten. Ihre Programme mochten im Konkreten in mancher Beziehung vag genug sein, der Gedanke und die lebhaft gefühlte Notwendigkeit einer «Erneuerung» waren vorläufig jedoch ein genügend starker Kitt, sie zusammenzuhalten.

Es ist kein Wunder, dass der «Aufbruch» beim nördlichen Nachbar im Winter und Frühjahr 1933 den politischen Zündfunken in diese «Bewegung» warf. Sie trat mit ihrem Ruf und ihren Forderungen ins Licht der Öffentlichkeit, und es hub die grosse Debatte um die schweizerische «Erneuerung» an. Sie litt vorerst unter einem unhelvetischen Mangel an Nüchternheit, fand für ihre allgemeine Kritik keine richtigen Adressaten, enthüllte keinen zielbewussten und aufs Konkrete gerichteten politischen Willen, drückte, kurz gesagt, mehr «Aufbruchsstimmung» aus als das Vorhandensein brennender und für den schweizerischen politischen Verstand formulierbarer Anliegen. Ausruf, Aufruf und Imperativ prägten die Sprache. «Heraus! Voran! Wohin?» fragte die NZZ im Titel eines Aufsatzes, der die Lage der Diskussion in diesen wirren Monaten zu umschreiben suchte.

Bei aller Verworrenheit der Gespräche und bei aller Skepsis, mit der man sie konstatierte, war vorerst allerdings eines nicht zu übersehen: in der jungen bürgerlichen Generation war mit einem Mal ein Fonds von gutem Willen zu politischer Mitarbeit geäufnet, war politisches Denken erwacht, wurde der Staat zum Gegenstand nicht nur des Interesses, sondern auch wieder der Leidenschaft. Den historischen Parteien war hier eine ernste Frage gestellt: würden sie imstande sein, diese neuen Energien ihren aufs Konkrete gerichteten Konzeptionen zunutze zu machen, das Gespräch zu führen und auf

Wege zu lenken, die in der eidgenössischen Politik gangbar waren, oder würde eine «Bewegung» mit neuen Ideen und neuen Männern über sie hinwegschreiten, würde aus dem Erneuerungswillen ein Neuerungsgeist, der auch das bewährte Alte verwarf und auf eine tiefgreifende Umgestaltung des Landes hinzielte?

Der politische Lenz, der über Nacht in die Schweiz eingezogen war, erhielt im Volksmund den Namen «Frontenfrühling». Die «Fronten» – wir brauchen den Ausdruck als Sammelbegriff – das war jenes gute Dutzend Bünde, Kampfgemeinschaften, Fronten von «Erneuerern», die sich ausserhalb der historischen Parteien gestellt hatten und die, mochten sie auch miteinander rivalisieren, als einheitliche «Bewegung» verstanden sein wollten, die als ihr allgemeines Anliegen die Erneuerung und Wiederherstellung einer eidgenössischen «Volksgemeinschaft», die Wiedererweckung vaterländischen Denkens, die Stärkung der Staatspolitik und des Wehrwillens bezeichneten. Auf dieser Ebene hätte sich auch der Freisinn mit ihnen finden können. Die NZZ, die an gewissen Ideen, Postulaten und ideologischen Neigungen des «Kampfbundes der Neuen und Nationalen Front» anlässlich seiner ersten Zürcher Kundgebung im April 1933 zwar deutliche Kritik übte, räumte ihm doch wenigstens den Kredit einer patriotischen Bewegung ein und verzichtete sogar vorläufig noch auf eine polemische Auseinandersetzung mit den dort geäusserten antiparlamentarischen Tendenzen. Man demonstrierte den guten Willen, die Diskussion mit diesen Exponenten der jungen Generation trotz tiefer grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten offen zu halten, solange sie den Staat und sein demokratisches Prinzip nicht in Frage stellte. Es war eine Geste, zu der man sich verpflichtet fühlte, wollte man sich im Bürgertum nicht dem Vorwurf aussetzen, man sei gegen alles Neue zum vornherein verhärtet und diene nur einem starren Konservatismus – einer jener Fälle, in dem es geboten war, der öffentlichen Meinung nicht mit einem Urteil vorzugreifen, das wenigstens für den Eigengebrauch bereits zu genügender Reife gediehen war. Man hatte ja in der NZZ schon im August des Vorjahres einige dieser Grüpplein und «Fronten» in

Zusammenhang mit der auf einem Höhepunkt stehenden Agitation des Nationalsozialismus in Deutschland gebracht und sie einer kritischen Aufmerksamkeit empfohlen. Sie hatten damals noch als eher harmlose «Spritzer der Hitlerwelle» gegolten, die der Wahlkampf über die Grenze geworfen hatte, und man hatte sich mit ein paar entsprechenden Glossen und mit der Signalisierung der noch wenig bekannten ideologischen Stosstrupps zuhanden der Öffentlichkeit begnügt. Aber jedenfalls war ihr innerer Zusammenhang mit dem deutschen Nationalsozialismus festgestellt und damit, wenigstens «intern», das Urteil schon klar genug gesprochen.

Man konnte diesem Urteil auch nach aussen nicht für lange Gewalt antun. Die Bekundung guten Willens blieb ohnehin einseitig. In kürzester Zeit – zu schnell für bestimmte, langsamer begreifende bürgerliche Schichten Zürichs – war das Tischtuch zwischen NZZ und «Fronten» ganz zerschnitten. Sie hatten zwar, als sie im April die zürcherische Walstatt mit ihren «Harus»-Rufen zu füllen begannen und sich mit plötzlich entfalteter Aktivität ins öffentliche Bewusstsein drängten, ihr eidgenössisches Bekenntnis nach Kräften herausgestrichen und sich dagegen verwahrt, in äussere und innere Abhängigkeit zum deutschen Nationalsozialismus gesetzt zu werden (mit Ausnahme etwa des «Bundes nationalsozialistischer Eidgenossen» unter Theodor Fischer, der seine schweizerische Loyalität schamlos offen preisgegeben hatte). Dem eidgenössischen Bekenntnis aber widersprach nicht nur eine penetrant unschweizerische, geborgte Symbolik: Fahnenkult, gestiefelte «Ordner», der künstlich-«urwüchsige» Schlachtruf und ein lebhaft an den Nationalsozialismus erinnernder Jargon; offensichtlich importiert und in schweizerischem Boden nicht zu verwurzeln waren auch der betonte Antisemitismus der «Fronten» und ihre wilde Ausfälligkeit gegen die Freimaurerei, Mittel, mit Hilfe einer Sündenbockmystik ein ebenso diabolisches wie unzutreffendes Bild politischer und wirtschaftlicher Korruption in der Schweiz zu zeichnen. Sie gaben sich als Vorkämpfer eines neuen, starken Staates aus und erhoben den Anspruch auf das Monopol eines konsequenten Antimarxismus, entzogen sich je-

doch gleich wieder einer sauberen politischen Standortbestimmung, indem sie sich als «Sozialisten» deklarierten, getreu ihrem Vorbild im Reich, dem verwandt zu sein sie bestritten und dem ähnlich zu sein sie immer offensichtlicher sich bemühten. Dieser «nationalsozialistische Götzendienst» war nicht zu übersehen, wenn er auch nicht bei allen Gruppen von «Erneuerern» gleich ausgeprägt war, und er vor allem liess ihr eidgenössisches Bekenntnis fragwürdig werden. Wo immer sich Gelegenheit bot, zeigten sie «eine bedenkliche Neigung zur Bereitschaft, für das Ausland Partei zu nehmen und gegen schweizerische Volksgenossen „Front“ zu machen». Bald waren sie das geworden, was Konrad Falke ihnen in der NZZ vorwarf: «Verräter am schweizerischen Staatsgedanken, ohne es zu wollen, Abtrünnige von ihm, ohne es zu wissen.»

Man hätte zwar über vieles mit ihnen wenigstens diskutieren können, sogar über ihren Antiparlamentarismus, ihre Neigung zur Einschränkung gewisser Freiheiten, ihre korporativen Tendenzen; man hätte auch über manche ihrer ideologischen und symbolischen Akzessorien hinwegsehen, sie als Überbordung jugendlichen Geistes abtun und sich im Übrigen an ihren patriotischen Impuls halten können, wie manche freisinnige Väter frontistischer Söhne auch der NZZ rieten. Ihre nationalsozialistischen Neigungen, ihre immer deutlicher zu Tage tretende innere Abhängigkeit vom Dritten Reich und die Einsicht, dass den «Fronten» an Diskussion gar nichts gelegen war, dass sie sich vielmehr auf dem Weg zur Eroberung der Macht fühlten und dabei die Errichtung eines totalitären Staates nach nördlichem Muster vor Augen hatten, machten jedoch eine «verständnisvolle» Haltung unmöglich und drängten eine entschiedene Stellungnahme und Abrechnung auf. Die NZZ hatte sich aufs lebhafteste und in immer deutlicherer Kritik an der Kopfklärung über die «Fronten» in Zürich beteiligt, wo sie im April und Mai 1933 ihre Agitation breit entfaltet hatten. Aus politischen Scharmützeln wurden grundsätzliche Auseinandersetzungen, die im Juli in einer unmissverständlichen und scharfen Bereinigung und Stellungnahme gipfelten in einem redaktionellen Artikel, der den Titel trug «Eine

nationale Gefahr»: Was dem Lande vor heraufziehenden Stürmen nottat, und was auch der erste und tiefste Sinn der Parole der «Erneuerung» sein musste, war der innere Zusammenschluss der Bürger, die Stärkung der «Volksgemeinschaft», so wurde mit ernst gestimmten Worten ausgeführt; aber wie wenig trugen jene zu diesem Ziel bei, die bereits den Anspruch auf ein Alleinrecht an der Parole nationaler Einigkeit verkündeten:

«Man hat das Schweizerland mit „Fronten“ durchzogen, aus deren Schützengraben die Geschosse nach allen Richtungen fliegen; zur Ordnung dieser Fronten als Feldbefestigungen um die eidgenössische Zitadelle herum will es nicht kommen; statt dass schweizerisches Nationalgefühl das einheitliche Kommando führte, sind in eifriger Konkurrenz ein Dutzend Condottieri am Werk, Truppen zu sammeln und zu organisieren, die unter der begeisternden Parole der „nationalen Erneuerung“ abenteuerliche Wege zu ganz anderen Zielen geführt werden können. Die Methoden der Werbung, der Taktik und Strategie, nach denen diese Truppen gesammelt und eingesetzt werden, die Feldzeichen und Schlachtrufe sind ausländischen Ursprungs oder „schweizerisch“ stilisierte Nachahmungen ausländischer Vorbilder, und man pflegt im „Fronten“-Lager noch andere Verbindungen, die über die Grenzen des zu erneuernden Landes hinausreichen. An diesem Punkte, in diesem Sektor aber wird die Bewegung zur nationalen Erneuerung eine *nationale Gefahr*, die aufzudecken vaterländische Pflicht ist. Wenn wir in der Schweiz einer Erneuerung bedürfen, so muss eine solche Erneuerung im Geiste unverfälschten Schweizertums erfolgen, und diesen Geist auch gegen das Unschweizerische in der „Fronten“-Bewegung aufzurufen, ist heute nicht mehr verfrüht.»

Unschweizerisches! Man war nm Indizien und Beweise nicht verlegen, die diesen schwerwiegenden Vorwurf unterbauten und die Abhängigkeit des Frontismus vom nationalsozialistischen Reich, die Sympathien und Stellungnahmen für den Nachbarstaat auf Kosten des eigenen Landes ins Licht rückten. Eine zwiefache Gefahr lag darin: Gefahr für die innere Geschlossenheit des aus so verschiedenen Elementen zusammengesetzten Staates fürs erste:

«Die Hinneigung zu fremden Ideen und Methoden, die Ansteckung durch „völkische“ Theorien, die Tendenz zu antiliberaler politischer „Gleichschaltung“ bedroht die *national-politische Einheit* der aus verschiedenen

Rassen, Sprachen und Kulturen zusammengesetzten Eidgenossenschaft. Der unselige „Graben“ zwischen den Eidgenossen deutscher und welscher Zunge würde sich von Neuem öffnen, wenn die deutsche Schweiz unter dem Einfluss der „Fronten“ einem Hitlerismus – gleichgültig welcher „schweizerischen“ Aufmachung – verfiel. Schon jetzt ist die *Beunruhigung der welschen Schweiz* über das Gebaren gewisser „Fronten“ deutlich erkennbar. Die „Gazette de Lausanne“ hat . . . von einem „Auf-dem-Bauche-Liegen“ vor Deutschland gesprochen und erklärt, dass ein nach nationalsozialistischen Methoden „erneuertes“ Schweizerhaus für die *Welschschweizer* – „und, gewiss auch für die grosse Mehrheit der übrigen Eidgenossen“, fügt das Blatt mit Recht bei – *unbewohnbar* würde. Es wäre ein verhängnisvoller politischer Fehler, solche warnende Stimmen unbeachtet zu lassen und zuzusehen, wie unser Land durch eine unverantwortliche Agitation in eine nationalpolitische Krise hineingetrieben wird, an deren Ende etwas ganz anderes als die nationale Erneuerung stehen könnte.»

Eine zweite, die aussenpolitische Gefahr machte man bereits jetzt namhaft, lange bevor man Wort und Begriff der «Fünften Kolonne» kannte und Berlin die «Heimholung der Volksdeutschen ins Reich» für eine Zeitlang zum propagandistischen Motiv seiner Aussenpolitik machte:

«Das *neue Deutschland* beruht auf einer Betonung des „völkischen“ Gedankens, die in schroffem Gegensatz zu der in der Schweizerischen Eidgenossenschaft verwirklichten Idee der *politischen* Nation steht. Wenn sich nun in der Schweiz eine Bewegung geltend macht, die ihr geistiges und agitatorisches Rüstzeug der in Deutschland durchgedrungenen „völkischen“ Erneuerungsbewegung entlehnt, so wird man in Deutschland jenen Bestrebungen in dem deutschsprachigen Teil eines Nachbarlandes sofort spontane Sympathien entgegenbringen, die nicht frei von Missverständnissen, aber auch nicht frei von gewissen, aus der „völkischen“ Empfindungswelt stammenden Sehnsüchten und Wunschbildern sein mögen. In einer Zeit, wo der Gefühlsfaktor in der Politik so mächtig geworden ist, kann die Tatsache der Erweckung solcher ausländischer Sympathien für eine bestimmte politische Bewegung in unserem Lande nicht durch einen Hinweis auf die unbezweifelbare Korrektheit der Haltung von Regierungsinstanzen als bedeutungslos erklärt werden . . . Eine bedauerliche Störung der Beziehungen zu unserem grössten Nachbarn, mit dem wir trotz der Verschiedenheit des politischen Regimes ein gutes Verhältnis aufrechtzuerhalten wünschen, könnte aus einem zu intensiven deutschen Interesse an „Illelvetas

Erwachen“ resultieren; die Verantwortung dafür fiel auf jene „Fronten“, deren bisherige Betätigung leider geeignet ist, im Ausland falsche – wir hoffen: *falsche* – Eindrücke hinsichtlich der Ziele einer schweizerischen Erneuerungsbewegung hervorzurufen.»

Es waren Worte, die als eine klare Grenzbereinigung und eindringliche Warnung aus dem Bürgertum und an das Bürgertum ihre Wirkung nicht verfehlten. Sie mochten dadurch besonderes Gewicht erhalten, dass sie aus dem bürgerlichen Lager Zürichs kamen, das man anderswo bereits einer geringeren Immunität gegenüber dem frontistischen Bazillus verdächtigte. Die Erörterung namentlich der aussenpolitischen Aspekte mochte heikel sein und mehr andeutenden als direkten Ausdruck verlangen. Man glaubte ihr aber jetzt so wenig wie einer politischen Gesamtcharakterisierung der Fronten ausweichen zu können:

«Man kann . . . die nationale Erneuerung proklamieren und gleichzeitig durch die Mittel und Wege, die man zur Verwirklichung dieses Zieles wählt, die grösste nationale Gefahr heraufbeschwören. Und solange noch keine Front das Monopol des schweizerischen Patriotismus erworben hat, bedeutet die ernste und rechtzeitige Warnung vor solchen Landesgefahren vaterländische Pflichterfüllung, die die schweizerische Öffentlichkeit von ihrer Presse zu erwarten, nein zu fordern das Recht hat.»

Der Weg zu dieser Absage an den Frontismus und zu dieser Umschreibung der selbstgestellten Aufgabe, der man im folgenden Jahrzehnt vor allem zu dienen hatte, war für die NZZ nicht hindernisfrei gewesen. An Rat, es mit dem stürmischen «neuen Geist» nicht so ernst und tragisch zu nehmen, ihm und auch seinem Vorbild im Reich zum mindesten eine «Chance» zu geben, fehlte es nicht. Für ein Denken, das sich, wie bereits früher angedeutet, in Alternativen bewegte und sich nach «Optionsmöglichkeiten» umsah, war es unverständlich, dass ein bürgerliches Blatt einen in seinem Antimarxismus scheinbar ausgewiesenen potentiellen Partner ausschlug. Dass die Absage so schroff erfolgte, ja dass sie eine unmissverständliche Kampfansage enthielt, das schuf der Redaktion bis in die Kreise der Aktionäre des Blattes hinein erbitterte Kritik. Sie ging

zuzeiten so weit, diese Redaktion «submarxistischer Tendenzen» zu verdächtigen – eine angesichts des pausenlosen Kampfes der Zeitung gegen den Marxismus recht seltsame Insinuation, aber ein sprechendes Zeichen einer dem «Zeitgeist» erliegenden Haltung, welche in der Politik nur noch «links» und «rechts» kennen wollte.

Im Auftrag der in jenem Augenblick noch führungslosen Redaktion hatte Willy Bretscher bereits Mitte April 1933 ein Memorandum an das Verwaltungskomitee des Blattes verfasst, in dem der redaktionelle Standpunkt in der Deutschlandfrage wie in der Frage ihrer Rückwirkungen auf die Schweiz verteidigt und auf die Kritik geantwortet wurde. Es heisst darin u.a.:

«Die Redaktion nimmt für sich in Anspruch, diese Vorgänge (in Deutschland) mit der durch internationale Rücksichten gebotenen Reserve, leidenschaftslos und nach einem gerechten Urteil strebend beurteilt zu haben; dass zu einer objektiven Unterrichtung und Aufklärung der Leserschaft in gewissen Augenblicken auch der Hinweis gehörte, nach welchen ganz andern als den bei uns geltenden politischen Prinzipien sich die Neuordnung des öffentlichen Lebens in Deutschland vollzieht, kann der Redaktion wohl nicht als Ausschweifung doktrinären Denkens angekreidet werden. Wir halten dafür, dass eine vorsichtige, zurückhaltende Beurteilung der deutschen Ereignisse auch weiterhin geboten ist; erst die Zukunft wird über die Zielrichtung des Nationalsozialismus, der widerspruchsvolle Tendenzen enthält, wie über seine konstruktiven Fähigkeiten Klarheit bringen. Vom schweizerischen Standpunkt aus, der für die Haltung der Redaktion massgebend sein muss, ist die Problematik dieser Bewegung in verschiedener Hinsicht so augenfällig, dass nur politische Kurzsichtigkeit die Forderung auf vorbehaltlose Bejahung, wenn möglich sogar Glorifizierung des neuen Regimes und seiner Methoden erheben kann.

In diesem Zusammenhang sei uns ein Wort gestattet über die unmittelbaren psychologischen Rückwirkungen der deutschen Revolution auf die Schweiz. Wir stehen vor der Tatsache einer Beeinflussung der öffentlichen Meinung der deutschen Schweiz, die an die ersten Kriegsmonate des Jahres 1914 erinnert. Wie jene geistige Ansteckung, so kann auch diese vorübergehender Natur sein; das Chaos der Meinungen, deren äusserste Pole begeisterte Bejahung und hysterische Verdammung des Neuen sind, wird einer ruhigeren, nüchterneren Beurteilung des neuen Regimes auf Grund seiner Taten im Innern und seiner politischen Einstellung nach aussen,

auch gegenüber der Schweiz, Platz machen. Ein Blatt vom Range und der politischen Verantwortung der „Neuen Zürcher Zeitung“ darf sich nicht durch Psychosen der öffentlichen Meinung von dem geraden Wege abbringen und in der Verfolgung der richtig erkannten Interessen des Landes beirren lassen.»

Die Redaktion gab in diesem Memorandum dann ihre Bereitschaft zu erkennen, «mit realpolitischem Sinn das Neue zu würdigen» und zu versuchen, es den Zielen fruchtbar zu machen, denen sie an einem liberalen schweizerischen Blatt diene. Gegen den Versuch, die NZZ nun auf diesen neuen «Zeitgeist» zu verpflichten – er war eben an einer Aktionärsversammlung ohne Erfolg unternommen worden –, nahm sie jedoch mit Entschiedenheit Stellung:

«Indessen kann für ein Blatt freisinniger Tendenz niemals die Abdikation vor Bewegungen in Frage kommen, die unser Volk durch die Aufrichtung neuer Fronten noch mehr zerspalten und unter Nachahmung ausländischer Rezepte über den Liberalismus als Weltanschauung und als Partei hinwegschreiten wollen. Der Versuch einer Art nationalsozialistischer „Gleichschaltung“ der „Neuen Zürcher Zeitung“ wäre von derartiger Tragweite nicht allein für die Redaktion, sondern für das ganze Unternehmen, dass er jedenfalls nicht auf dem Wege der Ausübung eines Druckes auf die Redaktion durch die unverantwortliche Kritik an einer Aktionärsversammlung vorgenommen werden dürfte.»

In der Begründung, die man für die Ablehnung einer «Rechtsorientierung» des Blattes und die Verweigerung einer «Option» gab, berief man sich auf die liberale Überzeugung und auf das politische Erbe des schweizerischen Freisinns, dem die NZZ nach wie vor verpflichtet war. Der Geist des Frontismus, so bewies man und so bewiesen es die «Fronten» selber in immer weniger zu widerlegender Weise, war mit diesem Erbe unvereinbar. Der Liberalismus wurde mit seiner Partei zu einem der prominenten Sündenböcke und zur Zielscheibe der ungezügelten polemischen Attacken der «Fronten» – zum «Türkenkopf in der politischen Schiessbude», wie die NZZ sich ausdrückte; ein selbstverfertigter Liberalismus freilich nach dem Schema des Manchestertums, wie er seit den Kämpfen um die Eisenbahnen im vergangenen Jahrhundert vom

schweizerischen Freisinn nie mehr vertreten worden war. Aber die Attacken zielten auf eben diesen Freisinn ab, der als Schöpfer und Hauptträger des bürgerlich-liberalen Staates und, da seine Fundamente weder in einer religiösen Konfession noch in der Solidarität einer Wirtschaftsgruppe ruhten, als scheinbar exponierteste Bastion berannt wurde. Besonders konzentriertes polemisches Feuer zog dabei die NZZ auf sich, die für den «Eisernen Besen» und ihre Nachfolgerin, «Die Front», offensichtlich zum Inbegriff alles Hassenswerten wurde.

Den Liberalen und ihren publizistischen Organen war damit der Kampf angetragen und auferlegt, auch wenn sie ihn von sich aus nicht gesucht hätten. Was die NZZ betrifft, so führte sie ihn, nachdem die Klärung vollzogen war, weder zaghaft noch verhalten. Noch heute lebt die Frontenepoche in der Erinnerung des einen oder andern Hauptstreiters aus dem Team der NZZ als eine kämpferische Zeit, wo es eine Lust war, polemisch zu schreiben und wo man gewissermassen «mit dem Zweihänder» gegen den Feind im Innern loszog.

Der ideologische und politische Kampf, den man hier durchzufechten hatte, wechselte zwischen Defensive und Offensive. Der Antiliberalismus war nicht ein Monopol der Fronten; in weniger aggressiver Form war er auch in den Erneuerungsbewegungen zu finden, denen nicht ein penetrant unschweizerischer Geruch anhaftete. Er erhielt neuen Auftrieb bei den Konservativen, ganz zu schweigen von der marxistischen Linken, die seit je den Kampf gegen den Liberalismus auf ihre Transparente geschrieben hatte. Man musste als Liberaler apologetisch auftreten. Vor allem hatte man Missverständnisse zu klären und Verallgemeinerungen zurückzuweisen, die nun von allen Seiten als Vorwürfe und Anklagen gegen den schweizerischen Liberalismus und die auf ihn verpflichtete Partei erhoben wurden: Zersplitterung der Gesellschaft in beziehungslose Individuen, Vernachlässigung der nationalen Gemeinschaft, Schwächung der Regierungsgewalt, wirtschaftliche Anarchie im Zeichen des «laissez faire», Verständnislosigkeit für die sozialen

Fragen und asoziale Politik, Verflechtung mit Kapital- und Industrieinteressen. Solche grob verallgemeinernde Anklagen waren durch den Rückblick auf das, was der schweizerische Freisinn verwirklicht hatte, und durch den Hinweis auf das, was er in der praktischen Politik vertrat, wohl zu entkräften, weniger leicht allerdings im Vorurteil auszutilgen. Die Erneuerungsdiskussion machte sich wenig aus historischer Rechtfertigung.

Wichtiger war, dass der Liberalismus sich als eine aktive, positive Kraft in dieser Diskussion zur Geltung zu bringen vermochte, dass er in der Besinnung auf Gegenwart und Zukunft der Schweiz präsent blieb. Das setzte voraus, dass man an die Kraft des liberalen schweizerischen Bürgertums glaubte, den Staat, den es gebaut und der sich in der schweren Prüfung des Weltkrieges bewährt hatte, auch heil und intakt durch eine neue und womöglich noch schwerere Krise hindurchzubringen und sich selber auch in einer höchst unliberalen Zeit zu behaupten. Von dieser unabhängigen, selbständigen Kraft war in den bürgerlichen Schichten der Nachbarländer nur noch wenig und immer weniger zu spüren. Man hielt in der NZZ trotzdem an diesem Glauben fest, und wenn ihm das hektisch gewordene Zürich bisweilen hätte zusetzen können, dann kräftigte ihn wieder der Blick auf die gesamtschweizerische Situation, wie sie Karl Weber von Bern aus als besonnener und überlegener Kommentator zeichnete.

Das staatspolitische Hauptanliegen, wie man es in der Erneuerungsdiskussion auf der NZZ empfand, lag darin, die Besinnung auf das Wesen und die Grundlagen des Staates zu lenken, den man reformieren wollte. Konnte er denn etwas anderes sein als eine freiheitliche, liberale, rechtsstaatliche und föderative Demokratie, wenn er für verschiedene Sprachen, Stämme, Konfessionen, eigenwillige kleine Staatswesen ein bewohnbares Haus bleiben sollte? Das Prinzip der Freiheit und das ergänzende des Rechtsstaates waren unabdingbare Voraussetzung der schweizerischen Demokratie, und jeder Versuch eines autoritären oder «totalitären» Regiments musste sie in ihrer Substanz tödlich treffen. Am freisin-

nigen Volkstag in Zürich am 28. Mai 1933, der eine erste mächtige, von patriotischem Geist erfüllte Gegendemonstration zu den im grossen Stil aufgezogenen Zürcher Frontenkundgebungen wurde, gab der spätere Chefredaktor der NZZ in seiner Ansprache dieser grundsätzlichen Orientierung Ausdruck (nach dem Bericht im Blatte zitiert):

«Je mehr wir uns ergreifen lassen von dem mächtigen Gefühlsstrom, der durch den Ruf nach einer nationalen Erneuerung in den Herzen der Eidgenossen losgebrochen ist, umso stärker fühlen wir die Verpflichtung, diesem Strom die Bahnen weisen zu helfen, in denen er unser Land befruchten kann, statt es zu verwüsten. Das unverbrüchliche Festhalten an den fundamentalen Grundsätzen des liberalen Rechtsstaates ist der Damm, mit dem wir die politische Kultur des Landes vor zerstörender Überflutung schützen müssen.»

Das hiess nicht – und aus der Art und Weise der innenpolitischen Diskussion im Blatte geht das überzeugend hervor – einem Konservatismus à tout prix huldigen, sondern vorerst und immer wieder an die Prinzipienfrage erinnern. Reformen? Ja! – man hatte selber schon genug davon gesprochen und dazu aufgerufen. Entschieden aber verwarf man den Gedanken einer revolutionären Umgestaltung der Schweiz nach Prinzipien, die sich beim südlichen wie beim nördlichen Nachbarn erst noch zu bewähren hatten und von denen man zum vornherein sagen konnte, dass sie für die Schweiz völlig ungeeignet wären.

Die Ablehnung galt auch der revolutionären Methode eines politischen Umbaus. Was man von der klassenkämpferischen Linken nicht hinnehmen wollte, das konnte man auch bei den «Fronten» nicht dulden: das Spiel mit dem Gedanken des Umsturzes. Symptome für derartige Neigungen waren vorhanden, und eine deutliche Warnung war angebracht:

«Wenn die „Fronten“ machtpolitische Ziele auf andern Wegen als auf denen des Rechts zu verfolgen die Absicht hätten, würden sie uns zu einem Kampf herausfordern, in dem es um der Heiligkeit des Rechtsgedankens willen kein Wanken und Schwanken für uns geben könnte.»

Akute Gefahr drohte immer noch von dort, wo man sie in den Genfer Unruhen gesehen hatte: von der Taktik, die Strasse zum Feld für den Kampf der Extremisten gegeneinander zu machen. Man verzeichnete in der ersten Jahreshälfte 1933 eine ganze Reihe von Ausschreitungen linksextremistischer Haufen gegen Frontenversammlungen, abgesehen von den Saalschlachten, die zum Versammlungsstil der Rechten wie der Linken zu gehören begannen. Höhepunkte erlebte man auch hier wieder in Zürich, wo im September 1933 ein organisierter Grossüberfall auf einen Fackelzug der «Fronten» und der bürgerlichen Parteien erfolgte, wo die Tätigkeit kommunistischer Kampftrupps und frontistischer «Harste» schliesslich zu einem Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen führte, wo Frontisten selbst vor Sprengstoffattentaten gegen Sozialisten nicht zurückschreckten. Auf alle derartigen Tendenzen zum Faustrecht reagierte man in der NZZ mit äusserster Empfindlichkeit und Schärfe aus der frischen Erinnerung an den Strassenterror heraus, der in Deutschland die Chancen des Nationalsozialismus entscheidend gefördert und den Untergang der Weimarer Republik beschleunigt hatte. In einer dringlichen redaktionellen Warnung vom April 1933 («Wehret den Anfängen!») zeichnete man nicht nur die möglichen Konsequenzen eines Zerfalls der öffentlichen Ordnung, sondern forderte konkrete gesetzgeberische und organisatorische Massnahmen zu ihrem Schutz: Reform der Polizei, Schaffung einer Bundespolizei, Ergänzung der Bundesstrafgesetzgebung.

Gerade hier, in der Frage der Wahrung und Stärkung der staatlichen Autorität, fand man eine Gelegenheit, die wahren Absichten der «Erneuerer» gewissermassen in einem politischen Testverfahren zu ergründen. Der intellektuelle Frontismus hatte, nicht allein übrigens, nach einer Neuformulierung des Verhältnisses von Autorität und Freiheit gerufen und eine Art Monopol auf den Gedanken des starken Staates zu errichten begonnen. Man hatte auch als Liberaler keinen Grund, eine Diskussion darüber von sich zu weisen. Lange bevor die «Fronten» sich dazu äusserten, hatte man sich beim Freisinn und in der NZZ für die Stärkung der Staatsgewalt

gegen eine anarchische Übersteigerung der demokratischen Freiheit, für eine Einschränkung der Toleranz gegenüber staatsgefährlichen Umtrieben eingesetzt. Man hatte damit freilich kein Abweichen vom Grundsatz der Freiheit, lediglich «ein gewisses Masshalten in der Anwendung der Prinzipien» (Carl Hilty) gemeint und in jedem Fall darauf bestanden, dass die Macht des Staates nicht Willkür sein dürfe. Es hatte zu Beginn des «Frontenfrühlings» geschienen, als ob Bürgertum und «Fronten» sich wenigstens in diesem Punkt mit ihren Meinungen treffen würden. Im Abstimmungskampf um das eidgenössische Ordnungsgesetz, das sich gegen Subversion und den Aufruhr der Strasse richtete und zur Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und der öffentlichen Sicherheit eben jene Stärkung der staatlichen Autorität bringen sollte, nach der man so sehr verlangte, in diesem Kampf nun wurde den «Fronten» die konkrete politische «Gretchenfrage» gestellt. Wenn ihnen an der Stärkung *dieses*, d.h. des bestehenden Staates und an seiner Sicherung gegen Unterwühlung gelegen war, und wenn sie gewillt waren, ihren politischen Kampf in jenem Rahmen zu führen, den der Rechtsstaat ihnen zog, dann war mit dieser bundesrätlichen Vorlage ihre eigene Sache auf den Schild gehoben. Aber die Bewegung mit autoritären Neigungen entschied sich gegen die Stärkung der legitimen Autorität, schlug sich auf die Seite der linksextremen Gegner der Vorlage und bereitete ihr am 1. März 1934 in dieser unheiligen und rein destruktiven Allianz eine Niederlage. «Marxismus und Fascismus haben das Ordnungsgesetz gemeinsam zu Fall gebracht, weil sie sich keine Hemmungen in dem gegenseitig angesagten Vernichtungskampf auferlegen lassen wollten» – so interpretierte die NZZ das Abstimmungsergebnis, nachdem sie im erbitterten Kampf in den Wochen zuvor zuhänden der den «Fronten» gegenüber noch immer gutmütigen Kreise aufs Deutlichste den Testcharakter der Vorlage hervorgehoben hatte, für die sie sich überzeugt einsetzte.

Vor einer andern politischen Exanienfrage hatten die «Fronten» im Jahre zuvor ebenso schlecht bestanden. Im Frühling 1933, als sie eben in ihrer oratorischen Maienblüte standen und sich als des Vater-

landes echtste Antimarxisten deklarierten, hatte man sie in der NZZ wie in andern bürgerlichen Blättern aufgerufen, ihren Antimarxismus im Konkreten, das heisst in der Abstimmung über die Anpassung der Gehälter des Bundespersonals, unter Beweis zu stellen, und sie hatten sich dort aus wahltaktischen Gründen ebenfalls zur Gegenseite geschlagen.

In diesen Beispielen ist die Methode angedeutet, mit der die bürgerlichen Parteien und Zeitungen, sofern sie die Notwendigkeit dieses Kampfes schon jetzt lebhaft genug fühlten, dem Frontismus politisch zu Leibe rückten. Man stellte ihn vor konkrete Fragen, liess ihn selber dabei seine politische Unzuverlässigkeit und ideologische Labilität blosslegen und vermochte ihn damit in kurzer Zeit zu isolieren. Dadurch, dass man diese Fragen formulierte und zur Entscheidung vorlegte, das heisst politisch und nicht nur rhetorisch die Dinge an die Hand nahm, wies man sich über den Willen und die Fähigkeit zu aktiver Arbeit und zur Führung aus, der die Gegenseite nur den pathetischen Aufruf zur Aktivität und eine polemische Besessenheit gegenüberzustellen hatte, womit auf die Dauer in der Schweiz mehr zu verlieren als zu gewinnen war. Schon im August 1933 konnte man in der NZZ konstatieren, dass der Frontenrausch im Verfliegen sei. Die «Nationale Front», die geglaubt hatte, die Schweiz in einem Sturmangriff nehmen zu können, begann aus der Defensive heraus zu kämpfen und war gezwungen, ideologischen Ballast abzuwerfen, was sie den Auszug einer starken Dissidentengruppe von Radikalen und Unbedingten kostete. Aus ihren eigenen Reihen hörte sie nun den Vorwurf, den sie gegen alle bürgerlichen Parteien in globo erhoben hatte: «Opportunismus».

Spätestens im Sommer 1934 konnte der ideologische und politische Grossangriff des Frontismus als abgeschlagen gelten. Der 30. Juni hatte auch in den noch immer unsicheren Kreisen des Bürgertums für einmal eine Ernüchterung der Vorstellungen über den Nationalsozialismus gebracht, die auch die «Fronten» zu spüren bekamen, die als Verfechter der Politik Hitlers nun einen schweren Stand

hatten. Die Konservativen, die der antiliberalen Parole der «Fronten» anfänglich einiges hatten abgewinnen und sich zu einer Allianz unter diesem negativen Zeichen hätten bereithalten können, liessen die Finger davon, als sich zum Antiliberalismus bei den Fronten ein ebenso prononcierter Antiföderalismus gesellte. Der Trennstrich war auf der ganzen Linie gezogen, die «Fronten» von allen bedeutenden Parteien des Bürgertums isoliert. Es war ihnen nicht gelungen, auch nur eine starke Minderheit des Schweizervolkes unter dem Zeichen einer «dynamischen» Politik nationalsozialistischen Typs zu mobilisieren.

Die innere Gefahr war damit freilich nicht gebannt, sie änderte lediglich ihren Charakter. Angesichts der «völkisch» betonten aussenpolitischen Tendenzen des nördlichen Nachbarn musste die völlige innere Geschlossenheit der schweizerischen Bevölkerung das Haupterfordernis bleiben, und sie war nicht erreicht, solange Gruppen von zweifelhafter Loyalität, und mochten sie auch zahlenmässig klein sein, in ihrer Mitte wirkten. Diese Gruppen im Auge zu behalten und ihnen die der aussenpolitischen Situation entsprechende peinliche Aufmerksamkeit angedeihen zu lassen, blieb eine wichtige Aufgabe der Presse, der sich die NZZ mit Akribie unterzog. Es wird davon in einem späteren Kapitel noch die Rede sein.

Mit der Umschreibung der politischen Methode, wenn man will: der Taktik, mit der man die «Fronten» isolierte, ist freilich noch nichts gesagt über den allgemeinen Charakter, die Intensität, die Temperatur dieser Auseinandersetzung, wie sie in der NZZ geführt wurde. Sie reichte über die Flurbereinigung und polemische Diskussion mit einem politischen Gegner weit hinaus. Wenn das Blatt je eine langfristige «Kampagne» geführt hat, dann in dieser Phase der Konfrontation mit den «Fronten» – eine «Kampagne» im positiven nicht weniger als im negativen Sinne. Sie stand unter dem Stichwort, das eine Situation der Bedrohung andeutet und einen Aufruf zum Zusammenschluss enthält: der geistigen Landesverteidigung. Das Wort ist durch den übermässigen Gebrauch wäh-

rend eines Jahrzehnts abgenützt und abgewertet worden. Aber es umschreibt doch zu einem guten Teil, um was es ging, nämlich um mehr als die parteipolitische Position, um mehr auch als um noch so wesentliche innenpolitische, wirtschafts- und sozialpolitische Diskussion: um die staatspolitische Substanz der Schweiz schlechthin, um ihren Willen, ihre unabhängige Existenz als ein vielgestaltiger Kleinstaat im Herzen Europas zu behaupten und weiterzuführen, um politische und rechtsstaatliche Traditionen, die man für unabdingbar und geheiligt hielt.

Die Konzentration und Vereinfachung des politischen Denkens auf die staatspolitische Frage ist in der NZZ dieser Jahrgänge spürbar. Freilich gingen die Diskussionen auf den verschiedenen Ebenen und Sektoren des politisch-wirtschaftlichen Lebens weiter, wie sie eine Tageszeitung zu führen hat, Diskussionen über die kommunale Verwaltung des durch neue Eingemeindungen weiter gewachsenen Zürich, über Arbeitslosenunterstützungen, Exportvorschüsse, Gehaltsreduktionen, über berufsständische Ordnung, über Vollmachten, über das Bundesstrafrecht. Ins Zentrum aber trat eine Auseinandersetzung über Prinzipien, in der weniger nach dem freisinnigen, sozialdemokratischen, konservativen, als nach einem schweizerischen Standpunkt gefragt wurde. Kaum je zuvor, mit Ausnahme vielleicht der ersten kritischen Weltkriegsjahre, hatte man sich in der NZZ so intensiv der Besinnung auf das Wesen des eidgenössischen Staates, der Erkenntnis seiner Grundlagen und Traditionen gewidmet wie in der 1933 einsetzenden Epoche «völkischer» Ideologie und Politik, welche diese Grundlage in Frage stellte.

Eine Welle vaterländischen Empfindens begann dabei die Gemüter zu tragen. Zum erstenmal nach langen Jahren, da auch dieser Tag jeweilen unter dem Schatten des Klassenkampfes gelegen hatte, wurde der 1. August 1933 wieder zum patriotischen Weihetag, an dem sich die Einigkeit der vielsprachigen Nation und ihr Wille, den alten Bund zu erneuern, zum Ausdruck bringen wollten angesichts der Gefahren, die ihr nun bewusst zu werden begannen. „Sonntag ist's“ sollte man andauernd singen zu den ungezählten Bekennt-

nissen für ein besseres Vaterlandsvolk, das im Fegfeuer heisser Kritik erzogen werden und sich ein wohnlicheres Staatshaus bauen soll» – schrieb Karl Weber über jenen «Hauch eines allgemeinen Erneuerungswillens», der das Schweizervolk auf diesen Tag hin durchwehte – ein Erneuerungswille, der nun nicht mehr die monopolisierte Parole missgeleiteter, den Willen des Volkes und das Wesen seines Staates missdeutender «Fronten» war, sondern sie im Gegenteil von dieser Gemeinschaft guten vaterländischen Wollens bereits ausschloss.

Wenn man es in der NZZ bei diesem gemütsmässigen Aufschwung auch nicht bewenden lassen wollte und vom Ruf nach aktiver, konkreter staatspolitischer Sicherung und nach spürbarer politischer Führung durch die Landesregierung nicht abliess, so wollte und konnte man sich doch der Aufgabe nicht entziehen, das erwachte patriotische Bewusstsein zu erhalten und zu entwickeln. Man hatte als eine vorerst ideologisch und bald auch politisch bedrohte staatliche Gemeinschaft den Kitt eines irrationalen Patriotismus nötig, und ihn zu festigen war eine Aufgabe der schweizerischen Presse. Eine andere war freilich auch, zu verhindern, dass daraus negative Resentiments zu wuchern begannen, die politisch hätten gefährlich werden können. In der Geisteslage dieser dreissiger Jahre bestand zum Beispiel durchaus die Versuchung, zur Abwehr aggressiver alldeutscher Ideologie eine in der Schweiz bald mehr oder weniger latent vorhandene stimmungsmässige Deutschfeindlichkeit zu aktivieren; doch hat man in der NZZ von dieser Möglichkeit bewusst keinen Gebrauch gemacht. Die intellektuelle Wachheit und ein dauernd prüfendes politisches Bewusstsein – man hat sie dem Blatt oft genug als «Gefühlskälte» angekreidet – haben das Blatt um derartige Klippen des irrationalistischen Zeitalters ohne ersichtliche grobe Fehlnavigation herumgeführt.

Das hinderte nicht, dass die «Kampagne» der dreissiger Jahre im Blatt aufs Ganze ging. Man hatte als prominenten Mitkämpfer des redaktionellen Teams einen wortgewaltigen Streiter gewonnen:

Konrad Falke, der mit der ganzen Beredsamkeit seines vaterländischen Pathos und mit literarischer Brillanz seine polemische Waffe handhabte, gegen die «Fronten» focht, für die starke Hand des Staates in der Erhaltung der Ordnung sich einsetzte nach den Genfer Unruhen wie im Kampf um das Ordnungsgesetz, für aktive bürgerliche Politik in der Wirtschaftskrise und in der Frage der staatlichen Erneuerung eintrat. Max Rychner, der in diesen Jahren aus Köln ausgezeichnet formulierte Analysen des deutschen Geisteszustandes für das Blatt schrieb, griff aus der Perspektive des Auslandsschweizers in die aufgeregte Diskussion um die «Erneuerung» der Schweiz ein. Die Juristen Ernst Hafer und Dietrich Schindler, der letztere ein Mitglied und später, von Ende 1940 an, Präsident des Verwaltungskomitees der NZZ, schrieben Artikel über strafrechtliche, pressepolitische, staatsrechtliche Fragen, die aus dem zentralen Thema der Zeit erwachsen. Bis in Literaturbeilage und Feuilleton hinein war der Kampf um die politische Gesinnung des schweizerischen Bürgertums getragen, wo man eine Zeitlang aus dem grossen, aufs Neue lebendig gewordenen Schatz ausgewogenen abendländischen politischen Denkens in jeder Sonntagsausgabe Zitate druckte als ein staatsbürgerliches Brevier in Kernworten, als Immunisierungsdosen gegen die Versuchungen des «Zeitgeistes». Eduard Korrodís Feuilleton erhielt in einem stark beanspruchten Wettbewerb für ein vaterländisches Gedicht, in intensivierten Bemühungen um den schweizerischen literarischen Nachwuchs einen patriotischen Einschlag.

Bei all dem war die Anteilnahme des sonst eher anonym bleibenden schweizerischen Lesepublikums so rege wie wohl nur selten je zuvor. Eine Briefflut ergoss sich in die Redaktion; zu etwa gleichen Teilen warfen die Schreiber dem Blatt zu viel oder zu wenig Verständnis für das neue Deutschland vor, fanden sie seine Stellungnahme zum Frontenproblem zu schroff oder weich, verlangten sie mehr Zurückhaltung oder schärfere Tonart. Man konnte auf Zustimmung und Ablehnung wohl hören, aber man konnte sie nicht zum Mass nehmen und sich nicht nach ihr richten. Das Urteil der Geschichte, an das die öffentliche Meinung sich in der Verteilung

von Recht und Unrecht schliesslich oft zu halten pflegt, war noch ungewiss. Die Entscheidung, die man am Blatt getroffen hatte, beruhte nicht auf Erfolgsprognosen, sondern war eine Sache des politischen Gewissens und der Urteilskraft gewesen. Man wusste nur, was man wollte und was man nicht wollte, richtete sein Wort danach und hielt nach aussen im Übrigen einen breiten Rücken hin.

Parallel zu ihrem Niedergang schritt die Verwilderung der politischen Sitten der «Fronten» fort. Gestieft waren sie schon 1933 in die Politik einmarschiert, und aus ihrer Neigung zum Faustrecht hatten sie von Anfang an kein Hehl gemacht. Ihre überbordende Polemik war mehr der «Dynamik» als der Wahrheit verpflichtet. Schon 1933 hatte sich der Chefredaktor der NZZ gezwungen gesehen, öffentlich die Anklage von Verleumdung und Lüge gegen einen schweizerischen Nationalsozialisten zu richten, der in der Presse des Reichs bewusst entstellte Darstellungen über die «Lügenfabriken in der Schweiz» – gemeint waren ihre bürgerlichen Zeitungen und im Besonderen die NZZ – verbreitet hatte. Es wurde daraus ein Prozess, in dem die NZZ auf der ganzen Linie Recht und Genugtuung erhielt. Einen «Fall NZZ» zu konstruieren, war in der Folge auch das unentwegte Bemühen der Frontisten und ihrer Publizistik. Bald war das Blatt nach ihren Behauptungen ein «Sprachrohr der französischen Regierung», bald war es von freimaurerischen, bald von jüdischen Einflüssen beherrscht, in jedem Fall aber sahen sie in der Schreibweise der NZZ immer irgendwelche dunkle und natürlich reichsfeindliche «Mächte» am Werk. Die NZZ antwortete ein für allemal mit einer offenen Darlegung ihrer Besitz- und Aktienverhältnisse, die ja schon durch ihre Struktur eine derartige Einflussnahme zum vornherein ausschliessen und die Unabhängigkeit der verantwortlichen redaktionellen Leitung des Blattes und ihrer politischen Urteilsbildung in höchstem Masse sicherstellen. Einmal, am 1. Mai 1934, wollte die «Nationale Front» ihrer Aversion gegen das Blatt mit einem Abstecher ihres Demonstrationzuges an die Falkenstrasse symbolischen Ausdruck geben; doch wurde sie am Demonstrieren an jenem Tag behördlich gehindert. Dafür wurden

Leute wie Konrad Falke, die in der NZZ mit den «Fronten» ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen sprachen, mit Drohbriefen und anonymen Telephonanrufen systematisch unter Druck gesetzt, die in der Regel die entsprechende «Abrechnung» in Aussicht stellten für den Zeitpunkt, «wo es in der Schweiz dann einmal so weit sei». Derartige Racheschwüre blieben schliesslich nicht einmal mehr anonym. Man konnte sie in der «Front» lesen, die z.B. Ende 1934, nach einer missglückten Strassenkundgebung, den Kritikern nationalsozialistischer Gewalttaten in der «wehleidigen Linksbürgerpresse» und andern bürgerlichen Frontengegnern versprach: «Wir werden bestimmt, wenn einmal die Zeit für uns gekommen ist, diese Leute auch nicht besonders zärtlich streicheln» – wobei das Wort «streicheln» in Beziehung zu den Methoden in den Konzentrationslagern gesetzt war.

In dem sonst von Anfang an und im ganzen Verlauf der Auseinandersetzung eindeutigen Bild der Haltung der NZZ dem Nationalsozialismus gegenüber ist allerdings ein Schönheitsfehler zu registrieren, der hier nicht übergangen werden soll. In den Gemeindewahlen, in denen im Herbst 1933 das Parlament und die oberste Behörde der durch die nun vollzogene Eingemeindung stark gewachsenen Stadt neu zu bestellen waren, traten die bürgerlichen Parteien in eine Aktionsgemeinschaft mit den hier erstmals in den politischen Kampf tretenden «Fronten» und stellten eine gemeinsame Stadtratsliste auf, die den Namen eines Frontisten enthielt. Die Absicht war, nun mit einer Sammlung aller «bürgerlichen» Kräfte die «rote» Mehrheit auf lokalem Boden zu brechen, ein Ziel, für das sich die NZZ, wie gezeigt wurde, seit langem eingesetzt hatte. Sie unterstützte denn auch diese politische Aktion. Man wird sagen können, dass ihr kaum eine andere Wahl blieb, als die bürgerliche Sache auch unter diesen unerfreulichen Umständen loyal zu vertreten und den Kampf auf der von den bürgerlichen Parteien bestimmten Ebene führen zu helfen. Aber übersehen kann man nicht, dass die NZZ damit in Widerspruch zu sich selber geriet. Hatte man

nicht ein paar Monate vorher eben jene Bewegung, in der man heute den potentiellen Koalitionspartner sah, als «nationale Gefahr» gebrandmarkt? Und noch ein par Wochen vorher war man mit dem schwersten polemischen Geschütz gegen sie aufgefahren anlässlich der Ständeratswahl in Schaffhausen, in der sie ihren ersten Einbruch in die eidgenössische Politik auf einem ihr günstigen Boden vorbereitete, einen Einbruch, den man unter allen Umständen verhindern wollte. Mit kaum zu übertreffender Deutlichkeit hatte man das Bürgertum im Nachbarkanton vor dem totalitären Charakter der «Nationalen Front» gewarnt, die nicht eine Partei wie andere sei und eine bürgerliche ohnehin nicht, und die nicht von einer Toleranz profitieren dürfe, die sie selber, einmal an der Macht, niemandem vergelten würde. Die Schärfe dieses Urteils hatten die für den «Koalitionsbeschluss» verantwortlichen Organe des stadt-zürcherischen Freisinns nicht geteilt. Sie waren noch immer geneigt, in der «Nationalen Front» einen bürgerlichen Spross zu sehen, in dem die positiven, patriotischen Kräfte – und viele der jungen frontistischen Offiziere aus bürgerlichen Familien waren zweifellos Patrioten – die chaotischen und totalitären Neigungen überwogen und mit denen zusammenzugehen sich rechtfertigen liess.

«Hie Marxismus – hie Vaterland» hiess die Parole des mit grösster Leidenschaft geführten Wahlkampfes. Dem späteren Betrachter scheinen aber die Worte, die man in der NZZ für diese antimarxistische Allianz fand, eher lau und ausweichend. Die Kritik an dieser Koalitionspolitik setzte denn auch unverblümt und deutlich «am Tage danach» ein, und die Resultate aus den Urnen lieferten das überzeugendste Material zu einer nüchternen Gewissenserforschung. Nicht nur war die Linke mit absoluter Mehrheit unangefochten aus dem Kampf hervorgegangen – die bürgerlichen Parteien hatten zugleich auch noch einen beträchtlichen Teil ihres traditionellen Bestandes an die «Nationale Front» verloren, der bei ihrem ersten Auftreten in Zürich gleich zehn Mandate zugefallen waren. Damit war man auf bürgerlicher Seite für die Zukunft davon geheilt, den Bundesgenossen im Kampf gegen den Sozialismus auf der extremen

Rechten zu suchen, und die Klärung war, unter Entrichtung eines schweren Tributes, auch politisch vollzogen.

Gemessen an der Haltung der NZZ seit dem Aufkommen der Hitler-Bewegung in Deutschland darf man ohne jede Absicht einer Beschönigung das Kapitel dieser Gemeindewahlen als eine rasch überholte Episode bezeichnen, die in der Folge zwar von den politischen Gegnern des Freisinns hie und da polemisch wieder aktiviert wurde, die aber ohne Einfluss auf die künftige Stellungnahme des Blattes geblieben ist.

Die «Fronten» hatten sich nicht als legitime Verkünder und Verfechter einer schweizerischen Erneuerung ausgewiesen, und die Diskussion mit ihnen war in kurzer Zeit zu einer Ausmarchung unter negativem Zeichen geworden. Der Gedanke der politischen Neugestaltung war damit jedoch nicht verabschiedet, soweit er nicht an die Unabhängigkeit des Landes und an seine demokratische Substanz rührte. Das Gespräch darüber blieb auch in der NZZ offen. Seine Hauptthemen waren eine korporative oder berufsständische Ordnung und schliesslich der programmatische staatspolitische Wurf der Erneuerungsbewegungen, die Totalrevision der Bundesverfassung.

Was den Korporativstaat fascistischen Typs betraf, war das Urteil allerdings bald gesprochen. Er war, was man auch immer an Argumenten für ihn in bestimmten Kreisen auf dem rechten Flügel des Bürgertums mobilisieren mochte, mit der demokratischen Grundverfassung der Schweiz, ihrem Föderalismus wie ihrem Mehrparteiensystem nicht zu vereinbaren, sondern verlangte als seine logische Ergänzung ein Einparteieregime und damit die Diktatur. Korporativismus in diesem Sinn ist denn auch am Rande dieser Diskussion geblieben. Ihr Zentrum hatte sie für einige Zeit vielmehr in den gemässigeren Vorschlägen einer berufsständischen Ordnung, die auf katholischer Seite wie auch beim Freisinn vorgelegt wurden, hier vor allem im «St. Galler Entwurf» Schirmers, oder wie sie aus der Industrie selber hervorgingen (Projekt Ganzoni-Sulzer). Wir

haben in einem früheren Kapitel die Bedenken genannt, die in der NZZ vom liberalen Standort aus gegen eine weitgetriebene interne oder gar öffentlich-rechtliche Organisation der Wirtschaft erhoben wurden, die ihre Schöpferkraft und Initiative in Gefahr bringen mussten. Die Gefahren waren auch in Entwürfen wie dem Schirmers nicht gebannt, der zwar keine parteioffizielle Sanktionierung erfahren hatte, aber doch als Diskussionsgrundlage beim Freisinn anerkannt war. Die Diskussion ist in der NZZ in Freiheit geführt worden; selbst der katholisch-konservative Vorkämpfer einer berufsständischen Ordnung erhielt an prominenter Stelle Gastrecht. Doch überwog noch immer das kritische Bedenken, wenn es auch, mit der in diesem Moment mehr als je gebotenen Rücksicht auf die politische Einigkeit des Bürgertums, nicht mit polemischer Schärfe geäußert wurde.

Aus einem anfänglichen Wirrwarr von Stimmen hatte durch Initiative der Jungliberalen im Frühjahr 1934 das Anliegen der erneuerungswilligen jungen Generation im Projekt einer Totalrevision der Bundesverfassung Gestalt angenommen. Mächtige geistige und politische Impulse liess zwar die Unterschriftensammlung kaum erkennen, durch die das Projekt als Verfassungsinitiative lanciert wurde und bei der die Jungliberalen getrennt von einer «Nationalen Tatgemeinschaft» marschierten, in der sich die «Nationale Front» und die Jungkonservativen mit den Bewegungen «Aufgebot» und «Neue Schweiz» gefunden hatten. Das Projekt selber war kaum revolutionär zu nennen. Es liess die föderalistische Demokratie unangetastet, sah eine Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen, des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft im Sinn eines vermehrten Mitbestimmungsrechts der Wirtschaftsverbände vor, schuf mit Gesetzesinitiative und konsultativem Referendum neue Instrumente demokratischer Willensbildung und schlug neue Formeln zur Kontrolle und Reform des Parlamentes vor. Die Linke klassifizierte das Revisionswerk als «fascistisch» – eine demagogische Bezeichnung, gegen die man sich

auch auf dem Flügel des Bürgertums wehrte, der dem Projekt abgeneigt war. Auf der NZZ sah man jedenfalls keinen Grund, die Diskussion darüber nicht frei weiten zu lassen. Es wurden im Blatt feurige Voten «Pro» geschrieben, von Konrad Falke etwa, der hier zu einer Generalkritik der freisinnigen Politik ausholte, die «un-kenntlich» geworden sei, der marxistischen Unterwühlung tatenlos zusehe oder sich, wie beim Ordnungsgesetz, mit reinen und zum vornherein verlorenen Defensivschlachten begnügt habe, statt offensiv die notwendige Neugestaltung des Staates an die Hand zu nehmen \$ die Schicksalsstunde des Freisinns sei gekommen, er dürfe das Neue nicht mehr «mit ölicher Weisheit übergiesen», sondern habe ihm in dieser Revisionsvorlage den Weg bahnen zu helfen. Das war der Freisinn «vu par un tempérament», und man sah in der NZZ keinen Grund, ihm diesen Artikel und damit diese Kritik eines bewährten Kämpen gegen Frontengeist und Marxismus zu ersparen.

Nur eben: ob die Sache den gemütsmässigen Aufwand lohne, wurde bei näherem Zusehen fraglich. Denn nicht nur liess die lange; Diskussion, die sich bis zur Abstimmung im September 1935 hinzog, erkennen, dass diesem Revisionsprogramm und seinen Anhängern selber der Schwung fehlte, den ihnen ein dringendes und als wesentlich empfundenes Anliegen hätte mitteilen müssen. Auch die tragende Idee des Revisionsprogramms war nur schwer zu erkennen.

Es war nicht der Rückfall in die «Routine», was beim Freisinn und in der NZZ schliesslich die Ablehnung dominieren liess, es war die Fragwürdigkeit der Vorlage selber, ihre Unausgereiftheit und ihre offensichtlich ungünstige politische «Tempierung». Die Gründe, die die Kritiker des Revisionsprojektes, an ihrer Spitze Bundesrat Schulthess, im Blatte vortrugen und die der Chefredaktor namhaft machte, als er auf dem Parteitag der Zürcher Freisinnigen das «Nein» empfahl, waren vielfach. Man hielt den Zeitpunkt einer Totalrevision der Verfassung nicht für gekommen, das Schweizervolk seelisch nicht für reif und bereit dazu; eine neue Bundesverfassung musste, wie die erste, «erlebt und erstritten», sie konnte nicht künstlich «gemacht» sein; zudem war eine Periode der wirtschaftlichen Depres-

sion kein guter Nährboden für langfristige Lösungen entscheidender wirtschaftspolitischer Fragen. Man mochte anerkennen, dass in der hier angedeuteten Richtung die Lösung manches politischen Problems zu suchen war; doch war es vorzuziehen, diesen Weg Schritt für Schritt zu gehen und nicht den «Sprung ins Ungewisse» zu wagen.

Bis zum letzten Artikel, den die NZZ vor dem Abstimmungstag schrieb, wurde diese ablehnende Stellungnahme allerdings in höchst konzilianter Weise vertreten und auch dem «Ja» eine Tür offen gehalten, wofür, nebst der sachlichen Überzeugung, auch hier die Rücksicht auf die Einheit des Bürgertums massgebend war, das ob dieser Frage nicht einer folgenschweren Spaltung verfallen durfte. Die wuchtige Verwerfung der Revisionsvorlage durch das Volk bewies, dass nicht in ihr das Anliegen der Erneuerung verkörpert war, dass «Erneuerung» für den schweizerischen Stimmbürger überhaupt nicht, oder nicht mehr, politische Reorganisation seines Staates bedeutete. Die psychologische Hypothek des Frontismus, die auf dieser Vorlage lastete, machte sie ihm vollends untragbar. Er mochte denken, wie die NZZ sich in ihrem Kommentar ausdrückte: «Helvetia fühlt sich heute noch in diesem „geplätzeten“ Kleid (der geltenden Verfassung) wohler, als wenn sie im Panzer eines autoritären Regimes stäke.»

NATIONALSOZIALISTISCHER IMPERIALISMUS

Wenn man in der «Neuen Zürcher Zeitung» das Wachsen des Nationalsozialismus und die Festigung seiner Herrschaft über Deutschland mit so intensivem Interesse verfolgte, wenn man sich so nachhaltig bemühte, sich und dem Leser das Wesen und den Charakter dieses neuen politischen Phänomens fassbar zu machen, wenn man eindringlich und unablässig warnte, oft in düsteren Farben schilderte und mit Leidenschaft Stellung nahm, so lag all dem von Anfang an die Überzeugung zugrunde, dass die Vorgänge in Deutschland, mochten sie vorläufig auch innenpolitischer Natur sein, für die Nachbarn des Reiches und für Europa insgesamt schwerwiegende Folgen haben würden. Auf der NZZ hat man nie die Neigung gehabt, die internationalen Aspekte der «Machtergreifung» als harmlos anzusehen und an die Möglichkeit einer «friedlichen Koexistenz» Europas mit Hitler zu glauben, eine Neigung, wie sie z.B. bedeutenden englischen Blättern trotz alarmierenden Rufen ihrer eigenen Korrespondenten in Deutschland über eine lange, verhängnisvoll lange Zeit nationalsozialistischer Herrschaft eigen blieb.

Wenn man, von der «Phantasie im Bösen» geleitet, auch in der deutschen Aussenpolitik Böses kommen sah, so fand man damit allerdings auch in schweizerischen Kreisen, von Zürich bis zu prominenten Berner Adressen, nicht überall Zustimmung. Was man im Blatt als erste Ansätze einer weitreichenden, aggressiven, auf kriegsrische Eroberung hinzielenden Aussenpolitik des Reiches kenntlich zu machen suchte, galt dort vorerst als eine zwar eigenmächtige, aber doch gerechtfertigte «Liquidierung des Versailler Diktats», und als «Versailles» liquidiert war, als Erfüllung eines «völkischen» Programms, für das man dort ebenfalls noch Verständnis aufbrachte, wenschon man es nicht auf die Schweiz angewendet haben wollte. Erst als nach den Sudetendeutschen auch Prag und die gesamte Tschechoslowakei unter das Joch Hitlers gerieten, bekam man auch bei den Berlin gegenüber so lange Gutmütigen und Geduldigen

mit der These recht, an die man sich in der NZZ von Anbeginn an gehalten hatte. Das sei hier nicht erwähnt, um die Richtigkeit des politischen Urteils im Blatte herauszustreichen, sondern um anzuzeigen, dass sich seine pessimistische Darstellung der deutschen Aussenpolitik oft an ganz bestimmte optimistische oder allzu tolerante Adressaten wandte und, wenn auch selten polemisch, sich gegen die in der Schweiz wie anderswo vorhandenen Tendenzen zur Verharmlosung richtete.

Man hatte bei Anlass des Austrittes Deutschlands aus dem Völkerbund im Herbst 1933 schon offen geäussert, wie wenig Positives für Europa von einer Aussenpolitik zu erwarten stand, die zur Funktion der innenpolitischen Bedürfnisse einer Diktatur geworden war – eines Regimes, das mit seinen Trotzreaktionen gegen die Umwelt pathologische Anlagen verriet und den deutschen Superioritätskomplex wie auch jenes gefährlich wehleidige deutsche Gefühl förderte, vom «Ausland» nicht verstanden zu sein und eine übelwollende Welt gegen sich zu haben.

Der inneren Entwicklung der nationalsozialistischen Herrschaft grösste Aufmerksamkeit zu schenken, hatte man auch nach dem 30. Juni 1934 Grund genug. Einen Monat nach dem blutigen Tag versank mit dem Tod Hindenburgs der letzte Rest, beinahe nur noch eine Erinnerung, der Weimarer Republik. Mit einem «gesetzgeberischen Handstreich», unter Missachtung geltenden Rechts, machte Hitler sich aus eigener Machtvollkommenheit zum Nachfolger des Reichspräsidenten und damit auch formell zum Alleinherrscher, der niemandem mehr verantwortlich war.

Dass diese Herrschaft aber nicht ein fugenloser Bau war, dass unter der Oberfläche ein mit machiavellistischen Mitteln geführter Kampf verschiedener Lager in der Führung und um die Führung weiterging, wusste man und konnte man im Ausland auch schreiben. Als ein «spannungsvolles Triumvirat» stellte man im Blatt das Regime Hitler-Göring-Goebbels im August 1934 dar. Man war überdies und vor der übrigen ausländischen Presse in der Lage, gewisse Hintergründe dieses internen Machtkampfes aufzuzeigen und seine

Instrumente namhaft zu machen. Der SS, die nach dem Sturz der SA zum parteiinternen Vollzugsorgan und zur gefürchteten Terrororganisation einer ruchlosen Innenpolitik wurde, widmete man sogleich eingehende Betrachtungen, ebenso wie der im geheimen wirkenden Gestapo und dem Sicherheitsdienst unter Himmler und Heydrich.

Für Informationen aus diesen Schattenbezirken hatte die Redaktion Gewährsleute aus dem Reich, denen sie vertrauen konnte; die eindeutige Haltung des Blattes gegenüber dem nationalsozialistischen Regime hatte sie ihr zugeführt, und sie erschloss ihr auch später wieder Nachrichtenquellen in jenen Zonen des Schweigens, die das Regime zu errichten trachtete. Man war auf solche Informationen angewiesen, wollte man der Wirklichkeit nahe bleiben, die in der offiziellen Propaganda des Reiches verzerrt und gefälscht erschien. Etwas von der Atmosphäre eines Nachrichtendienstes drang damit zwangsläufig in die journalistische Tätigkeit ein, die durch das totalitäre Regiment von ihrer Existenzbasis, den freien und unverfälschten Informationen, abgeschnitten zu werden drohte. Kritische Wertung war dabei freilich doppelt nötig; von dem, was der Redaktion etwa von emigrierten Gegnern des Regimes zugetragen wurde, konnte nur ein geringer Teil als stichhaltig gelten, und noch weniger konnte im Blatt seinen Niederschlag finden, wollte man für das, was man der Öffentlichkeit weitergab, auch die Verantwortung tragen. Sorgfalt in der Formulierung, die hier oft nur noch andeuten konnte, war durch die Rücksicht auf die Informatoren wie auf den heiklen «Stoff» geboten, mit dem man die peinlich gehütete Geheimsphäre der Macht verletzte. Man musste, wo immer man an solche Dinge rührte, die Worte auf ihre Wirkung hin genauestens kalkulieren.

Bei aller Vorsicht fiel doch das Bild der Tyranis im Dritten Reich, so wie es in der NZZ à jour gehalten wurde, immer deutlich genug aus. Es zeigte bereits in diesen Jahren mit der Einbeziehung der Terror- und Scheinorganisationen und der Wirklichkeit der Konzentrationslager jene gespenstischen Züge, die im Urteil der

Welt heute an ihr haften. Das Konzentrationslager hatte man an einem Beispiel 1934 von einem Zeugen schildern lassen. Man führte in der Folge im Blatt gewissenhaft und öffentlich Register über jede Einweisung bekannter Persönlichkeiten in jene stacheldrahtumzäunten Stätten, über jede Tat der Parteijustiz, die man in Erfahrung bringen konnte, zum dauernden Memento an das, was fortwährend unter der für eine Zeitlang wieder geglätteten Oberfläche vor sich ging.

Das Bedürfnis des nationalsozialistischen Regimes nach einer innenpolitischen Normalisierung – soweit das Wort «normal» unter den herrschenden Umständen überhaupt noch gebraucht werden konnte – war seit dem Sommer 1934 offensichtlich. Eine innere Krise oder ein Aufleben der Opposition hatte es zwar nicht zu fürchten; gegen solche Tendenzen hatte es seine Machtmittel nun in der Hand, und gegen Missstimmungen infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten wendete es seine vorläufig noch sicher wirkende Taktik an: «die Ablenkung der Unzufriedenheit auf das aussenpolitische Gebiet und auf das Ausland im Allgemeinen». «Normalisierung» aber brauchte das Regime, wie man in der NZZ deutete, aus zwei Gründen: im Hinblick auf die Saarabstimmung anfangs 1935, für die das Reich seine Attraktionskraft wiederherstellen musste, und zum Aufbau militärischer Macht, die es in die Waagschale künftiger aussenpolitischer Entscheidungen werfen konnte. Denn darüber gab man sich keinem Zweifel hin, dass der Nationalsozialismus sich früher oder später nach aussen wenden würde, dass er mit dem Konflikt rechnete und sich auf ihn vorbereitete. Aus einem Augenschein im Reich zog der Deutschlandredaktor des Blattes im Herbst 1934 die Bilanz:

«Wenn man die Wirkung aller einzelnen Massnahmen des Regimes betrachtet und das unvermeidliche Ergebnis ihrer Gesamtheit zu überschauen glaubt, steht man unter dem nicht zu verscheuchenden Eindruck, dass der Nationalsozialismus mit einer kommenden Auseinandersetzung rechnet und sie für unvermeidlich hält.»

Dass Deutschland aufrüstete, war im zweiten Jahr des Regimes Hitler ein offenes Geheimnis. Wenn man auch der Natur der Sache gemäss keinen umfassenden Überblick über den Umfang dieser Rüstung gewinnen konnte, so waren doch genügend Informationen beizubringen, die auch der Presse gestatteten, sich ein allgemeines Urteil darüber zu bilden. Dass die Deutschen ein «Volk in Uniformen» geworden waren, dass das «Hunderttausend-Mann-Heer» der Reichswehr auf ein Mehrfaches seiner in Versailles festgelegten Stärke gewachsen sein musste, das verriet allein schon der visuelle Eindruck eines Deutschlandaufenthaltes. Darüber hinaus nannte man in der NZZ Zahlen über den finanziellen Rüstungsaufwand, die in den Budgets nicht mehr erschienen, publizierte man Informationen über Panzer- und Flugzeugbau, über die Verlagerung von Betrieben der Rüstungsindustrie nach Mitteldeutschland, untersuchte man die volkswirtschaftliche Lage des Reichs und seine Arbeitsbeschaffungsmethoden, die ebenfalls auf eine grosse Anstrengung der Rüstungsproduktion hinwiesen. Man unterstrich, dass die mit grösstem Eifer betriebene Motorisierung in militärischem Zusammenhang gesehen werden müsse, und deutete damit auf die allgemeine Kriegskonzeption einer deutschen Wehrmacht der Zukunft hin.

Die Reaktion der europäischen Mächte auf diesen unter einer unvollständigen Tarnung vollzogenen Bruch des Vertrags von Versailles war uneinheitlich und jedenfalls nicht überzeugend genug, um dem Reich auf seinem Weg ein Halt zu gebieten. Dass Hitler am 16. März 1935 die Tarnung, zum Teil wenigstens, abwerfen, die allgemeine Wehrpflicht für die Deutschen verkünden und den Mächten damit ungestraft den Vertrag von Versailles vor die Füsse werfen konnte, kennzeichnete die Situation und in gewissem Sinn auch schon das Kräfteverhältnis zwischen dem Rechtsbrecher und den Garanten der Nachkriegsordnung. Offenbar, so deutete man in der NZZ, wähnte man sich in Berlin nun bereits aus der aussenpolitischen «Gefahrenzone» heraus, in die man sich mit dem Austritt aus dem Völkerbund begeben hatte, und glaubte eine weitere Brüksierung des Auslandes wagen zu können.

Die «verschwenderische Fülle von Friedensbeteuerungen und Propaganda», mit der Hitler seinen Vertragsbruch garnierte, fiel bei den Skeptikern am Blatt auf steinigem Boden. Sie sahen in ihr ein rein verbales taktisches Abschirmungsmanöver und nicht mehr. Sympathien für Deutschland zu wecken und am Leben zu halten, schien ohnehin, so wie man in Zürich die Dinge sah, nur noch ein untergeordnetes Anliegen nationalsozialistischer Aussenpolitik zu sein. Als ihren charakteristischen Zug hob man, nicht zum erstenmal, die Absicht hervor, «die suggestive Wirkung der Macht» zur Geltung zu bringen – eine Taktik, die mit dem Gedanken europäischer Zusammenarbeit zum vornherein unvereinbar war, vernünftige Kompromisse ausschliessen und bei der Gegenseite ebenfalls nach neuen, entsprechenden Methoden der Aussenpolitik rufen musste.

Wie man vor 1933 am Blatt über Versailles und die Gleichberechtigung Deutschlands in der Rüstungsfrage gedacht hatte, ist erwähnt worden. Wenn man hier auch ein unentwegter Anhänger einer auf dem Wege der Verständigung zu erreichenden Revision des Friedensvertrages gewesen war – einen einseitigen, mit einem «fait accompli» vollzogenen Bruch hätte man auch damals nicht ohne schärfste Reaktion hingenommen. Inzwischen aber hatte sich durch die Heraufkunft des nationalsozialistischen Reiches die internationale Situation und Atmosphäre aufs Gründlichste verändert. Wenn man nun für gewisse deutsche Ansprüche, die man früher zu unterstützen geneigt gewesen war, kein sympathisches Wort mehr finden konnte, so ging das auf die Erfahrungen zurück, die man bereits mit der nationalsozialistischen Innen- und Aussenpolitik gemacht hatte. Unter den letzteren vor allem auf eine: die österreichische Krise des Jahres 1934.

Was im Juli 1934 in Österreich geschah, war eine erste Bestätigung in Fleisch und Blut jenes ruchlosen Imperialismus, dessen Äusserung man in Kenntnis des Nationalsozialismus früher oder später erwartet hatte. Hitler streckte seine Hand nach Österreich aus, und die vorläufigen Ziele, die Möglichkeiten und Methoden, die

geistige Verfassung der Regisseure wie der ausführenden Organe dieser seiner Aussenpolitik waren bereits mit aller wünschenswerten Klarheit in diesem ersten Vorstoss und Exempel zu erkennen, das man sich im benachbarten schweizerischen Kleinstaat zu Herzen nahm wie kaum ein anderes dieser Jahre und das für die Erkenntnis künftiger Aktionen grösste Bedeutung erhielt. Die Methoden dieses Imperialismus waren von neuer Art: Unterwühlung des Nachbarstaates durch eine nationalsozialistische Minderheit, Propagandakrieg vom Reich aus, Ausspielen der Machtüberlegenheit, Ansetzung handgreiflicherer Druckmittel, wie der «Österreichischen Legion» in Bayern. Als der österreichische Kanzler Dollfuss 1934 gegen die Nationalsozialisten vorzugehen begann, machte sich Hitler zum Schutzherrn seiner «Fünften Kolonne» avant la lettre. Zugleich warf er das Stichwort der «völkischen Verbundenheit» in die Auseinandersetzung, womit der inoffizielle Mythos eines auf Erlösungswartenden deutschstämmigen Volkes offiziell sanktioniert und der Politik ein Vorwand der Einmischung geschaffen war. Das Risiko einer internationalen Verwicklung vermochte das Kalkül dieser Machtpolitik allerdings noch nicht zu bewältigen. So liess Berlin den Augenblick ungenützt vorbeigehen, in dem das erste potentielle Opfer seines Aggressionswillens sich selbst in einem Bürgerkrieg zu zerfleischen begann, jene Februartage 1934, da das Regime Dollfuss in seinem inneren Zweifrontenkrieg in blutiger Weise die revolvierende sozialistische Linke ausschaltete, um den Rücken für den Kampf gegen die Rechte freizubekommen.

Aus was für Gründen im Einzelnen dem Reich hier auch immer ein Stillesitzen geboten war – gegen die anarchischen Kräfte, die im Nationalsozialismus entbunden waren, war weder die Staatsräson noch das Risiko einer Intervention der Mächte schliesslich eine genügend wirksame Sicherung. Man genoss den Anschauungsunterricht dafür, als ein paar Wochen nach der Bartholomäusnacht des 30. Juni eine Gruppe nationalsozialistischer Desperados einen Handstreich gegen das Bundeskanzleramt in Wien führte und Dollfuss ermordete. Schuschnigg vermochte den Brand zwar sogleich

auszutreten und den österreichischen Staat für einmal zu retten. Aber das «wahnwitzige Abenteuer», wie es die NZZ nannte, hatte der Umwelt mit einem Schock aufs Neue klar gemacht, mit wes Geistes Kindern sie es bei den Nationalsozialisten zu tun hatte. Dass deutsche Regie im Spiel war, wenn sich auch die offizielle Politik des Reiches desengagierte, war offensichtlich. Der deutsche Gesandte selber hatte sich für freies (feleit für die eingeschlossenen Putschisten und Attentäter verwendet, die in ihrem Handeln eine beispiellose, für das europäische Gemüt kaum fassbare Brutalität gezeigt hatten; der Zeitpunkt des Attentats zwei Tage vor der geplanten Zusammenkunft Dollfuss' mit Mussolini, die für das Reich einen schweren aussenpolitischen Rückschlag bedeuten musste, machte diese Zusammenhänge deutlich genug. In der NZZ liess man jedenfalls keinen Zweifel darüber, wen man meinte, wenn man von «brutalem Imperialismus» sprach: «die deutsche Regierung, die sich in dem fanatischen Glauben ihres Führers an die allein ausschlaggebende Rolle der Macht ... in eine vollkommene moralische Isolierung ergeben hat.»

Die moralische Isolierung musste eine politische werden, so mahnte man im Blatt nach dieser Selbstenthüllung nationalsozialistischer «Aussenpolitik»:

«Es ist heute für ganz Europa klar geworden, dass mehr als das politische Interesse der Mächte an einem selbständigen österreichischen Staat auf dem Spiel steht. Der nationalsozialistische Terror, der von deutschem Boden aus und von der herrschenden Partei Deutschlands geschützt, gefördert und befohlen wurde, ... ist als Vorläufer einer die Gemeinschaft aller Staaten bedrohenden Anarchie enthüllt. Dar Umsichgreifen dieser Anarchie würde den Frieden und jede soziale Ordnung in Europa in Frage stellen.»

Die Erregung war noch spürbar in diesen Worten, die den Leitartikel am Tage nach dem Kanzlermord eröffneten. Sie gaben zugleich die Grundvorstellung wieder, die man am Blatt von der ersten Aufgabe einer Deutschlandpolitik der Mächte hatte: den reissenden Wolf, der die europäischen Staaten anzufallen drohte, hinter Gittern zu halten. Einem Presseorgan eines neutralen Kleinstaates, der keine

politische Initiative in diesem Sinn ergreifen und in diesen Fragen nicht zu den Handelnden gehören konnte, stand es freilich nicht zu, dem Ausland gegenüber auf eine aktive Politik zu drängen oder einen Kreuzzug gegen Hitler zu predigen. Es lag darin einmal ein Gebot des journalistischen Masses; sodann aber war Zurückhaltung auch aus dem Grund geboten, weil man ohnehin von der gelenkten deutschen Presse bei jeder Gelegenheit als «Kriegshetzer» verschrien wurde und als ein Blatt, dessen Wort im In- und Ausland auf der Goldwaage gewogen wurde, die möglichen Konsequenzen solcher Verketzerung für den eigenen Staat ständig zu bedenken hatte. Dass man es sich nicht nehmen lassen konnte, seine Meinung und sein Urteil über die Politik Deutschlands wie der andern Mächte zu äussern, ist selbstverständlich. Schwieriger aber noch, als bei jedem Zug die politische Einsicht auf der Höhe zu halten, war es, die Form zu finden, in der man sie vermitteln konnte. Die innere Spannung zwischen dem, was man wusste und kommen sah, und der Zurückhaltung im Ausdruck, zu der man verpflichtet war, hat ihren deutlichen Niederschlag im Stil der politischen Kommentierung des Blattes gefunden.

Die internationale Politik in der Deutschlandfrage mit all ihren Schwankungen hier nachzuzeichnen, würde zu weit führen. Der Weg zur Allianz gegen Hitler und seine Machtpolitik, die offensichtlich, wie man feststellte, «letzten Endes auf Sprengung der gegenwärtigen politischen Ordnung Europas gerichtet» war, war beschwerlich. England, das sich von seinem Konzept des Mächtegleichgewichtes auf dem Kontinent nur schwer lösen konnte und lange und immer wieder glaubte, dass auch ein nationalsozialistisches Reich darin Platz finden könne, blieb bis nach «München» labil. Auch nach schweren Rückschlägen für das deutsche Prestige, wie den Judenverfolgungen, dem Bruch Hitlers mit dem Völkerbund, stellte der Londoner Korrespondent der NZZ, Eric Kessler, jeweils wieder eine grosse potentielle Verständigungsbereitschaft gegenüber den Nationalsozialisten fest, die sich in einer unentschiedenen Politik auswirkte.

Frankreich zeigte im Bild, das die Pariser Berichterstattung Max Müllers und Max Konzelmans im Blatte entwarf, auch vor der Volksfrontepoche vor allem seine dominierende innenpolitische Problematik. Es hatte dem Nationalsozialismus gegenüber lange eine erstaunliche Zurückhaltung an den Tag gelegt. Wohl verfocht es nach wie vor seinen intransigenten Standpunkt in der Frage der Rüstungsgleichheit Deutschlands – ein Standpunkt, für den das Verständnis im Blatt seit dem Anbruch des Dritten Reiches spürbar zugenommen hatte, so wie sich etwa auch eine Akzentverschiebung in der Würdigung Poincarés zeigte. Die Frage blieb jedoch, wie diese Opposition gegen die deutsche Aufrüstung wirksam zur Geltung gebracht werden konnte von einem Land, das, wie man noch bei Gelegenheit der Saarabstimmung formulierte, «die Erhaltung des Friedens sozusagen als produktive Anlage betrachtet». Fast gleichzeitig mit den Februarunruhen in Österreich zerriss eine schwere innere Krise die Nation, die in den Pariser Strassenkämpfen zwischen fascistischen Rechtsorganisationen und den Arbeiterbataillonen der Linken an die Grenze des Bürgerkrieges geriet.

Für beinahe den ganzen Rest des Jahres 1934 hatte dann Frankreich allerdings unter Doumergue eine stabile Regierung der «Nationalen Union» mit einem aussenpolitischen Programm, das der nationalsozialistischen Gefahr auf seine Weise Rechnung trug. Unter dem Aussenminister Barthou begann die französische Politik nach ihrem klassischen Rezept ihre Fäden zum Osten neu zu knüpfen, d.h. zur Sowjetunion, die sie als Stützpunkt im Rücken des Reiches zu aktivieren gedachte. Der erste Schritt dazu war die Einbeziehung Sowjetrusslands in den Völkerbund. In der NZZ sah man diesen Zug vor allem unter dem Gesichtspunkt der schweizerischen Aussenpolitik, die dazu in der Völkerbundsversammlung Stellung zu nehmen hatte, und man nahm die ablehnende Stellungnahme Mottas voraus und unterstützte sie. Die Schutzmacht der Kommunisten im Genf Nicolas zu wissen, rief innenpolitischen Bedenken; die drohende Präsenz jener Macht im europäischen Konzert, die als ein revolutionärer Brandherd bisher hatte isoliert werden können,

weckte zudem eine Skepsis, die durch die Würdigung der Moskauer bei der Eindämmung Deutschlands zugeordneten Funktion nicht gemildert wurde. Und schliesslich fühlte man sich aus moralischen Gründen zum «Nein» verpflichtet. Der blutige Terror, mit dem das Regime Stalin, das man auf dem Weg zur «Verbürgerlichung» gesehen hatte, nach der Ermordung Kirows im Winter 1934 die Sowjetunion überzog, mochte das Gefühl für die Legitimität des moralischen wie des politischen Bedenkens noch stärken. Waldemar Jollos, der Sachverständige des Blattes für russische Fragen, und die Redaktion sparten jedenfalls bei dieser Gelegenheit nicht mit schärfsten Worten gegen das neue Mitglied des Völkerbundes und den «fürchterlichen Rückfall des bolschewistischen Staates in die Greuel seiner Gründung» und erwogen, allzu optimistisch, die Möglichkeit, dass er den «Anfang vom Ende» des sowjetischen Systems bedeuten könnte. Die Skepsis gegenüber Moskau und den Bemühungen um ein französisch-russisches Bündnis blieb bestehen, auch als Laval nach dem Tode Barthous dessen Linie weiterverfolgte. Die russische Orientierung der französischen Aussenpolitik, so bemerkte Walther Weibel im Blatt besorgt, «hat für ganz Europa sehr viel Beunruhigendes in sich».

Mit Sympathie, ja Enthusiasmus verfolgte er hingegen Lavals Bemühungen, mit Rom ins Reine zu kommen und als ein Gegengewicht zu Deutschland und zum besseren Schutze Österreichs die alte lateinische Allianz neu zu errichten. Die Verständigung zwischen Laval und Mussolini war für ihn «vielleicht der wichtigste Vorgang, . . . der seit dem Friedensschluss von Versailles in der politischen Geschichte Europas zu verzeichnen war». Mit solchen Worten mochte man etwas zu voll in die Harfe gegriffen haben angesichts des kurzen Lebens dieser «Entente». Aber es war doch klar, dass jede Differenzbereinigung im westlichen Lager, jedes Näherrücken der früheren Alliierten, die sich in der Nachkriegszeit allzu weit auseinandergelebt hatten, günstigere Voraussetzungen einer wirksamen Eindämmung der deutschen Expansionspolitik schuf.

Ebenso positiv bewertete man die Bestrebungen, die französische und die britische Politik zu koordinieren und damit die offensicht-

lichen und wiederholt signalisierten Bemühungen Berlins zu vereiteln, Grossbritannien am Kontinent zu desinteressieren. Dem Vorwurf der deutschen Propaganda, man betreibe im Westen systematische «Einkreisungspolitik», trat man im Blatte mit dem Argument entgegen, dass Deutschland seine Isolierung selber gewählt und verschuldet habe und dass es jederzeit aus ihr heraustreten könne, wenn es den Willen zeige, sich in die europäische Ordnung einzufügen, statt sie zu sprengen.

Der Bruch des Vertrages von Versailles verlieh den Einigungsbestrebungen des Westens erhöhte Aktualität und Nachdruck. Sie fanden in der Konferenz von Stresa im April 1935, einen Monat nach dem Berliner «fait accompli», ihren Höhepunkt. Sie brachte mehr, als man am Blatt erwartet hatte: die Solidarität Grossbritanniens, Frankreichs und Italiens in der wesentlichen Frage der Deutschlandpolitik und eine ausdrückliche Bekräftigung des Willens der drei Mächte, die Unabhängigkeit Österreichs zu erhalten.

Das Allianzsystem, das hier im Werden war und seiner wenigstens formalen Vollendung näher rückte, orientierte sich an den traditionellen Begriffen und Methoden europäischer Politik: Zweibund, Dreibund, Einbeziehung des Gegengrenzlers, Paktsysteme. Auch das Denken und Urteilen des in dieser diplomatischen Tradition geschulten Betrachters bewegte sich zwangsweise in einer Vorstellungswelt der besiegelten und unterzeichneten Dokumente, und es mochte bisweilen der Gefahr einer Überwertung des diplomatischen Schachspiels und des Gleichgewichts- und Gegengewichts-kalküls ausgesetzt sein. Man findet auf der andern Seite schon in diesen ersten Jahren der aussenpolitischen Konfrontation mit dem Reich Hitlers in der NZZ, vor allem in ihrer Deutschlandkommentierung, Anzeichen eines neuen, «vereinfachenden», wenn man will realistischeren Stils der politischen Betrachtung. Er äusserte sich weniger in offener Skepsis gegenüber der «Paktomanie» – wie man das diplomatische Spiel der Mächte einmal glossierte – als vielmehr im Bemühen, sich so präzise wie möglich auf den besonderen, mit konventionellen Vorstellungen nicht zu erfassenden, brutalen und

unberechenbaren Charakter des Nationalsozialismus einzuspielen und ihn bei jeder Gelegenheit in Erinnerung zu rufen. Der Kontrast dieses skrupellosen Akteurs, der einem neuen, oder besser archaisch-barbarischen Stil der Machtpolitik huldigte, der zuschlug, wo immer sich eine Gelegenheit bot, der wohl seine Risiken berechnete, den aber doch irrationale Kräfte über alle Berechnung hinaus ins Abenteuer treiben konnten, der offenbar, seiner chaotischen Geistesverfassung entsprechend, in letzter Konsequenz den Krieg wollte und auf ihn hinsteuerte und den also einzig und allein überlegene Macht und der erkennbare Wille, diese Macht nötigenfalls auch einzusetzen, abschrecken konnte – der Kontrast dieser Macht neuer Prägung zur sorgfältig einfädelnden Politik ihrer Gegenspieler, die keine Schlagkraft zeigte und deren machtmässige Basis allzu langsam oder überhaupt nicht wuchs, ergab sich dabei von selber. Bisweilen betonte man ihn ausdrücklich, wie z.B. in einer Betrachtung über die deutsche Politik des «fait accompli» und die «politische Dramatisierung der Feiertage» nach dem 16. März 1935, in der die Hilflosigkeit der Londoner Politik gegenüber den Wochenendüberraschungen Hitlers mit stark kritischen Akzenten kommentiert wurde.

Von Bedeutung für eine nüchterne Erkenntnis nationalsozialistischer Politik und ihrer Ziele war auch eine eingehende redaktionelle Studie auf Grund einer Publikation Max Beers (des gegenwärtigen Korrespondenten der NZZ bei den Vereinigten Nationen) im September 1934, die den Eroberungswillen der deutschen Herrscher, ihre Präokkupation, nicht Aussenpolitik, sondern «Weltgeschichte, immer wieder Weltgeschichte» zu machen, ihr Ziel eines «Germanenreiches mit neuem Boden», ihre Expansionsrichtung nach dem Osten, nach Russland, mit aller Deutlichkeit umschrieb. So deutlich, wie sie im Übrigen schon Hitlers «Mein Kampf» gefasst hatte, ein Buch, in dem man am Blatte nach wie vor den verbindlichen Programmentwurf der nationalsozialistischen Politik sah, als den ihn die Propaganda nachträglich abzuschwächen suchte, und aus dem man für die Diagnose der nationalsozialistischen Politik

immer wieder Einsichten bezog. Das realistische Bild der deutschen Seite in der Auseinandersetzung der Mächte war damit jedenfalls gesichert und blieb es zur ständigen Mahnung an die europäischen Staaten, deren Politik, gemessen an ihrem Widerpart, in der Folge so seltsam irrealer Züge ausprägen sollte.

Ein auf jede Situation mechanisch anzuwendendes politisches Erkenntnisschema hatte man damit freilich nicht in der Hand. In der Saarfrage, die in einer vom Völkerbund überwachten Volksabstimmung am 15. Januar 1935 gemäss dem Vertrag von Versailles ihre Lösung finden sollte, machte man vom Bild Hitlerscher Politik, an dem man sich sonst orientierte, keinen oder nur sehr mässigen Gebrauch. Wohl war die Frage der Rückgliederung der Saar ins Deutsche Reich unter der neuen Konstellation in Europa weit mehr als eine Frage des Selbstbestimmungsrechts oder der Minderheitenpolitik geworden, als die man sie vor 1933 hatte betrachten können, und wohl war man, besonders nach dem Kanzlermord in Wien, nicht mehr geneigt, für die «Rechte» eines Staates zu plädieren, der seinerseits die Rechte der andern mit Füßen trat. Aber die «Normalität» der Prozedur war hier wenigstens gesichert, Frankreich war bereit, das Ergebnis der Abstimmung zu respektieren, und das Resultat selber war mit seiner überwältigenden Mehrheit zugunsten Deutschlands eindeutig. Dagegen ausschlagen zu wollen, empfand man als sinnlos, wenn man auch dem Wahlausgang mit einer kritischen Betrachtung seiner Hintergründe einiges von der Gloriette nahm, die ihm die Propaganda Goebbels' aufsetzte. Man anerkannte im Blatt den Sieg der deutschen Orientierung an der Saar und wertete ihn positiv, nicht zuletzt darum, weil damit auf annehmbare Weise ein gefährlicher internationaler Konfliktstoff aus dem Weg geräumt war; zugleich empfahl man dem Reich, sich an der Loyalität der Versailler Mächte bei der Bereinigung dieses Problems ein Beispiel zu nehmen und den Bogen nicht gleich wieder zu spannen. Den Friedensbeteuerungen Hitlers nach der Abstimmung, seiner Versicherung, er wolle nun Hand reichen «zur Herstellung einer wahrhaften Solidarität der Nationen», schenkte man redak-

tionell weiter keine Beachtung; zwei Monate später hatte, wie erwähnt, Berlin den Vertrag von Versailles mit der Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht zerrissen.

Kaum war im April 1935 die britisch-französisch-italienische Allianz gegen Hitler ein erstes Mal in Erscheinung getreten, so wurde sie auch schon in ihren Fundamenten erschüttert durch den Konflikt in Abessinien und seine Folgen. In der NZZ hat man das unselige ostafrikanische Abenteuer Mussolinis und die unglückliche Politik seines britischen Rivalen im Mittelmeer vor allem im Hinblick auf die Konsequenzen gewertet, die sie im entscheidungsschweren und wichtigeren mitteleuropäischen Raum, in der Deutschlandpolitik der Mächte haben mussten. Dass, so richtig man wohl die Proportionen im Grossen sah, die Verhältnisse im Einzelnen durch eine dem italienischen Wesen und der italienischen Sache besonders zugeneigte persönliche Schreibweise bisweilen verzeichnet waren, dass insbesondere nicht immer klar genug festgehalten wurde, wer hier denn eigentlich der Aggressor und wer sein Opfer war, erscheint als ein gewisses «Handicap» der Kommentierung der NZZ im Fall Abessinien. Es gehörte zu den Unkosten der liberalen Prinzipien in der Führung des Blattes, die wohl mit Nachdruck darauf insistierte, dass die Linie, der man zu folgen entschlossen war, in den entscheidenden Fragen klar erkennbar blieb, die aber im Einzelnen den Persönlichkeiten des Teams doch freie Hand lassen wollte. Bei Anlass der Völkerbundsdebatten über die Feststellung des Paktbruches durch Italien bemühte man sich dann, Einseitigkeiten zu korrigieren und die Schuldfrage in jenes Licht zu rücken, in dem sie der Öffentlichkeit eines Kleinstaates ohne imperialistische Neigungen erscheinen musste.

Im Rahmen der politischen Wertordnung gesehen, an der man sich auf der NZZ orientierte, musste es jedoch als unsinnig erscheinen, dass wegen des englisch-italienischen Streites um die Verteilung von Kolonialbesitz und um den Primat im Mittelmeer die europäische Allianz gegen Hitler auseinanderbrechen sollte – so legitim

dieser Rivalitätskampf an sich auch sein mochte. Dass der Völkerbund, der den Krieg zwischen zweien seiner Mitgliedstaaten ein weiteres Mal nicht zu verhindern vermocht hatte, sich sein Todesurteil endgültig spräche, wenn er den Paktbruch Mussolinis unwidersprochen hinnähme, darüber war man sich allerdings klar. Aber die Völkerbunds-idee – und mit ihr auch der ursprüngliche Völkerbunds-idealismus der NZZ – hatte seit dem mandschurischen Konflikt schwer gelitten, so schwer, dass man sich offen bereit zeigte, sie in ihrer universalen Geltung nun abzuschreiben: «Die Spannung zwischen der ursprünglichen Idee einer internationalen Rechtsordnung und der Schwäche ihrer Institutionen gegenüber dem Machtwillen erscheint heute fast hoffnungslos.» So konnte man im Blatt raten, das Versagen des Völkerbundes als eines allumfassenden Organs der Friedenssicherung einzugestehen, den Gedanken der kollektiven Sicherheit auf die innereuropäische Politik zu reduzieren und damit wenigstens aus den Trümmern zu retten, was noch zu retten war. Man konfrontierte die «Menschheitsinteressen der kollektiven Sicherheit», respektive dessen, was davon noch übrig war, mit den «zeitlich bedingten Interessen der britischen Reichspolitik», welche die Nationen zwingen wollte, in ihrem Dienst ein kollektives Abenteuer zu riskieren, dessen Kosten sie schliesslich selbst zu tragen hätten, man strich auch die Intransigenz der russischen Politik in Genf heraus, die an einem europäischen «Bürgerkrieg» alles Interesse haben musste –all das, um die Gefahr zu signalisieren, dass Europa hier auf Grund einer formellen Paktverpflichtung in einen Kreuzzug gegen den «falschen Gegner» hineingerissen werden könnte.

Man fand denn auch wenig Geschmack an den Sanktionen gegen Italien, jenen halbherzigen Massnahmen, mit denen sich der Völkerbund schliesslich aus der Affäre zog, entsprechend der unentschlossenen Politik, die der antiitalienische Protagonist England selber in der Verteidigung seiner Hegemonie im Mittelmeer führte. Sanktionen waren schon aus Gründen der schweizerischen Aussenpolitik gegenüber dem Nachbarstaat im Süden wie aus wirtschaftspolitischen

Erwägungen heraus nicht unbedenklich. In der politischen Polemik um die Frage des Ausmasses einer schweizerischen Teilnahme an dieser Kollektivaktion, die durch die eidgenössischen Wahlen im Herbst 1935 noch verschärft wurde, trat man jedenfalls im Blatt den sozialistischen Kreuzzugpredigern entgegen, die eine Zeitlang den Ruf nach uneingeschränktem Mitmachen erhoben in der Meinung, damit im Sinne ihrer ideologischen Politik von der Schweiz aus einen Beitrag zum Sturz des fascistischen Regimes leisten zu können. Als die lückenhafte Wirtschaftsblockade schliesslich die Annexion Abessinien nicht zu verhindern vermocht hatte und die Lage in Mitteleuropa plötzlich eine neue Dramatisierung erfuhr, gehörte man zu denen, die für eine rasche Lösung des unglücklichen «Sanktionenknotens» und gegen die drastische Massnahme eines Ausschlusses Italiens aus dem Völkerbund plädierten: «Die Rückkehr Italiens ins Konzert der Grossmächte ist zu einer dringenden Forderung der politischen Vernunft geworden.»

Die Stellungnahme des Blattes im abessinischen Konflikt – um noch einmal auf die allgemeine Frage zurückzukommen – bot einem integralen politischen Idealismus zweifellos Ansätze zur Kritik. Vor drei Jahren hatte man tiefe Beunruhigung empfunden über das Versagen des Systems kollektiver Sicherheit in China – jetzt nahm man dieses Versagen in Afrika nicht nur hin, sondern warnte davor, die formellen Verpflichtungen des Völkerbundspaktes allzu wörtlich zu nehmen. Es konnte auch eingewendet werden, man messe in der NZZ Nationalsozialismus und Fascismus mit zweierlei Mass: gegen eine mögliche Beeinträchtigung der Souveränität Österreichs hatte man hochempfindlich reagiert, die brutale Unterwerfung einer afrikanischen Nation nahm man weniger ernst und trat eher für eine Milderung der Strafmassnahmen gegen den offenkundigen Aggressor ein. Wir haben diese Unterschiede der Haltung mit der tiefgreifenden Änderung der weltpolitischen wie der europäischen Lage zu erklären versucht. Schliesslich war auch dem schweizerischen Betrachter, dessen Idealismus für den Völkerbund in den vergangenen Jahren zwangsweise eine Abkühlung erfahren haben musste, das

Hemd näher als der Rock, der Damm gegen Hitler wichtiger als die Integrität eines bereits durchlöchernten Prinzips. Und was die aussenpolitische Bewertung des Fascismus betraf, so war, nach allem, was man damals wissen konnte, ein anderes Mass als das auf die Nationalsozialisten angewendete vorläufig durchaus gerechtfertigt. Mussolini hatte die Integrität Österreichs verteidigen helfen, er hatte versucht, in Berlin mässigend zu wirken, er hatte sich, nach Beilegung seiner Differenzen mit Frankreich, zu einem gemeinsamen Vorgehen mit den beiden andern Westmächten bereit gezeigt, und seine Politik war in Europa zweifellos ein stabilisierender Faktor, auf den zu verzichten unklug sein musste. Auch wo in der Redaktion der NZZ eine persönlich zu identifizierende Italienfreundlichkeit nicht im Spiel war, die im Fall Abessinien die Feder führte und den Kontrast stilistisch bisweilen schärfer als nötig zum Ausdruck kommen liess, traf man zwischen zwei Übeln die gleiche Wahl und konnte sie vor der politischen Vernunft wohl rechtfertigen.

Das Alarmzeichen, auf das hin die Bemühungen um die Liquidation der Sanktionen und um die Aufhebung der Isolierung Italiens von Westeuropa beschleunigt wurden, war die Besetzung der entmilitarisierten Zone im Rheinland durch die Truppen Hitlers und die gleichzeitige, wiederum durch ein «fait accompli» und gegen alles Völkerrecht vollzogene Kündigung des Locarnoertrages am 7. März 1936. Man gab diesem offenen Vertragsbruch in der NZZ eine ausserordentliche Prominenz und würdigte ihn zunächst vor allem unter dem moralischen Gesichtspunkt als ein krasses Beispiel des nationalsozialistischen Zynismus, das in eindeutiger Weise klarmachte, was man von der Vertragstreue der gegenwärtigen Reichsregierung und damit vom Wert jeder vertraglichen Abmachung mit Hitler zu halten hatte. Der Leitartikel, «Der Fetzen Papier» überschrieben, hob die Tatsache hervor, dass es sich beim Locarnovertrag nicht mehr um ein Deutschland aufgezwungenes «Diktat» gehandelt habe, sondern um Abmachungen, die mit deutscher Initiative zustandegekommen und von einer gleichberechtigten deutschen Re-

gierung aus freiem Willen unterzeichnet worden waren. Aber Hitler, so stellte man fest, habe kein Sensorium «für die grenzenlose Unsicherheit und die Zerstörung der elementarsten Rechtsnormen» durch seine Politik; es war ein Hohn, wenn er nach diesem Vertragsbruch neue Vorschläge zur vertraglichen Regelung eines «modus vivendi» in Europa lancierte, Vorschläge, «die den einzigen Vorteil aufweisen, dass Deutschland augenblicklich daran Interesse haben könnte». Man reproduzierte im Blatt die Faksimilien der Siegel und der Unterschriften Stresemanns, Briands, Austen Chamberlains unter dem Vertrag von Locarno zur augenfälligen Dokumentation dessen, was hier geschehen war.

Was würden Frankreich und England tun, die in diesem Fall ja ebenso besiegelte und unterschriebene Verpflichtungen zu honorieren hatten? Ausser einer verbalen Verurteilung des Vertragsbruches nichts, wie man bald genug feststellte. England, dessen öffentliche Meinung noch immer «nicht auf der Höhe der harten Verpflichtungen» der Regierung stand, widerstrebte einer von Frankreich geforderten Kollektivaktion – für die im übrigen Frankreich selber bei weitem nicht über genügende Machtmittel verfügte und die dort angesichts der Haltung der Öffentlichkeit ein innenpolitisches Risiko bedeutet hätte; und London versuchte zwischen Berlin und Paris zu vermitteln, wo es nach strengen Begriffen von Vertragstreue und Wortbruch eigentlich nichts mehr zu vermitteln gab. Wichtiger, als diese Schwäche des Westens kritisch zu glossieren, wozu man wohl Anlass gehabt hätte, war es, sie eindeutig festzustellen auch für den inneren Gebrauch in der Schweiz, wo man sich damit abzufinden hatte, dass man notfalls allein sich eines Übergriffs der räuberischen Macht zu erwehren haben würde, und wo man nun im Begriff war, seine militärischen Abwehrmittel auf den Stand ihrer Aufgabe zu bringen.

Der politischen Interpretation war nach der Besetzung des Rheinlandes eine weitere Aufgabe gestellt. Die Ankündigung Hitlers, er werde sofort die Westgrenze des Reiches befestigen, verleitete die zur Verharmlosung der Reichspolitik neigenden Gemüter, aus der

Tatsache, dass Deutschland sich im Westen, «einmauerte» und dass dort also mit Maginot- und Siegfriedlinie eine starre Front im Werden war, einen endgültigen Verzicht der Nationalsozialisten auf Expansion im Westen, auf Krieg mit Frankreich abzuleiten. Die, wie üblich nach solchen Vorstößen, neu entfaltete deutsche Friedenspropaganda hielt sich an die gleiche Linie. In der NZZ gab man diesem «Einmauern» sogleich einen andern Sinn. Die Befestigung der Westgrenze, so interpretierte man, bedeute nichts anderes, als dass Frankreich damit von seinen Verbündeten in Osteuropa abgeschnitten werden und seinen Einfluss dort und überhaupt in Europa dadurch verlieren solle, da es seine Verpflichtungen militärisch ja nicht mehr wirksam erfüllen könne – dass Hitler also im Osten freie Hand erhalte. Die wilde Attacke, die man sich mit dieser Interpretation von Seiten der deutschen Presse zuzog, mochte eine Bestätigung für ihre Richtigkeit sein. Dass, nachdem nun alle politischen «Fesseln» der Vergangenheit gesprengt und die sogenannten «nationalen» Postulate erfüllt waren, der Griff der Nationalsozialisten über die Grenzen hinaus folgen würde, davon war man in der NZZ überzeugt bis zur Bereitschaft, Wetten darauf aufzunehmen.

Als ob es seine aussenpolitische Niederlage auch innenpolitisch besiegeln wollte, verschrieb sich Frankreich nun der Linken und jenem Experiment, das unter dem Namen der «Volksfront» einen zweifelhaften Platz in der Geschichte erhalten hat. Man hatte in der NZZ die Politik des «Linkskartells» unter Daladier schon 1934 mit Misstrauen betrachtet und der «Union Nationale» Doumergues und der auf ihn folgenden Kabinette offen den Vorzug gegeben. Die Skepsis verstärkte sich, als, nicht zuletzt wegen der Umtriebe der rechtsextremen «Croix de feu», eine Linkskoalition von Radikalen, Sozialisten und Kommunisten im Sommer 1935 Gestalt anzunehmen begann, und sie war unüberwindlich, als diese «Volksfront» von den Frühjahrsahlen 1936 an die Macht getragen wurde. Es war, entgegen den Erwartungen der linksbürgerlichen Radikalen, eine «Volksfront» mit marxistischem Übergewicht, mit einer empfind-

lich geschwächten radikalsozialistischen und erheblich gestärkten sozialistischen und kommunistischen Fraktionen als Partnern. «Man hätte der Republik andere Beschützer gewünscht als die Marxisten», schrieb Max Müller resigniert aus Paris, und der redaktionelle Kommentar bezeichnete den Wahlausgang als eine «Entscheidung zugunsten des „Front populaire“ in seiner gefährlichsten Form», von dem «eine Serie der Regierungsexperimente mit unzureichenden Mitteln» drohe. Caratsch berichtete, dass man sich in Berlin die Hände reibe.

Abgesehen von dem in der wirtschaftspolitischen Überzeugung der NZZ begründeten Misstrauen gegen Blums Währungs- und Krisenbekämpfungspolitik gingen die Bedenken, mit denen man hier der neuen Ära französischer Politik entgegensah, vor allem auf die internationale Situation zurück. Der Staat, dessen aussenpolitische Präsenz mehr als je nötig war, der, je mehr er aussenpolitisches Terrain verlor, sich innerlich und in seinen Machtmitteln umso stärker machen musste, wenn er das von seinem Nachbarn drohende Verhängnis noch aufhalten wollte, dieser Staat begann sich in sozialpolitischen Experimenten zu verlieren, die in diesem Moment fragwürdig sein mussten; seine Regierung liess sich ins Schlepptau der Massen nehmen und gewährte dem unzuverlässigsten und illoyalsten Element des Landes, den Kommunisten, Einfluss auf ihre Politik. Wohl waren die französischen Sozialisten Gegner des Nationalsozialismus; aber zugleich musste man sie als «lebenslängliche Sektierer» betrachten ohne Sensorium für Machtverhältnisse und für die rauheren Notwendigkeiten, mit denen Frankreich wie die andern Staaten Europas jetzt konfrontiert war. England schien zwar spät, aber umso deutlicher die Zeichen der Zeit erkannt zu haben und betrieb nun unter Baldwin energisch seine Aufrüstung. Aber Blum? Als Hitler mit der Ankündigung der zweijährigen Dienstzeit im Reich und mit neuen drohenden Anklagen im August 1936 den kurzen politischen «Gottesfrieden» der olympischen Spiele ausläutete, da wusste die Diplomatie des französischen Ministerpräsidenten darauf keine andere Antwort als den verschrobenen und

völlig überholten Vorschlag einer neuen Konferenz zur Beschränkung der Rüstungen, eine, wie man sich sarkastisch ausdrückte, von neuem «wiederaufgerührte Geschwätzmasse», um Hitlers Massnahme «international zu bereden». Dass ihr «antifascistischer Komplex» die Regierungskoalition Blums daran hinderte, die Bedeutung der Partnerschaft Italiens richtig zu würdigen, die über dem abessinischen Abenteuer bereits fragwürdig geworden war, bedeutete eine weitere Schwächung der Allianzpolitik gegen Hitler.

Inzwischen hatte ein anderes Volksfrontdrama seine Peripetie erreicht, dessen internationale Auswirkungen, wenn auch auf andere Weise, nicht weniger verheerend sein sollten: In Spanien erhoben sich die Militärs gegen eine Linksregierung, die ihrerseits in Gefahr stand, von einer revolutionären Volksfrontbewegung und vom Anarchismus überspielt zu werden; am 18. Juli begann der Bürgerkrieg zu wüten, der sogleich zur Waffenschule der fascistischen und kommunistischen Heere werden und das vom Elend gepeinigte Land an den Abgrund bringen sollte.

Man hatte Spanien in der NZZ immer im Auge behalten, in den frühen dreissiger Jahren durch Berichte eines allerdings weit rechts stehenden Korrespondenten, denen dann Eric Streiff mit seinen Artikeln das Gegengewicht zu halten vermochte. Was den Hintergrund der sich abzeichnenden Tragödie des republikanischen Regimes und der Volksfront betraf, so war man darüber gut ins Bild gesetzt durch Berichte von Urs Schwarz aus Katalonien, der, nachdem er 1934 in den Dienst des Blattes getreten war, als Berichterstatter zeitweise dann auch vom Kriegsschauplatz aus das spanische Drama schilderte.

Die erste Sorge des redaktionellen Kommentators war auch hier die Gefahr einer Ausweitung des Krieges, die mit den Waffenlieferungen aus Italien, Deutschland und der Sowjetunion und mit der Teilnahme ausländischer Kontingente von Anfang an bestand und zeitweise akut wurde. Die Formel der Nichtintervention, auf die sich die hauptsächlich interessierten Staaten wenigstens offiziell

auf Blums Initiative hin dann festlegten – wenn sie auch unter der Hand zum Teil das Gegenteil praktizierten –, vermochte diese Gefahr einigermassen in Grenzen zu halten.

Auf einen Höhepunkt aber gelangte nun mit dem spanischen Bürgerkrieg in Europa der Kampf der ideologischen Propaganda. Nicht nur Spanien, so schien es, die ganze Welt sollte sich scheiden in jene beiden Lager, die sich vor Toledo und Madrid in Waffen gegenüberlagen. Von beiden Seiten wurde, je mit vertauschten Vorzeichen, die gleiche Alternative konstruiert, und die Propaganda beider Seiten wollte den nichtfascistischen und nichtkommunistischen Bürger zu einer Option zwingen. Nationalsozialisten und Faschisten hatten schon immer mit dem Bolschewistenschreck «gearbeitet» und in ihm ihre stärkste propagandistische Waffe gefunden. Nun gaben sie sich als die letzten und einzigen Retter Europas vor dem asiatischen Bolschewismus aus, der im Westen des Kontinents, und nicht nur dort, mit einer «Volksfront» Fuss zu fassen drohe. Die letzte Möglichkeit der Erhaltung von Europas heiligsten Gütern: unter dem Schild des autoritären Führerstaates; die einzige Chance einer Erneuerung: im Jungbrunnen der nationalsozialistisch-fascistischen Ideologie! Das kommunistenfeindliche Bürgertum war unter einen erpresserischen Druck der Propaganda gesetzt, und es ist kein Zweifel, dass viele die gefälschte Legitimation dieser Art von Antibolschewismus für echt zu halten begannen.

Das Spiegelbild davon war auf der andern Seite des Grabens zu finden, mit dem Unterschied, dass hier die alten Namen nicht mehr geführt wurden, dass der Antifascismus kommunistischer Prägung seine schmale marxistische Basis zu einer «Volksfront» zu verbreitern vermocht hatte, die von der äussersten Linken bis weit gegen die bürgerliche Mitte hineinreichte. Die Volksfrontparole war, als Schlüsselwort einer neuen kommunistischen Taktik, von Moskau ausgegeben worden, und in ihrem geistigen Einzugsgebiet, bis zum «esprit qui est de gauche», galt nun die Sowjetunion als Hort und Bannerträgerin von Freiheit, Demokratie, Menschlichkeit, als die Vorkämpferin gegen die fascistische Knechtschaft und Barbarei –

die Sowjetunion, in der 1936 von Neuem wieder der Terror raste und wo die Revolution mit einer Justiz, die sich als Strafgericht gegen nationalsozialistische Unterwühlung tarnte, die aber auch im russischen Halbdunkel als Instrument reiner Machtwillkür erkennbar blieb, ihre eigenen Kinder frass!

Der ideologische Zweifrontenkrieg bedeutete für die NZZ nichts Neues. Angesichts einer intensivierten internationalen Propaganda, die auch, vor allem im Werben für die «Volksfront» und für die Reisläuferei nach Spanien, in der Schweiz Boden gewann, hatte sie ihre alte Position zu bestätigen und sich gegen die «unhaltbare Alternative» zur Wehr zu setzen, die einer schwindenden europäischen und einer heftig angefochtenen schweizerischen Mitte durch die gemeinsame Taktik der scheinbar unversöhnlichen Extreme aufgezungen werden sollte:

«In einer Zeit, die von den Schlachtrufen der ideologischen Kreuzfahrer widerhallt, müssen wir das Odium auf uns nehmen, *in der Mitte* auszuharren. Weder die von Russland inspirierte antifascistische Ideologie, die unter der widerrechtlich angemassnen Flagge „Demokratie und Freiheit“ segelt, noch die nationalsozialistische Werbung, die Rettung vor dem Bolschewismus verspricht, darf uns von diesem Standort abdrängen. Wer den Staat als Rechtsstaat, wer die Freiheit als Bestimmung des Menschen und den Humanismus als Ziel will, kann nicht für eines der beiden totalen Staatssysteme optieren, ja kann schon den Zwang zu einer solchen Option nicht anerkennen. Eine liberale Demokratie, in der-nach dem Worte Baldwins- „Autorität und Freiheit in dem gebührenden Verhältnis gemischt sind“, braucht weder dem Bolschewismus noch dem Fascismus zu verfallen; sie wird bestehen durch die Disziplin und Leistung ihrer Bürger, die Freiheit nicht mit Zügellosigkeit verwechseln und über den Rechten nicht die Pflichten des Souveräns vergessen. Aus dieser innersten Überzeugung heraus setzen wir dem Entweder-Oder! der Anbeter der Diktaturen getrost ein festes eidgenössisches *Weder-Noch!* entgegen.»

Die Kommentierung des spanischen Bruderkampfes im Blatt war allerdings, ähnlich wie im Fall Abessinien, von gewissen Einseitigkeiten nicht ganz frei. Mit offener und zweifellos berechtigter Skepsis beurteilte man die Entwicklung auf der Madrider Seite unter

Largo Caballero und Negrin, wo die «Volksfront» von den anarchistischen immer mehr unter bolschewistische Einflüsse geriet. Aus der Überzeugung heraus, dass für Spanien die Alternative unausweichlich war, hielt man, mit durchaus vertretbaren Argumenten, eine Militärdiktatur in letzter Konsequenz gegenüber einer Diktatur des Proletariates, respektive Moskaus, für das kleinere von zwei Übeln für dieses Land. Doch hob man relativ lange Zeit hindurch die fascistischen Züge des Regimes Franco wenig hervor, wohl aus der Annahme heraus, dass Fascismus «dem spanischen Wesen völlig fremd» sei, wie man bei Ausbruch des Bürgerkrieges festgehalten hatte. Man sah im Machtbereich der Regierung von Burgos «etwas ganz Neues im Werden» und übte diesem Neuen gegenüber vorläufig Toleranz – eine Haltung, die man nach längerer Bekanntschaft mit Francos Herrschaft dann doch in einigen Punkten zu revidieren hatte.

Es vergingen zwei Jahre vom Bruch des Locarnovertrages bis zur Auslösung der virulenten Phase nationalsozialistischer Expansionspolitik, die man kommen sah – zwei Jahre, in denen die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit vom Schauplatz Deutschland abgelenkt war. In Spanien stieg die Spannung auf einen Höhepunkt, als mit dem Fehlschlag der Nichtinterventionspolitik ein offenes Eingreifen Italiens drohte, doch gelang es wieder, diesen Brandherd zu isolieren. Für lange war die europäische Politik überschattet vorn Krieg in China, der sich zu einem imperialistischen Grossunternehmen Japans ausgewachsen hatte, von dem das Regime Tschiang Kai-shek im Kern bedroht und an der wirksamen Bekämpfung der Kommunistenheere Maos gehindert wurde. Der Leser der NZZ war über diese Dinge aus erster Hand informiert durch die Artikel Walter Bosshards, der u.a. als erster europäischer Journalist zu den Kommunisten in Yenan Zugang fand und im Blatt 1938 über ein Interview mit Mao Tse-tung berichtete. Der vielerefahrere Walther Weibel hatte als redaktioneller Kommentator der fernöstlichen Politik als ein früher Warner schon vor Jahren die

Heraufkunft eines japanischen Imperialismus signalisiert und blieb ein hartnäckiger und peinlich genauer Beobachter der Vorgänge in Ostasien, die sich bald in unheilvoller Weise mit dem europäischen Schicksal verbanden. Deutschland knüpfte 1936, in Umkehrung seiner traditionell chinafreundlichen Politik, die Fäden zum japanischen Aggressor. Mit dem deutsch-japanischen «Antikominternpakt», dem im November 1937 auch Italien beitrug, wurde ein Instrument des weltweiten Ideologiekampfes wie einer universalen Konzeption fascistischer Machtpolitik geschaffen, der vorerst allerdings noch die Macht selber fehlte und, zumindest auf deutsch-italienischer Seite, der Wille, sich in Aktionen im Pazifik und damit in einen Krieg von globalem Ausmass einzulassen, für den man noch nicht gerüstet war.

Die Vereinigten Staaten, die für lange Zeit, bis in die zweite Amtsperiode Roosevelts hinein, auch im Blatt weniger Gegenstand des politischen als des wirtschaftlichen Interesses geblieben waren – man diskutierte hier ausführlich und teilweise sehr kritisch die Wirtschafts- und Sozialprogramme Roosevelts zur Bekämpfung der Krise – begannen langsam aussenpolitische Konturen anzudeuten. Doch war man in der NZZ, die noch keinen ständigen Korrespondenten in Amerika hatte und sich mit Depeschen der «United Press» und mit gelegentlichen Artikeln mehr impressionistischer Natur von Mitarbeitern behelfen musste, über den Gang der Dinge in Nordamerika nicht so eingehend informiert, wie man es auf der Redaktion selber wohl gewünscht hätte.

Die Sowjetunion hatte sich durch die Moskauer Prozesse und die sie begleitende Terrorwelle international diskreditiert; ihr Bündnis mit Frankreich, obschon unterzeichnet und ratifiziert, blieb toter Buchstabe und führte sie auch während der Herrschaft der «Volksfront» in Frankreich nicht aus der Isolierung. Die Versuche der Ent-rätselung dieser Sphinx, die Waldemar Jollos in der NZZ unermüdlich und mit Akribie unternahm, litten teilw-eise unter dem Nachteil, der jede Russlandinterpretation bis zum heutigen Tag schwer belastet: dem Mangel an zuverlässiger und direkter Information. Fehl-

urteile über den undurchdringlichen Kreml und seine Politik waren und sind nicht zu vermeiden; Jollos vermochte aber doch ein im Wesentlichen richtiges Bild der Sowjetunion zu entwerfen und à jour zu halten, dessen totalitäre und kriminelle Züge durch keine Volksfrontpropaganda verwischt waren.

In diesen zwei Jahren wurden die Vorstellungen deutlicher, wo Italiens Platz in einer kommenden europäischen Auseinandersetzung sein würde. Die Nichtbeteiligung Deutschlands an den Sanktionen hatte den Reif, der 1934 über die Beziehungen zwischen Rom und Berlin gefallen war, einigermassen aufgetaut; in Spanien standen fascistische und nationalsozialistische Legionen Seite an Seite; zu einer dem ideologischen Antifascismus verschriebenen Volksfrontregierung in Frankreich waren die Brücken von Rom aus vorläufig abgebrochen. Der Deutschlandbesuch Mussolinis im September 1937 brachte die Annäherung der beiden Diktatoren ein Stück weiter. Gegen eine Gleichschaltung ihrer Politik bestanden aber noch auf beiden Seiten Hindernisse. Man war im Blatt in der Beurteilung der Tragfähigkeit dieser «Achse» sehr zurückhaltend und wollte, als sie der Welt verkündet wurde, darin jedenfalls nicht schon die Vorbereitung eines neuen Vorstosses sehen. Da auch England sich, nicht ohne eine innere Krise, zur Bereinigung seines Verhältnisses zu Italien im Mittelmeer anschickte und Frankreich zu Beginn des Jahres 1938 nach der Auflösung seines zweiten Volksfrontkabinetts unter einer weniger doktrinären radikalen Regierung seine ideologische Aussenpolitik abzubauen begann, schienen die Dinge auf dem Kontinent aus ihrer zeitweiligen Erstarrung wieder in Fluss zu geraten und die Prognosen durchaus offen zu sein.

Das Dritte Reich hatte fast zwei Jahre aussenpolitisches Stillsitzen geübt und sich bemüht, sich von der harmlosen Seite zu zeigen. Hitler erklärte 1937 am vierten Jahrestag der Machtergreifung die «Zeit der sogenannten Überraschungen» als abgeschlossen und hob seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit ein weiteres Mal hervor. Im Leitartikel, in dem man diese Äusserungen

registrierte, setzte man gleich das zur eingewurzelten Gewohnheit gewordene Fragezeichen dahinter. Wie verhielt sich der Gedanke der Autarkie, dem Deutschland immer ausschliesslicher anhing, zur Zusammenarbeit, und wie vertrat sich die glatte Ablehnung des französisch-englischen Vorschlages einer Konvention zur Beschränkung der Rüstungen mit den verbalen Friedensbeteuerungen? Man betrachtete diese Intransigenz in Fragen der Rüstung auf jeden Fall als «eine sehr ernste Tatsache . . ., die es für die Zukunft höchst ungewiss macht, wie das beunruhigende Wettrüsten einmal beendet werden soll», und orientierte sein Denken, bei aller Aufmerksamkeit, die man den Nebenschauplätzen der internationalen Politik angedeihen liess, weiterhin an der grossen potentiellen Gefahr für den Frieden, die im totalitären Reich im Norden lauerte.

Ein innenpolitisches Beben kündigte anfang 1938 die neue aussenpolitische Eruption an. In der Blomberg-Krise fiel am 4. Februar der letzte innere Widerstand von Bedeutung gegen die Herrschaft und Politik der Partei in sich zusammen: die konservative Wehrmacht wurde nach dem Rücktritt ihrer obersten Chefs «gleichgeschaltet», Hitler machte sich persönlich zum Oberkommandierenden, v. Neurath wurde als das aussenpolitische Organ der Militärs eliminiert und durch das Parteiinstrument Ribbentrop im Auswärtigen Amt ersetzt. Man interpretierte diese innere nationalsozialistische Macht- ausweitung und die «Säuberung» des Offizierskorps, die man mit der «Köpfung» der sowjetischen Armee in den Moskauer Prozessen verglich, sogleich in einem aussenpolitischen Sinn: die Hemmung durch die Leute, welche Risiken zu berechnen gewohnt waren und die sich besonders auch einer engeren Bindung Deutschlands an die Mittelmeerpolitik des Duce widersetzt hatten, fiel nun weg. War der Weg zum grossen Abenteuer frei?

Keine zehn Tage nach dieser inneren Bereinigung kam, nach dem «diplomatischen Aufmarschplan Ribbentrops», den man hier klar zu erkennen glaubte, die Aktion gegen Österreich mit dem Ober- salzberger Ultimatum Hitlers an Schuschnigg in Gang. Was man so lang erwartet hatte, war nun im Anzug. Mit dem ersten Schritt

des neuen Aussenministers war das alte, nie beruhigte Misstrauen des Blattes wieder voll im Spiel, und man nahm aufs Neue die Rolle des pessimistischen Warners auf sich. Man apostrophierte, da man zu sehen glaubte, wo es hinaus wollte, den «unbegreiflichen Optimismus in der französischen und englischen Presse», die nicht geneigt war, sich von den ersten, erpressten Konzessionen Schuschniggs alarmieren zu lassen, denen sogleich neue Forderungen Berlins folgten; man warnte davor, das Italien Mussolinis als das Gegengewicht zu Hitler im Kampf um Österreich einzuschätzen, das es noch 1934 gewesen war; bei aller Sympathie, die man für das leidenschaftliche Bekenntnis Schuschniggs zum Unabhängigkeitswillen zum Ausdruck brachte, bezeichnete man sein Nachgeben als schweren Fehler, der der nationalsozialistischen Infiltration in Österreich Tür und Tor öffnen musste.

Für die im Interesse einer zeitigen Erkenntnis der drohenden Gefahr schonungslos gehaltenen Analysen erntete man eine Beschlagnahme des Blattes durch die ängstlich gewordenen und zum Teil bereits ins undurchsichtige Spiel der Kollaboration verwickelten österreichischen Amtsstellen. Albert Müller, der anfangs März zu einem persönlichen Augenschein nach Österreich ging, begegnete bei den Regierungsmitgliedern, die sich unter Druck und Überwachung durch die Nationalsozialisten fühlten, als Vertreter der NZZ bereits vorsichtiger Zurückhaltung, abgesehen von den groben Drohungen, mit denen ihn der gegenüber dem nationalsozialistischen Berlin willfährige Aussenminister Guido Schmidt empfing.

Der 11. März brachte das jähe Ende des unabhängigen Österreich. Dem äussersten Druck der reinen Brachialgewalt, mit der Hitler in unmissverständlicher Weise drohte, war es nicht mehr gewachsen, nachdem sein Wille zur Unabhängigkeit schon erschüttert war durch die innere Unterwühlung wie durch die stückweise Preisgabe der Attribute seiner Souveränität, vom Maulkorb, den es seiner Presse auf deutsches Verlangen umgehängt hatte, bis zu den Nationalsozialisten, die es auf Diktat hin in Regierung und Ämter hatte aufnehmen müssen.

Die NZZ jener Tage spiegelt die tiefe Erschütterung, die der Fall Österreichs in der Schweiz auslöste. Von den Konsequenzen, die inan für die eigene Situation daraus zog, und den Wirkungen, die er in der schweizerischen Öffentlichkeit zeitigte, wird an anderer Stelle die Rede sein. Das allgemeine politische Fazit, das man aus diesem ersten Akt brutaler Aggressionspolitik, aus diesem ersten gelungenen Übergriff des Nationalsozialismus über die Grenzen Deutschlands zog, war bitter. Man konnte den Westmächten den Vorwurf nicht ersparen, sie hätten Österreich auf sträfliche Weise im Stich gelassen, und ebensowenig konnte man den Kollaps Frankreichs vor der ausenpolitischen Verantwortung übersehen, dessen Regierung, ohne dazu vom Parlament in irgendeiner Weise gezwungen zu sein, am Tage vor dem Einmarsch Hitlers zurückgetreten war und es vorzog, der Tragödie in selbstgewählter Untätigkeit und von der Verantwortung wenigstens formell entlastet zuzusehen. Mussolini hatte den Affront hingenommen als «Schicksal, das sich besser mit uns als trotz uns, oder, was noch schlimmer wäre, gegen uns vollzieht». Ungestraft und ohne einen Schwertstreich hatte Hitler innert 48 Stunden einen Staat von acht Millionen Einwohnern erobert und annektiert. Für ihre ideologische Anfälligkeit, für das «grossdeutsche Denken und den nationalsozialistischen Wunderglauben», die dem deutschen Imperialismus den Weg nach Österreich freigelegt hatten, bezahlte die Bevölkerung bald den zu erwartenden hohen Preis. Der Begeisterungstaumel über ihre «Heimführung» ins Reich verflog, als sie die Schergen der SS und der Gestapo am Werk sah, die mit Gründlichkeit und Promptheit das politische Terrain des Landes auf das Niveau des übrigen Grossdeutschland einebneten. Berlin stellte die zynische Rechnung auf, dass der wirtschaftliche Zuwachs, den das Reich mit seiner Eroberung erfahren habe, die unproduktiven Rüstungsauslagen mehr als bezahlt gemacht habe.

Neben aller bitteren Besinnung auf ein nicht wieder wettzumachendes Versagen hatte man klar herauszustellen, dass mit der Annexion Österreichs nur ein erster Schritt getan war und dass weitere mit Sicherheit zu erwarten seien. Das nächste Ziel war mit

Wahrscheinlichkeit die Tschechoslowakei, die durch den «Anschluss» Österreichs in hoffnungslose Umklammerung geraten war und wo Hitlers Vortrupp bereits Fuss gefasst hatte. Ein mit ähnlichen Methoden geführter Handstreich drohte ihr; er würde, so mahnte man im Blatt, nur misslingen, wenn die Mächte Prag mit äusserstem Einsatz verteidigten.

Die Einverleibung Österreichs war eine Blitzaktion gewesen. Zwischen ihrem politischen Auftakt auf dem Obersalzberg und ihrem Vollzug mit militärischen Mitteln lag ein knapper Monat – ein Monat, in dem die innere Situation Österreichs auch dem Augenzeugen nicht recht durchsichtig wurde. Seinen Kulminationspunkt erreichte das Drama innert zwei Tagen so plötzlich, dass die Analyse und Bewertung der neuen Verschärfung der Krise bereits das «fait accompli» feststellen musste und zum Nachruf auf das unabhängige Österreich wurde. Von einem Ringen der internationalen Politik und Diplomatie um Österreich war beim offensichtlichen Rückzug der Westmächte ins Desinteressement und bei der Passivität Roms kaum die Rede. Dem Wächteramt der Presse ist die NZZ auch in dieser kurzen Krise gerecht geworden mit ihrer frühen Warnung und ihrer dauernd und eindeutig zum Ausdruck gebrachten Einschätzung der «neuen» radikalen Aussenpolitik Berlins.

Auf eine noch härtere Bewährungsprobe wurden die aussenpolitische Urteilskraft und das Vermögen der Einfühlung in den Machtprozess neuer Art in der nervenaufreibenden europäischen Krise gestellt, die ihren Herd im sudetendeutschen Raum hatte und die der Einverleibung Österreichs auf dem Fusse folgte. Wir müssen es uns hier versagen, ihren spannungsgeladenen Verlauf im Einzelnen darzustellen, so aufschlussreich und für das politische Urteil des Blattes ehrenvoll es wäre, sie anhand der Berichterstattung und der ausserordentlich intensiven redaktionellen Kommentierung «von Karlsbad bis München» zu verfolgen. Wir beschränken uns darauf, ein paar wenige wesentliche Elemente in diesem Ringen um die Tschechoslowakei herauszugreifen, in welchen die aussenpolitische «Linie» des Blattes besonders deutlich verfolgt werden kann.

Ihrer Natur nach war die Sudetenfrage ein Minderheitenproblem. Man liess denn auch im Blatt bei den seltenen Gelegenheiten, wo man es, allerdings höchstens in einer Parenthese, noch losgelöst von seiner Verquickung mit dem Machtkampf in Mitteleuropa würdigen konnte, durchblicken, dass man es mit jenem Verständnis beurteilte, das man in der NZZ seit Versailles immer wieder für Minderheitenfragen gezeigt hatte. Die Begehren der deutschsprachigen Bevölkerung Böhmens und Mährens nach einem Mitbestimmungsrecht und einer gewissen Autonomie innerhalb des tschechoslowakischen Staatsverbandes hielt man für gerechtfertigt und vertretbar und energische Korrekturen Prags in dieser Richtung für notwendig.

Das bedeutete aber zugleich, dass man eine scharfe Grenze zog zwischen Minderheitenpolitik als einem internen Problem der Tschechoslowakei und ihrem Missbrauch im Dienste des deutschen Imperialismus. Dass es aber eben dieses zweite Thema war, die deutsche Expansion nach Osten, die hier nach der Einverleibung Österreichs zur Entscheidung stand, und nicht ein «völkisches» Prinzip, dessen sich die Propaganda als eines Instruments bediente, darauf wies man mit hartnäckiger Insistenz immer wieder hin: Hitler machte sich zum Schirmherrn der Sudeten nicht aus Besorgnis um das Schicksal einer deutschen Minderheit, sondern weil er hier seinen Hebelarm gegen Prag hatte. Die Tschechoslowakei aber war ihm der Schlüssel zu Osteuropa und das störende Hindernis in der Expansionsrichtung, auf die man das nationalsozialistische Reich festgelegt wusste. Was Hitler betrieb, war imperialistische Machtpolitik und nicht ein ideologischer Kreuzzug. Mit dieser Interpretation trat man zugleich der auf vollen Touren laufenden Deutschtumspropaganda entgegen, mit der Berlin bei der Umwelt wo nicht Billigung, so doch wohlwollendes Verständnis für das «deutsche Anliegen» zu gewinnen, seine Absichten zu verschleiern und den Fall «Sudetengebiete» zu verharmlosen suchte.

Man verfügte auch über ein ausreichendes Vorstellungsvermögen und hatte es auf die nationalsozialistische Taktik genügend präzise einspielen können, um die Methode Hitlers in seinem Kampf um

Böhmen durchschauen und die Signale richtig deuten zu können, als im Mai 1938, und wieder im August, das Sudetenland in Bewegung geriet. Es gab dafür freilich kein starres Schema, da es ja um Politik und also um etwas Lebendiges ging, das auch den deutenden Verstand in dauernder Bewegung halten musste. In grossen Zügen aber konnte man doch den bereits bewährten nationalsozialistischen Plan auch hier erkennbar machen, der darauf angelegt war, die Ereignisse aus dem kritischen Raum selber «herauswachsen» zu lassen, wenn auch dies Wachstum nötigenfalls ferngelenkt werden musste. Indem man diesen Plan rekonstruierte und ihn mit einer kritischen Interpretation der Ereignisse ständig nachzeichnete, entwertete man wiederum die Propaganda, welche der Welt die Spontaneität der «Bewegung» glauben machen und eine Zwangssituation konstruieren wollte, die einen Eingriff von aussen hätte legitimieren, ja ihn als unabwendbar hätte erscheinen lassen sollen.

Nicht weniger tief unter die Oberfläche des Scheins, mit dem der Nationalsozialismus in so erstaunlichem Masse erfolgreiche Politik zu machen verstand, musste man in der Analyse des internationalen Konflikts dringen, der durch den aggressiven Willen des deutschen Diktators herauf beschworen wurde und der hier nun, anders als 1935 und 1936, verzweifelt nahe an den Explosionspunkt gedieh. Die allgemeine Einschätzung der deutschen Situation in diesem Krisenjahre 1938 ist in der redaktionellen Exposition des tschechoslowakischen Dramas am 14. August in dem einen Satz niedergelegt: «Man sagt . . . weder ein Wort zu viel noch ein Wort zu wenig, wenn man feststellt, dass das Dritte Reich *gegenwärtig* kein Interesse hat an einem Zusammenstoss zwischen zwei Grossmächten, der sich zu einem *Weltkrieg* entwickeln müsste.» Für den entscheidenden Gang hielt man Wehrmacht und Wehrwirtschaft Deutschlands noch nicht für bereit, auch wenn man wusste, dass sie darauf vorbereitet wurden. Nach wie vor sah man die politische und strategische Taktik Berlins darin, sein Opfer zu isolieren und es in einer schnellen Entscheidung zu schlagen in der Hoffnung, auch diesmal wieder, wie beim Anschluss Österreichs, ungeschoren wegzukommen.

Aber diese Isolierung gelang vorläufig nicht. Einem ersten Versuch, auf diesem Weg unter Ausnützung der reichlich dramatisierten Gemeindewahlen im Sudetenland im Mai ans Ziel zu kommen, hatte der Westen entgegenzutreten können: Frankreich, indem es seinen Willen zu erkennen gab, seinen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Prag wenn nötig mit vollem Einsatz seiner Macht nachzukommen, England, indem es aufs Nachdrücklichste in Berlin intervenierte. Vor allem der Einschaltung Londons ins Spiel der Mächte mass man im Blatte grösste Bedeutung zu und hob immer wieder hervor, wie sehr sie die Situation in einem dem nationalsozialistischen Imperialismus unerwünschten Sinn verändern musste. Man mag von dieser Insistenz auf dem Engagement der Mächte eine gewisse Suggestivwirkung erhofft haben, die Festigung der Überzeugung, dass nur die Solidarität und sichtbare Entschlossenheit des Westens Hitler abschrecken könne, ein Gegenmittel gegen jene andere «lähmende Suggestion, dass niemand dem deutschen Vormarsch in Mitteleuropa Einhalt gebieten könne», die im Mai erstmals etwas von ihrer Macht verloren hatte. Man hatte freilich seine Zweifel, ob die Festigkeit der Westmächte der schwersten Belastungsprobe gewachsen sein würde; man sah den «Zwiespalt zwischen der defensiven Stimmung des französischen Volkes und der politischen Notwendigkeit einer bewaffneten Intervention zur Honorierung der Unterschrift Frankreichs», und man war sich bewusst, dass auch die englische Öffentlichkeit, der ja das Gefühl einer formellen Verpflichtung gegenüber der Tschechoslowakei fehlte, nicht auf der Höhe der harten Entschlüsse stand, die dem Kabinett aufgezwungen werden könnten. Diese Zweifel mit Nachdruck zu unterstreichen verbot sich, solange die Partie noch offen war. Man hätte damit nur das Spiel Hitlers gefördert, dem ein fanatischer Glaube an seine «geschichtliche Mission» den Zwang auferlegte, die Schwäche seiner Gegner, von der er ohnehin überzeugt war, bis zum letzten auszunützen. In der Starrheit, mit der er es ablehnte, den Warnungen aus Paris und London Glauben zu schenken, sah man geradezu ein taktisches Manöver, darauf angelegt, die Bereitschaft der Gegen-

Spieler auf Herz und Nieren zu prüfen und unter immer vermehrtem Druck die Schwächesymptome hervortreten zu lassen.

Im Spiel, das mit immer steigenden Einsätzen geführt wurde, hatte man wieder daran zu erinnern, worum es ging: nicht um eine deutsche Minderheit, um derentwillen der Westen eine Katastrophe zu riskieren schien, wie auch in der Schweiz besorgte Kritiker der Propaganda nachzusprechen begannen, sondern um den strategischen Aufmarschraum im Osten, um die Tschechoslowakei selber, mit ihr um Osteuropa, und damit um das europäische Gleichgewicht schlechthin, das aufs Schwerste erschüttert wäre, gelänge es Hitler, den Westen aus diesem Raum auszuschalten. Äusserste Risiken in dieser unerbittlichen Konfrontation Aug in Auge auf sich zu nehmen war unvermeidlich. Hitlers Taktik provozierte sie – wie Albert Müller formulierte: «Bei derartigen Proben auf die Uner-schrockenheit „bis zur letzten Konsequenz“ pflegt der deutsche Reichskanzler tief zu loten.»

Die von Anfang an gemeldete und ständig wachsende Gefahr in diesem fürchterlichen Spiel war freilich, dass es dem einen oder dem andern Partner aus den Händen geraten, dass ein Fehler in der Einschätzung der Risiken, ein unbedachter Schritt die verhängnisvolle Katastrophe auslösen konnte. Die Hauptverantwortung für diese Eventualität legte man im Blatt unzweideutig fest: sie traf nicht die Westmächte, die hier legitime und wesentliche Interessen vertraten, und auch nicht Prag, das mit seinem letzten Vorschlag, den deutschen «Gauen» das Recht der Selbstverwaltung zu übertragen, gegeben hatte, was man immer «im Namen der Gerechtigkeit» von ihm verlangen konnte, und das über diese Konzession nicht hinausgehen konnte, wollte es nicht den Bestand des tschechoslowakischen Staates überhaupt aufs Spiel setzen.

Der Westen verlor die Partie, weil er der «letzten Konsequenz» in diesem schwer zu ergründenden Spiel ausweichen musste, in dem Schein und Ernst kaum mehr auseinanderzuhalten waren. Er erkaufte sich für einmal den Frieden, indem er Hitler das Sudetenland opferte unter Bedingungen, die einer Preisgabe der Tschechoslo-

wakei gleichkamen und die faktisch ein Zurückweichen vor dem Ultimatum des Diktators bedeuteten, der auf den 1. Oktober den deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei angekündigt hatte.

In dem Sinn, als mit dem Münchner Abkommen eine Situation wieder einigermaßen, wenn auch noch so mühsam, unter Kontrolle gebracht werden konnte, in der die Katastrophe schon fast mehr als nur eine Möglichkeit gewesen war, in diesem und nur in diesem Sinn hat man in der NZZ das Ergebnis von München «Frieden» genannt. Man hatte der selbstlosen Aktion Chamberlains aufrichtige Anerkennung gezollt, als er, um das Schlimmste zu verhüten, nach Berchtesgaden und dann nach Godesberg geeilt war, und man stellte nach München seinen grossen moralischen Erfolg fest. Dem Optimismus jedoch, der vom «Frieden für eine Generation» sprach, trat man entschieden entgegen. Hatten die Völker ein Recht zu jenem unbeschreiblichen Enthusiasmus, mit dem sie den Ausgang der Münchener Konferenz begrüssteten? Man machte sich im Blatt sogleich daran, die politische Bilanz aus der Krise und ihrer Lösung zu ziehen, und sie lautete bedenklich genug, auch wenn man sie noch nicht in allen ihren Komponenten erfassen konnte. Aber man hob hervor, und hatte in der Folge Gelegenheit, das eindrücklich zu demonstrieren, dass nun die Gleichgewichtsverschiebung Tatsache geworden war, auf die man die Überlegungen vorher zu richten versucht hatte, und dass Hitler, wenn auch nicht im vollen erwünschten Umfang, jetzt das in die Hände gefallen war, wonach er gegriffen hatte: der Aufmarschraum gegen Osteuropa. Der tschechoslowakische Rumpfstaat hatte nun zwar wohl eine verklausulierte Garantie der Münchner Mächte in Händen, aber sie war entwertet durch die in der vorangegangenen Herbstkrise erwiesene Unfähigkeit des Westens, diesem Staat wirksame militärische Unterstützung zu leisten; und zudem war, indem die Frage der magyrischen Minderheit offiziell aufgeworfen und die der polnischen bereits «übers Knie gebrochen» war, die weitere Zersetzung dieses Staates bereits in die Wege geleitet. Was man schon im Verlauf der Krise mehrfach ausgesprochen hatte, dass nämlich Hitler sich an den

Sudetengebieten nicht würde genug sein lassen und dass er die Hand nach Prag selber ausstrecken könnte, erschien nach der Münchener Lösung womöglich noch wahrscheinlicher, und des Diktators Wort von der «letzten territorialen Forderung in Europa» zitierte man nur mit grimmiger Ironie.

Die NZZ-Kommentare nach München waren jedenfalls auf alles andere als auf «peace for our time» abgestimmt. Es ist nicht von ungefähr, dass man der kritischen Gewissensforschung im Unterhaus grosse Prominenz verlieh. Das französische Parlament dispensierte sich von dieser peinlichen Selbstanalyse, aber im Blatt hatte man in rückblickender bitterer Kritik schon vorher mit der Meinungsäusserung über das Volksfrontregime nicht zurückgehalten, das die völlig ungenügende Vorbereitung auf die Machtentscheidungen in Europa in erster Linie auf dem Gewissen hatte:

«In den beiden für die militärische Kräfteentwicklung der europäischen Mächte so ausserordentlich wichtigen Jahren seit dem Zusammenbruch des Locarnopaktes und der Remilitarisierung der Rheinlande hat sich Frankreich ... in erster Linie mit dem Problem der bezahlten Ferien, der Vierzigstundenwoche und mit seinen übrigen sozialen Konflikten beschäftigt. Derweil blieb mit dem wirtschaftlichen Potential des Landes der Apparat der französischen Luftrüstung weit im Rückstand ...»

Die Einsichten, die aus solcher retrospektiver Kritik zu gewinnen waren und die man am Blatt im Grunde schon längst vorweggenommen hatte, fielen zusammen mit den Lehren, die man aus München zog: Der Friede war fiktiv und einseitig; er hatte nur dem deutschen Teil Gewinn gebracht, nämlich eine Machtverschiebung zu seinen Gunsten und eine Erweiterung seines Kriegspotentials durch einen neuen Gebietszuwachs:

«Angesichts dieser Perspektive wäre es trügerisch, das Viermächteabkommen als Grundlage eines neuen europäischen Gleichgewichts ausgeben zu wollen. Eine folgenschwere (weitere) Gleichgewichtsverschiebung kann im Gegenteil nur verhindert werden durch neue wirtschaftliche und militärische Anstrengungen der Westmächte in ihrem eigenen Sektor.»

Die Illusion von München, an die man sich andernorts zu klammern suchte, hielt fünf Monate. Am 15. März 1939 zogen Hitlers Truppen in Prag ein, und der tschechoslowakische Kumpfstaat wurde in seine Bestandteile aufgelöst, deren wichtigster deutsches Protektorat wurde. Die Politik der Anpassung, an die sich der in München amputierte Staat in diesen Monaten gehalten hatte, konnte ihn nicht vor der Auflösung bewahren, und von einer Intervention der Mächte zu seinem Schutz war keine Rede. Die strategischen Karten waren schon im September weggegeben worden, und der Schlag gegen Prag bedeutete nicht viel mehr, als dass die Situation formell den bereits geschaffenen politischen Tatsachen angeglichen wurde. Die letzten Gutgläubigen wurden nun freilich ernüchtert, und die letzten Zweifel über Art und Gang des deutschen Imperialismus zerstört. Das Selbstbestimmungsrecht, das Hitler in der Sudetenfrage noch als moralischen Firnis für seine Eroberungsabsichten benützt hatte, war hier von ihm selber offen mit Füßen getreten worden. Es nützte wenig, ihn auf diesem eklatanten Widerspruch zu seiner eigenen «Ideologie» behaften zu wollen. Man kommentierte im Blatt mit einer durch die schon frühzeitig erworbene und öfters ausgesprochene Einsicht wohl legitimierten Ironie die Neigungen vor allem Englands, den Diktator auf ein gegebenes Wort, auf eine Ideologie, auf eine von ihm bereits erreichte Position festlegen zu wollen. «Dynamik» liess sich weder moralisch noch juristisch noch politisch festlegen, und man geriet mit solchem Bemühen lediglich in Verzug gegenüber der Entwicklung, die man nur auffangen konnte, wenn man ihr zuvorkam und den Damm dort baute, wo der reissende Strom noch nicht hingelangt war. Der völkische Gedanke hatte jedenfalls seinen Dienst getan, der grossdeutsche Rahmen war politisch ausgefüllt und bereits gesprengt. An seine Stelle trat das «Reich», das den Begriff des unterworfenen Vasallenstaates mit einschloss und dessen Grenzen erst dort zu ziehen waren, wo es die Macht bestimmte.

Wir haben versucht, Rechenschaft abzulegen über das aussenpolitische Urteil der NZZ in diesen fünf Jahren, die Europa an die

Schwelle eines neuen mörderischen Krieges führten und über sein Schicksal weitgehend schon entschieden, ohne dass auf dem Hauptschauplatz ein Streich mit der Waffe geführt worden wäre. Die erste Aufgabe des politischen Berichterstatters wie des Kommentators war es, das Geschehen bewusst zu machen und das Vorstellungsvermögen auf die Realität zu richten, die mehr denn je des unabhängigen Verstandes und Wortes zur Deutung bedurfte, da die Lenkung der Gedanken durch das fälschende Wort der Propaganda sie mehr denn je zu verschleiern und umzudeuten trachtete. An den kritischen Intellekt, an den Spürsinn und das Vorstellungsvermögen des politischen Journalisten waren damit gesteigerte Anforderungen gestellt, wollte er den Leser vor Fehleinschätzungen aus naiver Propagandagläubigkeit bewahren und ihm ein ständiges Umlernen, den Sturz von einer Ernüchterung in die andere ersparen. Sein Urteil konnte sich nicht vom Strom der öffentlichen Meinung tragen lassen, die wechselnden Einflüssen ausgesetzt war und auf sie rasch reagierte. Vielmehr stand er allein und hatte auf eigene Verantwortung zu denken und zu schreiben, wenn er die Funktion erfüllen wollte, die einem Blatt wie der NZZ auferlegt war: mit einem unabhängigen und fundierten Urteil zu helfen, eben jenen unbeständigen Strom in gesichertere Bahnen zu lenken. Auch konnte man sich in der freien Presse eines demokratischen Staates nicht auf offizielle «Inspiration» oder gar Direktiven stützen. Wohl nahm man aus freien Stücken Rücksicht auf die schweizerische Aussenpolitik, die zur schonenden Behandlung vor allem des südlichen Nachbarn riet in der Meinung, im italienischen Diktator einen erklärten Freund und Beschützer der Schweiz zu haben; oft aber hatte man sich auch in Gegensatz und Opposition zur zurückhaltenden und oft zu optimistischen Einschätzung der deutschen Politik durch schweizerische Instanzen zu stellen.

So ausschlaggebend das Vermögen der Einsicht in den wirklichen Gang der Dinge war, so war doch die aussenpolitische Kommentierung am Blatt in diesen Jahren mehr und etwas anderes als ein exaktes Gedankenspiel der politischen Kombinatorik. Die Zeitungsredaktion war alles andere als das stille Refugium des passionierten

Erforschers der Zeitgeschichte. Man stand unter dauerndem Druck und hatte Spannungen vielfacher Art auszuhalten. Man war sich der Grösse des Einsatzes und der Gefahr für Europa bewusst, bevor diese Einsicht Allgemeingut war, und konnte doch wenig mehr tun, als das Nahen der Katastrophe sehend zu beschreiben und die Öffentlichkeit im eigenen kleinen Land wachsam zu halten – und dies, ohne dass man ihre Nervenkraft im Zeitalter des zermürenden Propagandakriegs allzu sehr strapazieren wollte und durfte. Man stand unter dauerndem polemischem Beschuss durch die gelenkte reichsdeutsche Presse, der sich bisweilen zum systematischen Trommelfeuer gegen die ganze schweizerische Presse verdichtete – und man erlebte nun Beispiele dafür, zu was derartige Kampagnen das Signal bilden konnten. Auf die schlimmsten Verdächtigungen und Anklagen von «draussen» hatte man aber wohl oder übel zu replizieren. Man tat es in jedem Fall mit Zurückhaltung und ohne in polemische Exzesse zu verfallen, über die sich bekanntlich auch aus schweizerischen Blättern jener Jahre eindruckliche Kataloge zusammenstellen lassen. Das hinderte nicht, dass man aus Bern Mahnungen zu noch grösserer Zurückhaltung erhielt. Über diese Dinge wird in einem späteren Kapitel noch zu reden sein. In diesem Zusammenhang haben wir aber auf die innere Spannung hinzuweisen, die aus dem Kontrast erwuchs zwischen dem Bild, das man selber von der Politik Hitlers und ihren künftigen Konsequenzen hatte, und der Zurückhaltung im Ausdruck, zu der man als «die repräsentative NZZ» nun einmal und notwendigerweise verpflichtet war und die man auch übte. Der Rock der NZZ war in diesen Jahren durchaus nicht immer bequem für seine Träger, und bisweilen mochte sich wohl ein heimlicher Wunsch melden, in einem weniger exponierten Blatt in einem dem psychischen und politischen Druck weniger ausgesetzten Land den Leviathan so schonungslos zu zeichnen, wie man ihn wirklich sah, und des Wächteramtes mit einem etwas weniger <rebundenen und differenzierten Wortschatz walten zu können.

Aber Haltung und Urteil fanden trotz solchen Schwierigkeiten immer wieder den Weg zum deutlichen Ausdruck im Blatt, die

«Linie» blieb für jedermann erkennbar, und sie wies im Wesentlichen keine Brechungen auf. Man mag die grundsätzliche Frage stellen, ob es dem Charakter der «neutralen» Presse überhaupt entspreche, in der Beurteilung der internationalen Politik so genau einer Linie zu folgen. Hätte man nicht jene Funktion weiter ausüben können, die man im Blatt noch in der Ära des Völkerbundsidealismus betont hatte: die eines internationalen Ausspracheforums? Es ist offensichtlich, dass in dieser Beziehung das Gesicht des Blattes sich geändert hatte. Die Artikel von Staatsmännern verschiedener Nationen und Lager starben aus, und mit der Erteilung des Gastrechtes an «Andersdenkende» wurde man sparsamer. Bemühungen um ein deutsch-französisches «Gespräch» sind im Blatt kaum mehr zu entdecken. Aber war ein solches Gespräch im Schatten von «Mein Kampf» denn überhaupt noch sinnvoll und möglich? Mochte der eine Partner auch «Gespräch» und Verständigung meinen, der andere meinte doch nur Propaganda und beabsichtigte damit eine einschläfernde Wirkung, er sprach von Annäherung und Verständigung und hatte doch kein Iota von seinem imperialistischen Programm preisgegeben. Ein internationales Forum zu erhalten, in dem die Nationalsozialisten für Deutschland gesprochen hätten, war widersinnig.

Die Zeit selber, in der der kleinstaatliche Nachbar Deutschlands unter Furcht und Drohung der Aggression stand, in der für ihn so viel von seiner Wachsamkeit abhing, von der Erkenntnis der Methoden der Unterwühlung, von der Einsicht in Wesen und Gang des totalitären Staates, diese Zeit der wachsenden Gefahr selber verlangte die klare Linie der Zeitung in den Fragen der internationalen Politik und verbot eine allzu weite Toleranz in der Wiedergabe von abweichenden Meinungen, die Verwirrung und Unsicherheit gefördert hätte. Für eine falsch verstandene «Neutralität», die eine Zeitung verpflichten wollte, Komplimente und Tadel nach allen Seiten gleichmässig zu verteilen oder sich der Stellungnahme überhaupt zu enthalten – womit man sie mundtot gemacht hätte –, war in der NZZ, die sich eine Aufgabe in der geistigen Landesverteidigung gestellt hatte, kein Platz.

AUSMARCHUNG AUF DER LINKEN

In der Bereinigung des Frontenproblems hatte sich 1933 und 1934 die Resistenzkraft des schweizerischen demokratischen Empfindens gegen den Totalitarismus nationalsozialistischer Prägung erwiesen. Der Test war eindeutig ausgefallen. Aber die Einigkeit in der Ablehnung bedeutete noch nicht, dass man in der Schweiz bereits jene innere Geschlossenheit erreicht hatte, deren der Staat in den kommenden schweren Belastungsproben bedurfte, jene Geschlossenheit, mit der das Land dann 1939/1940 schliesslich in die Katastrophenperiode der europäischen Geschichte eintrat. Wer den politischen Status der Eidgenossenschaft etwa 1934 oder 1935 aufnimmt, sieht gleich, wie weit man davon noch entfernt war. «Geistige Landesverteidigung» war kein Zauberwort – und mochte man es noch so imperativ aussprechen –, mit dem von einem Jahr aufs andere alle politischen und psychologischen Hindernisse einzuebnen gewesen wären, welche die Nation innerlich noch immer trennten. «Antifascismus» wuchs auf verschiedenen Böden, und nicht auf jedem von ihnen gedieh auch jene unbedingte Loyalität zum schweizerischen Staat, welche allein die Voraussetzung und Basis nationaler Einigkeit sein konnte.

Das Problem lag in dieser Beziehung vor allem bei der sozialistischen Linken, die zwar einem sehr dezidierten ideologischen Antifascismus und Antinationalsozialismus huldigte und ihn, ohne Augenmass für staatliche und machtmässige Gegebenheiten, am liebsten zum politischen Leitgedanken des schweizerischen Kleinstaates gemacht hätte, die aber paradoxerweise vorläufig sich nicht dazu finden konnte, dem durch ihren ideologischen Feind bedrohten eigenen Land die Mittel zur Selbstverteidigung zuzubilligen. Noch immer gab sich die Sozialdemokratie als die Partei der Vaterlandslosen aus, brauchten manche ihrer Publizisten gegenüber dem schweizerischen Staat das alte klassenkämpferische Vokabular, spielten sie bei jeder Gelegenheit mit den Karten der Armeefeindschaft und

der Hassinstinkte gegen den «Bourgeois-Staat». Manches davon war allerdings nicht mehr als eingewurzelte Gewohnheitsrhetorik. Es gab auf der Linken, vor allem auf ihrem gewerkschaftlichen Flügel, genug Köpfe, die die Situation erkannten und die Stunde für eine Wendung der Sozialdemokratie zu einer die schweizerische Unabhängigkeit und den schweizerischen Staat bejahenden Partei gekommen sahen. Aber der Weg der Partei zu diesem Ziel war lang und gewunden, und solange sie nur taktisch bedingte, ausweichende Formeln zur staatspolitischen Kardinalfrage produzierte, sah man auf bürgerlicher Seite keine Möglichkeit, die Front nach links abzubauen.

Die Kritik an der schweizerischen Sozialdemokratie erfuhr über der scharfen Auseinandersetzung mit den «Fronten» in der NZZ denn auch keine Milderung, auch nicht, als zu Ende und unter dem Eindruck des Jahres der «Machtergreifung» in der «Tagwacht», in der «Roten Revue» und in der eben gegründeten, auf die Gewinnung der Sympathien des Linksbürgertums angelegten «Nation» neue Töne angeschlagen wurden, die eine Wendung der Linken in der Frage der Landesverteidigung anzudeuten schienen. Der einstige Generalstreikgeneral Grimm selber rief zur Bejahung und Förderung der Wehrhaftigkeit auf, freilich unter Bedingungen, und erklärte die traditionelle Armeefeindlichkeit der Sozialdemokratie als «zur Zeit» nicht opportun angesichts der neuen politischen Gegebenheiten Europas. Es herrschte keine ungetrübte Freude an der NZZ über diesen und einige weitere Bekehrte. Man sah in ihrer Wendung zwar «das Bekenntnis eines jahrelangen schweren Irrtums»; sie zu ihrem Nennwert zu nehmen, war man jedoch nicht geneigt, sondern bezeichnete sie zunächst einmal als «eine opportunistische Anpassung an eine veränderte Situation» in der Welt wie in der Gemütslage der schweizerischen Arbeiterschaft, die, wie man am Blatt überzeugt war, der sozialistischen Führung und ihrer unaufrichtigen Politik sich innerlich entfremdet hatte. Man blieb skeptisch, um das Mindeste zu sagen: «Darüber kommt kein Mensch hinweg, dass diese Herren anderthalb Jahrzehnte lang mit den

Lebensinteressen des schweizerischen Staates Schindluderei getrieben haben.»

In der Stellungnahme Grimms mochte der Ansatz zu einer Klärung liegen, aber die Hauptsache blieb noch zu tun. Die klassenkämpferische Tradition hing noch zentnerschwer an der Sozialdemokratie. Das zeigte sich in ihrer negativen Haltung gegenüber dem schweizerischen Ordnungsgesetz, in dem sie ihr «Recht auf die Strasse» beschnitten sah, mit aller Deutlichkeit sodann in ihrer internen Diskussion über die Neuformulierung der Stellungnahme zur Wehrfrage. Was sie hier zunächst als Resultat zutage förderte – das Einverständnis mit militärisch organisierter Notwehr eines «sozialen» (d.h. sozialistischen) Staates «gegen fascistische Horden» und nichts mehr – bezeichnete man in der NZZ als den «schlimmsten und faulsten Kompromiss, den die sozialistischen „Je-nachdem“-Politiker bisher ausgeknobelt haben». Die Formel hielt sich nicht, aber was nach einem Jahr krampfhafter Suche aus dem Zwist zwischen marxistischer Tradition und der Notwendigkeit einer Anpassung des Parteiprogramms entstand, vermochte die bürgerliche Kritik ebenso wenig zu verdauen. Nun hiess es auf der Linken, man bejahe die Notwendigkeit eines bewaffneten Grenzschutzes und einer Verteidigungsarmee, die aber «von dem Willen einer antikapitalistisch gesinnten Volksgemeinschaft getragen sein müsse» – womit die Hintertür zum vaterlandslosen Sozialismus alten und überlebten Typus offen gehalten wurde. Der Partei gegenüber, «die „Ja“ und „Nein“ sagt, wenn in einer Lebensfrage des Staates ein „Ja“ oder „Nein“ von ihr verlangt wird», blieb man in der NZZ vorläufig hartnäckig, nicht zuletzt darum, weil man darauf vertraute, dass die schweizerische Arbeiterschaft selber sie zwingen würde, das vaterländische Bekenntnis schliesslich ohne Hintergedanken und Verkläuterungen auszusprechen.

In der unkomfortablen Lage der Sozialdemokratie zwischen Ablehnung und Bejahung der Landesverteidigung bildete sich 1934 und 1935 eine entsprechende Taktik der indirekten Attacke auf die Armee heraus, der man wiederholt mit Schärfe entgegentreten

hatte. Da man es sich auf der Linken nicht mehr leisten konnte, die Armee als solche anzugreifen, versuchte man es mit der Diskreditierung einzelner ihrer Führer als «Fascisten», um dann die demagogische Schlussfolgerung zu ziehen: «*dieser* Armee keinen Groschen!» («Berner Tagwacht»). Mit den in dieser Weise aufgezogenen «Affären» Wille und Fonjallaz hatte man dort allerdings wenig Glück, da ihre Grundlagen in beiden Fällen als Fälschungen entlarvt wurden (im «Fall» Wille – Hagenbuch von der Chefredaktion der NZZ) und mehr zu Affären der Fälscher und ihrer Protektoren als der aufs Korn genommenen Opfer wurden. An sich kurzlebige publizistische Störaktionen, trugen derartige Vorstösse der Linken doch immer wieder neues Gift ins öffentliche Leben und hemmten die Entwicklung des Vertrauens in die Armee und ihre Führung.

Umso intensiver setzte man sich in der NZZ für den Ausbau und die Verstärkung der militärischen Landesverteidigung und die Interessen der Armee ein. 1933 war der Augenblick vorbei, wo man, wie es im Blatt unter dem Eindruck der Genfer Abrüstungskonferenz noch 1931 geschehen war, das Pro und Contra einer eventuellen Reduktion auch der schweizerischen Milizarmee theoretisch und in Ruhe diskutieren lassen konnte. Der politischen Einsicht in die internationale Lage entsprach die Forderung nach erhöhter militärischer Bereitschaft des Landes, und ihren praktischen, d.h. vor allem finanziellen Konsequenzen wollte und konnte man sich nicht entziehen, auch wenn sie mit einer neuen Erhöhung der Staatsausgaben nicht ins liberale Konzept passen mochten. Man befürwortete einen ersten 82-Millionen-Kredit für bessere Bewaffnung der Armee 1933 und einen Kredit für Befestigungen an der Landesgrenze 1934, man focht leidenschaftlich mit Artikeln, Aufrufen und selbst Gedichten im Abstimmungskampf um die Abänderung der Militärorganisation (Verlängerung der Ausbildungszeiten) im Februar 1935 und unterliess es dabei nicht, jene sozialistischen Stimmen aus der «Nation» und den Gewerkschaftsblättern zur Geltung zu

bringen, die sich im Gegensatz zur Parteileitung und zum Luzerner Parteitag der Sozialdemokratie für die Vorlage einsetzten.

Ihren Höhepunkt erreichte die Kampagne für den Ausbau der Armee im Herbst 1936 mit der Auflegung der Wehranleihe, die im Blatt eine ausgesprochen patriotische Weihe erhielt. Auch hier stand die Sozialdemokratie noch einmal abseits, diesmal nicht durch das Versagen ihrer Führung, die mit der Parlamentsfraktion für die Vorlage eingestanden war und weiterhin eintrat, sondern einer knappen Mehrheit des Parteitages selber, die damit die Partei in eine neue unheilvolle Krise stürzte. Das offizielle Beiseitestehen der Sozialisten, oder besser ihres radikalen Flügels «links von der Vernunft», markierte unter solchen Umständen allerdings eher die innere Krise der Partei, als dass es ein kritisches staatspolitisches Problem stellte, wie es eine innerlich zerrissene und entschlussunfähige sozialistische Führung gestellt hatte. Nach dem abessinischen Krieg und seinen Gefahren für Europa, der Besetzung des Rheinlandes und ihren militärpolitischen Konsequenzen, dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Spanien stand eine erdrückende Mehrheit des Schweizervolkes hinter dem Postulat der Aufrüstung, und wer in dieser Situation an einem proletarischen Negativismus festhielt, isolierte sich selber. Zu einer Gefahr für die Wehrbereitschaft konnte diese Haltung einer Minderheit nicht mehr werden. Man band im Blatt die Polemik über das Versagen der Sozialdemokratie in diesem Fall zurück und hob dafür die Einigkeit hervor, wie sie sich in allen Volksschichten im Zeichen der so erfolgreichen Wehranleihe erwies.

In und zwischen all diesen auf politischem Boden ausgefochtenen Kämpfen um die Steigerung der schweizerischen Wehrbereitschaft waltete im Blatt eine recht intensive militärische Diskussion, in der bekannte Truppenführer das Wort ergriffen. Man wird kaum behaupten dürfen, dass sie ein klareres Bild eines künftigen Krieges herauszukristallisieren vermochte, als man es im übrigen Europa im Allgemeinen hatte. Das militärische Denken stand weitgehend im Bann der Maginotlinie, aus dem es schliesslich auch der deutsche Feldzug gegen Polen nicht mehr rechtzeitig zu lösen vermochte. Die

auf Fortifikationen gestützte Verteidigung, so schien es, war dem Angriff überlegen. Das war die Lehre, die man in der NZZ wie anderswo auch noch im spanischen Krieg bestätigt sah, wo der Luftwaffe und den Panzern jene entscheidenden Erfolge versagt blieben, die ihnen einige Theoretiker prophezeit hatten. Der Ruf nach einer Befestigung der schweizerischen Nordgrenze, wie er auch im Blatte erhoben wurde, hatte immerhin seinen guten militärischen Sinn angesichts der prekären Lage, in die diese ungedeckte Südflanke der beiden Antagonisten am Rhein durch den Ausbau der Maginot- und erst recht nach 1936 der Siegfriedlinie geraten war. Dem Ausbau der noch immer in den Kinderschuhen steckenden schweizerischen Fliegertruppe widmete man grosse publizistische Aufmerksamkeit; dringlicheren Charakter erhielt das Problem der Luftabwehr, im Gegensatz zu den bereits stark diskutierten und propagierten Vorbereitungen des passiven Luftschutzes, in der schweizerischen Diskussion allerdings erst im Sommer 1938.

Ein klares Bild aber hatte man in all diesen Diskussionen von der grundsätzlichen politischen Lage der Schweiz und ihrer Bedeutung im europäischen Kräftespiel. Es gab in diesen Jahren im Blatt keine müssige Debatte über bewaffnete oder unbewaffnete Neutralität des Landes. Wohl war Neutralitätspolitik ein Axiom, und man berief sich im aussenpolitischen Interesse der Schweiz bei jeder Gelegenheit auf sie; aber zugleich war man sich klar, dass sie an sich keinen Schutz bot, wenn nicht bewaffnete Macht hinter ihr stand, die dieser Politik wenn nötig wirksam Achtung zu schaffen vermochte. Theoretische Spekulationen darüber waren nicht nur durch diese Einsicht verscheucht, sondern auch durch das Gefühl direkter Bedrohung des Landes durch die Expansionsgelüste des nördlichen Nachbarn, das auch durch die diversen beruhigenden Erklärungen Berlins nicht gegenstandslos wurde. Die Politik der Westmächte war kaum dazu angetan, einem Kleinstaat derartige Sorgen abzunehmen; wie wenig man auf sie zählen konnte, wenn es um die Einlösung von völkerrechtlichen Verpflichtungen ging, erlebte man im März 1936, und das Ende Österreichs und die Preisgabe der Tschechoslowakei sollten

dein Kleinstaat 1938 weitere unvergessliche Lektionen erteilen. Die schweizerische Öffentlichkeit brauchte, zum guten Glück und nicht zuletzt dank der von Vornherein nüchternen Haltung eines grossen Teils ihrer Presse, nicht auf sie zu warten, um politische Illusionen loszuwerden. Man sah bereits vorher, was kommen konnte, und man wollte Waffen, nicht nur, um nötigenfalls einer Neutralitätsverletzung in einem europäischen Krieg entgegentreten zu können, sondern um für den Kampf um die Unabhängigkeit gerüstet zu sein, wenn er dem Land früher oder später auferlegt werden sollte.

Nicht allein die Frage der Landesverteidigung und der Wehrbereitschaft schied die bürgerliche Mitte des Landes von der Linken und zwang jene, mochte das unter der neuen aussenpolitischen Konstellation auch noch so unerwünscht sein, zur Weiterführung der alten, scharfen Auseinandersetzung – einer Auseinandersetzung allerdings, die uns heute als eine sinnvolle und notwendige Bereinigung der innenpolitischen Frontlinien erscheint und die erst klare Auskunft darüber erteilte, auf welcher Basis man sich einigen konnte, wo der schweizerische Kompromiss möglich war und wo nicht. Zur Diskussion stand neben der Armeefrage und in innerem Zusammenhang mit ihr die sozialistische «Gesamtkonzeption» des politischen Kampfes. Die Konfrontation mit dem schweizerischen Rechtsextremismus hatte den sozialistischen Drang zur «Strasse» noch verstärkt. Die eindringlichen Warnungen, die man in der NZZ nach den Genfer Unruhen ausgesprochen hatte, musste man im Jahr des Frontentaumels mehrmals wiederholen, und sie richteten sich gegen die aggressive Linke, die immer wieder die gewaltsamen Auseinandersetzungen suchte, nicht weniger als gegen die gestiefelten Harste der «Fronten». Auf den Untergang der Sozialdemokratie in Deutschland und in Österreich reagierte die schweizerische Arbeiterpartei mit der Verschärfung des Klassenkampfes, und das war eben jener *circulus vitiosus*, den man ihr im Blatt am deutschen wie am österreichischen Beispiel zu demonstrieren nicht müde wurde. Das schweizerische Bürgertum hatte bewiesen, dass es der fascistischen

Versuchung zu widerstehen vermochte. Aber wenn es *ein* Mittel geben konnte, diese Versuchung zu verstärken, dann war es ein hemmungsloser Klassenkampf, wie er etwa im «roten» Genf von Nicole gegen das demokratische Bürgertum geführt wurde. Mit besonderer Eindringlichkeit formulierte man die Warnung nach dem blutigen Bürgerkrieg in Österreich im Februar 1934, der den Untergang des Austromarxismus besiegelte – eines Marxismus, der durch seine hemmungslos radikale Taktik selber jenen Fascismus hochgezüchtet hatte, der ihm schliesslich das Ende bereitete – und der die schweizerische Sozialdemokratie so nachhaltig inspiriert hatte:

«Den Fascismus durch noch mehr Marxismus überwinden zu wollen – eine verfehltere Politik als diese kann es kaum geben: die Demokratie, auf deren Erhaltung man jetzt auch im sozialistischen Lager einigen Wert zu legen behauptet, wird dadurch auf das Schwerste gefährdet, und die sozialistischen Führer, die ihre Anhänger auf solche Wege führen, trifft mit voller Schärfe der Vorwurf, . . . „Wegbereiter des Fascismus“ zu sein.»

Wie die Stellungnahme zur Landesverteidigung, so erfuhr auch der Klassenkampfparagraph im politisch-ideologischen Revisionsprozess der Sozialdemokratie, der 1934 einsetzte, eine taktisch bedingte Wandlung, mit der man sich in der NZZ nicht zufrieden geben wollte. Was nützte eine formelle Bejahung der Demokratie, wenn man ihre Umformung zum sozialistischen Staat mit den «Waffen des demokratischen Kampfes», d.h. mit «Demonstrationen, Streiks, Massenaktionen» postulierte, die «Totengräberarbeit an der Demokratie» also weiterführte?

Man hatte derlei halbe, durch ihre Verklausulierung entwertete Bekenntnisse und eine entsprechend inkonsequente und unaufrichtige Politik der sozialistischen Linken vor Augen, als sich nach der Verwerfung des Ordnungsgesetzes im März 1934 infolge des Rücktritts Bundesrat Häberlins ein weiteres Mal die Frage einer Beteiligung der Sozialdemokratie an der Landesregierung stellte. Die NZZ schrieb ein entschlossenes «Nein», das sich nicht zuletzt auch aus der Art und Weise ableitete, mit der die Sozialisten eben noch gegen das Ordnungsgesetz gekämpft hatten. Vorläufig be-

trachtete man die SPS noch nicht als regierungsfähig und mochte ihr auch nicht zutrauen, dass sie diese Reife von selber erwerbe, wenn sie erst einmal Verantwortung trage.

Kaum weniger deutlich sprach man sich in der NZZ nun allerdings auch dafür aus, dass der Freisinn bei dieser Gelegenheit auf die Mehrheit im Bundesrat verzichte, für die er im Parlament keine rechte Basis mehr hatte und durch die er allzu sehr belastet war, und dass man wenigstens die bürgerliche Koalition verbreitere. Der in den «allerengsten Bahnen einer „parlamentarischen Tradition“ getroffene Entscheid der freisinnigen Fraktion, den Nachfolger Häberlins wiederum aus den eigenen Reihen zu stellen, erfuhr im Blatt unverhohlene und scharfe Kritik, besonders auch, weil der Freisinn nicht fähig schien, der laut erhobenen Forderung nach einer Verjüngung des obersten Gremiums gerecht zu werden.

In solcher Kritik der NZZ an der ihr am nächsten stehenden Partei deutete sich eine Krise an, deren Symptome auch in andern Zusammenhängen nicht zu übersehen waren. Eine Krise mehr «atmosphärischer» und allgemeiner Natur, die sich auf den Regierungsstil der bürgerlichen Mehrheit überhaupt bezog, der – so kritisierte man offen und zwischen den Zeilen – allzusehr der Routine und der reinen Administration verfallen war, statt dass er die so dringend erforderliche Präsenz einer politischen Führung hätte spürbar werden lassen. Damit meldete man nicht etwa leise Zweifel am demokratischen und parlamentarischen System an. Aber man sah sich veranlasst, bisweilen wieder hervorzuheben, dass Demokratie und Parlamentarismus dadurch, dass sie den Staat der Kontrolle des Volkes und seiner Vertretung unterwarfen, die Regierung nicht vom Regieren, und das hiess vom spontanen, wenn auch gesetzmässigen Handeln dispensierten, wie es in Helvetien oft den Anschein hatte. Zweifellos war die NZZ eine unverdrossene Verfechterin der bürgerlichen und nationalen Politik; aber mit Kritik hielt sie in solchen Fällen nicht hinter dem Berg, selbst wenn sie ins eigene Fleisch schnitt, und sie zeigte dabei alles andere als ihre oft glossierten «gouvernementalen» Züge.

Die Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie in den Fragen der Landesverteidigung und des Klassenkampfes zielten – das kann man bei aller scharfen Kritik und Polemik nicht übersehen – auf die Schaffung eines schweizerischen «*bloc des idées incontestables*» ab, auf dem eine nationale Solidarität basieren konnte. Die Linke sollte zum nationalen Gedanken politisch erzogen werden; auf Seiten der bürgerlichen Mehrheit musste man dabei mit Festigkeit auf der «*conditio sine qua non*» beharren und es der Linken überlassen, die notwendige innere Wandlung ehrlich und konsequent zu vollziehen. Ein Entgegenkommen an die antinationale marxistische Tradition konnte es nach der Meinung des Blattes nicht geben. Wenn die verkrampften Bemühungen der offiziellen Sozialdemokratie um Kompromissformulierungen vorläufig keine befriedigenden Resultate ergaben, so wollte man daraus freilich keine zu weitgehenden Schlüsse auf den tatsächlichen Stand der nationalen Solidarität in der Existenzfrage des Staates ziehen; in Tat und Wahrheit wusste der schweizerische Arbeiter, um was es ging, und hätte, wäre es ihm in diesen Jahren auferlegt worden, ohne an die von seiner Partei gestellten Bedingungen zu denken zur Waffe gegriffen, um seine Heimat verteidigen zu helfen. Das war die Wirklichkeit, wie man sie in der NZZ der sozialistischen Führung immer wieder vor Augen hielt und wie sie dieser Führung selber im Grunde klar war. Solange sie aber ihr Programm und ihre praktische Politik damit nicht in Übereinstimmung gebracht hatte, war der nationale Zwiespalt nicht überwunden und musste die polemische Diskussion darüber offenbleiben.

Zu dieser Auseinandersetzung trat, sie verschärfend, eine andere, die ebenso wenig zu umgehen war: die Auseinandersetzung über die Wirtschaftspolitik in der Krise – eine legitime politische Streitfrage, die in der Hierarchie der Werte kaum hinter die staats- und wehrpolitische Debatte zu verweisen war und die politische Leidenschaften in einem mindestens so hohen Masse aktivierte.

Unter wechselnden Formeln stand hier die alte Alternative zur Diskussion: Liberale oder sozialistische Ordnung, selbständige, selbst-

verantwortliche oder geplante, staatlich gelenkte Wirtschaft. Der Streit ging um die Grundlagen des Gemeinwesens; er musste, da gangbare Kompromisse nicht vorlagen, durchgefochten werden, auch wenn seine friedliche Beilegung aus staatspolitischen Gründen noch so wünschenswert gewesen wäre. Mit der grundsätzlichen Diskussion verzahnt war der politische Machtkampf, d.h. der Versuch der Linken, auf ihrem wirtschaftspolitischen Boden eine neue Mehrheit zu sammeln und mit ihr die Macht in die Hand zu bekommen. Es brauchte den schweren aussenpolitischen Druck des Jahres 1938, um hiervorübergehend einen eidgenössischen Burgfrieden zu schaffen. Bis dahin aber waren die Kolonnen in Bewegung und die Luft von Kampfsignalen voll, mochte auch jenseits der Grenzen vernehmlich das Gewitter grollen.

Wir haben in einem früheren Abschnitt versucht, den wirtschaftspolitischen Standpunkt der NZZ in der schweizerischen Krisendiskussion in grossen Zügen zu bestimmen. Er änderte sich im Grundsätzlichen nicht: man erwartete das wirtschaftliche Heil nicht vom Staate, wenn man auch nicht in jeder Phase der Debatte das anti-interventionistische Prinzip ritt. Wenn Eingriffe nötig waren, dann mussten sie der Wirtschaft gerecht werden, die Wiederankurbelung der Wirtschaft zum Ziel und zur Folge haben, nicht ihre Hemmung. Darin lag der Kern der Meinung des Blattes und nicht, wie man ihm vorwarf, in der Verteidigung der wirtschaftlichen Freiheit in jeder Situation und *coûte que coûte*. «Abbaupolitik», so wie man sie hier verstand, hiess in erster Linie Senkung überhöhter Preise und der Lebenskosten, durch die man die internationale Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft ohne Abwertung des Frankens zu stärken hoffte. Vor allem in diesem Bereich sah man ein Betätigungsfeld für die Hand des Staates. Dass man mit der Verfechtung des Primates der volkswirtschaftlichen Allgemeininteressen schwersten Anfechtungen und Missdeutungen ausgesetzt war, konnte man in der erhitzten Atmosphäre einer öffentlichen Diskussion nicht verhindern, die sich oft weniger um die Wirtschaftspolitik als Ganzes als um Sonderinteressen drehte und wo mit der demagogischen Simplifizierungs- und Schlagworttaktik politisches Kapital zu machen war.

Nach dem ersten negativen Volksentscheid zum Thema der wirtschaftlichen «Anpassung» vom Mai 1933 warf die sogenannte Kriseninitiative ein Jahr später von Neuem den Zündfunken in die Diskussion. Sie verlangte Massnahmen gegen jeden Lohnabbau, verfassungsmässigen Preisschutz und die Sicherung einer ausreichenden Existenz für alle von Staates wegen. Auch wenn nicht die politische Sozialdemokratie als ihr hauptsächlichster Promotor in Erscheinung trat, sondern die Gewerkschaften und andere Arbeitnehmerorganisationen, und ein beträchtlicher nichtsozialistischer Anhang ihnen zu folgen gewillt war, hielt man in der NZZ von Anfang an mit der Qualifikation «sozialistisch» für diesen Vorstoss nicht zurück und sorgte dafür, dass «der Katze diese Schelle umgehängt» blieb. Der öffentlichen Hand die Verantwortung für die Stabilisierung eines Lohnniveaus zu übertragen, das die Wirtschaft selber nicht mehr zu halten vermochte, hätte zu schwerster Belastung des Staatshaushaltes und in natürlicher Konsequenz zur staatlichen Planung und Lenkung führen müssen. Stand «volkswirtschaftliche Ahnungslosigkeit» dem Entwurf zu Gevatter, die Illusion, man könne «mit Papier gegen die unerbittlichen Tatsachen der Wirtschaftslage ankämpfen», oder war hier bewusst ein Etappenziel auf dem Weg zum sozialistischen «Plan der Arbeit» visiert? Deutlich genug fand man darin jedenfalls den «sozialistischen Wahnglauben an die Allmacht des Staates» ausgedrückt, deutlich genug sagte einem auch die volkswirtschaftliche Vernunft, dass mit dieser Vorlage nicht nur die Industrie, vor allem die Exportwirtschaft, «zugrunde politisiert» würde, sondern dass damit auch die Währung zur Diskussion und in Frage gestellt war.

Für die Verwirklichung eines staatssozialistischen Programms in globo war bis dahin eine Mehrheit in der Schweiz nicht zu finden gewesen. Würde es der Sozialdemokratie gelingen, diese Mehrheit für ein Teilprogramm zusammenzubringen? Ein Einbruch in den linken Flügel des Bürgertums schien ihr damit jedenfalls zu gelingen. Mit der aus taktischen Erwägungen heraus wie unter dem Zwang einer zeitgemässen «Anpassung» eingeleiteten Programmrevision

versuchte die Sozialdemokratie überdies ihre Attraktionskraft auf nichtsozialistische Wählerschichten zu steigern, indem sie den integralen Marxismus in den Hintergrund schob und, wie man in der NZZ glossierte, ihre «Schaufenster neu dekorierte»: «Der bunt kolorierte Reklamekatalog, „neues Programm“ geheissen, ist grosszügig und verspricht jedem etwas.»

Angesichts solcher wirtschafts- und machtpolitischer Perspektiven war für die NZZ das dezidierte «Nein» gegeben. Selbst wenn Teile seines bäuerlichen Flügels und der Angestelltenschaft sich hier zur Linken schlugen, hielt man das Bürgertum noch für kräftig genug, einen Teilausverkauf seiner wirtschaftspolitischen Überzeugung und seiner politischen Positionen zu vermeiden. Der Kampf um die Entscheidung über die Kriseninitiative war freilich ausserordentlich hart, und man hatte gegen Schlagworte, in die sich das sozialistische Programm, weniger aber die Argumente für seine Ablehnung komprimieren liessen, einen schweren Stand.

Die Ablehnung der Initiative am 2. Juli 1935 durch eine zwar eindeutige, aber recht heterogene Volksmehrheit glaubte man im Blatte mit einiger Sicherheit als ein Verdikt gegen den «uferlosen Ausbau des Staatssozialismus», gegen eine «schrackenlose Pumpwirtschaft nach amerikanischem Muster» (New Deal) und gegen ein Währungsexperiment deuten zu können. Zweifelhaft war allerdings, ob diese Mehrheit sich über ein positives Programm der Krisenbekämpfung einigen konnte.

Von einer umfassenden offiziellen Konzeption dieser Politik konnte nicht wohl gesprochen werden, obschon die bundesrätliche Botschaft zur Kriseninitiative wie auch eine aufsehenerregende Aarauer Rede von Bundesrat Schulthess Hinweise auf eine Konjunkturpolitik enthielten, mit der man allmählich aus der Krise herauszukommen hoffte. Die NZZ begrüsst denn auch den Inhalt der Botschaft zur Kriseninitiative und suchte sie aus der demagogischen Verzerrung zu befreien, der sie mitsamt dem von Schulthess entworfenen Aarauer Programm – von der Linken zum «Hungerprogramm» gestempelt – ausgesetzt war.

Die Widerstände waren zweifellos gross. Aber noch schwerer wog die Notwendigkeit, dass nun endlich gehandelt wurde, und zwar im Grossen und mit dem Willen zu einer «aktiven Konjunkturpolitik», der das Übel an den Wurzeln anfasste. Das war die nachdrücklich vertretene Forderung des Blattes nach der Abstimmung über die Kriseninitiative. Die Situation war dringend und alternativ geworden. Mit verzettelten Stützungs- und Linderungsmaßnahmen war sie nicht zu meistern. Ging man den Weg der wirtschaftlichen Anpassung und der aktiven Konjunkturpolitik nicht, dann blieb nur der andere, die Anpassung der Währung, übrig – die bereits dadurch, dass sie in Diskussion gezogen worden war, der Spekulation ausgesetzt wurde –, ein Weg, den zu beschreiten man in der NZZ entschieden warnte.

Aber das entschlossene Handeln unterblieb. Die Programme wurden differenziert und dem Willen einer öffentlichen Meinung halbwegs angepasst, die vor einer entschiedenen Anpassungspolitik zurückschreckte – aber sie wurden nicht in Kraft gesetzt. Neue Diskussionen entflamten. In der NZZ schrieb Dietrich Schindler-Huber eine Artikelserie von achtunggebietender Grundsatzfestigkeit, die scharfe Kritik übte an der halbherzigen, unentschiedenen Politik des Bundesrates, einer Politik, «die sich heute mit den Up-pen zum liberalen Prinzip bekennt und morgen mit der Tat wieder dem Staatssozialismus Konzessionen macht». Robert Ottinger, der als Handelsredaktor am Blatt die schweizerische Wirtschaftspolitik betreute, wiederholte die alte Forderung einer aktiven Konjunkturpolitik, die dem wirtschaftlichen Schrumpfungsprozess Halt gebieten konnte und die zugleich auch die segensreichste Sozialpolitik sein musste und auf die Dauer die Misere sicherer bannen konnte als staatliche Fürsorge allein. Die «Initialzündung» einer neuen Konjunktur konnte nicht von der Binnenwirtschaft kommen in einem Land, wo der Export eine ausschlaggebende Rolle spielte; der Schlüssel lag in der Förderung des Exports, die darauf angelegt war, die schweizerische Industrie wieder an die Weltmärkte zurückzubringen. Und die Methode konnte nicht in einer immer weiter ge-

triebenen protektionistischen Politik der Abschliessung, sondern nur in einer liberaleren Ein- und Ausfuhrpolitik liegen, auch wenn damit das überhöhte Preisniveau im Inland gesenkt werden musste. Die Aussichten – so konnte man bereits zu Anfang 1936 schreiben – waren in dieser Richtung nicht schlecht, da sich die Weltwirtschaft aus ihrer Depression nun sichtbar herauszuarbeiten begann.

Diskussionen und Einsichten in einer dringlichen Situation, die ohne Folgen blieben und es nicht vermochten, nach der Ablehnung der Kriseninitiative das politische Handeln auf Grund einer klaren Konzeption zu fördern! Unbehagen griff um sich; das Klima ist durch den Titel «Sommer des Missvergnügens» genügend gekennzeichnet, den die NZZ im Juli 1936 über eine unverhohlene redaktionelle Kritik an der Inaktivität der Landesregierung setzte, aus der die Besorgnis nicht nur über die wirtschaftspolitische Kurslosigkeit, sondern auch über ihre möglichen politischen Folgen deutlich sprach:

«Nichts kann der Demokratie gefährlicher werden als die Atmosphäre unfassbar schleichenden Missbehagens, in der die Giftpflanzen aller staatsbürgerlichen Untugenden gedeihen. Die Entwicklung treiben zu lassen, würde bedeuten, dass dieser „Sommer des Missvergnügens“ einst eine politische Ernte bringen könnte, die kein um das Wohl des Landes aufrichtig besorgter Eidgenosse bergen möchte ... Es gibt eine Sommerruhe der eidgenössischen Politik – es kann keine Ferien von der Verantwortung geben.»

Der Sommer nahm ein unvermutetes, unerwünschtes und dramatisches Ende. Am 26. September 1936 wertete der Bundesrat den Schweizerfranken um 30 Prozent ab und beschritt damit den «andern», den währungspolitischen Weg der Anpassung. Nach der Abwertung des französischen Franc am Vortag hatte aus Bern zuerst verlautet, der Bundesrat werde an seiner bisherigen Währungspolitik festhalten, wie er das schon verschiedene Male proklamiert hatte. Gestützt darauf hatte die NZZ für ihre zweite Sonntagsausgabe noch einen beruhigenden Kommentar geschrieben. Drei Stunden nach Erscheinen der ersten Mitteilung kam der Bericht über die Sitzung des Bundesrates mit dem Abwertungsbeschluss; in dem noch

ungedruckten Rest der Auflage des Sonntagblattes ersetzte man die Meldung samt Kommentar, dass alles beim Alten bleibe, durch das Communiqué über den Vollzug der Umwälzung.

Als entschlossene Gegnerin der Abwertung, die sie immer gewesen war, gehörte die NZZ zu den «Geschlagenen» des Tages und war, wie jedermann an diesem Samstag, «aus den Wolken gefallen». Vom journalistischen Standpunkt aus konnte man es eine «ehrenvolle Niederlage» nennen, denn man hatte im Blatt immer wieder deutlich hervorgehoben, dass eine Abwertung die einzige Alternative war, wenn man den Mut zur Anpassung nicht finde; man hatte sich in dieser Hinsicht den Blick durch die ziemlich dissonante Diskussion um einen «dritten Weg» nicht trüben lassen. Dass man in seinem wirtschaftspolitischen Glauben von der bürgerlichen Regierung selber desavouiert worden war, das konnte man freilich nicht verhehlen. Von der bitteren Kritik, die nahegelegen und die manches schwerwiegende Argument für sich gehabt hätte, vor allem das eine, dass diese Abwertung angesichts der sich bessernden Lage der Exportwirtschaft gar nicht mehr notwendig gewesen wäre, von solcher Kritik wandte man sich aber sehr rasch, schon im ersten Kommentar, weg und richtete den Blick auf die nun zu treffenden wirtschaftspolitischen Massnahmen und auf die politischen Konsequenzen des 26. Septembers. Es kam dem Blatt zugut, dass es, obwohl es seine Ablehnung einer Abwertung immer eindeutig ausgedrückt hatte, doch nie die Frage aufs Äusserste dramatisiert, nie den «Währungsabgrund» und andere pessimistische Visionen in diesem Zusammenhang beschworen hatte. Man hatte sich damit die Freiheit gewahrt, auch in der neuen Situation wieder mitreden zu können.

Nun war «die Stunde der Regierung» gekommen. Auf ihr lag die Verantwortung dafür, dass das Experiment gelang, dass das Währungsoffer, das die grosse Masse der Betroffenen in Disziplin auf sich genommen hatte, auch jene Folgen für die Wirtschaft zeitigte, die man von ihm erwartete, dass die Abwertungsvorteile festgehalten wurden. Man musste es der Regierung nun ermöglichen,

den wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten entsprechend zu handeln, und ihr die politischen Pressionen ersparen, die sie früher vom vorgenommenen Kurs dauernd abgelenkt hatten:

«Die beste Politik nach dem 26. September ... ist zweifellos *möglichst wenig Politik* – sofern darunter jene Formen und Mittel der politischen Aktivität zu verstehen sind, von denen wir in den letzten Jahren gerade in der nie abbrechenden Auseinandersetzung um den Kurs der schweizerischen Wirtschaftspolitik so viele und bezeichnende Müsterchen erlebt haben.»

Öffnete die vollzogene Abwertung der schweizerischen Politik grundsätzlich neue Möglichkeiten? Einen Augenblick lang war man geneigt, es zu hoffen. Die öffentliche Auseinandersetzung zwischen der Linken und dem Bürgertum war nun von einer Hypothek befreit, die sie schwer belastet hatte, zu schwer angesichts der Notwendigkeit einer innenpolitischen Verständigung: die Frage der wirtschaftlichen «Anpassungspolitik», die die Geister so gründlich geschieden und die offensichtlich keiner Seite einen Kompromiss gestattet hatte, war auf dem «kalten Wege» nun generell gelöst, das unverdauliche Problem schweizerischer Politik damit vorläufig, so meinte man, aus der Diskussion ausgeschieden. War damit die Möglichkeit eines «Burgfriedens», einer «Sammlung aller aufbauwilligen Kräfte» in die Nähe gerückt?

Das Stichwort dazu war auf der Linken bereits ein paar Wochen nach der Abwertung von der sogenannten «Richtlinienbewegung» gegeben worden, die Gewerkschaften, Angestelltenverbände und einen Flügel der Bauernschaft im Zeichen eines «Aufbauprogramms» und eines eindeutigen vaterländischen Bekenntnisses sammeln wollte und die Parteien der Linken und der Mitte einlud, sich dieser Front der «aufbauwilligen Kräfte» einzugliedern. Man zeigte für diese Initiative am Blatt sofort ein betontes Interesse; die Würdigung ihrer positiven Seiten und eine die zweifelhaften Perspektiven dieses Vorstosses bereits vorwegnehmende Kritik waren in der ersten redaktionellen Äusserung darüber gemischt. Wer hätte die Zeichen einer geistigen Umstellung der Arbeiterschaft, eines dort sich in unver-

fänglicher Weise äussernden «Willens zur Volksgemeinschaft» freudiger begrüssen können als ein Blatt, dessen Leidenschaft immer der schweizerischen Nation und ihrem Staat gegolten hatte, dessen Gesichtspunkt in so ausgesprochenem Masse der staatspolitische, dessen erstes Anliegen und dauernde Mahnung in diesen Jahren der inneren Krise die Einigkeit und Loyalität der Bürger gegenüber dem Staat war?

«Es wäre etwas Grosses, wenn es uns gelänge, auf Schweizerboden den Chauvinismus der Klasse – das ist der Marxismus – derart zu überwinden, wie wir den Chauvinismus der Rasse überwunden haben, und auf sozialem Gebiet dasselbe brüderlich-achtungsvolle Nebeneinander der Stände zu verwirklichen, wie es unter den unsere Eidgenossenschaft bildenden Nationalitäten herrscht.»

In den Grundsätzen der «Richtlinienbewegung» hatte die «vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie» und die «positive Einstellung zur Landesverteidigung» verbindlich formulierten Ausdruck gefunden. Wer sie annahm, der stellte sich auf jenen Ideenboden, auf dem das national und demokratisch gesinnte Bürgertum in weit überwiegender Mehrheit in den vergangenen Jahren immer gestanden hatte. War die Sozialdemokratie so weit, dass sie diesen Schritt ohne Hintergedanken tun konnte? Das setzte voraus, dass sie das «marxistische Zersetzungsgift» endgültig ausgeschieden, die immer noch militanten Antimilitaristen aus ihren Reihen ausgeschlossen, den Strich unter ihre klassenkämpferische Tradition gezogen hätte. Das tat sie nicht. Die Nicole, Schneider und ihr antimilitaristischer Anhang wirkten noch immer innerhalb der Partei, das alte Vokabular stand mancherorts noch immer in Kraft, wenn auch «die schweizerischen Sozialisten heute alle ein grosses Schweizerkreuz auf das Rot ihrer marxistischen Gesinnung geklebt haben». Gegen die Wendung der Gewerkschaften zum nationalen Gedanken hin hatte die Sozialdemokratie im ersten Augenblick heftig reagiert. Dann hatte sie sich, «ungereinigt» und mit all ihren ungelösten ideologischen und internen Problemen, zur neuen Fahne geschlagen. Darin vermochte man auf der NZZ nichts anderes als die seit 1934 ge-

übte Taktik und eine rein machtpolitisch bedingte Wendung zu erkennen. Wenn die «Sammlung aller aufbauwilligen Kräfte» sich diese Sozialdemokratie tale quale und ohne Bedingungen zu stellen einverleibte, dann wurde dadurch ihr demokratisches Bekenntnis aufgeweicht, und eine Beteiligung des Bürgertums wurde fraglich. «Die globale Aufnahme einer ungereinigten Sozialdemokratie», so hielt die NZZ im Dezember 1937, vor dem Anschluss der SPS an die Richtlinienbewegung fest, würde aus dieser Bewegung «ein Gebilde machen . . . , mit dem das nationale Bürgertum oder auch nur Teile des nationalen Bürgertums nichts mehr zu tun haben könnten, ohne Schaden an ihrer Seele zu nehmen.»

Die Skepsis der NZZ gegenüber der Richtlinienbewegung und ihre schliesslich ablehnende Haltung wurde vor allem durch zwei grundsätzliche Bedenken weiter gefördert, die im Kern schon im ersten Kommentar zur Sache enthalten waren und die im Verlauf von ein paar Wochen das Übergewicht gewannen. Erstens wurde es deutlich, dass das wirtschafts- und sozialpolitische Programm, an das sich die Richtlinienbewegung band, in wesentlichen Zügen dem der abgelehnten Kriseninitiative verwandt und von Neuem wieder auf «Wirtschaftsbelebung durch Staatsallmacht» eingeschworen war, wie man im Blatt kritisierte. Die Hoffnung, der Streit zwischen «Interventionisten» und «Liberalen» sei durch die Abwertung vorläufig beigelegt oder wenigstens sistiert, wurde dadurch zur Illusion; resigniert stellte man ein Vierteljahr nach dem 26. September fest, dass er offenbar eine unvermeidliche Gegebenheit schweizerischer Politik sei. Die erste Aktion der Bewegung, eine rein politisch zu verstehende Forderung nach einem höhern Milchpreis, zeigte denn auch bereits ihr «sichtbares Abgleiten ... in die Geleise einer wirtschaftlichen Interessenpolitik».

Das zweite Bedenken war grundsätzlicher politischer Natur. Der Sammlung der Linken und ihrer Werbung um die bürgerliche Mitte lag der Volksfrontgedanke zugrunde, der in diesem Jahre 1936 in Frankreich politische Gestalt gewonnen hatte. Wohl war in der schweizerischen Version dieses Modells der moskauhörige Kommu-

nismus auf unmissverständliche Weise eliminiert, mochte auch die Einbeziehung einer «ungereinigten» Sozialdemokratie diese Trennlinie in bestimmter Hinsicht wieder etwas verwischen. Deutlich erkennbar aber wurde die Absicht, einen über die marxistischen Parteien gegen die Mitte hin erweiterten «Linksblock» zu schaffen, dem die Mehrheit und die Macht zufallen sollte, und ihn einem «Rechtsblock», d.h. dem schweizerischen Konservatismus gegenüberzustellen, den die Linke seit langem als «halbfascistisch» zu diskreditieren versuchte. Für diese neue Konzeption schweizerischer Politik hatte die NZZ nichts übrig. Abgesehen davon, dass sie die Sozialdemokratie noch nicht als koalitionsreif beurteilte und sie nicht als Partnerin gegen die Konservativen ausgetauscht wissen wollte, mit denen der Freisinn nun immerhin seit Jahrzehnten im Bunde auf dem Boden einer liberalen Verfassung zusammengearbeitet hatte, abgesehen davon wäre einem derartigen politischen Schema die Mitte geopfert worden, und dazu konnte man sich aus staatspolitischen Gründen nicht verstehen. Denn diese bürgerliche Mitte, die den Staat in seiner gegenwärtigen Form geschaffen hatte und die noch immer sein Hauptträger war, hatte es in erster Linie zu verhindern vermocht, dass die Nation in «Links» und «Rechts» zerfallen und auf jenen abschüssigen Weg geraten war, der erfahrungsgemäss beim einen oder beim andern Extrem zu enden pflegte. In dieser Funktion war sie weiterhin notwendig, und man traute ihr am Blatte die Fähigkeit zu, sie auch in Zukunft zu erfüllen.

Aus der ursprünglichen Hoffnung auf eine «Union nationale» war die Frage nach dem Beitritt zu einem «Linksblock» geworden, d.h. wiederum die Frage der Option, und die Antwort an die Linke war unter diesen Umständen keine andere als die, die man 1933 der Rechten gegeben hatte. Dies umso mehr, als die Richtlinienbewegung ihre politischen und wirtschaftlichen Grundsätze weder zu diskutieren noch weiter zu entwickeln bereit war und sie nur «à prendre ou à laisser» offerierte. Die Antwort war folgerichtig: «à laisser».

Wiederum trat dabei im Übrigen, wie schon 1933, die Rücksicht auf das Ganze der Eidgenossenschaft am Blatt in ihr Recht. Wie

damals für die Fronten war auch für die Richtlinienpolitik das Welschland und sein Problem einfach inexistent. Im welschen Bürgertum aber herrschte nicht zuletzt unter dem Eindruck des französischen Volksfrontregimes keinerlei Neigung zu einem Zusammenschluss mit der Linken; im Gegenteil war dort die bürgerliche Sammlung zur Abwehr des Sozialismus in vollem Gange. Ein deutschschweizerischer «Linksblock» à la Richtlinien hätte in der föderalistisch versteiften Westschweiz das Problem «Bern» noch kritischer und explosiver machen müssen, als es ohnehin schon war.

Lie Summe dieser Argumente brachte das Blatt nicht nur nach aussen zur Geltung, sondern auch in der internen Diskussion, in welcher der Freisinn seine Haltung gegenüber der Richtlinienbewegung zu klären suchte. Man kam nicht darum herum, auch mit jenem Flügel der Radikalen die Klinge zu kreuzen, der sich schon seit der Kriseninitiative für den Gedanken einer Zusammenarbeit mit der Linken in hohem Mass empfänglich gezeigt hatte und der bereit war, auch eine unentschiedene und innerlich zwiespältige Sozialdemokratie als Koalitionspartner zu akzeptieren. Vor allem riefen die Vorstösse von Dr. Walter Stucki in dieser Richtung im ersten Halbjahr 1937 die NZZ auf den Plan; in der Auseinandersetzung mit der von ihm vertretenen Tendenz erhielt die Stellungnahme des Blattes besonders scharfes Profil. Die Entscheidung fiel schliesslich zugunsten der von der NZZ gehaltenen Linie: der Freisinn verzichtete auf den Anschluss an die Richtlinienbewegung und distanzierte sich von jeder Volksfrontkombination; er betonte seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie in Sachfragen, wo sich der Mitarbeitswille der Linken vorerst bewähren sollte, lehnte es aber ab, ihr in den «Richtlinien» formuliertes Bekenntnis zu Demokratie und Landesverteidigung gewissermassen auf Vorschuss bereits mit der Einbeziehung von Sozialisten in die Regierungskoalition zu belohnen.

Besteht ein Widerspruch in der Haltung der NZZ zwischen dem Aufruf zur nationalen Einigkeit, den das Blatt so oft und in so ein-

dringlicher Form erliess, und seinem Zögern, der Linken entgegenzukommen, seinem hartnäckigen Beharren auf den Forderungen des Bürgertums an die Sozialdemokratie, seinem scheinbaren Unverständnis für die schwierige und heikle Lage einer Partei, die ihrer Ideologie und ihrer Vergangenheit abschwören musste und das nur Schritt für Schritt und unter schweren inneren Krisen zu tun vermochte? Wir haben versucht, die Gründe und Argumente für diese Haltung des Blattes namhaft zu machen. Sie sind, jedes für sich, stichhaltig genug, wenn man sich nur in die Atmosphäre der politischen Auseinandersetzung dieser Jahre einfühlen oder zurückfühlen kann, die vom Kampf, und oft genug von was für «handgreiflichem» Kampf, bestimmt war, und in der zarte Rücksichtnahme schlecht vergolten worden wäre. Die Sprache der politischen Auseinandersetzung ist nun einmal die Polemik, und wer sie nicht als «journalistische Fehde» abschätzt, sondern in ihr das Streitgespräch vernimmt, der wird ihr in diesem Falle nicht absprechen, dass sie wesentlich zur Klärung der Grundlagen eines nationalen Zusammenschlusses beigetragen, dass sie gerade durch ihre Insistenz den geistigen Entwicklungsprozess der Sozialdemokratie besser gefördert hat, als wenn man aus innenpolitischem Ruhebedürfnis mit Halbheiten vorliebgenommen hätte. In diesem Sinn mass man am Blatt, nicht erst aus dem Rückblick, der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie eine «erzieherische» Funktion bei, von der man sich nicht vorzeitig entbunden fühlen konnte.

Im Übrigen aber – das wird man nicht vergessen dürfen – repräsentierten die bürgerlichen Parteien die Mehrheit des Volkes, und die Mehrheit hatte das Feld auszumachen, auf dem sie sich mit der Minderheit finden konnte und wollte, so wie sie in den Kontroversen nach dem Gesetz der Demokratie schliesslich ja auch die Entscheidungen fällt. Die NZZ verstand das Postulat der nationalen Einigung nie in dem Sinn, dass es vom liberalen Bürgertum das Opfer seiner geistigen und politischen Identität verlangt hätte. Dass dieses Bürgertum seine Position verteidigen und sie einigermassen intakt bewahren konnte, mag von seiner inneren Kraft und der Kraft der schwei-

zerischen Demokratie überhaupt zeugen, die auch in einer aussenpolitisch kritischen Zeit den innenpolitischen Kampf nicht zu scheuen brauchte, weil er, so wusste man, sie nicht bis ins Innerste zerriss.

Verglichen mit der lebhaften Bewegung auf dem linken Flügel erscheint die Front der «Fronten» in den Jahren nach 1934 eher als ein Nebenkriegsschauplatz. Die politische Schlacht war dort geschlagen und die Entscheidung vorläufig gefallen. Das eine grössere Scharmützel, das die «Fronten» auf eidgenössischem Boden noch auslösten, galt dem liberalen Prinzip der Glaubens- und der Vereinsfreiheit, das sie mit ihrer Initiative für ein Verbot der Freimaurerlogen attackierten. Sie holten sich damit in der Volksabstimmung im November 1937 eine Niederlage, wie sie eindeutiger kaum hätte ausfallen können. Gegen die Sündenbockmystik, aus der sie hier noch einmal politisches Kapital zu schlagen versuchten, war die Öffentlichkeit nun sichtbar in hohem Masse gefeit, nicht zuletzt wohl dank ihrer Immunisierung durch die Presse. Die Haltung der NZZ in einer Frage, die einen Kernsatz der liberalen Verfassung betraf, war zum vornherein klar und bedarf weder einer Begründung noch einer Apologie gegen die Verdächtigungen, die sich in dieser Auseinandersetzung erwartungsgemäss gegen sie richteten.

Wenn man nach dieser Abstimmung die moralische Verurteilung des Frontismus durch eine überwältigende Mehrheit des Volkes als ein gesichertes Faktum buchen konnte, so hiess das doch nicht, dass die nationalsozialistischen Ilarste von der schweizerischen Wastatt verschwunden waren. Ein politisches Problem sah man in ihnen schon nach 1934 zwar nicht mehr, nachdem ihnen die Massen ihre Gefolgschaft versagt hatten. Aber der Kern von Fanatikern, der in diesen zahlenmässig reduzierten Gruppen eine nicht recht durchsichtige Aktivität entfaltete und dessen Loyalität dem Staat gegenüber schweren Zweifeln ausgesetzt war, verlangte weiterhin alle Aufmerksamkeit. Die NZZ liess es sich jedenfalls angelegen sein, auf diesem Sektor nicht den vorzeitigen Eindruck einer Beruhigung und die irrije Meinung aufkommen zu lassen, das Frontenproblem

sei allein durch die Haltung der öffentlichen Meinung bereits liquidiert. Als ein Stützpunkt des Nationalsozialismus blieb auch eine kleine Minderheit eine Gefahr für das Land. Sie blieb bestehen, weil und solange die frontistischen Erneuerer die Aufmerksamkeit und Gunst des Nationalsozialismus im Reich genossen, sich auf seine erstaunlichen, ja überwältigenden aussenpolitischen und später auch militärischen Erfolge stützen und die Hoffnung hegen konnten, dass ihnen die Macht in der Schweiz doch noch als Abfallsprodukt der durch den Dynamismus Hitlers in Gang gebrachten Umwälzungen zufallen könnte.

Man hatte im Frontenjahr die geistige Abhängigkeit dieser Art von Erneuerungsbewegung vom Dritten Reich herausgestrichen. 1936 und 1937 erhielt man Beweise für materielle Bindungen bestimmter Organismen der «Front» an die Zentralstellen der deutschen Auslandpropaganda in die Hand. Dass die NZZ einer derartigen Selbstdiskreditierung der schweizerischen Nationalsozialisten keine Hindernisse in den Weg legte, sondern mit der nötigen Publizität nachhalf, versteht sich. (Mit dem gleichen Artikel, der die erste dieser Enthüllungen, den «Fall Eisenegger», kommentierte, erntete die NZZ übrigens in der «Front» die Qualifikation «sozialistisch», im «Volksrecht» die Note «fascistisch», was man mit einigem Behagen unter der Rubrik «Humor des Tages» registrierte und was ein Indiz dafür abgeben mag, wie freigebig die Rechte wie die Linke ihre standardisierten polemischen Adjektive in jenen Tagen verteilten.)

Was aber anlässlich derartiger Enthüllungen wieder in den Vordergrund des Bewusstseins trat, war die hier gegebene Möglichkeit einer fremden Einmischung in die innere Politik der Schweiz. In dieser Beziehung lag die Reizschwelle der NZZ dauernd ausserordentlich tief, und das nicht erst seit dem nazistischen Putsch in Wien vom Juli 193T, den man sich als politische Lektion so sehr zu Herzen nahm. Schon zu Anfang jenes Jahres hatte das Blatt mit äusserster Heftigkeit und Schärfe auf die Gründung nationalsozialistischer Gruppen unter den Schweizern in Deutschland reagiert, die

Caratsch aus Berlin gemeldet hatte. Noch hatte man nicht die Auswirkungen der Tätigkeit einer «Österreichischen Legion» in Bayern vor Augen, aber man witterte sogleich die Möglichkeiten, die der nationalsozialistischen Politik mit derartigen Instrumenten auch gegen die Schweiz in die Hand gegeben waren. Man forderte mit Nachdruck sofortiges und durchgreifendes Handeln von der Regierung, damit dieses «Spiel mit dem Landesverrat» nicht verhängnisvolle Konsequenzen zeitigte; den Auslandschweizern mussten in ihrem Interesse die Grenzen der Toleranz des Heimatstaates kenntlich gemacht werden, und sie mussten wissen, dass der moralische Verzicht auf das schweizerische Bürgerrecht, der in der Agitation gegen die eigene Heimat beschlossen war, auch rechtlich wirksam gemacht werden konnte. Wenn die Gesetzbücher nichts dergleichen vorsahen, musste man unter dem Gesetz der Notwehr handeln, aber jedenfalls handeln. Man war in der NZZ alarmiert, wie die Stellungnahmen des Chefredaktors und des Bundesstadtdirektors deutlich zeigten. Nicht so in Bern, wo die politischen Antennen offenbar nach der Gründung einer schweizerischen SA in Berlin keine Gefahr registrierten. «Gute Nerven», überschrieb man daraufhin im Blatt in zweideutig-ironischer Weise den Kommentar über die Berner Reaktion:

«Gute Nerven sind sehr wertvoll, wenn sie sich mit einem feinen Sensorium und sicherem Instinkt paaren – Eigenschaften, deren auch schweizerische Staatsmänner in diesen Zeiten ebenso bedürfen wie der Fähigkeit gewissenhaften und umsichtigen Administrierens.»

Die Worte bezogen sich zu deutlich auf die konkrete Situation, als dass man sie als eine allgemeine Belehrung hätte verstehen können. Es war im Übrigen weder das erste noch das letzte Mal, dass man auch auf aussenpolitischem Gebiet im Blatt den Ruf nach einer handelnden Regierung erhob, gleich wie wir es im innenpolitischen Sektor verzeichnet haben. In jedem Fall war darin eingeschlossen eine Kritik an der helvetischen Gepflogenheit reinen Administrierens auf der Regierungsebene, die man nun, in einer Zeit der politischen

Dauerkrise, oft als so verzweifelt unzeitgemäss empfand. Über solche Divergenzen in der Beurteilung der Lage und «temperamentmässigen» Unterschiede zwischen Regierung, Diplomatie und Presse wird in anderem Zusammenhang noch die Rede sein.

Was die schweizerisch-deutschen Beziehungen betraf, so war man an der NZZ jedenfalls während all dieser Vorkriegsjahre ständig auf dem «Qui-vive» und rasch in der Reaktion auf verdächtige «Geräusche» – wie es das Wächteramt verlangte, zu dem der politische Journalist bestellt war und ist. Man wahrte sich, entsprechend dem allgemeinen Urteil, das man sich über den Charakter der nationalsozialistischen Politik gebildet hatte, die Freiheit der Skepsis auch den offiziellen deutschen Friedensbeteuerungen gegenüber, die mancher Diplomat, unter ihnen auch der eine oder andere schweizerische, wörtlich zu nehmen neigte. Man registrierte und würdigte natürlich die Versicherung eines Goebbels an Motta im September 1933 («Man könnte sich Europa nicht mehr vorstellen ohne die Schweiz . . . Das Reich würde die grösste Abenteuerpolitik betreiben, . . . wenn es den Anspruch erheben wollte, sich alle Bevölkerungen deutscher Rasse und Zunge einzuverleiben . . .»), des Führerstellvertreters Hess gleichzeitige allgemeine Erklärung («dass kein ernsthafter Mensch in Deutschland daran denkt, die Unabhängigkeit anderer Staaten auch nur anzutasten . . .»), Hitlers Beteuerung an alt Bundesrat Schulthess im Februar 1937 («Zu jeder Zeit, komme was da wolle, werden wir die Unverletzlichkeit und Neutralität der Schweiz respektieren»). Man nahm diese Botschaften zur Kenntnis, aber nicht zur Richtschnur des Urteils und suchte die Wirklichkeit nicht in ihnen. Die Kommentierung im Auslandteil gab klare Auskunft über die Meinung, die man am Blatt im allgemeinen von den Verbalmanifestationen der Nationalsozialisten hatte, und man gab jeweilen zu erkennen, dass sie auch für die auf die Schweiz bezüglichen Geltung hatte. Als der Nationalrat im September 1933 über die schweizerisch-deutschen Beziehungen debattierte und durch Motta von den eben in Genf gefallenem freundlichen Worten Goebbels' unterrichtet wurde, kommentierte man im Blatt,

scheinbar unabhängig davon, an prominenter Stelle ähnlich lautende Erklärungen von liess mit der nachdrücklichen Einladung an die Berliner Instanzen, ihre Worte dadurch glaubwürdig zu machen, dass sie sich von jeder alldeutschen Propaganda und irredentistischen Aktivität eindeutig distanzierten. Der aufmerksame Leser stellte wohl von sich aus die nötige Querverbindung her und verstand die indirekte Antwort, die man in diesem Fall nicht gut direkt geben konnte. Im Übrigen sorgten die zahlreichen Grenzzwischenfälle und deutschen Übergriffe von 1933 bis 1935 dafür, dass ob den freundschaftlichen Versicherungen die Wachsamkeit nicht nachliess. Man förderte sie im Blatt auch dadurch, dass man wenigstens in Dosierungen von den weniger offiziellen, aber dafür an potentiellem Wirklichkeitsgehalt nicht geringeren aggressiven Äusserungen Kenntnis gab, die in der neudeutschen Rhetorik und Journalistik so üppig wucherten. Besonders scharf führte man die Auseinandersetzung 1936, als nach der Ermordung des nationalsozialistischen Agenten Gustloff durch einen jüdischen Emigranten die deutschen Zeitungen die Schweizer Presse in Anklagezustand versetzten und sie für die Tat, d.h. ihre «psychologische Vorbereitung» verantwortlich machen wollten. Davon wird im Zusammenhang der Pressepolitik noch die Rede sein.

Dass es in der Schweiz Zeitungen gab, welche die journalistische Wache zuverlässig hielten, ist wohl nicht ohne Bedeutung für die Geschicke des Landes geblieben. Hätte man die verhüllten und offenen ideologischen Angriffe gegen die Unabhängigkeit des Landes, die «geringfügigen» Verletzungen seiner Souveränität stillschweigend hingenommen, so hätte man sich folgenschwererer Zumutungen kaum mehr erwehren können, wie das Beispiel Österreichs auf tragische Weise vor Augen führte. Mit der entschiedenen Reaktion der schweizerischen Öffentlichkeit, und das hiess vor allem ihrer Presse, war dagegen von Anfang an die nicht zu überschreitende Linie festgelegt, und die Landesregierung hatte, wenn immer sie einzuschreiten für nötig fand, ihren festen Rückhalt in einer wohl vorbereiteten öffentlichen Meinung.

Die Wache beschränkte sich im Übrigen nicht auf die Nordgrenze. Nicht weniger peinliche Aufmerksamkeit liess das Blatt auch der Irredenta im Süden angedeihen, wo die «Adula» die Dinge 1935 so weit trieb, dass man von Amts wegen gegen sie vorgehen musste, und wo, jenseits der Grenze, eine auf das Tessin und Romanisch-Bünden gerichtete irredentistische Propaganda tätig blieb, die die wiederholten feierlichen Loyalitätsversicherungen des Duce in ihrem Wert nicht eben erhöhte. Auch wenn man die Gefahren im Süden schon wegen des vorläufig «harmloseren» aussenpolitischen Naturells des Fascismus nicht für so akut hielt wie die im Norden, wahrte man doch den nationalen Standpunkt der italienischen Schweiz in der NZZ mit Energie und trat der Irredenta immer wieder entgegen; wie sich der redaktionelle Beobachter dieser Zone am Blatt, Nicolo Biert, ausdrückte: «Weil es die Selbstachtung gebietet, müssen wir von Zeit zu Zeit die Luft reinigen.» Mit Eifer verfocht man im Februar 1938 die Sache Romanisch-Rätiens, als dem Rumantsch die Würde einer vierten Landessprache zuerkannt werden sollte und mit überwältigender Mehrheit vom Volk auch zuerkannt wurde; man machte in dieser Vorlage den Gegenzug gegen die ethnologisch und linguistisch verbrämten italienischen Aspirationen auf Graubünden kenntlich, und man demonstrierte mit der Betonung der sprachlichen Vielfalt der Schweiz gegen die völkische Ideologie.

Das Wort von den «freundnachbarlichen Beziehungen» zwischen Deutschland und der Schweiz drückte den Stand der Dinge zwischen den beiden Ländern sehr unvollkommen aus und hatte über die offizielle Sphäre hinaus wenig Bedeutung. Der Propagandakrieg und seine entschlossene Abwehr in der schweizerischen Öffentlichkeit, die tiefe gegenseitige Entfremdung gestalteten die Lage bisweilen heikel. Kein schweizerischer Publizist, der sich einen Sinn für das staatspolitische Interesse und für machtpolitische Proportionen gewahrt hatte, konnte es für wünschbar halten, dass dieser ideologische und psychologische Kriegszustand sich auch auf das Gebiet der offiziellen Beziehungen ausdehnte. Alles zu vermeiden,

was sie ernsthaft hätte stören können, war durchaus gute und angemessene Politik, solange dabei die eigene Souveränität unangetastet blieb; was die NZZ betrifft, so unterstützte und verteidigte sie die Landesregierung in dieser Bemühung bei jeder Gelegenheit.

Korrekte Neutralität war auch in dieser Lage die gegebene aussenpolitische Maxime. Als solche wurde sie in der Schweiz von keiner Seite ernsthaft in Frage gestellt. Wohl aber trieb die sozialistische Linke ihre antifascistische Kreuzzugskampagne bisweilen in einer Weise, die unter den gegebenen Umständen dieses aussenpolitische Prinzip hätte gefährden können. So gut die NZZ über ihre Haltung dem Totalitarismus gegenüber ausgewiesen war, so entschieden verwahrte sie sich gegen den Kreuzzugsgedanken. Zuerst stand die Sorge um die Unabhängigkeit des Landes. Es hätte kein wirksameres Mittel gegeben, sie zu gefährden und bei nächster Gelegenheit den Blitz auf sich zu ziehen, als wenn man die Schweiz zum Heerlager eines militanten Antifascismus gemacht hätte. Es gab den undiskutierbaren Willen, jeden Angriff auf die Unabhängigkeit der Schweiz abzuwehren; aber es gab «keine Selbstmordverpflichtung für die Demokratie».

Diese Position hielt man in der wilden Agitation, die von der Linken nach Ausbruch des Bürgerkrieges in Spanien im Zeichen der «Volksfront» und unter dem hier reichlich problematischen Kampfruf «Schutz der Demokratie» entfaltet wurde. Jene Demokratie, um die es in Madrid ging, war nicht die, für die man sich bis zum Letzten einzusetzen gewillt war, und sie konnte für den schweizerischen Liberalen nicht der Ansporn zu einem Kreuzzug sein. Abgesehen davon, dass man den Missbrauch des demokratischen Gedankens durch die Volksfrontbewegung und die darauf konstruierte «unhaltbare Alternative» von sich wies, hatte man der Agitation für Rotspanien in der Schweiz gegenüber vor allem auch die Forderung der schweizerischen Staatsräson entgegenzuhalten. Sie verbot mehr denn je die Teilnahme an fremden Händeln in einer in zwei ideologische Blöcke gespaltenen Welt. Der Bundesrat hatte in ihrem Sinn gehandelt, als er der Reisläuferei einen Riegel steckte und die über-

bordende Agitation vor allem der Kommunisten in staatspolitisch erträgliche Grenzen wies, und man verteidigte im Blatt seine Massnahmen konsequent gegen die Vorwürfe der Linken, man habe ihre Freiheit beschnitten. Den Umfang dieser Freiheit in einer aussenpolitisch kritischen Zeit zu bestimmen, mochte heikel sein; schrankenlos aber konnte man sie nicht lassen, wenn sie durch Missbrauch den Staat in Gefahr brachte. Demokratie und staatspolitische Disziplin waren nicht unvereinbar für den, der wirklich und ohne Hintergedanken das Heil seines eigenen Staates im Sinn hatte. Nichts anderem als dieser «disziplinierten Demokratie» galten in den Augusttagen 1936 die Mahnungen der NZZ an die Linke und ihre staatspolitisch verstandene Warnung vor der antifascistischen Kreuzzugspredigt, die dort denn auch – ein Zeichen zunehmender staatspolitischer Reife – nicht auf durchwegs steinigem Boden fielen.

Mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, noch mehr aber mit der Inkraftsetzung von Sanktionen gegen Italien im abessinischen Konflikt hatte die im Völkerbund verankerte schweizerische Politik einer «differenzierten Neutralität» ihre problematischen Aspekte offenbart. Wir haben die Überlegungen erwähnt, die man sich am Blatt zur Frage der Sanktionen machte. Sie rückten grundsätzlich das staatspolitische Interesse der Schweiz in den Vordergrund und gaben ihm den Vorrang vor der unbedingten Erfüllung der Ansprüche, die das Prinzip der Solidarität stellte. «Fiat iustitia, pereat Helvetia» konnte jedenfalls nicht der Grundsatz einer in erster Linie auf die Erhaltung der Unabhängigkeit des Landes verpflichteten Aussenpolitik sein.

Man hatte sich 1935 noch leidlich aus der Affäre ziehen können mit einer Zwischenlösung, die weder die Solidaritätspflichten gegenüber dem Völkerbund grundsätzlich verleugnete, noch den südlichen Nachbar vor den Kopf stiess. Aber eine Neuformulierung des Neutralitätsprinzips drängte sich auf, besonders als auch Italien im Dezember 1937 den Völkerbund verliess und die Schweiz nun zwei Nichtmitgliedstaaten zu Nachbarn hatte. Die Lage des Landes ver-

langte die Befreiung von allen «automatischen» Verpflichtungen, die Rückgewinnung der vollen aussenpolitischen Unabhängigkeit, die Festlegung auf den Grundsatz der umfassenden, «integralen» Neutralität.

War dieses aussenpolitische Ziel in der Schweiz kaum mehr umstritten – die Sozialdemokratie hielt sich zurück –, so waren es doch in einem gewissen Grad der Weg und die Mittel, mit denen es zu erreichen war. Mit der Initiative eines bürgerlichen Kreises, die den Bundesrat auffordern sollte, die umfassende Neutralität zurückzuverlangen, drohte nicht nur ein Abstimmungskampf mit aussenpolitischem Thema, den man am Blatt dem Lande nun lieber erspart gesehen hätte, es bestand auch die Gefahr einer Isolierung der Schweiz im Völkerbund oder einer erzwungenen Kurzschlusslösung durch den Austritt aus der Genfer Institution, den man ebenfalls vermeiden wollte. Man plädierte am Blatt dafür, in dieser Frage, die behutsam angefasst werden musste, auf das grobe Mittel des Plebiszits zu verzichten und ihre Lösung der Exekutive und Diplomatie zu überlassen, die bereits auf das umschriebene Ziel hin arbeiteten und es 1938 denn auch, ohne Porzellan zu zerbrechen, erreichten. Es war ein weiteres Mal das staatspolitische Gewissen, das in dieser «Verfahrensfrage» in der NZZ die Feder geführt hatte – und das der Presse zuzutrauen man in Bern nicht immer in diesen Jahren den Mut hatte.

«HOCHGEMUTER PESSIMISMUS»

Es kam das Jahr 1938, das Jahr der Entfesselung der Dynamik auf dem europäischen Kontinent, in deren Erwartung man seit dem Anbruch des Dritten Reiches gelebt hatte. Man hatte 1933, 1934, 1935, 1936 bange Stunden durchgemacht, und von Mal zu Mal hatte das Gefühl der Unsicherheit zugenommen. In diesem Jahr aber wich das Wort «Krieg» nicht mehr von den Lippen, die Hoffnung wurde gebrechlich und schien jede Stütze in der Wirklichkeit verloren zu haben. Nach dem Schlussakt der tschechoslowakischen Tragödie im März 1939 waren, wie der Chefredaktor des Blattes in seinem Rückblick am Jahresbankett der NZZ feststellte, «alle als selbstverständlich angesehenen Sicherungen der staatlichen und menschlichen Existenz in Frage gestellt»; und er fügte bei:

«Auf gewissen Erdkarten des frühen Mittelalters gab es weisse Flecken, die mit der Inschrift gekennzeichnet waren: Hic sunt leones. Vom Standpunkt des Völkerrechts betrachtet, ist heute ein grosser Teil Europas in einen Wüstenstrich verwandelt, wo Löwen und Tiger hausen, wo das Gesetz des Dschungels gilt.»

Ein verheerender Erdbeben war niedergegangen, der einen Nachbarstaat der Schweiz unter sich begraben, einen andern mitteleuropäischen Kleinstaat aus den Angeln geworfen und schliesslich ebenfalls zerstört hatte.

Ein Erdbeben auch in der Schweiz. Ihre vielgefältelte, vielgestaltige politische Landschaft schien verändert, ihre hundert Probleme vereinfacht zu dem einen aussenpolitischen: Behauptung der Existenz und Unabhängigkeit des Staates, und dem einen innenpolitischen: allumfassende Solidarität. Das mag eine Momentaufnahme sein aus jenen Vorfrühlingstagen, da der Blitz in der österreichischen Nachbarschaft einschlug, und sie wollte sich, äusserlich wenigstens, schon ein paar Monate darauf nicht mehr mit der helvetischen Wirklichkeit decken, die bereits wieder ihre alten Züge von «avant le coup» anzunehmen schien. Aber das geschah ge-

wissermassen nur auf Zusehen. Mit dem Untergang Österreichs vollzog sich auch im politischen Charakter der schweizerischen Nation jene Wandlung, die man mit einigem Vertrauen von ihr hatte erwarten können. Die äussere Bedrohung der Existenz der Schweiz war nun mit Händen zu greifen. Mochte die Alarmstimmung abklingen, mochte die innere politische Ausmarchung weitergehen, als ob nichts geschehen sei, die nationalen Instinkte waren jedenfalls geweckt, und es blieb die Bereitschaft, ob offen geäussert oder latent, von einer Stunde auf die andere das Trennende beiseitezuschieben und als einige Nation zur Bewährungsprobe anzutreten, wenn sie dem Land auferlegt werden sollte.

Ein Blick auf die Titelseite der zweiten Sonntagsausgabe vom 13. März, die in vierspaltiger Balken-Überschrift «Das Ende des unabhängigen Österreichs» ankündigte, zeigt, wie die Tragödie des östlichen Nachbarn ins schweizerische Gemüt und Bewusstsein schnitt. Mit «tiefster innerer Erschütterung» wohnte man ihr bei. Als Zuschauer – wie lange noch als Zuschauer? Wenn auch der Bundesrat sogleich eine Entwicklung der Ereignisse zum Krieg als unwahrscheinlich bezeichnete und damit Befürchtungen zu zerstreuen trachtete, so war es doch klar, dass man durch mehr als durch innere Anteilnahme und Mitgefühl mit dem Geschehen im Osten des Landes verbunden war. Man hatte einen Nachbarn und eine «neutrale» Grenze verloren. Was schwerer wog: man hatte nun den Beweis vor Augen, dass das Dritte Reich das war, als was es die Nüchternen dargestellt hatten, und diese am Fall Österreichs bestärkte Erkenntnis musste im Kleinstaat an der Grenze des Grossreichs aufs äusserste beunruhigen. Sie hätte, angesichts eines hoffnungslosen machtmässigen Missverhältnisses, des offenkundigen Versagens der internationalen Solidarität wie des italienischen «Gegengewichts», der unberechenbaren Aspirationen der räuberischen Macht im Norden, einen Grund zur Mutlosigkeit abgeben können. Dagegen wandte man sich in der NZZ sogleich, im ersten kommentierenden Wort, mit aller Energie. Man hatte «eine tiefernste Warnung» erhalten; sie sagte nichts anderes, als dass der in diesem rauhen Zeitalter ver-

loren war, der an seinem Willen zur Unabhängigkeit Zweifel aufkommen liess. Ein geschlossener, fest gegründeter Wille war die Voraussetzung der Selbstbehauptung, mochte er auch nicht schon ihre Garantie sein:

«Die Schweizerische Eidgenossenschaft darf und wird nie den Schatten eines Zweifels aufkommen lassen, dass ihre Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit auf dem Willen der Bürger gründet, das Land, seine Würde und Existenz, mit Einsetzung aller Kräfte zu verteidigen.»

Es war das Wort, das in dieser Situation gesagt werden musste und das eigentlich die Landesregierung ohne Verzug hätte aussprechen müssen. Sie wartete damit noch zehn Tage bis zur Eröffnung der Parlamentssession, aber dann tat sie es in der wirkungsvollen Form einer feierlichen Regierungserklärung vor der Bundesversammlung und erhielt von ihren einmütigen Fraktionen zur Antwort die ebenso feierliche Erklärung der Solidarität und der Entschlossenheit des geeinten Volkes, sein Land und seine Unabhängigkeit um jeden Preis zu verteidigen. Es war die grosse Stunde der Nation, die sich innerlich bereit machte, nach dem Wort ihres Geschichtsschreibers «vor Europa zu zeigen, wer sie ist». Wohl trat sie zur Charakterprüfung vorerst nur mit einer Proklamation an, und die Geschichte verlangte auch in der Folge von ihr nicht den letzten Wahrheitsbeweis für dieses Bekenntnis zum Widerstand. Aber das Wort wog doch schwer in dieser Situation als eine ohne Zweifel unverfälschte Willenskundgebung; man stimmte am Blatt ohne Vorbehalte mit ein.

Sogleich erhob man die Frage nach den praktischen Folgerungen aus dieser Demonstration und aus der Lage, die sie notwendig gemacht hatte. Die Aktion zur Wiedergewinnung der integralen Neutralität im Völkerbund musste weitergeführt werden, die Beziehungen zum «gefährlichen» Nachbarn mussten korrekt bleiben, «fortiter in re, suaviter in modo», besonders was die Pressebeziehungen betraf. Wie sollte sich die nun hergestellte «schweizerische Gesinnungsgemeinschaft» in der inneren Politik auswirken? Man sah

keinen Grund, Entwicklungen zu überstürzen und den «regulären Gang der Demokratie» aufzuhalten, auch nicht auf dem Gebiete der Beziehungen zwischen den Parteien: «die Lage der Schweiz ist weder materiell noch psychologisch derart, dass eine „nationale Union“ forciert werden müsste». Das Gift des Klassenkampfes, so hoffte man, werde nun nicht mehr in die innenpolitische Auseinandersetzung dringen können; aber diese Auseinandersetzung zu sistieren, die Grenzen zwischen Bürgertum und Opposition in allen Bereichen zu verwischen, hielt man nicht für opportun. Die Sozialdemokratie hatte unter dem Eindruck der österreichischen Katastrophe ihre Forderung und ihr Angebot der politischen Mitarbeit erneuert, und sie musste Gelegenheit erhalten, diesen Willen unter Beweis zu stellen:

«Wenn die Angebote ehrlich und ernst gemeint sind – und wir möchten dies glauben –, wenn die in der Richtlinienbewegung vereinigte Opposition nicht mehr auf die Umwälzung der politischen Machtverhältnisse und auf die Inaugurierung einer global „neuen Politik mit neuen Männern“ ausgeht, sondern den Platz eines Mitarbeiters neben den andern Parteien einnehmen will, dann soll und muss sie dies zeigen, und dann kann und wird die in den letzten Jahren vielberufene „Verständigung“ endlich Wirklichkeit werden. Die Sozialdemokratie darf aber nicht mehr mit der Staatskrise

spielen, die auch für die Arbeiterschaft zur Katastrophe werden könnte; sie muss sich deshalb vom Vorbild einer Taktik und Propaganda lösen, die sie einst vom Austromarxismus bezogen hat, sie muss sich selbst „entösterreichern“, wenn es ihr Ernst mit der Mahnung ist, dass die Schweiz aus dem Schicksal Österreichs lernen soll. Zwischen den von der sozialistischen Propaganda aufgerichteten Kategorien des „Bürgertums“ und der „Arbeiterschaft“ besteht in der Sphäre des schweizerischen Empfindens längst kein Graben mehr; er kann auch auf dem politischen Felde einge ebnet und überbrückt werden, wenn die Führer der Arbeiterorganisationen dies ernstlich wollen. Am schweizerischen Bürgertum, das sich immer auf den Staat ausrichtet, das keine Ranküne und keinen Groll nährt, wo es um das Wohl des Landes geht, wird die Verständigung nicht scheitern.»

In dieser Bahn bewegte sich die freisinnige Initiative für eine Zusammenarbeit zwischen den Parteien, die nun auch von der Sozialdemokratie günstig aufgenommen wurde. Es war hier keine

Rede mehr von einer «Blockpolitik» im Sinne der Richtlinienbewegung. Wohl aber schien nun ein schweizerischer «bloc des idées incontestables» allen Parteien von Bedeutung gemeinsam zu sein, ein überparteiliches Bekenntnis zu den Grundsätzen der schweizerischen Aussenpolitik, der Staats- und Wehrpolitik gesichert und der Kontroverse enthoben, der «Burgfriede» auf diesen Gebieten hergestellt. Mit besonderer Genugtuung verzeichnete man, dass am Tag der feierlichen Proklamation in Bern die «Nationale Front» in Zürich nach ergebnislosen Versuchen einer «konjunkturbedingten Repatriierung» von den Wählern eliminiert worden war, oder, wie man sich ausdrückte, «die dürftigen Rudimente einer mit fremden Systemen und Mächten liebäugelnden Partei ... in den politischen Abfalleimer gefegt wurden ...»

Dass mit dem Nachlassen der Spannung der Patriotismus sich in ein latentes Stadium zurückbildete und dass die innere Politik sich wieder autonom zu machen begann, entsprach offenbar einer helvetischen Regel. Der Prozess gedieh nach dem dramatischen Frühling so weit, dass man bereits im Sommer in einer neuen und nicht ungefährlichen innenpolitischen Krise stand, für die man in der NZZ sogar das sparsam verwendete Wort «Staatskrise» brauchte, nebst Worten einer schneidend scharfen Kritik am Versagen von Legislative und auch Regierung, wie man sie im Blatt noch selten gelesen hatte: am 24. Juni verwandelte das Parlament mit einem Zufallsmehr und dadurch, dass sich ein Viertel seiner Mitglieder von der Verantwortung und Stimmabgabe drückten, das mühsam erarbeitete Verständigungswerk der Bundesfinanzreform in einen «Scherbenhaufen» und gefährdete damit nicht nur die verfassungsmässige finanzielle Basis des Staatswesens, sondern stellte die Zusammenarbeit der Parteien, ja die bürgerliche Koalition selber in Frage. Das Debakel öffnete der Demagogie der enttäuschten Linken sogleich wieder die Tür und reaktivierte noch einmal den Richtlinienblock. Auf der andern Seite zeigte sich, dass man noch nicht überall im Bürgertum den Zeitpunkt einer umfassenden Verstan-

digungspolitik gekommen sali. Vor allem der föderalistische Flügel vermochte sich mit einer Koalition aller grossen Parteien noch nicht abzufinden, in der die Resultante der verschiedenen Kräfte nicht in seine Richtung wies. Aus nationalpolitischen Gründen durfte eine Verständigung mit der Sozialdemokratie nicht auf seine Kosten gehen. Ohnehin war der Föderalismus in diesen Wochen in ausgesprochener Abwehrstellung wegen der Einführung des schweizerischen Strafgesetzbuches, über die anfangs Juli eine Volksabstimmung zu entscheiden hatte und mit knapper Mehrheit auch positiv entschied. Die NZZ setzte sich, unter grösstmöglicher Schonung der welschen Opposition allerdings, für die Vorlage ein und betrachtete sie in keiner Weise als einen Testfall für das Schicksal des föderativen Prinzips. Aber Rücksichtnahme war geboten. Der alte Konflikt zwischen den Lagern des Föderalismus und einer zentralistisch eingestellten Sozialdemokratie war in der praktischen Politik nicht so leicht zu überwinden wie in den Manifestationen guten Willens.

Die neue europäische Krise mit ihren bis an die Grenze des Erträglichen gehenden Spannungen und ihrer wenig verheissungsvollen Lösung in München trug das Ihre dazu bei, dass die innere Krise nicht weiterschwärte. In der Sachfrage der Finanzordnung fand man, nicht zum letztenmal auf dem langen Leidensweg dieses Problems, den Ausweg in der Verlängerung des bestehenden Zustandes. Man plädierte in der NZZ entschieden dafür, dass das nicht durch eine Erstreckung des Notrechtes, sondern mit der Sanktion des Volkes in einer Abstimmung und damit auf dem Boden der Verfassung geschehe, und vermochte den zürcherischen und den schweizerischen Freisinn für diese Auffassung zu gewinnen. Es mochte riskiert scheinen, die Einigkeit und Verständigung in einer innenpolitisch verfahrenen und einer aussenpolitisch bedrohlichen Situation noch einmal auf eine derartige Feuerprobe stellen zu wollen, aber man glaubte doch, den Mut zur Demokratie auch hier zeigen zu dürfen. Er wurde belohnt: die Sozialdemokratie überwand sich selbst, stellte die parteipolitischen hinter die staatspolitischen Interessen zurück und sagte «Ja», und die Föderalisten nahmen nicht

Revanche für ihre Niederlage in der Frage des Strafgesetzes. Eine Konfrontierung von «links» und «rechts» im Abstimmungskampf konnte vermieden werden, und die Legende vom wieder aufgerissenen Graben zwischen Deutsch und Welsch blieb eine Legende. Die überwältigende Annahme der Übergangslösung bestätigte, dass die schweizerische Demokratie auch in der Krise funktionsfähig war, und schuf aufs Neue die Basis zur Fortführung der Zusammenarbeit.

Noch einmal wurde nun zwar die Frage der sozialistischen Beteiligung an der Landesregierung vertagt, in der die Sozialdemokratie den Prüfstein der bürgerlichen Verständigungsbereitschaft erblickte. Die Haltung der NZZ in der Diskussion um die Nachfolge Bundesrat Meyers, ihres früheren Chefredaktors, unterschied sich zwar spürbar von ihrer entschlossenen Ablehnung des sozialistischen Anspruchs in früheren Jahren. Die Antwort war aber doch noch einmal «Nein». Vor die Wahl gestellt, eine Entfremdung der Welschen zu riskieren, der zähesten Gegner einer Koalition mit den Sozialisten, oder die Sozialdemokratie zu enttäuschen, entschied man sich fürs zweite, nicht zuletzt wohl unter dem Eindruck der eben mit dem föderalistischen Element gemachten Erfahrungen. Bei der «Revue» der Kandidaten wies das Blatt mit Nachdruck auf Theodor Gut hin, einen Mitstreiter im Kampf um die Gesinnung des Schweizervolkes, dessen politischer Führerschaft der zürcherische und der schweizerische Freisinn und mit ihm das Bürgertum des Landes seit den Tagen des Frontismus so viel zu danken hatten. Doch waren Bundesversammlung und Partei in erster Linie auf der Suche nach einem Finanzminister und entschieden sich dann auch für den ausgewiesenen und unbestrittenen Fachmann auf diesem Gebiet.

Für ihre Übergehung rächte sich die Sozialdemokratie mit einer Initiative auf Volkswahl des Bundesrates, die nichts anderes bewirkte, als dass ihr Ziel, die Beteiligung an der Landesregierung, noch einmal in die Ferne rückte. Der Kriegsausbruch brach die aufkeimende polemische Diskussion auf dieser neuen Plattform ab. Zwei Artikel, geschrieben wenige Tage vor der Mobilmachung, zeugen vom Unbehagen des Blattes, angesichts einer auf ihrem Höhe-

punkt stehenden internationalen Krise, die nun mit Sicherheit in Krieg ausmünden würde, noch einmal in einem Kampf der Linken entgegentreten zu müssen, deren Mitarbeit man im Grunde nun befürwortete trotz aller Kritik, die ein noch immer in überholter Ideologie befangener sozialistischer «Apparat» und seine doppelbödige Publizistik herausforderten. Von Polemik ist in dieser Diskussion in der NZZ freilich nichts mehr zu spüren. Der Titel der Artikel, «Lasst uns offen reden», schlägt den Ton der ruhigen und sachlichen Auseinandersetzung an, die mehr dem Bedürfnis nach einer ehrlichen und dauerhaften Verständigung als dem der Konfrontation entsprungen war, in der zur Geduld gemahnt und Geduld versprochen wurde.

Es war wohl nötig, diesen Einschlag schweizerischer politischer Realität in das Bild der beiden Vorkriegsjahre zu bringen, deren man sich eher unter den Stichworten des inneren Zusammenschlusses, des Abwehrwillens, jener Haltung und jenes Geistes zu erinnern pflegt, den die Landesausstellung 1939 in unvergesslicher Weise zum Ausdruck gebracht und die sie im schweizerischen Gemüt befestigt hat. Der patriotische Aufschwung war deswegen nicht unreal, weil er die schwerer zu manipulierende politische Realität nicht auf allen Gebieten mit sich zu reissen vermochte. Er blieb im Blatte spürbar, auch auf seinen unpolitischen Seiten, die immer mehr die Heimatverbundenheit zum Ausdruck brachten – die in dieser Zeit geschaffene Wochenend-Beilage hat viel davon mitbekommen – ja bis in den Sportteil hinein: eine Geschichte der NZZ kann über das Faktum nicht hinweggehen, dass der Bericht über den sensationellen schweizerischen Fussballsieg über die deutsche Mannschaft in Paris im Juni 1938 entgegen allen konservativen Grundsätzen der «Mise en page» zweiseitig auf der Titelseite des Blattes prangte – wohin er wohl auch gehörte, denn der Sieg war angesichts seiner Auswirkungen auf das nationale Bewusstsein zweifellos ein Politikum.

Im Dienste der Mobilisierung des Unabhängigkeitswillens stand nach wie vor, und mit gesteigerter Intensität, das politische Wort

des Blattes. Konrad Falkes Stimme hörte man zwar nicht mehr, aber andere traten, neben den Redaktoren, an seine Stelle: Gottfried Guggenbühl und Karl Meyer, der hier zwar nicht selber die Feder führte, dessen aufrüttelnde Vorträge man im Blatt aber ausführlich, auch etwa als Leitartikel, wiedergab.

Das dringlichste Anliegen war der NZZ nach dem Überfall auf Österreich die Förderung der militärischen Bereitschaft. Die Schweiz konnte sich verteidigen, davon war man überzeugt, und diese Überzeugung suchte man bei jeder Gelegenheit in der Öffentlichkeit zu festigen. Aber die Bilanz der materiellen und organisatorischen Rüstung, die man im März und April 1938 zog, zeigte Lücken. Neue Wehrkredite waren notwendig; Flugwaffe und Fliegerabwehr mussten auf die Höhe ihrer Aufgabe im modernen Krieg gebracht werden, die Landesbefestigung musste verstärkt, eventuell nach einem gross angelegten Gesamtplan neu aufgebaut werden. Das Blatt ging mit den Forderungen sehr weit: es bejahte die Notwendigkeit einer über sechs Monate hinausgehenden Dienstzeit mit Rücksicht auf einen ständig verfügbaren grösseren Truppenbestand; vor allem aber rief es nach einer einheitlichen obersten Armeeführung schon im Frieden und forderte den Bundesrat auf, hier auf Grund des Notrechts ohne lange öffentliche Auseinandersetzung über den «Friedensgeneral» zu handeln.

Hielt man auf dem politischen Feld dafür, dass wo immer möglich der normale Gang der Demokratie beibehalten werde, so wollte man auf dem militärischen die Entscheidung in der Hand der Exekutive wissen. Man vertrat diesen Standpunkt im Herbst vor allem gegenüber dem in Fahrt gekommenen Gottlieb Duttweiler, der mit einer Initiative für die Beschaffung von tausend Flugzeugen die allgemein rüstungsfreundliche Stimmung auffangen wollte. Über den Umfang des Ausbaues der Flugwaffe, der im Prinzip nicht bestritten war, hatten die verantwortlichen militärischen Instanzen unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Aspekte zu befinden: «In Armeefragen sind Volksbegehren am unrichtigen Ort.» Die Möglichkeit einer Volksinitiative für den Fall des Versagens der Regierung deutete man dafür in der Frage eines Vermögensopfers

zur Finanzierung der Rüstung an. Duttweiler hatte im Zusammenhang mit seinem «1'000-Flugzeuge-Plan» ein Vermögensopfer gefordert; der Freisinn löste den Gedanken aus seiner unzuweckmässigen Bindung und lancierte ihn auf einer überparteilichen Basis. Die NZZ unterstützte ihn mit Nachdruck.

Einen mächtigen Impuls und zugleich den Charakter äusserster Dringlichkeit erhielt der publizistische Einsatz zugunsten der militärischen Landesverteidigung in der Septemberkrise des Jahres 1938. Von Neuem übernahm die NZZ die Rolle der Mahnerin und Warnerin und war darin nicht mehr zum Schweigen zu bringen. Artikel folgte auf Artikel in diesen Tagen und Wochen von Berchtesgaden, Godesberg und München: «Gebot der Stunde», «Hochgemuter Pessimismus», «Die unerbittliche Prüfung», «Bewährung ohne Bedingung» – die Titel verraten etwas von der Stimmung und dem Willen, der die Redaktion erfüllte. Jeder von diesen Artikeln bekräftigte den unbedingten Widerstandsgeist, sollte nun die Stunde nahen; man fand in diesem Moment dafür Worte von ungewohnter Eindringlichkeit: «Einig sind wir im tätigen Willen zur militärischen Landesverteidigung. Ein Bundesrat, der sie verspekulieren wollte, würde totgeschlagen» (Gottfried Guggenbühl).

Das besondere Anliegen dieser Artikel war aber ein konkreteres als das der geistigen Landesverteidigung. Sie alle enthielten eine warnende Kritik an die Adresse der Landesregierung, die Gefahr der Stunde richtig einzuschätzen und die entsprechenden Vorbereitungsmassnahmen zu ergreifen. Man hatte sich in Bern in der zweiten Septemberwoche dazu entschlossen, die Minen an den Brücken laden zu lassen, später die Urlaube zu sperren, und dabei blieb es. Deutschland hatte anderhalb Millionen Mann unter den Waffen, die Tschechoslowakei, Frankreich, England, Holland, Belgien, die skandinavischen Staaten hatten vor der Konferenz von München ganz oder teilweise mobilisiert; die Schweiz traf keine besonderen Massnahmen und entliess die Mannschaften aus den Wiederholungskursen zu gewohnter Zeit – auf dem Höhepunkt einer internationalen Krise. Das Blatt teilte den Optimismus der Landesregierung

nicht und konnte «ein gewisses Unbehagen auch nachträglich nicht unterdrücken». Woher nahm man in Bern die Gewissheit, dass es diesmal noch «glatt» ablaufen würde, wo alles an einem Haar hing, wo den deutschen Truppen der Marschbefehl bereits erteilt war? Welche Sicherheit hatte man dafür, dass «es» im Osten und nur im Osten losgehen würde? Es mag merkwürdig anmuten, dass ein Presseorgan der Landesregierung mit hartnäckiger Insistenz zusetzte, dem unbedingten Verteidigungswillen des Volkes durch entsprechende Vorbereitungsmaßnahmen den gebührenden Ausdruck zu verschaffen, und man mochte in Bern der NZZ ihre Warnungen als «zürcherische Nervosität» auslegen. Dem Blatt ging es darum, dass das Land für jede Eventualität bereit war, und wann war Bereitschaft dringlicher geboten als im Augenblick einer Krise, die jeden Moment explosiv werden konnte?

«Die vollkommenste Bewaffnung und die beste Ausbildung unserer Armee würden im Ernstfall nutzlos sein, wenn wir nicht verstehen, diese so rechtzeitig einzusetzen, dass sie in der Stunde der Not bereit sind . . . Wie lange würde es dauern, bis (angreifende Truppen) ein Zentrum wie Zürich erreicht hätten?»

Mail hätte bei einem plötzlichen Überfall nicht einmal einen verantwortlichen Armeeführer gehabt, und wie konnte eine Armee in diesem Fall in Funktion treten, die ihrer ganzen Konzeption nach von einer ungestörten Mobilisation abhing? Die mahnende Kritik, unter dem von Karl Meyer geprägten Wort des «hochgemuten Pessimismus» von Redaktor Walter Berchtold vorgetragen, verlor auch nach der Münchner Konferenz nichts von ihrem Ernst. Hochgemuter Pessimismus: mit dem Schlimmsten rechnen, aber in Zuversicht und Fassung dafür bereit sein! Gottfried Guggenbühl sekundierte Mahnung und Kritik:

«Man handelte in Bern gewiss sehr *klug*, indem man der eigenen Information vertraute und die Nerven nicht verlor. Aber man hätte die Nerven auch noch nicht verloren und vielleicht sogar *weise* gehandelt, wenn trotz allem die Armee ganz oder teilweise aufgeboten worden wäre. Wer zu früh kommt, ist zur rechten Zeit schon da.»

Abermals erhob man im Blatt nun auch die Stimme, leidenschaftlich, im Tone der Dringlichkeit noch verstärkt, um die beschleunigte Schliessung der Lücken zu fordern, die materiell, organisatorisch, in Bezug auf die kriegsgenügende Ausbildung in der militärischen Bereitschaft des Landes noch bestanden. Mit eigentlichen Beschwörungen versuchten die Redaktion und ihre Mitarbeiter die aus gemächlicher Routine nicht leicht aufzustörenden Behörden zu einer Gangart in den Fragen der Rüstung zu bewegen, die der Nähe der Gefahr entsprach: «Im Militärdepartement sollte jener Furor helveticus rumoren, der von selbst, ohne dass das Volk mit Rüstungsinitiativen nachhelfen muss, darauf ausgeht, die Schweiz so stark wie nur möglich zu machen.»

Es ist offensichtlich, dass man für die Dringlichkeit der Situation am Blatt ein anderes Sensorium hatte als bei gewissen Instanzen der «amtlichen Schweiz», wo man zwar die wachsende internationale Spannung nicht übersah, eine krisenhafte Zuspitzung aber erst in einem späteren Zeitpunkt erwartete, als sie dann wirklich kam.

Dass man im Sinn und Namen einer beunruhigten, aber eben aus einem unbedingten Verteidigungswillen heraus beunruhigten Öffentlichkeit sprach, dafür erhielt man unverfängliche Zeugnisse wie etwa jenes der «Schweizerischen Metallarbeiterzeitung» vom 29. Oktober 1938, wo unter dem Titel «Dank an die NZZ» zu lesen war:

«Eine Serie von ganz besonders ernsten und konsequenten Artikeln hat u.a. die „Neue Zürcher Zeitung“ publiziert, die in ausserordentlich erfrischender Weise vom peinlich langsamen Tempo abrückt, in dem in der Schweiz (gegen die Meinung der ganz grossen Mehrzahl der Offiziere und des Volkes) die dringlichsten Landesverteidigungsfragen behandelt werden . . . Tatsächlich sind die Aufsätze „Hochgemuter Pessimismus“, „Die unerbittliche Prüfung“ und „Bewährung ohne Bedingung“ Leistungen, an denen jeder Schweizer, ob hoch oder niedrig, alt oder jung, seine Freude haben muss, insofern er noch vom alten Schrot und Korn und von der Parteien Gunst und Hass nicht voll verblendet ist.»

Und, nach einem Zitat aus einem der genannten Artikel, das der Genugtuung über die erreichte Einigkeit des Volkes im Willen zur Verteidigung Ausdruck gibt:

«Wir freuen uns dieser Sprache. Sie weicht wohltuend von derjenigen ab, die keine Gelegenheit vorbegehen lässt, um die Aufrichtigkeit der Arbeiterschaft hämisch zu bezweifeln. Deshalb danken wir, die wir im Interesse der Schweiz ebenfalls eine die Verständigung fördernde Sprache führen, der NZZ».

Der deutsche Gesandte in Bern, Köcher, legte seinem vertraulichen Bericht an das Auswärtige Amt über Stimmung und Haltung der Schweiz in der Septemberkrise die NZZ-Artikel «Hochgemuter Pessimismus» und «Die unerbittliche Prüfung» bei zur Illustration der nach seiner Meinung unberechtigten Kritik, die in der schweizerischen Öffentlichkeit am Optimismus und an der Passivität der Landesregierung geübt wurde . . . (Documents on German Foreign Policy 1918-1945, Series D, Vol. V, S. 694).

Der Impuls aus der Öffentlichkeit pflanzte sich in der November-session ins Parlament fort und zeitigte, nebst einer schonungslos offenen Kritik, wie sie die Presse selber nicht hätte wagen dürfen, nun auch das Handeln im vorgezeichneten Sinn. Wer ihm weitere Verzögerungen auferlegte, war einer entsprechenden Würdigung in der NZZ sicher, auch wenn er beim Freisinn eingeschrieben war...

Zur politischen Entscheidung stand die Frage der Aufrüstung schliesslich im Juni 1939 mit der Vorlage über den Ausbau der Landesverteidigung, die verknüpft war mit einem Projekt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, und die vom Volk einen Kredit von 400 Millionen verlangte, über die Milliarde hinaus, die nun bereits in die Rüstung investiert worden war. Die Rechner waren bedenklich gestimmt, und es meldeten sich in der Diskussion vor der Volksabstimmung – einer im Zeichen der Zeit praktisch unpolemischen Diskussion – auch staatsrechtliche und finanzpolitische Bedenken. Man musste sie nach der Meinung der NZZ zurückstellen:

«... in einer Zeit, in der es um die Existenz der Staaten und Völker geht, in einer Zeit, die über die Demokratie als eine überholte Staatsform hinwegzuschreiten droht, darf die schweizerische Demokratie nicht mehr so harzig und knorzig sein und funktionieren, wenn sie vor dem eigenen Volke

und vor den Augen des aufmerksamen Auslandes den Beweis ihrer inneren Lebensfähigkeit zu erbringen hat. Es gibt in der Politik neben mess- und wägbaren auch jene unwägbaren Dinge, die man nicht ungestraft missachtet . . . Für einen Staat in der exponierten Lage der Schweiz gilt heute „Primum vivere, deinde philosophari“, wobei auch das Rechnen . . . erst hinter dem Lebenkönnen kommt!»

Noch auf einem andern Gebiet war das Land in Verteidigungsbereitschaft zu setzen: dem der inneren Sicherheit, des Schutzes vor subversiven Umtrieben. Es hatte lange gedauert, bis das Verständnis dafür reif geworden war, dass die Toleranz der liberalen Demokratie eine Grenze haben musste gegenüber den wühlenden Kräften, die sie zu unterhöhlen und fallreif zu machen suchten. Nach der Verwerfung des Ordnungsgesetzes von 1934 hatten sich einzelne Kantone mit eigenen Massnahmen beholfen; in Zürich hatte man Mühe, eine entsprechende Vorlage durchzusetzen, die sich ja gegen die extreme Linke wie gegen die Sympathisanten des Nationalsozialismus richten musste. Und auf Bundesebene, auf der die Frage des Staatsschutzes konsequenterweise gelöst werden musste, geschah nichts Entscheidendes. Die intensivierete antidemokratische Propaganda, die nach dem deutschen Erfolg von München einsetzte und in einer neofrontistischen «Maulwurfspresse» üble Blüten zu treiben begann, setzte der Geduld der Öffentlichkeit, nicht aber der des Bundesrates ein Ende. So musste man in der NZZ von Neuem eine Kampagne einleiten für die Sache, die man hier vertreten hatte, seit die Gefahr der Unterwühlung, der kommunistischen zuerst und später der nationalsozialistischen, für die Schweiz existierte. «Schöne Worte über geistige Landesverteidigung, langmütiges Zuschauen und Gewährenlassen, ängstliches Zögern, umständliches Nachschlagen im Gesetzbuch sind keine Abwehr.» Man forderte den starken Staat, der die Methoden der Abwehr denen des Angriffs anzupassen wusste; die Demokratie durfte sich nicht scheuen, «auf dem Gebiet des Staatsschutzes bis zu einem bestimmten Grade „autoritär“ zu werden», wenn es um ihre Existenz ging. «Bleiben wir Demokraten – aber lasst uns einmal keine Hirtenknaben sein!»

Dem Druck der Öffentlichkeit gab die Regierung nach und erliess im Dezember 1938 die längst fälligen Massnahmen gegen staatsgefährliche Umtriebe, die, in ihren strafrechtlichen Sanktionen milde genug, dem Staat nun doch endlich ein Instrument in die Hand gaben, «der Arglist dieser Zeit und ihrer Catilinarier» zu begegnen.

Die fragmentarische Übersicht über die Jahre und Monate vor dem Ausbruch des Krieges macht wohl deutlich, welche Rolle in dieser Phase schweizerischer Geschichte die Presse, und im besonderen auch die Zeitung, von der wir hier sprechen, zu spielen hatte und spielte. Wäre das Land moralisch gewappnet und materiell einigermassen gerüstet in die schwere Prüfungsperiode eingetreten, wenn nicht die Öffentlichkeit frühzeitig genug zur Erkenntnis der Situation und Gefahr gebracht, ihr nationales Bewusstsein geweckt worden wäre und wenn die Öffentlichkeit durch ihre Sprachrohre nicht die zum Handeln Berufenen manchmal recht aufsässig beschworen, herausgefordert, unter Druck gesetzt hätte? Wir können es nicht entscheiden. Tatsache aber ist, und gesagt werden muss es wohl, dass die schweizerische Geschichte dieser Jahre, sofern sie die Geschichte eines wachen Widerstandgeistes und eines entsprechenden Handelns ist, zu einem nicht geringen Teil von den Zeitungen geschrieben, und nicht nur geschrieben, sondern «gemacht» wurde. Dass die Regierung langsam, oft allzu langsam das Gebot der Stunde begriff, mag zu den Unkosten des demokratischen «Systems» gehören, eines Systems, das in normalen Perioden jenes «Regieren» nicht duldet, das in Zeiten der Krise zur Notwendigkeit wird. Umso mehr war diese Demokratie auf die Zuverlässigkeit ihrer «nicht-amtlichen» Wächter angewiesen und auf das freie Wort, das mit sanftem und auch weniger sanftem Zwang und Druck das Gefährte auf dem ungewohnten Pfad in Gang bringen half.

Den Bedingungen, unter denen dieses Wort geschrieben wurde, müssen wir hier noch einige Aufmerksamkeit widmen. Wir sind der Aufgabe enthoben, die Geschichte der schweizerischen Presse und

Pressepolitik in diesen und den folgenden Jahren nachzuzeichnen. Sie ist von kompetenteren Federn bereits geschrieben worden und nachzulesen im offiziellen «Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die schweizerische Pressepolitik im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939-1945» vom Dezember 1946, der Max Nef, den gegenwärtigen Vertreter des Blattes in Bern, zum Verfasser hat; ferner im Buch Karl Webers, des früheren Bundesstadtrektors der NZZ, über «Die Schweiz im Nervenkrieg» (1948), in dem auch der Part dieses Blattes, unter seinem Namen und oft auch unter dem Anonymat «einer bürgerlichen Zeitung», seine Darstellung erfährt. Wir haben hier, den allgemeinen Rahmen vorausgesetzt, einige Situationen und Probleme in Erinnerung zu rufen, die im Leben der NZZ eine Rolle spielten.

Seinem Charakter nach hätte das Blatt, das sich zu einer ruhigen, umfassenden und objektiven Berichterstattung und Kommentierung verpflichtet fühlte, nicht erwarten müssen, dass es ein bevorzugtes Angriffsobjekt der gelenkten und fanatisierten Parteipresse jenseits des Rheins bilde, besonders nachdem mit dem Einfuhrverbot von 1934 sein Einfluss in Deutschland unterbunden worden war. Im Vokabular des Blattes war keiner von jenen Ausdrücken über das deutsche Regime zu finden – von «Meuchelmördern» über «fascistische Verbrecherbande» zu «Diktaturbestien» –, deren Vermeidung die schweizerische pressepolitische Konsultativkommission den Redaktionen im Interesse ungestörter Beziehungen zum mächtigen Nachbarn einmal dringend nahelegen musste. Die Rücksichtnahme auf das staatspolitische Interesse ist der NZZ gewissermassen eingeboren, und sie war ein ständiger Richtpunkt in der Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten. Wiederholt fühlte sie sich veranlasst, in Übereinstimmung mit den Bemühungen der schweizerischen pressepolitischen Organe, polemischen Exzessen der sozialistischen Kreuzzugsprediger aus eben diesem staatspolitischen Grunde öffentlich energisch entgegenzutreten – mochte sie auch das ihnen zugrunde liegende Urteil über den Nationalsozialismus teilen.

Zurückhaltung war geboten. An einem permanenten Pressekrieg mit einem so gefährlichen und unberechenbaren Nachbarn konnte kein verantwortungsbewusstes schweizerisches Blatt ein Interesse haben. Die deutsche Presse freilich kannte in ihrer Polemik keine Hemmungen und war zu einem beträchtlichen Teil einem Jargon verfallen, der, hätte man Gleiches mit Gleichem vergelten können und wollen, eine gepfefferte Sprache auf der Gegenseite gerechtfertigt hätte. Man hielt in der NZZ jedoch Disziplin, mochte es einen auch bisweilen auf den Fingernägeln brennen. Freilich gab man sich nicht der Illusion hin, dadurch etwa unangreifbar zu werden. Bei aller Zurückhaltung im Ausdruck galt das Blatt schon 1933 im Dritten Reich als «die Zeitung, die ein anständiger Deutscher nur mit der Feuerzange anfasst», und das es dort sogar vermochte, «das Gefühl des Ekels darüber, dass dieses Blatt in deutscher Sprache geschrieben ist», zu erregen; wenn man der braunen Presse glauben darf, dann ist die NZZ im Reich das Objekt der Feuerzange und die Erregerin derartiger psychophysischer Reaktionen geblieben, bis es jene Presse nicht mehr gab. Nicht trotz, sondern, wie bisweilen offenbar wurde, gerade wegen ihrer Zurückhaltung; denn Urteil und Haltung des Blattes wurden darob doch nicht zweifelhaft, weil sie statt in heftigen Worten ihren Ausdruck in Argumenten und wirklichkeitsgetreuen Analysen suchten. Dass Berlin gerade gegen diese Art von «Behandlung» des Nationalsozialismus erbittert reagierte, zeigte die Kampagne, die nach dem Abkommen von München 1938 von deutscher Seite gegen die Darstellung der deutschen Politik in der Herbstkrise und die Interpretation des Münchner «Friedens» durch die NZZ ausgelöst wurde. Unter Titeln wie «Paradies der Kriegshetzer» erhielt das Blatt die Qualifikation zugesprochen, zusammen mit den «Basler Nachrichten» und der Basler «National-Zeitung», in der Krise «abgesehen von den Kommunisten die einzige Kriegspartei Europas» dargestellt und «planmässige Kriegshetze» betrieben zu haben. Man antwortete darauf mit nichts anderem als mit der Zusammenstellung der aussenpolitischen Kommentare, die die NZZ in diesem Zusammenhang veröffentlicht hatte, zu einer Bro-

schüre – einer «freiwillig und gern abgelegten Rechenschaft des guten Gewissens, vor der sich eine dreiste Propaganda verflüchtigen muss, welche die Informationsleistung der schweizerischen Presse nachträglich zu verfälschen suchte und sich sogar zu der Absurdität verstieg, unvoreingenommene Darstellung und Beurteilung der Tatsachen als Kriegshetzerei zu verdächtigen».

Hätte man es mit einem «normalen» Staat zu tun gehabt, so hätte man die polemischen Zeitungsattacken im Reich gegen die schweizerische Presse nicht so wichtig zu nehmen brauchen. Aber das Wort dieser gelenkten Presse war das Wort des Staates und seiner einzigen politischen Partei, und es liess auf mehr als nur auf Polemik schliessen. In einer Invektive gegen die genannten schweizerischen Zeitungen im Oktober 1938 konnte man etwa in den «Münchener Neuesten Nachrichten» lesen:

«Es muss festgestellt werden, dass in Zukunft solche Störungsversuche (die Kommentare zur Krise und zum Münchner Abkommen) kaum ohne Folgen bleiben können . . . Dort, wo man aus dunklem Winkel vergiftete Pfeile abschiess, werden wir nicht nur den Schild gebrauchen, um sie abzuwehren, sondern auch anderes.»

Von diesem «anderen» vermochte man sich in der schweizerischen Presse eine Vorstellung zu machen. Die deutschen Kampagnen hatten es auf Einschüchterung abgesehen, und ihr Ziel war es, die schweizerischen Zeitungen durch Drohungen und diplomatischen Druck mundtot zu machen. Einen unverkennbaren Versuch dieser Art hatte man 1936 im Falle Gustloff erlebt, als von deutscher Seite unter publizistischem Grosseinsatz versucht wurde, der schweizerischen Presse die moralische Schuld am Attentat eines fanatischen Emigranten auf den Leiter der «Landesgruppe Schweiz» der NSDAP aufzuladen. Es war ein Testfall, und die entschlossene und scharfe Reaktion des Blattes auf das organisierte und gelenkte Kesseltreiben der deutschen Blätter unmittelbar nach dem Attentat wie während der Churer Gerichtsverhandlungen drei viertel Jahre später zeigte, dass man ihn hier als solchen erkannte. Der Angriff auf die schweizerische Presse sah einem bewusst unternommenen Ver-

such der Einmischung in die inneren Verhältnisse der Schweiz «ver-zweifelt ähnlich»:

«Man steht bei der Betrachtung der deutschen Reaktionen auf das Attentat von Davos unter dem Eindruck, dass sie insofern auf ein ausgesprochen politisches Ziel schießen, als uns indirekt zum Vorwurf gemacht wird, dass wir noch immer eine Demokratie sind und auf gewisse liberale Freiheitsrechte nicht verzichtet haben, die im Dritten Reich längst abgeschafft sind . . . Die schweizerische öffentliche Meinung wird sich durch ein solches Spiel . . . nicht verwirren lassen . . . Die Schweiz sitzt nicht auf der Anklagebank, und wer sie daraufsetzen will, wird unsern einmütigen Widerstand spüren.»

Gegen Ende des Jahres 1938 und anfangs 1939 wurde die Attacke auf anderer Basis wiederholt, indem man auf deutscher Seite einen völkerrechtlichen Neutralitätsbegriff konstruierte und als verbindlich propagierte, der nicht mehr die Haltung des neutralen Staates und seiner Regierung, sondern «die Gesamthaltung des Volkes», d.h. seine Sympathie oder Antipathie, vor allem aber die Haltung seiner Presse zum Massstab der Neutralität machen wollte. In einem Artikel des nationalsozialistischen Theoretikers Bockhoff, der in dieser Frage die pseudowissenschaftlichen Grundlagen hätte schaffen sollen, stand der vielsagende Passus:

«Wir verlangen nicht nur die Abstellung von „Formalbeleidigungen“, d.h. von übler Beschimpfung, sondern gerade auch die Einstellung der „vornehm“ und „objektiv“ getarnten bürgerlichen Diskriminierung, die viel gefährlicher ist als die Flut marxistischer Wutausbrüche. Wir verlangen anstatt böswilliger Gesinnung eine freundschaftliche Einstellung gegenüber dem Neutralitätspartner, so wie es sich zwischen Neutralen gehört. Eines solchen Anstandes sollen sich nicht nur die lauten Schreier, sondern vor allen Dingen auch die „vornehmen“ Demagogen der „seriösen“ bürgerlichen Presse zu befeissigen trachten.»

Das schnitt ins Lebende. Wäre man solchen Auffassungen auch nur einen Schritt weit entgegengekommen, so hätte man sich alsbald in einer Situation befunden, wo einem vom Ausland die Meinungs-äusserungen in Inhalt und Ton vorgeschrieben worden wären. Man

hätte den «schweizerischen Ideengrund», in dem schliesslich auch das aussenpolitische Urteil verankert war, die eigenen Auffassungen von Recht und Unrecht, von «völkischen» Ideen, von den Grenzen der Macht, von der Funktion und Notwendigkeit des Kleinstaates «anpassen», d.h. verleugnen müssen, und jeder Bemühung um den nationalen Selbsterhaltungswillen und eine geistige Landesverteidigung wäre der Boden entzogen worden. Man hatte hier die Grenze schon vor mehr als zwei Jahren festgelegt, und man wollte und konnte sie nicht korrigieren:

«Gewiss ist – gerade vom Standpunkt unserer nationalen Interessen aus – lange nicht alles zu billigen, was in der schweizerischen Presse über ausländische Vorgänge, Zustände und Persönlichkeiten geschrieben wird, und die Landesregierung hat richtig gehandelt, als sie mit dem Erlass einer Presseverordnung und der Einsetzung einer konsultativen Pressekommission Massnahmen gegen publizistische Ausschreitungen ergriff, die unsere auswärtigen Beziehungen stören könnten. Aber man darf sich doch auch nicht darüber täuschen, dass heute im Dritten Reich so ziemlich alles als „Hetze“ gilt, was nicht hundertprozentige Zustimmung zum Nationalsozialismus bedeutet, und dass wir uns einer recht vollständigen „Gleichschaltung“ unterwerfen müssten, um die Klagen über „schweizerische Pressehetze“ zum Verstummen zu bringen!»

Wohl mahnte man in der NZZ zur Disziplin und Zurückhaltung, je akuter die Gefahr wurde, desto nachdrücklicher, und anerkannte und zog auch deutlich die Grenze, die Pressefreiheit und ihren Missbrauch trennte. Aber mit noch grösserem Nachdruck wandte man sich gegen diesen in seinen Zielen durchschaubaren Anspruch auf Gesinnungsneutralität. Der nationalsozialistischen Formel, dass Neutralität sich «nicht halbieren» lasse, stellte man die Mahnung an das eigene Volk und die Behörden entgegen, die Freiheit «en bloc» zu verteidigen und sie sich nicht Stück für Stück, die Freiheit der Meinungsäusserung zuerst und andere Bestandteile der Souveränität hernach, entreissen zu lassen. Massgebend hat der zürcherische Staatsrechtslehrer Dietrich Schindler, damals Mitglied und später Präsident des Verwaltungskomitees der NZZ, zur klaren Scheidung von Neutralitätsbegriff und Pressefreiheit beigetragen, an der auch die

Landesregierung den sich häufenden diplomatischen Pressionsversuchen gegenüber festhielt.

Man hatte an dieser Front nicht nur gegen aussen zu fechten. Es gab auch in der Schweiz Kreise, die der deutschen Propaganda den Vers von der «Neutralitätsverpflichtung» der Presse nachsprachen. Man musste ihnen ein erstes Mal 1936 in der «Affäre Hausammann» öffentlich entgegentreten, und dabei wurde offenbar, dass die These einer eventuellen «Blutschuld» der schweizerischen Presse, d.h. ihrer Verantwortung für einen möglichen Überfall auf die Schweiz wegen der «provokierenden Schreibweise» ihrer Blätter, nicht zuletzt auch unter Offizieren bereits Anklang gefunden hatte. Dass die NZZ sich immer wieder gegen den Missbrauch der Pressefreiheit durch die Linksblätter aussprach, befreite sie in diesen Zirkeln keineswegs vom Vorwurf, «mitschuldig» zu sein; auch hier verstand man unter «Neutralität» die Abdikation des unabhängigen Urteils oder, um es konkret auszudrücken, eine «deutschfreundliche» Haltung dieses und anderer bürgerlicher Blätter.

Der Schatten einer doppelten Gefährdung der Pressefreiheit, durch Druck von aussen und durch den Druck nervös gewordener Kreise im Innern, blieb fortan über der journalistischen Tätigkeit. Es liegen merkwürdige Dokumente aus durchlässig gewordenen Sektoren der «inneren Front» in den Dossiers der Redaktion, etwa ein Kollektivschreiben, im Einverständnis mit dem Kommandanten von den Unteroffizieren einer Füsilierkompanie verfasst, das auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise das Befremden darüber ausdrückt, «dass die tonangebende NZZ immer wieder die Beziehungen zu einem Nachbarn zu trüben versucht» (!), und das mit den Sätzen schliesst:

«Uns Wehrmänner . . . interessiert es zu wissen, dass nicht nur die Armee die Pflicht hat die Neutralität unseres Landes zu wahren, sondern, und vor allen Dingen die Schweizer Presse. Wir wollen nicht eventuell in die Lage kommen die persönlichen Meinungen einzelner Redaktoren am sicheren Pult mit Waffengewalt verteidigen zu müssen.»

Man konnte sich am Blatt durch solche Äusserungen einer knochenweich gewordenen Gesinnung nicht von der Linie abdrängen

lassen, die man eingeschlagen hatte. Man hatte sich und seine Meinungen geprüft und immer wieder geprüft – welcher Beruf zwänge mehr zur ständigen Gewissenserforschung als der des Journalisten, der dauernd in Kontroversen Stellung zu beziehen hat und die Verantwortung für sein an Zehntausende von Lesern gerichtetes Wort auf sich fühlt? Man wusste, dass man nicht «persönliche Meinungen» vertrat und nicht ein unverantwortliches Spiel mit dem Geschick des Landes trieb, sondern dass man in angemessener Form einen unabdingbaren Teil der Schweizerfreiheit verteidigte und damit eine Meinung und Haltung, die man als Schweizer, als Liberaler, als Humanist unter keinen Umständen dem Zeitgeist deutscher Prägung opfern durfte. Und was das «sichere Pult» betraf, so war es um seine Sicherheit kaum anders bestellt als um die einer Frontlinie, wenn es zum Äussersten kommen sollte. Der Journalist trug seine Haut zu Markte wie jeder, der sich in diesen Zeiten politisch exponierte, und er wusste es gut.

Auch der «amtlichen Schweiz» gegenüber hatte man sich für sein Recht zu wehren, die Öffentlichkeit so zu orientieren, wie es Pflicht und Gewissen geboten, und jene Funktion in der geistigen Landesverteidigung zu erfüllen, die die Presse auf sich genommen hatte. Nicht dass in der Auseinandersetzung mit ihr dieses Recht grundsätzlich in Frage gestellt worden wäre; es ging hier vielmehr um das erlaubte Mass. Wenn «Bern» sich bei der Redaktion meldete, dann trug es zumeist eine Ermahnung zur Zurückhaltung und noch mehr Zurückhaltung vor. Man hatte dafür Verständnis und richtete sich danach ein, wo immer es möglich war – aber Verständnis und Entgegenkommen hatten hier auch ihre Grenzen.

Der Presse, als einem Organ der öffentlichen Meinung, und der offiziellen Politik, genauer dem Politischen Departement als einem Organ des Staates, boten sich diese Fragen unter verschiedenen Gesichtswinkeln dar. Der politischen Behörde war vor allem daran gelegen, pressepolitische Friktionen mit dem Reich zu vermeiden, und sie suchte die Ursachen und die Verantwortlichen für «Zwischenfälle» vorwiegend da, wo sie sie fassen und beeinflussen konnte:

auf schweizerischer Seite. Man neigte in Bern dazu, die deutsch-schweizerische Auseinandersetzung als blosser und überflüssiger «Pressefehde» anzusehen, auf die man schweizerischerseits mit Rücksicht auf die prekäre Lage des Staates wohl verzichten könne, und hielt das Wort Bismarcks zu mahnendem Gebrauch bereit, dass «die Völker die Fensterscheiben zu bezahlen haben, welche ihre Zeitungen einwerfen».

Dieses Wort hatte man allerdings auch auf der NZZ präsent. Aber es konnte nicht die ausschliessliche Verhaltensmassregel bilden. Über den eifrig abgehörten Deutschlandsender, in deutschen Zeitungen, deren Einfuhr zum grossen Teil ungehindert erfolgte, wurde nationalsozialistische Propaganda verbreitet und wurden die Ansprüche auf Gesinnungsneutralität, die Angriffe auf den Unabhängigkeitswillen ins schweizerische Publikum getragen. Die schweizerische Presse konnte und durfte dazu nicht immer schweigen, wenn sie es mit dem Widerstand ernst meinte. Man hatte den Eindruck, dass die politischen Behörden, die mit der Auslandspresse nicht in täglicher Fühlung waren wie die Korrespondenten und Redaktoren der Zeitungen, von diesen Angriffen zu wenig erfuhren und die Gefahren, die hier drohten, unterschätzten. Eine genauere Kenntnis der Struktur und Funktion der nationalsozialistischen Presse hätte im Übrigen diese Behörden daran hindern müssen, von «Zeitungsstreitigkeiten» und «Pressefehden» zu sprechen, die man übergehen könne. Denn das Wort war ja im Reich zentral gesteuert und hatte nichts mehr von privater Meinungsäusserung an sich.

So konnte man die Belehrung über die Pflichten der Presse, die man von den Behörden erhielt, nicht immer als situationsgerecht empfinden. Der Besorgnis der «amtlichen» Schweiz über die Haltung der schweizerischen Presse und ihre möglichen aussenpolitischen und wirtschaftlichen Konsequenzen im Verhältnis zum deutschen Nachbarn stand die Besorgnis der Presse gegenüber, man verkenne in Bern die Notwendigkeit entschiedener Stellungnahme und ideologischer Abwehr. In diesem Sinne äusserte sich der Chefredaktor des Blattes als Sprecher des Freisinnig-demokratischen Presse-

verbandes an der «grossen Pressekonferenz» vom 26. Oktober 1938 gegenüber dem Vorsteher des Politischen Departements. Zwei Wochen vorher hatte er bereits zusammen mit den Chefredaktoren des «Bund» und der «Basler Nachrichten» bei Bundesrat Motta vorgesprochen, um den Standpunkt der bürgerlichen Presse darzulegen. Um die Jahreswende 1938/39 folgte ein Briefwechsel zwischen Bundesrat Motta und dem Verwaltungsdirektor Ernst Rietmann, der Präsident des Schweizerischen Zeitungsverlegerverbandes war, bei welcher Gelegenheit man den vielangegriffenen Berliner Korrespondenten der NZZ gegen kaum gerechtfertigte bundesrätliche Vorwürfe in Schutz nehmen musste und sich veranlasst sah, noch einmal ausführlich die Situation des deutsch-schweizerischen Pressekonfliktes zu schildern, ihn in allen seinen Aspekten, nicht nur den diplomatischen, der Aufmerksamkeit der politischen Instanzen zu empfehlen und abermals die Haltung des Blattes zu erklären und zu rechtfertigen.

Zu allen Belastungen des Zeitungsmannes in der Periode des Nervenkrieges kam diese eine noch hinzu: bei den Behörden um Verständnis zu werben für die Notwendigkeit des geistigen Abwehrkampfes und damit für die Funktion der Presse. Man sollte ihrer bis gegen Ende des Krieges nicht mehr ledig werden.

EINE INSEL IM «NEUEN EUROPA»

Die Zertrümmerung des tschechoslowakischen Staates und die Unterjochung seiner Völker, der offene Bruch des Abkommens also, das Hitler vor weniger als einem halben Jahr unterzeichnet und besiegelt hatte, bestätigte aufs Neue, dass der Machtgier des Reiches mit diplomatischen Mitteln keine Grenzen zu setzen waren. Der Blick richtete sich sogleich nach vorn, auf das, was nun weiter vom deutschen «Dynamismus» zu erwarten stand. In der öffentlichen Meinung der Schweiz lag die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens, so gering sie nun auch sein mochte, im Widerstreit mit der Einsicht, dass es auf dem Weg der einseitigen Konzessionen und des «appeasement» nicht weiter gehen konnte, wenn Europa nicht als Ganzes ohne Schwertstreich dem Diktator in Berchtesgaden dienstbar werden wollte. Die Meinung setzte sich fest, dass beim nächsten offensiven Zug Deutschlands die Kanonen losgehen müssten.

Im Monat nach dem Einzug Hitlers in Prag war mit der Forderung nach Rückkehr Danzigs ins Reich schon das Hilfsziel für den weiteren Vorstoss in den Osten visiert, und der vorbereitende Nervenkrieg setzte mit der bekannten Systematik ein. Mit Varianten freilich, die vom Beobachter genaues Hinsehen verlangten: im Unterschied zur Aktion des Vorjahres ging die deutsche Machtpolitik vorerst «in Filzpantoffeln» statt in Stiefeln, da die Gegenspieler im Westen sich der Situation besser gewachsen zeigten und der Politik der «Bewegung» diesmal, vor allem durch das britische Hilfsversprechen an Polen, um eine Phase voraus waren. Die nationalsozialistische Aussenpolitik, so charakterisierte man sie im Blatt anhand des Danziger Vorspiels,

«ist Stegreiftheater im alten Sinne, mit immer denselben Helden und Bösewichten in ihren festgelegten Rollen, mit stereotypen Szenen, die sich unweigerlich in jedem Stück wiederholen, mit hundertmal abgespielten Situationen, die aber nach der Gunst und den Erfordernissen des Augenblicks abgewandelt und je nach den Einfällen der Hauptdarsteller und der Illusionsfähigkeit des Publikums verwoben werden zu einem volkstümlichen Rührstück oder zu einer sinnverwirrenden Haupt- und Staatsaktion.»

Zu einer Haupt- und Staatsaktion diesmal. Im August war der Danziger Prolog bereits überholt, bevor er noch ganz durchgespielt war, und Polen lag im aussenpolitischen Schussfeld; die militärische Bereitschaft im Reich war, wie vor einem Jahr, aufs äusserst Mögliche getrieben worden, die Agitation mit ihren obligaten «Zwischenfällen» und «Ausschreitungen gegen Volksdeutsche» auf dem Siedepunkt; es war wieder, wie man lakonisch abkürzte, «dicke Luft».

Der Donnerschlag erfolgte am 22. August mit der Ankündigung der Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrags. Auf ein «fait accompli» dieser Art war man nicht gefasst gewesen, in der NZZ so wenig wie in allen andern Zeitungen, die deutschen eingeschlossen. Wohl hatte man im Blatte Hitlers Antibolschewismus, seinen grossen Propagandaschlager für die Ohren des deutschen und europäischen Bürgertums, nie zum Nennwert genommen und ihn, wie auch die «völkische» Parole, als reines Hilfsmittel der Machtpolitik betrachtet. Wohl hatte Waldemar Jollos, der Russlandspezialist der NZZ, in seinen seit 1938 immer dichter aufeinanderfolgenden Analysen der Politik Moskaus noch im März 1939 sehr deutlich die «antiwestlichen» Neigungen Stalins, seine Bereitschaft zu einer Verständigung mit Deutschland herausgearbeitet, wie sie der russische Diktator besonders in seiner Rede vor dem Moskauer Parteitag hatte durchblicken lassen – einer Rede übrigens, deren Bedeutung Hitler nicht richtig erfasst hatte, wie man heute weiss. Stalin mochte bereit und fähig sein, die antifascistische Ausrichtung des Weltkommunismus vorläufig für einen Zuschauersitz im kommenden Krieg der «kapitalistischen Mächte» einzuhandeln; aber war eine derartige Schwankung der deutschen Politik denkbar?

«Ein Bund zwischen Hitler und Stalin! Das hiesse dem deutschen Volke, dem das nationalsozialistische Regime die Notwendigkeit des Kampfes mit dem Bolschewismus jahrelang eingeschärft hat, eine nicht nur politische, sondern auch seelische Umstellung zumuten, die wohl auch ein Hitler nicht wagen dürfte.»

Aber die Schwenkung war innert ein paar Tagen vollzogen, jedem Wort zum Hohn, das der Nationalsozialismus von Kindsbeinen

an von sich gegeben hatte. Caratsch konnte spaltenlang die nun «überholten» antibolschewistischen Proklamationen und die feierlichen Versprechen Hitlers zitieren, niemals mit dem Bolschewismus zu paktieren.

Das Schicksal Polens war damit besiegelt. Die grosse Frage aber war, ob es Hitler und Ribbentrop gelingen würde, mit ihrem «diplomatischen Handstreich» nach alter und bewährter Taktik das unmittelbare Opfer zu isolieren und noch einmal einem allgemeinen Krieg zu entgehen. Dass England und Frankreich ihre unbestreitbare schwere Niederlage in Moskau nicht zum Anlass nahmen, von ihren Verpflichtungen gegenüber Polen zurückzutreten, sondern sie im Gegenteil aufs Neue durch ihr Wort und durch ihre dem Ernst der Lage entsprechenden militärischen Massnahmen bekräftigten, wurde im Blatt mit Erleichterung und Anerkennung vermerkt. Man war sich zweifellos bewusst, dass man sich mit dieser Stellungnahme wieder wie im Herbst des Vorjahres der Anklage der «Kriegshetze» aussetzen würde. Schwerer als dieses Bedenken aber wog die Notwendigkeit, auch an neutraler Stelle Schuld und Verantwortung genau festzulegen. Hitler konnte nicht mehr im Unklaren sein über die Risiken, die er mit einer Aktion gegen Polen einging. Er war gewarnt – und die unmissverständliche Warnung der Westmächte bot zugleich die einzige und letzte Möglichkeit, ihn vom Sturz ins Abenteuer zurückzuhalten. Er mochte der Überzeugung sein, auch diesmal den längeren Atem zu haben, auch diesmal sein Spiel mit der blossen Drohung der Macht schliesslich zu gewinnen. Aber die Verantwortung für die Fehleinschätzung fiel ausschliesslich auf ihn.

Das verwegene Spiel misslang in der Wiederholung. Polen und die Mächte widerstanden dem Druck, und Hitler, seit langem entschlossen, «so oder so» sein imperialistisches Programm durchzuführen, musste das Schwert ziehen. Und ebenso zerschlug sich seine Hoffnung oder Erwartung, den Krieg in Polen zu lokalisieren. Drei Tage nach dem Überfall im Osten standen England und Frankreich im Kriegszustand mit dem Reich; Hitlers und Ribbentrops «verhängnisvolle Geringschätzung demokratischer Staatsmänner» hatte

sich gerächt. Mit aller Eindringlichkeit und Deutlichkeit, die eine nun in höchstem Grad gebotene Zurückhaltung noch gestattete, stellte man an diesem Sonntag der Kriegserklärung, dem 3. September, noch einmal die Rollenverteilung im Vorspiel zum Drama klar, das nun seinen Lauf nehmen musste. Gegenüber den Stimmen, die möglicherweise auch in der Schweiz das «mourir pour Danzig» und die Ausweitung des polnischen Kriegs zum Völkerkrieg für sinnlos erklären würden, hielt man fest, dass der Angriff auf Polen eine bewusste «Herausforderung der beiden Westmächte» bedeutete, «die daraus die Konsequenzen ziehen mussten, wenn sie nicht selbst einer deutschen Vorherrschaft über Europa sich beugen und nach einer Niederlage Polens die immer steigenden Ansprüche und Forderungen des Siegers erfüllen wollten».

«Man kann die Augen nicht verschliessen vor der Tatsache, dass die *Verantwortung* für diese europäische Katastrophe auf einem Mann liegt, der – viel eindeutiger als in früheren historischen Kontroversen über die Frage der Kriegsschuld – mit Name und Vorname bezeichnet werden kann ...»

Krieg! Wohl donnerten am 1. September die Kanonen fern im Nordosten Europas, aber niemand zweifelte daran, dass auch der Rhein nun zur Frontlinie würde, dass auch die Schweiz in die Zone der Gefahr zu liegen komme. Ohne dass diesmal aus der Öffentlichkeit der dringliche Ruf nach militärischen Sicherungsmassnahmen hätte erhoben werden müssen, war am 28. August der Grenzschutz, am 1. September die ganze Armee mobilisiert worden. Sie hatte in General Guisan ihren obersten Führer erhalten, und sogleich schritt das Parlament auch zur staatspolitischen Mobilmachung und übertrug der Regierung die nötigen Vollmachten, damit sie handeln konnte, wie die gefährliche Zeit es nun verlangte. «Die Demokratie, diese vielverkannte Staatsform, hat damit ihre Handlungsfähigkeit wieder einmal unter Beweis gestellt.»

Das Volk war geistig bereit für die Prüfung. Es gab, mit Ausnahme der nun unter aufmerksamer Überwachung stehenden Grüpplein von Staatsfeinden, keine Gegner der Landesverteidigung

mehr und auch keine nur bedingten Befürworter. Man war entschlossen, die Unabhängigkeit des Landes und seine Neutralität mit den Waffen zu verteidigen, und hatte Vertrauen in die Armee und ihre Führung, die nun die Wache übernommen hatte.

Der Präzedenzfall von 1914, der nun führenden Generation noch in lebhafter Erinnerung, war für diese Haltung und Stimmung nicht ohne Bedeutung. Auch hatte der Selbstbehauptungswille in den Monaten vor Kriegsausbruch noch einmal starke Impulse erhalten; die Erinnerung an die glorreichen Kämpfe der Eidgenossenschaft gegen erdrückende Übermacht war in den grossen, durch die Arglist der Zeit zu nationalen Demonstrationen erhobenen Schlachtenfeiern von Näfels, Laupen, Sempach aufs Neue lebendig geworden, der 1. August hatte die Gemüter an der Schwelle des Kriegs noch einmal aufgerüttelt. Und vor allem ging von der Landesausstellung an den Ufern des Zürichsees das stärkste patriotische Fluidum übers Land, von ihrem vaterländischen «Höhenweg» unter den dreitausend Wimpeln der Gemeinden, von der dort aufs Eindrücklichste ins Bewusstsein gerufenen Vergangenheit und Gegenwart der Heimat und dessen, was sie wert machte, von den farbenfrohen kantonalen Festen, von denen die Gassen Zürichs in jenem Sommer widerhallten. Der Lokalredaktor der NZZ, Edwin Arnet, hatte das immer wieder aufgeführte «Landi»-Festspiel geschrieben, und das Blatt selber hatte sich seit einem Jahr unermüdlich eingesetzt für die Gestaltungsprojekte der Ausstellung und bemühte sich in fast täglichen Berichten und Beschreibungen, den Impuls aus dieser grossartigen Selbstdarstellung des Volkes weiterzugeben.

Es war, alles in allem, «ein Jahr vertieften Schweizertums» gewesen, und die Bilanz der geistigen Lage der Eidgenossenschaft, die man am ersten Mobilmachungstag im Blatt festhielt, war positiv:

«Das darf wohl gesagt werden, dass das Schweizervolk noch selten in seiner Geschichte und noch nie seit zwei Jahrzenten das Schauspiel einer solchen *moralischen und geistigen Einheit* geboten hat wie heute. Es ist ein reifes, ein erwachsenes Volk, das tief ergriffen und erschüttert ob der Ungeheuerlichkeit des über den Völkern Europas schwebenden Verhängnisses, aber

trotzdem hochgemuten Sinnes und mit dem unbeugsamen Entschluss zur Wahrung seiner teuersten Güter vor dem sich entrollenden weltgeschichtlichen Drama steht. Sympathien und Antipathien werden es nicht auseinanderreissen wie ehemals; seine Meinung hat sich geformt, sein Urteil ist gemacht über die Ereignisse, die Verantwortlichkeiten, die mit dem drohenden Ausbruch eines neuen europäischen Krieges verknüpft sind. Wie lächerlich mutet heute selbst den bösesten Eiferer von gestern der Streit über Ideologien angesichts eines deutsch-russischen Paktes an! Für welchen Eidgenossen gibt es heute eine wichtigere, überwältigendere Tatsache als die „wunderbare Tatsache des Vaterlandes“?

Die Vereinfachung der politischen Probleme auf das eine des Überlebens des Staates und der Erhaltung seiner Unabhängigkeit war nicht erst eine Folge der Mobilisation, wie wir gesehen haben. Aber so wenig wie die Gleichstimmung der Meinungen in Bezug auf dieses eine Ziel in den kritischen Momenten des Jahres 1938 die Auslöschung jeglicher Kontroverse bedeutet hatte, so wenig vermochte die Mobilisation die interne Auseinandersetzung in der Demokratie lahmzulegen. Ihr normaler Lebenszyklus erheischte Wahlen im Spätherbst 1939. Man hatte sich in der Öffentlichkeit schon im Frühjahr darüber Gedanken gemacht, ob man sich unter den herrschenden Umständen «den Luxus eines allgemeinen Kampfes um die Nationalratssessel» in diesem Jahr nicht besser versagen würde. Die NZZ hatte sich damals den Bedenken sehr zugänglich gezeigt, sich aber doch für die Abhaltung der Wahlen ausgesprochen, sofern der Kampf, womöglich durch ein Abkommen der Parteien, in den durch die internationale Lage gebotenen Grenzen geführt werden könne:

«Einen Burgfrieden, der in der Unterbindung aller Äusserungen der Demokratie, in dem Verzicht auf die Geltendmachung verschiedener Meinungen und Forderungen in der Demokratie bestünde, brauchen wir nicht, wohl aber die Erkenntnis unserer eidgenössischen Schicksalsgemeinschaft.»

Die Mobilisation änderte diesen Standpunkt nicht. «Wahlen ja – Wahlkampf nein» hiess die Parole, und man glaubte daran, dass eine Demokratie auch in Waffen und mit Disziplin wählen könne. Ganz ohne Kampf ging es allerdings nicht, vor allem weil die Sozialdemo-

kratie Freiheit der Agitation forderte und ihrer Missbilligung von «Khakiwahlen» offen Ausdruck gab, dann aber auch, weil die Duttweilersche Propaganda sich auf Wege begab, auf denen man ihr in der NZZ entgegentreten musste. Der Landesring versuchte, sich auf dem Rücken der Wehrpolitik eine Position im Bunde zu erkämpfen, diesmal nicht mit der Forderung von tausend Flugzeugen, sondern mit der einer «schweizerischen Maginotlinie», und er wollte glauben machen, man schulde ihm und seiner Propaganda den Dank für den Ausbau der Landesverteidigung –, «als sei die schweizerische Armee am 1. September in leidlich guter Verfassung . . . aus einem Migrosladen herauspaziert», wie man in der NZZ glossierte. Das Resultat des Wahlganges ergab, trotz den vorausgegangenen Jahren der Wirtschaftskrise und leidenschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen der Mitte und der Linken, aufs Neue das Bild einer erstaunlichen Kontinuität: der Abbröckelungsprozess bei den historischen Parteien, der 1935 leichte Fortschritte gemacht hatte, war wieder aufgehalten, ihr Bestand gewahrt oder leicht vermehrt, die Sozialdemokratie durch die Dissidenz Nicoles leicht geschwächt, der Kommunismus ausgelöscht, der Frontismus durch Selbstaufgabe eliminiert; der Landesring, der 1935 mit seinem «Fähnlein der sieben Aufrechten» in Bern eingezogen war, konnte seine Basis trotz heftiger Agitation nur um weniges verbreitern; man fühlte sich im Blatt jetzt veranlasst, ihm einen Wechsel seiner Methoden, eine Abkehr von seinem «Byzantinertum» nahezulegen, wenn er in seiner Rolle einer «konstruktiven bürgerlichen Opposition» ernst genommen sein wollte.

Im Resultat eines weiteren Urnenganges im Dezember mochte man in der NZZ dann allerdings kein Reifezeugnis der Demokratie mehr sehen: mit grosser Mehrheit verwarf das Volk eine von den Räten fast einstimmig gutgeheissene Vorlage über die Anpassung der Gehälter und Pensionen des Bundespersonals. Die NZZ hatte sich für sie als für ein sachlich gerechtfertigtes Verständigungswerk eingesetzt. Aber eine hemmungslose Inseratenkampagne des «Bundes der Subventionslosen» gegen die «Pensionsmilliarde», die man vom

Standpunkt der nationalen Solidarität aus im Blatt scharf verurteilte, brachte das Werk zu Fall. Mit jener Art von Kampf für die scheinbaren Interessen der freien Wirtschaft, wie ihn die hier im eidgenössischen Porzellan wütende Reklamefigur des «Elefanten» betrieb, wollte man in der «kapitalistischen NZZ» weder jetzt noch später etwas zu tun haben.

In den Blättern der NZZ aus jenen Tagen ist mehr die Stimmung gefasster, ruhiger Bereitschaft spürbar als der Ruch erregender weltpolitischer Dramatik. Das war Absicht, insofern man sich auf der Redaktion aus freien Stücken die Verpflichtung auferlegte, die Nerven der Leserschaft in diesem kritischen Moment zu schonen. Fortan aber lag die Verantwortung für ihr Tun und Lassen, für das, was sie schrieben und mitteilten, wie für das, was sie verschwiegen, nicht mehr voll und ausschliesslich auf den Redaktionen der Zeitungen. Mit den ersten militärischen Massnahmen hatte die Armeeführung ihre Hand auch auf die Presse gelegt. Die «Abteilung Presse und Funkspruch» im Armeestab schuf mit den Territorialkommandos einen Apparat zur Kontrolle der Publizistik und erliess verbindliche «Vorschriften über die Verbreitung von Nachrichten und anderen Äusserungen». Sie entsprachen dem militärischen und kriegswirtschaftlichen Interesse an der Geheimhaltung wie auch der Notwendigkeit, defaitistische Propaganda zu unterbinden, visierten dann aber bald auch die politische Haltung der Zeitungen gegenüber dem Ausland. Zehn Tage nach Kriegsausbruch hatten die Redaktionen bereits eine erste offizielle Äusserung der Beunruhigung über ihren teilweisen Mangel an Zurückhaltung und eine nachdrückliche Mahnung zur vermehrten Ausübung dieser Kunst auf dem Tisch.

Es war der Anfang einer strikten Rationierung der Freiheit des öffentlichen Wortes, die fortan den Journalisten und vor allem den Redaktor tagtäglich daran erinnerte, dass auch er und mit ihm die Presse unter dem Gesetz des Krieges stand, dass auch er, selbst wenn er in Zivil an seinem Pult arbeitete, «mobilisiert» war, in seinem ureigensten Bezirk, der Darstellung und Deutung der Gegenwarts-

geschichte, den Weisungen militärischer Instanzen zu gehorchen hatte und bestraft werden konnte, wenn er nicht die geschuldete Disziplin hielt. Karl Weber fasste den Sachverhalt um die Mitte des nächsten Jahres im Blatt einmal in einen knappen Satz: «Die Presse ist so viel „freie“ Presse geblieben, als der Schweizer Soldat „freier Schweizer“ geblieben ist . . .». Man hatte immerhin die tröstliche Versicherung in Händen, dass eine eigentliche Vorzensur nicht geplant war, dass also nicht der Rotstift eines Offiziers zwischen Manuskript und Setzmaschine eingeschaltet würde. Umso heikler war es, so zu schreiben, dass man «passierte», ohne sich Sanktionen zuzuziehen, umso schwieriger, die variable Reizschwelle der militärischen Kontrollinstanzen genau zu kennen.

Es ist hier nicht der Ort, das schweizerische Presseregime während des Krieges zu diskutieren oder zu kritisieren, sondern die Auswirkungen kenntlich zu machen, die es auf die Zeitung und das Metier des Zeitungsschreibers hatte. Niemand, der davon selber betroffen war, denkt gern an jene Jahre zurück, da ihm von Amtes wegen die Feder gehemmt oder, später, in bestimmter Richtung geführt wurde. Jemand liebte die Schranken, die seiner Urteilsäusserung und seiner Ausdrucksmöglichkeit gesetzt wurden, auch wenn er sie sich selber, unsichtbar, vielleicht oft an der gleichen Stelle auch gesetzt hätte. Aber alle Zeitungen des Landes waren hier im gleichen Boot, und mit verschwindenden Ausnahmen hatten sie alle das gleiche Interesse an der Erhaltung des Staates wie auch an der Vermeidung gefährlicher aussenpolitischer Komplikationen, das auch die Kontrollinstanzen im Prinzip leitete, und sie hielten zum grösseren Teil Disziplin und nahmen ihr besonderes Teil an der Kriegslast auf sich.

Auf der NZZ hatte man es sich von allem Anfang an zur Pflicht gemacht, diese Bedingungen loyal zu erfüllen und sich strikt an die Weisungen von «oben» zu halten. Nicht des materiellen Schadens wegen, den etwa eine Beschlagnahme oder ein Verbot dem Blatt gebracht hätte, und auch nicht deshalb, weil man an der Rolle des Musterknaben grossen Geschmack gefunden hätte. Aber als ein führendes Blatt fühlte man sich zu vorbildlicher Disziplin ganz be-

sonders verpflichtet, und man wollte nicht Sanktionsmassnahmen herausfordern, die das pressepolitische Begriffssystem verwirrt und das Ansehen des Blattes gefährdet hätten. In der internen Weisung der Chefredaktion, datiert vom 30. August 1939, die vom ersten Presse-Erlass des Militärdepartements Kenntnis gab, heisst es: «Die „Neue Zürcher Zeitung“ hat das grösste Interesse daran und legt Wert darauf, in der kommenden kritischen Zeit eine vorbildliche Haltung und Disziplin zu wahren.»

Die Stellung, die das Blatt in den Augen der Öffentlichkeit und der Behörden innehatte, machte ihm die Erfüllung dieses Vorsatzes nicht leichter als andern – im Gegenteil. Die NZZ hatte bei der Kontrolle entschieden den feineren Filter zu passieren als ein Grossteil der übrigen Presse. Ein Beispiel aus den Anfängen des Krieges mag hier zur Illustration für manche spätere dienen: Das Blatt hatte am 5. Oktober 1939, nach Abschluss des Feldzuges in Polen, die «Friedensoffensive» Hitlers und die ablehnende Haltung der Westmächte kommentiert und dies u.a. mit folgenden Worten getan:

«Nach wie vor lehnen es (die Westmächte), wie Chamberlain am Dienstag im Unterhaus sagte, ab, „von der gegenwärtigen deutschen Regierung auch nur *die kleinste Zusicherung* entgegenzunehmen“, da diese Regierung in der Vergangenheit allzu oft gezeigt habe, dass ihre *Versprechungen wertlos* seien, sobald es ihr passte, sie nicht einzuhalten. Es geht nicht um den Inhalt der deutschen Vorschläge, sondern um das nationalsozialistische Regime, mit dem die Westmächte nach den Erfahrungen der letzten Jahre einen Frieden auf *blasse Zusicherungen* hin nicht abschliessen wollen und dem sie überhaupt die Verhandlungs- und *Vertragsfähigkeit nicht mehr zuerkennen* können.

Diese Haltung ist die Konsequenz aus der Aussenpolitik Hitlers und Ribbentrops, von der die Westmächte auch in Zukunft nichts anderes erwarten können, als dass sie die Bereitschaft Grossbritanniens und Frankreichs zu einem neuen Kompromiss als Zeichen der Schwäche interpretieren und nach einer kurzen Atempause ausnützen würde, um London und Paris die endgültige Niederlage beizubringen. Da diese Methode dem inneren Gesetz des nationalsozialistischen Regimes entspricht, müssen die Westmächte um ihrer eigenen Sicherheit willen festhalten an ihrem von Anfang an proklamierten *Kriegsziel*, dass ein Friedensschluss nur mit einer vertrauenswürdigen deutschen Regierung möglich sei.»

Dieser Artikel, und insbesondere der zitierte Passus, erregte beim Politischen Departement in Bern und bei der Abteilung Presse und Funkspruch Beunruhigung; das Territorialkommando 6 wurde beauftragt, die NZZ zu grösster Vorsicht und Zurückhaltung zu mahnen, und zwar mit folgender Begründung (zitiert aus dem Originalbrief):

«In der dritten Spalte kommt der Verfasser auf die Auffassung der Regierungen der Westmächte zu sprechen, wonach Zusicherungen Deutschlands wertlos seien und die Vertragsfähigkeit dieses Partners nicht mehr anerkannt werden könne. Diese Feststellung wird zunächst lediglich in indirekter Rede als Wiedergabe englischer und französischer Auffassungen geäussert. Darauf aber wird der Verfasser positiver, sowohl im Ton wie insbesondere in der Darstellungsweise. Man muss den Eindruck gewinnen, der Redaktor und damit gleichzeitig die NZZ trete der Auffassung der Westmächte ausdrücklich bei und fälle über den Wert von Versprechungen Deutschlands das gleiche Urteil. Eine solche Haltung ist gefährlich und geeignet, das Gebot zu einer neutralen Haltung der Presse zu verletzen. Man muss dabei berücksichtigen, dass die NZZ, das bedeutendste Blatt der deutschen Schweiz, sehr viel gelesen wird und dass seine Äusserungen als der Ausdruck eines grossen Teiles unserer Bevölkerung angesehen werden. Im Zusammenhang mit dem Titel (Hitlers „Friedensoffensive“) kommt der unbefangene Leser zur Ansicht, die NZZ lehne ihrerseits die Friedensoffensive Hitlers aus dem Gesichtspunkt der Vertragsunfähigkeit der deutschen Regierung zum vorneherein ab. Die bezeichnete Stelle scheint mir mehr auf einer versehentlichen Entgleisung als auf einer bewussten Stellungnahme zu beruhen. Es ist aber angezeigt, in geeigneter Weise die NZZ auf diesen Artikel und die schweren Bedenken, die er erregt, aufmerksam zu machen, damit sich ähnliches nicht wiederhole.»

Freilich war sich die Redaktion bewusst, dass sie mit den zitierten Worten ein Urteil fällte, das in Berlin kaum als Freundlichkeit aufgefasst wurde. Es entsprach der Einschätzung deutscher Politik, die das Blatt seit 1933 vertreten und die sich dutzendfach als richtig erwiesen hatte. Ins Gegenteil verkehren konnte man sie nicht. Hätte man sie in diesem und in so manchem andern Fall, in dem man den Vorwurf mangelnder Zurückhaltung zu hören bekam, unterschlagen sollen? Man hätte damit auf die Dauer bei den Gutgläubigen – und

das heisst wohl beim breiten Publikum – die Entstehung eines falschen Bildes der nationalsozialistischen Politik begünstigt, und das hätte für die kleine Demokratie, die so sehr von ihrer misstrauischen Wachsamkeit abhing, in der unbekanntenen Zukunft seine Folgen haben können.

Nicht nur um das öffentliche Urteil in Dingen der internationalen Politik legten sich engere Fesseln – auch in der publizistischen Verteidigung schweizerischer Interessen gegenüber dem kriegführenden Ausland hatte man die Hände nicht frei. Wieder als ein charakteristisches Beispiel sei der «Fall» eines Kurzkommentars erwähnt, in dem die NZZ einem übelwollenden und verfälschenden Aufsatz des fascistischen Journalisten Mario Appelius über die schweizerische Geisteshaltung im Krieg entgegentrat. Appelius hatte Anfang August 1940, also nach dem Kriegseintritt Italiens und nach dem Zusammenbruch Frankreichs, im offiziösen «Popolo d'Italia» von den «Gefahren» gesprochen, die wegen ihrer «ethnischen Zusammensetzung» auf der Schweiz lasteten, und ironisch hervorgehoben, dass die Schweizer in ihrer bedrängten Lage «zum grossen Teil auf die persönliche Protektion Mussolinis» hofften. Die NZZ glossierte in zwei Sätzen die Insinuation dieser «Gefahren» und stellte im Übrigen fest, dass die Schweiz wohl auf das feierlich gegebene Wort von Staatsmännern, auf die mit ihnen abgeschlossenen Verträge und auf die traditionelle Freundschaft mit Italien baue, sich aber dabei auf ihren eigenen starken Unabhängigkeitswillen stütze. Zurückhaltender hätte man die Antwort auf eine Darstellung, hinter der man wohl nicht zu Unrecht eine gefährliche Tendenz witterte, nicht geben können – aber auch damit hatte man offenbar bereits den Plafond behördlicher Toleranz erreicht. Bundesrat Etter teilte der Redaktion mit, dass die Landesregierung «eine Fortsetzung der Polemik» in dieser Sache «als unzweckmässig erachte», und ersuchte sie, ihm weitere bedenkliche Artikel Appelius' persönlich zur Verfügung zu stellen, «damit ich von hier aus auf anderem Wege zum Rechten sehen kann». (Brief von Bundesrat Etter an den Chefredaktor der NZZ vom 8. August 1940.)

Das alte, seit Jahren schon von allen möglichen Gesichtspunkten her ausgeleuchtete Dilemma blieb bestehen und war nun noch schwieriger zu bewältigen – das Dilemma zwischen vorsichtiger Zurückhaltung im Urteil mit Rücksicht auf den Staat und der Notwendigkeit unverfälschter Darstellung der Wirklichkeit. Die Interventionen der militärischen wie der politischen Instanzen waren begreiflicherweise meistens auf «Bremsen» angelegt, und es blieb der Presse gar keine andere Wahl, als sich zu fügen. Wenn die Einschätzung der nationalsozialistischen Gefahr in der Öffentlichkeit dabei vorläufig keinen übermässigen Schwankungen ausgesetzt war und der Widerstandwille nicht ernsthaft Schaden nahm, dann wohl vor allem dank der «Vorarbeit» der Presse in all den Jahren, da ihr Wort bei allen Hemmungen doch grundsätzlich frei gewesen war.

Der Druck des «Auslandes» – wenn man «Ausland» schrieb, wusste jedermann, wer in concreto gemeint war – auf die schweizerische Presse hatte sich mit Kriegsausbruch verstärkt. Der Gegenstand der Attacken, die sich vor allem im Februar 1940 zu einer eigentlichen Kampagne verdichteten, blieb der alte: die «neutralitätswidrige Haltung» der schweizerischen Presse. Die Position Berns war insofern geschwächt, als es sich seit der Schaffung einer Pressekontrolle nicht mehr grundsätzlich auf die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit des Urteils der Zeitungen berufen konnte und selber nun sein Teil der Verantwortung für die Haltung der schweizerischen Presse trug. Trotzdem musste man sich weiterhin für einen korrekten Neutralitätsbegriff wehren und die Zumutung der Gesinnungsneutralität von sich weisen. Die Verhaltensmaxime, die man in der NZZ für richtig ansah und an die man sich selber in den Kriegsjahren hielt, ist in einem grundsätzlichen Artikel über die schweizerische Neutralität vom Oktober 1939 festgehalten:

«Die schweizerische Presse wird auch in Zukunft fortfahren müssen, vom eidgenössischen Ideengrund aus, in schweizerischer Sicht die Vorgänge jenseits unserer Grenzen berichtend und kommentierend zu würdigen und damit die unerlässliche Aufgabe der Orientierung des Schweizervolkes in wirrer Zeit zu erfüllen. Dass sie dabei der exponierten Lage unseres Landes

Rechnung trage, der eigenen Zuschauerrolle bewusst bleibe, Takt und Mass und Zurückhaltung zeige – das ist eine Forderung, die der schweizerische Staat an sie stellen darf und muss; das Ausland aber ist nicht ihr Richter, und mit der schweizerischen Staatsmaxime der Neutralität hat die Beurteilung der Kriegereignisse durch die öffentliche Meinung unseres Landes – rechtlich und tatsächlich – nichts zu tun.»

Die heuchlerische Klage, dass «der deutsche Leser» aus der schweizerischen Presse eine wachsende Feindschaft gegen das Reich herausspüre und darob verbittert werde, wies man in der NZZ entschieden zurück. Den «deutschen Leser», der die schweizerische Presse noch zu Gesicht bekam, gab es gar nicht mehr; ihm wurde nur aus zweiter Hand, in seiner eigenen gelenkten Presse, davon berichtet, und meist nur von Einzelfällen, in verzerrter Form und mit bewusster und durchschaubarer Tendenz. Man hätte eine nach deutschem Muster total gleichgeschaltete Presse haben müssen, hätte man jedes Steinchen des Anstosses für die nach aussen so empfindlichen Berliner Instanzen wegräumen wollen – und das war in der schweizerischen Demokratie undenkbar.

Was das kriegführende Deutschland der schweizerischen Presse streitig machte, war das Recht auf eine unabhängige Meinung, aber auch, und in den frühen Phasen des Krieges immer deutlicher, das Recht auf vollständige Information. Vollständige Information hiess in der nächsten Annäherung dieses Ideals unter den herrschenden Umständen mindestens zweiseitige Information. Der neutrale Staat und seine Öffentlichkeit wollten und durften darauf nicht verzichten, aus staatspolitischen wie aus aussenpolitischen Gründen nicht. Über beide Seiten informiert zu sein, war für den Neutralen lebensnotwendig.

Die deutsche Haltung in dieser Frage war zweideutig. Auf der einen Seite bezeugte die deutsche Presse zur Genüge, wie wichtig ihr der neutrale Boden als eine «Relais-Station» für die Information über den Gegner war, über dessen Lage sie sich vor allem hier, auf Grund der Berichte unabhängiger Beobachter ein objektives, von Propaganda nicht verzerrtes Bild machen konnte. Die schweizerischen Zei-

tungen, vor allem jene, die eigene Korrespondenten im Ausland hatten, wurden für sie zum intensiv ausgebeuteten Steinbruch für Auslandsinformationen und, wo es in ihr Konzept passte, für «unverfängliche Zeugenberichte». Aber das hinderte sie nicht, gerade über jene Leute und Zeitungen, die sie immer wieder als Zeugen zitierte, auch immer wieder herzufallen, sie als «im Solde Churchills» stehend zu verdächtigen und sie zum Objekt eigentlicher Hetzkampagnen zu machen, wenn ihre Berichte schlecht zu denen der Propaganda passten. Die NZZ stand dabei mit ihrem gut ausgebauten Netz von Korrespondenten natürlicherweise oft im Vordergrund, und sie hatte sich auch in Bern wiederholt für ihre Auslandsberichterstattung, respektive für ihr Recht auf vielseitige und unabhängige Information einzusetzen, die man auch dort unter dem Druck deutscher Demarchen bisweilen als belastend empfand.

Dass solcher Druck nach «unten» weitergegeben wurde und dass sich die Kontrollinstanzen bemühten, ihn durch präventive Ermahnungen abzubauen, war verständlich. An der Presse war es, ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Man machte es sich auf der NZZ zur Pflicht, auf jede Beanstandung oder Verwarnung jeweils ausführlich zu replizieren und den eigenen Standpunkt zu erklären und zu rechtfertigen. Das bedeutete zwar beträchtlichen «Papierkrieg» – die geschwollenen Dossiers «Zensur» auf der Redaktion bezeugen ihn auf recht eindrückliche Weise –, trug aber dazu bei, das Verständnis der Zensurbehörde für die Presse und ihre Funktion zu wecken oder zu mehren. Rudimente der «Blutschuldtheorie» spielten freilich im einen oder andern Kopf dort besonders in Zeiten erhöhter Gefahr eine bedenkliche Rolle, und ganz ausgerottet wurden sie durch die scharfen Gegenreaktionen der Presse wohl nie. Was das Verhältnis der NZZ zu den Kontrollinstanzen betrifft, so ist aber doch festzustellen, dass auch diese Instanzen, obwohl militärischen Geistes, mit sich reden liessen und dass es nach kritischen Momenten jeweils wieder gelang, einen «modus vivendi» zu finden und dem Blatt, wenn schon in eng gezogenem Rahmen, die Erfüllung seiner notwendigsten Funktionen zu ermöglichen.

Ihrer Informationspflicht nachzukommen, war der schweizerischen Presse im Übrigen nicht nur durch die aus Gründen der Staatsräson errichteten Hindernisse erschwert. Die Nachrichten selber waren ein Mittel der psychologischen wie der politisch-militärischen Kriegführung und damit in ihrem objektiven Wert zum Teil fragwürdig geworden. Die Nachrichtenquellen waren beschränkt und der Beeinflussung unterworfen. «Informationen» wurden lanciert, nicht wegen ihres tatsächlichen Gehalts, sondern zur Erkundung und Beeinflussung des Gegners, oder auch als Mittel im Kampf um die «Seele der Neutralen». Hier Spreu und Weizen sauber zu trennen, stellte an die Urteilsfähigkeit der Presse höchste Ansprüche, und sie konnte ihnen auch mit grösster Sorgfalt und Kritik nicht immer gerecht werden; noch weniger hätte es auf diesem Gebiet eine Reglementierung durch militärische Zensurorgane vermocht. Ein Verzicht auf den Grundsatz der zweiseitigen Information hätte unter solchen Umständen die Preisgabe des selbständigen Urteils bedeutet.

Zu alledem kamen noch die gesteigerten «technischen» Schwierigkeiten hinzu, die den Zeitungsbetrieb seit Kriegsbeginn aufs schwerste belasteten. Der Redaktionsstab der NZZ schmolz durch die Mobilisation auf die Hälfte seines Bestandes und hatte doch bei gesteigertem Nachrichtenbedürfnis der Öffentlichkeit nach wie vor mit einem ebenfalls stark reduzierten technischen Mitarbeiterstab zusammen die drei täglichen Ausgaben zu bewältigen, die seit 1894 zur festen und auch jetzt nicht verlassenen Tradition des Blattes gehörten. Die einzige Reduktion der Leistung, zu der man sich gezwungen sah, war die Zusammenlegung der beiden Sonntagsausgaben in eine einzige – ein kriegsbedingtes Provisorium, das den Krieg überdauern sollte.

Schwierigkeiten ergaben sich aus der neuen Lage auch für den zeitungseigenen Nachrichtendienst. In den ersten zehn Tagen des Septembers kam weder ein Telephongespräch aus London durch, noch erhielt man englische Zeitungen. Mehr noch als vor dem Krieg, wo man sich schon oft auf diese Weise beholfen hatte, mussten sich Redaktoren und Stenographen vor das Radio setzen und Nachrich-

ten aus dem Äther beziehen. Walter Bosshard, den bisherigen China-korrespondenten des Blattes, delegierte die Redaktion via Rumänien nach Polen; aber der Blitzkrieg und die russische Intervention hatten das Schicksal dieses Landes bereits besiegelt, als Bosshard an die rumänisch-polnische Grenze gelangte. Von Czernowitz aus konnte er nur noch den Schlussakt der polnischen Tragödie beobachten und beschreiben.

Mit heissem Herzen erlebte man auf dem Blatt wie in der ganzen schweizerischen Presse den Untergang Polens mit, des dritten Opfers der nationalsozialistischen Aggression in zwei Jahren. Der schweizerische Standpunkt war nicht nur durch die traditionelle Sympathie für den in seiner neueren Geschichte so schwer heimgesuchten Staat gegeben. In den Schlachten im Weichselbogen, noch mehr aber vielleicht in der Gestaltung der neuen deutsch-russischen Allianz fielen Vorentscheidungen über das Schicksal Europas und damit des eigenen Landes, die peinlichste Aufmerksamkeit erforderten. War hier tatsächlich der «grösste Festlandblock der Geschichte» im Entstehen, den die deutsche Propaganda den Gegnern Hitlers und den Neutralen als Warnmal vor Augen stellte? Mit wissenschaftlicher Akribie analysierte man in der NZZ das deutsch-russische Zusammenspiel während und nach der «Liquidierung» Polens. Das Bild, das dabei herauskam, war das einer unsicheren Zweckallianz von temporärer Bedeutung, in der Deutschland unter Zwang und Druck «Rapallo-Politik» treiben musste und Russland von Misstrauen gegenüber dem nationalsozialistischen Partner erfüllt blieb – ein höchst labiles Verhältnis also, das von den Utopien der deutschen Propaganda weit entfernt war. «J’embrasse mon rival, mais c’est pour l’étouffer» –dieses Wort bezeichnete nach der Meinung des Blattes besser als das Motiv der «Koexistenz» die langfristigen Absichten der Politik Moskaus. Für die Beurteilung der Gesamtkriegslage blieb die Überzeugung wegleitend, dass das Spiel im Osten mit der Aufteilung Polens keineswegs zu Ende sein würde. Sie traf die Wirklichkeit und wirkte zugleich jenen Anwendungen von Kleinmut entgegen, die sich seit

dem Molotow-Ribbentrop-Pakt und dem ungehemmten Siegeszug der deutschen Armeen in Polen vermehrt bemerkbar machten.

Eine Stütze für die Verzagenden und einen starken Auftrieb für den Widerstandsgeist im bedrohten Kleinstaat brachte der heldenhafte und lange Zeit hindurch erfolgreiche Widerstand Finnlands gegen die russische Invasion im Winterkrieg vom Dezember 1939 bis in den März 1940. Klan teilte im Blatt die allgemeine Empörung über den unprovokierten russischen Angriff und die Sympathie für die Finnen. Max Mehlem, der seit Jahren aus Helsinki berichtet hatte, beschrieb aus der finnischen Hauptstadt wie auch von der Front aus diesen Krieg in der NZZ, ergänzt durch Berichte Ernst Regenburgers aus Stockholm, und die redaktionellen Kommentare unterliessen nichts, um den finnischen Widerstand als Beispiel und Vorbild der Haltung und der Möglichkeiten eines materiell unterlegenen Volkes gegenüber dem Angriff eines Machtkolosses fruchtbar zu machen.

Die schweizerische Öffentlichkeit hatte in der Periode der «drôle de guerre» an der Westfront diesen Auftrieb und diese Mahnung zur Wachsamkeit nötig. Der «seltsamste aller Kriege» bestand vorläufig darin, dass sich die Armeen am Rhein Gewehr bei Fuss gegenüberstanden und nichts unternahmen, in Erwartung der Resultate einer politischen «Friedensoffensive» auf der einen, der Auswirkungen der Seeblockade auf der andern Seite. Die schweizerische Armee hielt Wache an den Grenzen, aber hinter ihren Reihen begann die politische Kriegsdisziplin abzubröckeln, schien der helvetische Alltag mit Parteienzank und Geltendmachung von Sonderinteressen wieder anbrechen zu wollen, wie die Debatten über das Wehropfer und die Finanzierung der Landesverteidigung bald zeigten.

«Es scheint fast unglaublich und ist doch wahr, dass wir in der Schweiz in den letzten Wochen und Monaten im Begriffe gewesen sind, in die Gepflogenheiten der Friedenszeit zurückzufallen, dass es auch bei uns Leute gibt, die sich heute noch oder heute wieder den Luxus unsinniger Parteifehden und Interessenkämpfe, des kleinlichsten Marktens und Feilschens um die für unsere Landesverteidigung und damit für den Bestand des Landes zu bringenden Opfer leisten zu dürfen glauben.»

So schrieb das Blatt im kritischen Rückblick am 10. April 1940, im Moment, als aus der trägen Scheinruhe eben wieder bedrohliche Bewegung geworden war.

Die Gefahr lag darin, dass man während der Wintermonate 1939/40 bei der allgemeinen militärischen Untätigkeit dem Glauben verfallen konnte, dieser Krieg werde von den Beteiligten nicht ernst genommen. Hitler lancierte eine «Friedensoffensive», die aber bei den Westmächten keinen Erfolg hatte und entschlossene Absagen zeitigte. Vermittlungsversuche Mussolinis, Roosevelts, des Vatikans standen zur Diskussion, und die Hoffnung mochte Boden gewinnen, es könne doch noch das Äusserste vermieden, die Furie von Westeuropa ferngehalten werden. Die NZZ gehörte nicht zu denen, die zu Vermittlungsversuchen Neutralen aufriefen und Hoffnungen begünstigten. Sie enthielt sich der Ratschläge an die Kriegführenden, im positiven wie im negativen Sinn. Wo aber ihr Urteil über die aussenpolitische Lage erkennbar wurde – wie vorsichtig man sich dabei zu fassen hatte, ist angedeutet worden –, da stand im Vordergrund immer noch die alte, von Grund auf pessimistische Einschätzung jeder nationalsozialistischen Versöhnungsgeste, das tiefe Misstrauen gegenüber dem so oft gebrochenen Wort des «Führers», und damit also die Überzeugung, dass es sinnlos war, mit den Nationalsozialisten jetzt und überhaupt zu paktieren; ein «Arrangement» an der Oberfläche konnte das Übel nicht an der Wurzel fassen. Dieser Überzeugung direkten Ausdruck zu geben, war nicht mehr gestattet; kenntlich machen aber musste man sie. Sie behielt ihre Gültigkeit auch jetzt, da Politik mit Waffen geführt und mit Blut bezahlt werden musste.

Diese Konsequenzen in Bezug auf das nationalsozialistische Deutschland hatte auch der Westen gezogen, der vor einem Jahr, nach «München», so bitteres Lehrgeld hatte bezahlen müssen. Seine Antworten an Hitler tönnten jetzt entschlossen. Aber auf welche Weise sollte er das Gewicht seiner Macht nun zur Geltung bringen? Und entsprach die Härte des Widerstands- und Durchhaltewillens den entschlossenen Proklamationen? In den Kommentaren der NZZ

wurde die strategisch-politische Diskussion im Zeichen der starren Front im Westen in ausserordentlich intensiver Weise geführt. Die Meinung, dass Deutschland über kurz oder lang im Westen einen militärischen Schlag führen könnte, fand dabei ihren Ausdruck. Aber die Vorstellungen, die man davon in diesem Zeitpunkt hatte, nahmen in keiner Weise das vorweg, was man ein halbes Jahr später erleben sollte. Noch bewegten sich die Überlegungen zumeist um die Auswirkungen der Seeblockade, die in hohem Grade den Ausgang des letzten Krieges bestimmt hatte. Man unterstrich die Kritik, die sich im Westen an der Inaktivität der Kriegführung erhob, die mangelnde Schlagfertigkeit und Entschlossenheit der Demokratien, die auch in Finnland wieder eine Chance verpasst hatten. Aber man hatte noch kaum ein zutreffendes Bild davon, wie wenig das Frankreich des Jahres 1940 einer entscheidenden Belastungsprobe gewachsen war – selbst wenn man im Blatt deutlich seine schwachen und durchlässigen Stellen markierte.

Der unberechenbare Charakter des Nationalsozialismus war ein Grund für die neutrale Schweiz, auch und gerade während dieser undurchsichtigen Phase auf der Hut zu sein. Ein anderer lag darin, dass sich der Krieg in diesen Wintermonaten, da die Gegner sich nicht direkt anfassten, immer mehr zu einem Kampf um die Neutrale entwickelte. Beide Parteien warben um sie, und schliesslich setzten sie sich da, wo sie es ohne Widerstand tun konnten, unter offenem Bruch des Völkerrechts über die von ihnen selber zugesicherte Respektierung der Neutralität hinweg. Norwegen vor allem war davon betroffen, dessen Territorialgewässer, von keiner kriegsgenügenden Flotte geschützt, von beiden Parteien missbraucht wurden. Man registrierte und analysierte die Zwischenfälle in der Nordsee im Blatt mit peinlichem Interesse und mit eingehender Völker- und seerechtlicher Argumentation und zog daraus die naheliegende und höchst aktuelle Konsequenz: dass das Recht des Neutrale für die Kriegführenden so schwer oder so leicht wog wie seine Machtmittel, es zu verteidigen.

Und plötzlich war aus dem Kampf um die Neutralen, dann der vorsätzlichen Missachtung ihrer Rechte, am 9. April der Krieg gegen die Neutralen geworden. Um den «Frieden im Norden gegen jeden englisch-französischen Angriff zu verteidigen und endgültig sicherzustellen», wie es im Memorandum der Reichsregierung hiess, überfiel Hitler mit bewaffneter Macht Dänemark, besetzte es, ohne auf Widerstand zu stossen und trug den Krieg nach Norwegen hinüber. Es war ein bitterer Trank für den noch einmal ausserhalb gebliebenen Neutralen, und kein Wunder, dass man mit grösster Heftigkeit darauf reagierte. Die schweizerischen Redaktionen hatten vom Armeestab in verbindlichen Empfehlungen für ihr Verhalten nebst der Ermahnung zur Vorsicht und Zurückhaltung am 9. April die Erlaubnis erhalten, «Trauer und Bestürzung zu betonen, welche die Schweiz gegenüber der Tatsache empfindet, dass die Grundsätze des internationalen Rechts mit Füßen getreten werden ...» – und man machte am Blatt davon gebührenden Gebrauch und tat seinen «neutralen» Empfindungen keinen Zwang an:

«Wir haben keine Neigung, Schuldfragen zu erörtern, dürfen und müssen aber gestehen, dass uns die Hypokrisie aller die letzten Massnahmen der beiden Kriegsparteien und besonders die Akte der sogenannten „Friedenssicherung“ im Norden begleitenden amtlichen Dokumente bis zur Unerträglichkeit anwidert.»

Aber nun, da der Westen in Bewegung gekommen war, galt es, Helvetien aus der gefährlichen Ruhe inmitten eines Krieges, der keiner zu sein schien, wachzurütteln:

«Wer sich bisher über die Unerbittlichkeit des sich vollziehenden Geschehens, über die tödlichen Gefahren der heutigen Situation auch für den scheinbar unbeteiligten neutralen Staat noch nicht genügend Rechenschaft gegeben hat, wird es endlich tun müssen . . . Das Drama im Norden enthält für uns nur *eine* Lehre: *Bereit sein*. Vielleicht ist es die letzte Mahnung und Warnung, die uns das Schicksal gegönnt hat.»

Dänemark und Norwegen waren überrumpelt worden. Ihre militärische Bereitschaft war ihrer exponierten Tage in keiner Weise

angemessen – das hob man in der NZZ deutlich hervor, schon um defaitistischen Analogieschlüssen zuvorzukommen. Zudem hatte die deutsche Kriegführung hier mit neuartigen Mitteln gearbeitet, auf die die Welt nicht gefasst gewesen war: mit Verrätergruppen in der gegnerischen Armee selber, mit wirksamer, Verwirrung stiftender defaitistischer Propaganda in Verbindung mit dem militärischen Angriff, mit «vertikaler Umfassung» wenn auch vorläufig noch bescheidenen Ausmasses. Daraus galt es sogleich die Konsequenzen zu ziehen. Bundesrat und Armeekommando taten es in den Weisungen für die «Kriegsmobilmachung bei Überfall», jenem denkwürdigen Erlass, der ein für allemal jeden Kapitulationsgedanken ausschloss und alle Nachrichten, die den Widerstandswillen von Bundesrat und Armeeleitung anzweifeln sollten, zum vornherein zur Erfindung feindlicher Propaganda stempelte. «Hier hat Bern einmal radikal und integral die Folgerung aus erlebter Geschichte der jüngsten Tage gezogen», konstatierte die NZZ mit einem Gefühl der Befreiung über einen Akt der Regierung, die sonst «nicht gerade durch übermenschliche Voraussicht brilliert»; hier aber hatte sie sich der Situation gewachsen gezeigt und ihrem und des Volkes Widerstandswillen in einer Weise Ausdruck verliehen, die ihn über jeden Zweifel und über jedes mögliche Missverständnis erhob. Das Blatt, das in diesen Tagen aufs Neue einen harten, kompromisslosen Widerstandsgeist zum Ausdruck brachte, forderte allerdings, dass man noch weiter gehe, die Frage des Verhaltens der Zivilbevölkerung bei einem Überfall im Sinn einer allgemeinen Teilnahme am Abwehrkampf neu überprüfe, vor allem aber alle zweifelhaften Elemente an der vernachlässigten «inneren Front» unter genaueste Kontrolle bringe.

«Das Schweizervolk hat gewisse Bewegungen des geistigen Landesverrates politisch liquidiert; es möchte heute die Gewissheit haben, dass Testierende schweizerische Quislinge und Sundlos nicht in kritischer Situation die Möglichkeit haben, wirklichen Landes- und Hochverrat unter dem Schutz fremder Bajonette zu begehen.»

Mit grösster Aufmerksamkeit und Anteilnahme verfolgte man das Drama im Norden, das nicht nur das warnende Beispiel des Zu-

sammenbruchs eines unvorbereiteten Neutralen lieferte, sondern ebenso sehr Beispiele heroischen und wirksamen Widerstandes einzelner Truppenkörper, und wo schliesslich, wenn auch nur während kurzer Zeit, die «grossen» Kriegsgegner ein erstes Mal im Bewegungskrieg ihre ungleichen Kräfte massen. Die militärische, strategische Interpretation der Aktionen, die im Blatt während des Feldzuges in Polen noch von Oberstdivisionär z. D. J. von Muralt betreut worden war, lag nun in den «zivilen» Händen des redaktionellen aussenpolitischen Kommentators, dessen penetrantes Urteil sich gegenüber der nationalsozialistischen Politik als so sicher erwiesen hatte und das sich in der Deutung der Politik in Waffen fortan nicht minder bewährte.

Die für die Alliierten ein weiteres Mal negative Bilanz auf dem norwegischen Kriegsschauplatz war eben gezogen, da schlug am 10. Mai die Stunde Westeuropas. Dass eine deutsche Grossaktion an der Westgrenze seit langem in Vorbereitung war, wusste man auf der Redaktion durch neutrale Informatoren, und so konnte man im ersten Wort, das die Entfesselung des Krieges gegen Belgien und Holland begleitete, der deutschen Propagandalüge entgentreten, es handle sich hier abermals um eine Präventivaktion gegen einen in letzter Stunde ruchbar gewordenen alliierten Plan zur Ausweitung des Krieges. Die Kommentare der ersten Tage des Westfeldzuges waren eine Eruption der Empörung über die verworfene Heuchelei und Tatsachenfälschung, mit der die deutsche Führung ihren offenen Rechtsbruch garnieren zu müssen glaubte:

«Diesen Wortbruch und dieses Verbrechen gegen das Völkerrecht und zwei unabhängige neutrale Staaten begeht die Berliner Regierung wiederum . . . unter dem Vorwand einer Präventivaktion . . . Die Wiederholung der bekannten Komödie mit der schamlosen Vertauschung der Rollen, die der Angreifer unter Verzicht auf alle neuen Vorwände vorgenommen hat, wird niemanden ausserhalb Deutschlands täuschen können; mit Entsetzen stellt man vielmehr die Skrupellosigkeit des Manövers fest, durch welches das deutsche Volk zum Absprung in das blutige Abenteuer des Krieges im Westen gebracht werden soll.»

Und zwei Tage darauf, als die Schlachten im (lange waren und die groteske propagandistische Begleitmusik mit absurden Schuld-konstruktionen noch verstärkt wurde:

«Mit brennendem Herzen und in kalter Bereitschaft verfolgt das Schweizer-volk den Verteidigungskampf Belgiens und der Niederlande. Auf ihre gerechte Sache kann nicht ein Schatten des Zweifels fallen, was immer von Berlin aus in stundenlangen Bundfunksendungen, in Memoranden und selbstverfertigten Berichten an Anschuldigungen auf die Regierungen und Generalstäbe der beiden Länder oder ihre Presse gehäuft werden mag. Die Schriftsätze der Wilhelmstrasse, die den Angreifer in der Rolle des Anklägers zeigen, sind ein willkürliches und phantastisches Gewebe von Behauptungen, eine Travestie aller Begriffe und Kategorien, auf denen die Beziehungen zwischen den Staaten beruhen.»

Die Presseüberwachung im Armeestab liess für einige dieser Maitage den Zeitungen die Zügel, so dass sie für einmal die Verhältnisse und den schweizerischen Standpunkt mit der wünschbaren Deutlichkeit darlegen konnten. Aber das sollte sich bald ändern.

Mit würgender Sorge wohnte man dem fürchterlichen Gang des Schicksals bei, von den Schlachtfeldern am Niederrhein und Flanderns zu denen Nordfrankreichs und des geschichtsschweren Bodens an der Aisne und Marne. Hoffnungen klammerten sich an Ortsnamen von historischer Bedeutung, an Persönlichkeiten aus dem Ersten Weltkrieg und brachen gleich wieder zusammen. Keine Analogien zu 1915, 1917, 1918 stellten sich ein, nichts anderes konnte die widerstrebende Feder beschreiben als den Siegeszug jener Heere, die Europas Gestalt unter ihrem unaufhaltsamen Schritt auslöschten, wie man nur allzugut wusste.

Auf diesen Zusammenbruch war man nicht gefasst, auch auf der sonst so pessimistischen NZZ nicht; so wenig wie irgendwo hatte man sich hier durch vorausschauende Einsicht gegen die Erschütterung gefeit machen können, die die Katastrophe Hollands, Belgiens und Frankreichs beim letzten Neutralen Mitteleuropas wie in der ganzen demokratischen Welt auslöste. Wohl hatte man im Leser Vorstellungen geweckt von der Kriegsmaschinerie neuen Typs, die Hitler seit sechs Jahren aufgebaut hatte, und hatte vor Illusionen in der

Einschätzung der materiellen Bereitschaft des Westens gewarnt. Aber die seit 1915 eingewurzelte These von der Überlegenheit der Defensive hatte auch hellsichtige Kommentatoren daran gehindert, die Dinge bis zu der Konsequenz durchzudenken, die man nun vor Augen hatte.

Nach sechs betäubenden Wochen sich überstürzender Ereignisse, die kaum Atempausen zu strategischen Momentaufnahmen gewährten, stand man inmitten der Trümmer der bisherigen europäischen Ordnung, in einer radikal veränderten Umwelt, wie sie auch der dunkelste Pessimismus nicht im Voraus hatte entwerfen können. Ein einziges Element der Hoffnung, einer schwachen und zwiespältigen Hoffnung in diesen Monaten, war geblieben: England war nicht geschlagen und kämpfte weiter. Die endgültige Entscheidung war also noch nicht gefallen, mochte man sie auch für die nächste Zeit mit Bangen erwarten. Den aussenpolitischen Abgesang zum Untergang Europas zu schreiben, konnte man sich unter dem Motto «Der Krieg geht weiter» enthalten. Aber auch wenn man darüber im Augenblick schwieg und auch später nicht viele Worte dazu verlieren mochte – die Einsicht war nicht zu verscheuchen, dass das Schicksal des Kontinents auf eine vorläufig nicht absehbare Zeit hinaus besiegelt war und dass man mit den härtesten Tatsachen zu rechnen hatte.

Parallel zu den Ereignissen auf den Schlachtfeldern hatten sich im Mai und Juni die Weisungen der Zensurbehörden für ihre Darstellung und Deutung zu jagen begonnen. Von höchster Besorgnis über die ausserordentlich kritisch gewordene Lage der Schweiz inmitten des im Umbruch befindlichen Kontinents und vom Willen inspiriert, jeden Zwischenfall zu vermeiden, war ihr Tenor durchwegs auf die eine, immer dringlicher erhobene Forderung abgestimmt: Zurückhaltung, vorsichtigste Zurückhaltung, «absolute und äusserste Zurückhaltung» gegenüber Deutschland. Das gleiche galt für Italien, das am 10. Juni ebenfalls in den Krieg eintrat; das Politische Departement hatte von der schweizerischen Presse schon vor dem Krieg dringend die schonende Behandlung des südlichen Nach-

barlandes verlangt in der Meinung, in Mussolini einen sicheren Freund der Schweiz zu haben, und diese «Linie» wurde auch nach dem Tode Mottas im Februar 1940 weiterverfolgt. Für den Fall des Kriegseintrittes Italiens lautete die Weisung auf Zurückhaltung und Vermeidung von Entrüstungstürmen und Ausfällen gegen dieses Land; mehr als der Ausdruck des Schmerzes darüber, «dass zwei weitere, uns befreundete Nachbarländer miteinander in Konflikt gekommen sind, dass der Krieg weitere Kreise zieht und dass es nicht gelungen ist, die Differenzen friedlich zu bereinigen», war der Presse nicht gestattet. Und bald schrieben die Weisungen nicht nur vor, was zu unterlassen, sondern auch, was zu sagen war. So am 17. Juni, nach der Besetzung von Paris:

«... ruhig, sachlich und ohne Voreingenommenheit der gewaltigen militärischen Leistung der deutschen Armee gerecht werden und den Sieg gegen Frankreich nicht herabwürdigen oder nur der „Maschine“ und dem „technischen“ Einsatz zuschreiben.»

Man ging auf der Redaktion der NZZ mit der Absicht der Kontrollinstanzen durchaus einig, in dieser kritischen Situation durch grösstmögliche Zurückhaltung jeden Konflikt mit den empfindlich reagierenden Berliner Stellen zu vermeiden, und man hielt sich nach wie vor strikt an die Weisungen von oben. Aber das Opfer jeder unverfälschten Meinungsäusserung, auch der nur andeutenden, empfand man in dieser wahrhaft weltgeschichtlichen Phase drückend, nicht nur weil die geistige Identität des Blattes unkenntlich zu werden drohte, sondern weil die schweizerische Öffentlichkeit in diesem Zusammenbruch einer Welt, in dieser Verwirrung der alten Proportionen, Begriffe und Vorstellungen mehr als je des deutenden, klarstellenden, richtungweisenden Wortes bedurft hätte. Statt dessen war man gezwungen, ihr «neutrale», farblose Darstellungen zu bieten, die womöglich die Gefahr der Verwirrung noch steigerten. Die Verantwortung dafür öffentlich jener Befehlsinstanz zu überbinden, die sie in Tat und Wahrheit trug, ging auch nicht an und war ausdrücklich verboten:

«Sollten sich die Journalisten ... als Opfer und Märtyrer (der Zensur) hinstellen, was auf Demagogie hinauslaufen würde, dann wäre die Abteilung Presse und Funkspruch gezwungen, einzuschreiten und Massnahmen zu ergreifen. Ganz besonders darf nicht zugelassen werden, dass Journalisten in ihren Artikeln durchblicken lassen, dass sie anders schreiben würden, wenn sie noch frei wären ...» (Weisung der Abteilung Presse und Funkspruch vom 10. Juli 1940).

Äusserlich gesehen, gelang es der schweizerischen Pressekontrolle und der Presse, mit dieser restriktiven Politik durch die kritischen Monate durchzukommen, ohne allzu viel Anstoss zu erregen. Eine alte Rechnung der deutschen Pressepolitik mit der NZZ wurde allerdings in diesen Frühsommertagen nun beglichen. Am 2. Juli wurde der Berliner Korrespondent des Blattes, Reto Caratsch, aus Deutschland ausgewiesen unter Ansetzung einer Frist von 24 Stunden zum Verlassen des Reichsgebietes. Als Begründung dieser Massnahme wurde «Vergiftung der deutsch-russischen Beziehungen» angegeben unter Bezug auf einen Artikel vom Vortage, in dem Caratsch das Unbehagen erwähnt hatte, mit dem Berlin auf die Besetzung Bessarabiens und der nördlichen Bukowina durch sowjetische Truppen reagierte. Auch wurde ihm der «Verriss» des deutschen Weissbuches zum Überfall auf Belgien und Holland vorgeworfen, das heisst seine Unfähigkeit, unter den publizierten Dokumenten auch nur eines zu finden, das die deutsche These einer Präventivaktion hätte stützen können. Unter den gegebenen Umständen konnte man im Blatt die Massnahme nicht mit einer entsprechenden Reaktion quittieren, sondern nur mit der immerhin vielsagenden Bemerkung, dass sie letzten Endes wohl zurückgehe «auf den grundsätzlichen Unterschied der Auffassung, die im Presseregime des totalitären Staates und in der schweizerischen Presse über die Tätigkeit der Auslandskorrespondenten bestehen».

Aber die «internen» Sorgen der Presse, so ernst man sie nehmen musste, wogen leicht gegenüber denen, die nun dem Schicksal des Staates galten. Am 10. Mai war die Armee von Neuem in voller Stärke hinter die Waffen getreten, gefasst, aber im Bewusstsein, dass

ihr nun von einer Stunde auf die andere die endgültige Bewährungsprobe auferlegt werden konnte. Weniger als die Männer unter Waffen waren gewisse Teile der Zivilbevölkerung, vor allem in exponierten Landesgegenden, gegen Nervosität gefeit; Evakuationspanik begann in der Pfingstwoche um sich zu greifen, die sich allerdings bald wieder verlor, aber noch für lange einen politischen Schatten werfen sollte. «Legendengrippe», Gerüchtewellen gingen übers Land – eine unvermeidliche Folge jener «Zonen des Schweigens», die die Presse im Krieg zu achten hatte, und eine ernste Gefahr für Widerstandswillen und Nervenkraft des Volkes zugleich. Die wirksamste Waffe gegen derartige Psychosen, die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Wahrheit im weitestmöglichen Umfang, konnte von der Presse nur mehr beschränkt verwendet werden. In der NZZ suchte man den Gefahren dadurch zu steuern, dass man in den kritischen Tagen die ruhige Überzeugung hervorhob, dass das Land sich verteidigen könne, aber auch mit Aufrufen zur Besonnenheit und Pflichterfüllung an Ort und Stelle.

Die schwerste Gefahr für die Existenz des Staates wie für die Haltung des Volkes aber lag in der fundamentalen Veränderung der Lage in Europa selber. Als das Lebenselement des unabhängigen Kleinstaates galt das Gleichgewicht der ihn umgebenden Mächte. Es war mit dem Zusammenbruch Frankreichs zerstört. Die Schweiz war eine verlorene Insel inmitten eines totalitär regierten Kontinents geworden, dessen Herrschaftsprinzip ihren eigenen demokratischen Grundsätzen diametral entgegengesetzt war. Man hatte damit gerechnet, einen Partner und Rückhalt zu finden, wenn es zum Kampf um die Unabhängigkeit und Neutralität mit den Waffen kommen sollte. Nun stand man allein. Der in aussenpolitischen Dingen geschärfte Instinkt des Volkes erkannte diese so völlig neue Lage, dieses «renversement» aller bisherigen Gegebenheiten deutlich genug.

War ein militärischer Widerstand noch sinnvoll, konnte man sich angesichts des Umsturzes aller klassischen Vorstellungen vom Krieg überhaupt verteidigen? Das war die fundamentale schweizerische

Existenzfrage – und die Gemüter begannen in jenen Sommertagen über der Antwort schwankend zu werden, angesteckt von der allgemeinen Desorientierung des Denkens. Hier die Willensrichtung zu verkünden, an die sich die Meinungen halten konnten, durfte und konnte nicht Sache der Presse, sondern musste Sache jener Instanz sein, der die Verantwortung für die Landesverteidigung Überbunden war. Mit seinem Tagesbefehl vom 3. Juni, der drei Tage darauf zur Veröffentlichung freigegeben wurde, vermochte der General auf dem Höhepunkt der Entscheidungsschlachten im Westen die aus der Verwirrung geborenen defaitistischen Tendenzen für einmal aufzufangen. Die Parole hiess: «Wir müssen uns verteidigen und wir können uns verteidigen.» «Die heilige Überzeugung und der todesmutige Wille: „Hier kommt niemand durch!“ muss das Rückgrat der schweizerischen Verteidigung bilden», kommentierte der Leitartikel der NZZ, der die Dankbarkeit «für dieses rechte Wort zur rechten Stunde» zum Ausdruck brachte und nachdrücklich die Bedeutung der Moral des Kämpfers auch in der Materialschlacht unterstrich. Vielleicht wäre eine erste leise Andeutung über eine neue schweizerische Konzeption des Widerstandes in diesem Befehl zu finden gewesen – fassbar aber war sie noch nicht. Man hätte am Blatt und in der ganzen schweizerischen Presse im Interesse der nun stets beschworenen Widerstandsmoral gewünscht, über die Idee des «Reduit national» präzisere Vorstellungen zu erhalten und weitergeben zu können. Aber die entstehende Alpenfestung lag in der «Zone des Schweigens». Nur in einer internen Resolution des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes vom 1. August 1940, deren Freigabe zur Veröffentlichung die Presse erwirken konnte, wurde der Gedanke der um die Alpenpässe zu errichtenden «Festung Schweiz» im Umriss erkennbar, und jene paar Sätze blieben bis ins Frühjahr 1943 die einzige zuverlässige Information der Öffentlichkeit über die zentrale Frage nach den Möglichkeiten und Formen eines schweizerischen Widerstandes.

Aber man wusste nun wenigstens – und die Ansprache des Generals am 1. August wie die Berichte über den Rapport des Ober-

kommandierenden mit den Kommandanten der Truppenkörper auf der Rütliwiese bekräftigten es in erhebender und endgültiger Weise –, dass die Armee auch in der fundamental veränderten neuen Lage zum äussersten Widerstand entschlossen und fähig war, wenn es zum Letzten kommen sollte. Hier war, nach Wochen quälender Unsicherheit, eine feste Basis der Meinungen und des Vertrauens gelegt.

In diesen Entscheidungen mitzureden, war der Öffentlichkeit und der Presse aus legitimen Gründen versagt. Was sie tun konnte, war, die einmal gegebene Parole aufzunehmen, sie weiterzutragen und sie immer wieder in Erinnerung zu rufen, wenn im Volk sich Anwandlungen zu Kleinmut zeigten. Die NZZ hat diese nationale Funktion im schicksalschweren Sommer 1940 und in den kommenden Kriegsjahren mit jenem Eifer erfüllt, der das Blatt schon seit 1933 im Kampf um die Haltung und den Widerstandswillen des Schweizervolkes in die vorderste Linie geführt hatte.

Widerstand bis zum Äussersten war die letzte Antwort, die man auf unannehmbare Forderungen zu erteilen entschlossen war. Aber in der gegebenen Situation war vorläufig nicht die letzte, heroische Antwort verlangt, sondern die wesentlich unheroische Kunst, im «neuen Europa» zu leben und zu überleben. Noch war das Wort des Machthabers, nach dem sich die Neuordnung des Kontinents zu richten haben würde, nicht gesprochen. Aber die neuen «europäischen Tatsachen» standen fest, und dass man sich auf sie einzurichten hatte, war undiskutabel. Das Wort «Anpassung» fiel in die öffentliche Diskussion. Der Bundespräsident selber stellte seine Überlegungen zur neuen Lage unter dieses Motto in jener vieldiskutierten Rede vom 25. Juni 1940, die in den Tagen, da sie gehalten wurde, allerdings eine weit weniger kontroverse Aufnahme fand, als eine nachträgliche Polemik glauben machen könnte. Insofern das Wort «Anpassung» meinte, dass die veränderte internationale Situation unvermeidliche Rückwirkungen, vor allem wirtschaftspolitischer Natur, auf die Schweiz zeitigen würde, denen man Rechnung zu tragen hatte, insofern es sich auch auf die Notformen

des politischen Lebens der Demokratie bezog, die ihr das Überleben in der Krisenzeit allein möglich machten – insofern drückte dieses ominös gewordene Wort schweizerische *communis opinio* aus. Auch der demokratische Staat musste die Möglichkeit zum «Handeln aus Staatsräson» haben, ja er musste autoritäre Züge annehmen, wenn sein Bestand bedroht war. Das bei Kriegsausbruch unter Zustimmung aller Parteien eingeführte Vollmachtenregime hatte diese Notform geschaffen. Die prinzipielle Diskussion darüber war längst in positivem Sinne geführt und abgeschlossen worden. Es ging noch darum, die Möglichkeiten, die es bot, in der Regierungspraxis voll auszuschöpfen.

Aber die Diskussion drehte sich nun nicht um Selbstverständlichkeiten. Sie ging, im Zeichen des eben geborenen «neuen Europa», weit über die zum Überleben nötigen praktischen Massnahmen hinaus und zielte auf eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Demokratie, kurz gesagt: sie kehrte zurück zum Thema der «Erneuerung», wie es 1933 und 1934 zur Debatte gestanden hatte, mit dem einen grossen Unterschied, dass jene Art von «Erneuerung» nun für Europa verbindlich geworden, dass der Druck der Tatsachen und der Zwang der Umstände nun die Entwicklung viel eindeutiger in jene Richtung zu weisen schienen, die einzuschlagen man damals abgelehnt hatte.

Nun hatten die, welche sich jenem Erneuerungsgeist unzugänglich gezeigt hatten, «von der Geschichte die Rechnung präsentiert» erhalten, wie jetzt die Rede ging; sie hatten «aufs falsche Pferd gesetzt», sie waren in ihrem Glauben und in ihren offenen und heimlichen Prognosen vom Lauf der Ereignisse aufs Gründlichste desavouiert und ins Unrecht versetzt worden. Die NZZ und mit ihr die ganze demokratisch gesinnte und orientierte schweizerische Presse bekam nun den Vorwurf zu hören, sie habe bewusst in den vorangegangenen Jahren die Öffentlichkeit missleitet, falsch informiert, ins falsche Lager getrieben, sie sei in erster Linie schuld an der aussichtslosen Lage des Staates in einem «neuen Europa»; von da bis zur Anklage, sie trage die Schuld für den Zusammen-

bruch Frankreichs und der demokratischen Position auf dem Kontinent mit, war ein kleiner Schritt: Sie hätte voraussehen und in Rechnung setzen müssen, was niemand vorausgesehen hatte, weder die vom Prestige ihres Sieges von 1918 zehrende französische Generalität noch ein Churchill, der mitten im Zusammenbruch nach der nichtvorhandenen «masse de manoeuvre» gefragt und gerufen hatte. Der Vertrauenscredit dieser Presse war vertan, die Autorität ihres Urteils erschüttert, ihr «Kurs» zusammengebrochen; es war so weit, dass man ihr den Prozess machen konnte und musste. So äusserten die in der neuen Situation sich nun vordrängenden Kritiker – und es waren ihrer jetzt nicht wenige, und lange nicht alle gehörten zu den Frontisten.

Was wollte man darauf erwidern? Man *war*, im unbarmerzigen Licht dieses Sommers 1940 gesehen, von den Tatsachen ins Unrecht gesetzt, man hatte es nicht mit dem Sieger gehalten. Der Einwand, noch sei die letzte Entscheidung nicht gefallen und also dieser Sieg noch nicht über alle Zweifel erhaben, tönnte in diesen Juni- und Juliwochen matt und hatte wenig Überzeugungskraft. Man konnte nicht tun, als sei nichts geschehen, die Augen schliessen und sich die Ohren verstopfen. Stimmung und «Moral» waren zweifellos auf einem Tiefpunkt, in der Presse nicht anders als bei allen denen, die ihr Herz an die Sache der Demokratie gehängt hatten und die nun nicht von einem Tag auf den andern Opportunisten werden konnten. Nicht auf die Stimmung allerdings kam es nun an, sondern auf die Konsequenzen, die man aus der neuen Lage für sich und das Land zog.

Die Frage war gestellt, für die Schweiz als Ganzes, für ihre politischen Parteien, für ihre Zeitungen, ob nun nicht doch jene weitergehende «Anpassung» im Sinn der offenbar zeitgemässen Ideologien vollzogen werden müsse oder solle. Die bundesrätliche Rede vom 25. Juni hatte hier nicht mit jener Sicherheit den Weg gewiesen, wie ihn die Armeeführung in der Frage des Widerstands vorgezeichnet hatte, ja sie wurde je länger je mehr im Sinne einer Bereitschaft zur «Anpassung» fatalen Beigeschmacks verstanden. Entscheidungen

von grösster Tragweite über den einzuschlagenden Kurs waren fällig und mussten nun getroffen werden von all denen, die politische oder publizistische Verantwortung trugen. Noch einmal stellte die Redaktion der NZZ am 1. Juli 1940 ihre Haltung vor dem Verwaltungskomitee des Blattes zur grundsätzlichen Diskussion und Überprüfung im Licht der neuen Lage. Hatte die Zeitung das Steuer herumzuwerfen, ihr Urteil über Deutschland und den Totalitarismus zu revidieren, musste aus der Zurückhaltung des Urteils, die sie sich unter dem Zwang der Umstände bereits auferlegt hatte, ihrer «freiwilligen Anpassung» an die Zeit also, eine positive Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen «Neuen» werden? Die Stellungnahme des Chefredaktors, in einem Exposé vorgetragen, das vom Ernst der zu treffenden Entscheidungen gezeichnet ist, sei hier auszugsweise wiedergegeben:

«Soll die freiwillige Anpassung der „NZZ“ in diesem Moment noch weiter gehen und den Charakter einer eigentlichen Umstellung annehmen? Das ist die Frage, die mit aller Offenheit gestellt und erörtert werden muss. Ich glaube meinerseits, diese Frage mit aller Entschiedenheit verneinen zu sollen. Ich verneine sie nicht aus Starrsinn und mangelnder Einsicht, sondern weil ich es für verhängnisvoll halten würde, wenn die Schweiz jetzt „geistig umfallen“, wenn sie ihre schweizerischen Werttafeln zerbrechen und sich einer ungehemmten Flucht in ein noch ganz unbestimmtes, zweifelhaftes Neues hingeben wollte. Solange Deutschland nur seine fürchterliche Fähigkeit zum Kriegführen, sein unerhörtes Kriegspotential unter Beweis gestellt hat, haben wir keinen Anlass, den neuen Herren Europas Jubelhymnen zu singen, ihre staatsmännische Begabung und Einsicht zu preisen und damit zum vornherein jede, auch die härteste und grausamste Massnahme zu sanktionieren, die gegen die besiegten, die okkupierten Staaten und gegen andere Länder, auch gegen uns, im Gefolge der versprochenen Neuordnung Europas getroffen werden könnte. Nicht nur unsere Würde, auch unser Interesse gebietet uns, abzuwarten, was Deutschland aus seinem Siege macht. Zeigt es sich grossmütig, einsichtig, weiss es seine eigenen Interessen mit denen der andern Staaten und Völker zu verbinden, so wird auch das Schweizervolk diese Wendung mit realistischem Sinn sehen und anerkennen. Vorläufig geht der Krieg weiter; auch der Friede mit Frankreich ist noch nicht geschlossen, und solange noch deutsche Weissbücher erscheinen, in denen dem überfallenen Holland die Schuld an diesem Überfall zugeschoben wird, haben wir

keinen Anlass, uns durch betonte „Umstellung“ moralisch selbst zu desavouieren und vor Deutschland ebenfalls irgendwie schuldig zu erklären.

Die Folgen einer „Umstellung“ unseres Blattes im angedeuteten Sinne könnten weittragend und verhängnisvoll sein. Sie könnte innenpolitisch als Signal für eine Flucht aus dem Schweizertum wirken; aussenpolitisch würde sie uns nur Hohn und Verachtung eintragen, darüber hinaus aber den Eindruck erwecken, als ob die Schweiz für den militärischen Einmarsch reif wäre. Persönlich glaube ich allerdings, dass das Schweizer Volk eine solche Umstellung der führenden „NZZ“ grossenteils nicht verstehen würde, dass sie uns den Vorwurf des Verrats einer 150jährigen Vergangenheit und den Verlust des Ansehens des Blattes eintragen würde.

Ich habe meine Auffassung offen ausgesprochen. Die Stunde ist da, in der die Verantwortungen übernommen werden müssen. Ich masse mir nicht an, den Schlüssel der Entwicklung zu haben und die Rezepte nennen zu können, nach denen wir uns retten können. Sicher läge im Verrat und in der Selbstaufgabe keine Rettung. Wir müssen diese Zeit grauenhafter Unsicherheit mit allem, was sie bringen mag, einfach auf uns nehmen. Persönlich glaube ich an die Wahrheit des Bibelwortes: Wer sein Leben erhalten will, wird es verlieren.»

Die Worte umreissen die Haltung, die das Blatt im kritischen Sommer 1940 und in den folgenden Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft auf dem Kontinent denn auch einnahm und für die es in der aufs Neue anhebenden politischen Erneuerungsdiskussion stand. Diese Diskussion war nicht zu unterbinden, auch wenn sie in vielem lediglich das Erneuerungsgespräch der dreissiger Jahre wieder aufnahm, das man abgeschlossen glaubte, und wenn sie vor aufmerksamen Ohren jenseits der Grenze geführt werden musste und also gewisse Gefahren in sich schloss. Aber viele Gedanken drängten nun zum Wort, viele Kräfte waren am Werk, «die Schweiz zu retten», lebendig war das Bewusstsein vor allem in der jüngeren Generation, der Wille zum Widerstand bedürfe des Willens zur Erneuerung als einer notwendigen Ergänzung. Es waren weniger die dezimierten Frontisten, die in dieser Diskussion als ernsthafte Partner galten, auch wenn sie nun natürlich ihre Zeit für gekommen hielten und aus dem Halbdunkel ihrer Aktivität wieder arrogant fordernd an die Öffentlichkeit traten; das schweizerische Bekenntnis

der Mehrzahl der Erneuerer von 1940 war, anders als das der Fronten 1933 und 1934, über jeden Verdacht erhaben. Sie wollten nicht ausländische Vorbilder kopieren; wohl aber glaubten sie, dass jene Dynamik, die den Kontinent erfasst hatte und ihn politisch umzugestalten im Begriffe war, sich auch der «ewig in sich selbst beharrenden Schweiz» mitteilen musste. Die NZZ kennzeichnete die Lage so:

«Viel echte Leidenschaft, viel guter Wille und ehrliche Sorge um das Geschick unseres Landes sind an dieser Diskussion beteiligt, die vor einem dem bedächtigen Schweizer sonst fremden In-Frage-Stellen aller oder fast aller geistigen und politischen Positionen, vor einem Prozess unerbittlicher Selbstprüfung nicht zurückscheut. Eine solche Diskussion unter gutwilligen Bürgern frei walten zu lassen, fordert der demokratische Glaube, dass aus dem Zusammenprall der Ideen die Erleuchtung fliesst. Darauf freilich kommt es an: ob die Diskussion letztlich zur Klärung führt und damit eine Grundlage für das praktische Handeln schafft. Ein Volk, das in schwerer Zeit einen schweren Weg geht, kann es sich nicht leisten, Irrlichtern zu folgen und dabei den festen Boden unter den Füßen zu verlieren.»

Das Blatt ausserhalb dieser aufs Neue andrängenden Diskussion zu halten, hielt die Redaktion für unklug, und so war ihr denn auch in der NZZ in den Sommer- und Herbstmonaten ein Ventil geöffnet. In redaktionellen Stellungnahmen wies man sie jedoch immer wieder in den Rahmen, den sie nicht sprengen durfte. Einen schweizerischen Rahmen in erster Linie:

«Das ist . . . das Entscheidende: dass sich die Anpassung an „das Neue“ auf dem Wege der Anpassung des „Neuen“ an schweizerische Eigenart, schweizerische Tradition vollziehen muss und nicht zur blinden Nachahmung, zum blöden Kopieren fremder Gedanken und Einrichtungen führen darf. Die Besonderheit der Lebensbedingungen, der staatlichen und kulturellen Existenzform der Schweiz, die sie zu einem Sonderfall unter den Nationen stempelt und ihre raison d'être darstellt, verbietet ihr eine „Anpassung um jeden Preis“. Die Schweiz muss die Schweiz bleiben ...»

Die peinliche Sorge, dass dieser schweizerische Rahmen des Gesprächs gewahrt bleibe, war nicht müßig. Ungerufene Anwälte einer eigenössischen «Erneuerung» suchten sich wieder in die Diskussion

zu drängen, wie etwa Jakob Schaffner, der zum nationalsozialistischen Agenten abgesunkene frühere Dichter von Rang – ein «Anwalt der Schweiz, der gleichzeitig auch die Rolle des Staatsanwalts im Prozess gegen die Schweiz spielt». Das Blatt reagierte höchst empfindlich gegen seine Artikel, in denen er in der deutschen Propagandazeitschrift «Das Reich» ein vor allem an die Berliner Adresse gerichtetes Selbstgespräch über die Zukunft der Eidgenossenschaft führte, sie als «eine „unverantwortlichen Geheimmächten“ ausgelieferte Demokratie darstellt und die zweitausend zusammengekommenen Mitglieder einer „Nationalen Bewegung der Schweiz“ als das „Volksgedränge“ von morgen glorifiziert». Die unzweideutige Abrechnung der NZZ mit dem nationalsozialistischen Dichterapostel trug wohl wesentlich zu seiner Isolierung in der Schweiz bei.

Nötig war in dieser Diskussion sodann das Masshalten in der Kritik: mit Schärfe wandte man sich gegen jene Wortführer, die eine radikale Umgestaltung der Schweiz, einen staatspolitischen Kurswechsel forderten, die in den deutschen Siegen ein Verdikt über die Demokratie, die schweizerische mit eingeschlossen, sehen wollten:

«Wir haben keinen Grund, dergleichen zu tun, als habe die Schweiz einen Krieg verloren oder als gelte es, einen zusammengebrochenen Schweizerstaat wieder aufzurichten. Wir haben auch keinen Anlass, die aus dem Granit unserer Berge geschnittenen Werttafeln des eidgenössischen Bundes zu zerbrechen, die für uns heute noch so gültig sind wie in jenen fernen Tagen, da Männer der drei Waldstätte im Namen Gottes ihre unauflösliche Verbindung beschworen.»

Man hatte auch keinen Grund, radikal Selbstkritik und Selbsterniedrigung zu treiben und damit sich und dem Ausland zu suggerieren, die schweizerische Demokratie sei im Innersten fragwürdig geworden. Im Gegenteil: sie hatte sich im Wesentlichen auch in dieser Zeit akuter Krise bewährt – das musste man nun denen entgegenhalten, die in eine Art helvetischen «Flagellantentums» verfallen wollten. Auch hatte es seine nicht zu unterschätzenden Gefahren – und darauf machte man besonders die «Bünde» der Erneuerungswilligen, vor allem den «Gotthardbund» aufmerksam –

wenn man die öffentliche Meinung jetzt, da ihre Geschlossenheit so nötig war, in die Blöcke von «Alt-» und «Neugesinnten» spalten und sich den Luxus einer Polemik zwischen einem «reaktionären» und einem «revolutionären» Element leisten wollte. Schliesslich, und damit sind wohl die Argumente umschrieben, die man in der NZZ zugunsten einer Einschränkung der Erneuerungsdiskussion im Jahre 1940 namhaft machte, schliesslich ging ja der Krieg weiter, und für dauernde Lösungen und eine definitive Neuordnung war es ganz einfach zu früh, und ein Kontinent im Kriegszustand war dafür weder eine Basis noch ein Hintergrund.

Die Erneuerung, deren die Schweiz bedurfte, lag nach der Meinung des Blattes nicht so sehr auf der institutionellen als auf der moralischen Ebene. Hier war am dringlichsten eine «Anpassung» an die neue Situation verlangt, und sie musste vor allem «in der Stärkung des Gemeinschaftsgeistes, in der Bereitschaft zu Verzicht und Opfer zugunsten der Gemeinschaft» bestehen – «darin, dass wir uns nicht bloss Eidgenossen nennen, sondern Eidgenossen werden».

Immer wieder wurde in der NZZ in diesen Monaten und Jahren des Krieges der eidgenössische Gedanke in den Vordergrund gestellt, ging man jenen Wurzeln des schweizerischen Staates und Zusammengehörigkeitsgefühls nach, die weit jenseits des 19. Jahrhunderts und der Französischen Revolution lagen und mit denen man sich verbunden fühlte, mochten andere, jüngere Traditionen politischer Ideologie gegenwärtig in Frage gestellt scheinen. Das bedeutete nicht eine Absage an den Liberalismus und an die moderne Demokratie – die freilich im Zeichen des Notstandes vorläufig als bestimmende Kräfte in der Praxis zurücktreten mussten; es bedeutete allerdings, soweit der nüchterne Sinn dazu imstande war, die Einbeziehung eines schweizerischen Mythos in den geistigen Bestand der Nation, die sich auf ihr Wesen und ihren tieferen geschichtlichen Ursprung besinnen musste, wenn sie stark bleiben wollte.

Erneuerung, so wie man sie im Blatt auffasste, stand im Dienste der Erhaltung – nicht des unveränderten «status quo ante», sondern

des Staates, der Nation überhaupt in ihrer dauerhaften Substanz. Wenn die ärgste Gefahr einmal überstanden war, konnte man weiter sehen und das Haus in Ordnung bringen, wo es dessen bedurfte; aber was die Erneuerungsdiskussion in diesen kritischen Monaten vor das öffentliche Forum brachte, war doch im Grunde genommen eine «cura posterior». Was sich jetzt erneuern musste, das war der Wille zur unbedingten Selbstbehauptung unter allen, auch den widrigsten Umständen. Hier sah man das Kernstück jeder nationalen Diskussion, hier erhob das Blatt sein «ceterum censeo»: Unabhängigkeit um jeden Preis und vor allem ändern, und, um sie zu erhalten, eine diesem Unabhängigkeitswillen entsprechende militärische Bereitschaft, Ausrichtung der Meinungen und des Willens auf diese eine primäre Notwendigkeit, innere Geschlossenheit und Einigkeit der Nation. Die «wahrhaft ingrimmige Entschlossenheit» der Mai- und Junitage musste bestehen gegen die Gefahr, dass sie von der Zeit ausgehöhlt wurde. Der Widerstandswille durfte nicht in Diskussion gezogen werden – wie der Chefredaktor des Blattes in einem 1941 mehrmals gehaltenen Vortrag sagte: «Die Frage des Widerstandes darf niemals durch eine Rechnung, durch ein kaufmännisches Abwägen der Chancen entschieden werden; ein gesundes Volk gibt die Antwort darauf aus den Urtiefen seiner Seele.»

Erneuern musste sich auch das Gefühl für das, was die Schweiz war, für die lebendige und lebenskräftige Realität, die sie auch im «neuen Europa» darstellte. Man setzte alles daran, diese Überzeugung, die man selber unerschüttert hochhielt, auch im Volk zu vertiefen und zu festigen und sie vor der Kritik und übermässiger Selbstkritik in Schutz zu nehmen, die dieses Land oft nur noch als ein revisionsbedürftiges Relikt eines vergangenen Zeitalters sehen und darstellen wollte. Der Eifer in diesem Feldzug gegen den Kleinmut und für die Stärkung schweizerischen Selbstbewusstseins beherrschte das Blatt in diesem Jahr 1940 auf jeder Seite. In einer langen Artikelreihe, überschrieben «Lebendiges Schweizer Erbe», suchte man die in der Landesausstellung geweckte schweizerische Selbstbesinnung weiter zu fördern und zu vertiefen, indem man

in einem Viertelhundert eingehender, verständnisvoller Studien – fast alle von Redaktionsmitgliedern auf Grund persönlichen Augenscheins verfasst – Kanton um Kanton das Land in seiner Mannigfaltigkeit, in seiner Geschichte und seinen Gegenwartsproblemen neu erforschte und ins Bewusstsein rief – eine Bestandesaufnahme, die über ihre zeitgebundene Funktion hinaus wohl historischen Wert besitzt.

Erneuert werden musste der Wille zur Einigkeit. Man sah in den «Bünden», besonders dem «Gotthardbund», der in den kritischen Sommertagen an die Öffentlichkeit getreten war, auf die Dauer kein geeignetes Instrument in diesem Sinn, so sehr man mit seinen Bemühungen um die Stärkung der inneren Front einig ging. Ein «Bund» konnte nicht das Monopol auf «Einigkeit» haben, besonders wenn er sich gleich mit den alten, summarischen und nicht stichhaltigen Urteilen über «die Parteien» identifizierte, nur in seinem Sinn Reformfreudige in seinen Kreis einbezog und politische Aktivität mehr mit Schlagworten und allgemeiner Kritik als mit realisierbaren konkreten Vorschlägen bestritt. Besser als ein «hündischer» Zusammenschluss entsprach den Vorstellungen des Blattes eine Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien, wie sie etwa in Bern verwirklicht wurde, in der die Differenzen der politischen Anschauungen nicht verwischt, sondern zugunsten der Zusammenarbeit im Konkreten in den Hintergrund gerückt werden sollten. 1940 stand die NZZ auch in der vorderen Linie im Einsatz für die Forderung an die bürgerlichen Parteien, dass nun die Koalitionsregierung auf breiter Basis durch Einbeziehung der Sozialdemokratie raschmöglichst Wirklichkeit werde.

Dass die Erneuerungsdiskussion eine rein interne, schweizerische Angelegenheit blieb, dafür musste auch dadurch gesorgt werden, dass die illoyalen Elemente ausgeschieden wurden. Wie schon in der Frage des Staatsschutzgesetzes verwies die NZZ auch hier das liberale Bedenken hinter die Notwendigkeit der Selbstbehauptung. Man hielt es für nötig, «gegenüber dem In- und Ausland klarzustellen, dass die Schweiz sich nie und unter keinen Umständen durch Leute

„erneuern“, führen oder regieren lassen wird, die es mit der Souveränität des Volkes und der Unabhängigkeit des Staates nicht ernst und ehrlich meinen». Man begrüßte das energische Einschreiten der Bundespolizei gegen die zum Teil im Ausland agitierende Landesverrätergruppe Burri-Leonhardt; im gleichen Zug verlangte man aber konsequente Massnahmen gegen die in der «Nationalen Bewegung der Schweiz» (NBS) zusammengeschlossenen Frontisten und Nationalsozialisten, die im Zeichen der «neuen Lage» herrisch Agitationsfreiheit forderten. Sie hatten dank der Audienz, die Bundespräsident Pilet ihnen gewähren zu müssen glaubte und die an der entschlossenen Haltung der Behörden diesen auslandhörigen «Erneuerern» gegenüber da und dort Zweifel auf kommen liess, die Öffentlichkeit einen Augenblick lang ernstlich zu beunruhigen vermocht. Das Blatt kritisierte unverhohlen die Verwirrung stiftende unstaatsmännische Geste Pilets und äusserte deutlich, was es von der «Nationalen Bewegung der Schweiz» hielt und welche Massnahmen es ihr gegenüber in diesem kritischen Zeitpunkt als angemessen erachtete. Die Mobilisierung der öffentlichen Meinung gegenüber dieser kaum getarnten nationalsozialistischen Organisation hatte dann auch binnen Kurzem die Auflösung der NBS durch den Bundesrat zur Folge, und die Auflösung der Kommunistischen Partei der Schweiz, einst der Erzfeind, jetzt entsprechend der Politik Moskaus der Kampfgenosse der Frontisten, folgte ihr auf dem Fusse.

Edmund Bichner, seit den dreissiger Jahren der kompetente Betreuer der kantonalen und kommunalen Politik am Blatt (die in unserer Darstellung zwangsweise etwas in den Schatten der nationalen und internationalen Politik geraten musste), stellte während der erregten Sommertage 1940 die Frage der Zwangsausbürgerung verräterischer Elemente und bejahte sie, drei Jahre vor den entsprechenden Massnahmen der Regierung, als eine in der Not gerechtfertigte aussergewöhnliche Massnahme:

«In einem Augenblick, wo jegliche Art von Landesverrat als das schändlichste aller Verbrechen zu betrachten ist, kann eine Sanktion wie die Ausbürgerung nicht ohne Weiteres als abwegig betrachtet werden.»

Die Wehrhaftigkeit, der feste, unangerührte Kern in allen Fluktuationen des öffentlichen politischen Gesprächs, wurde 1940 mit der Vorlage über den militärischen Vorunterricht in einem weiteren Sinn Gegenstand der Auseinandersetzungen. Man stand im Kampf um dieses Projekt im Blatt nicht nur ein für das Postulat der körperlichen Ertüchtigung der Jugend im Hinblick auf die harte Aufgabe, die ihr noch immer gestellt werden konnte, sondern auch für die Erziehung zur Disziplin; was der Demokratie widerfahren konnte, wenn sie in rauher Zeit diese ihr scheinbar ferner liegende Tugend vernachlässigte, hatte die Tragödie Frankreichs gelehrt, die man als warnendes Beispiel der Öffentlichkeit vor Augen stellte. Hier, in dieser Auseinandersetzung um die vormilitärische Schulung, ist vielleicht am ehesten ein positiver Ausschlag jenes «Zeitgeistes» zu erkennen, der in diesem Jahre 1940 sein Sinnbild im Sturmschritt der schlagkräftigen Divisionen des Deutschen Reiches hatte, den man aber im Blatt sonst nach wie vor ablehnte und abwehrte. Dass der Gedanke des militärischen Vorunterrichts der Obligatoriumsklausel wegen beim Volk dann keine Gnade fand, empfand man als einen Rückschlag für den Wehrgeist und als einen Mangel an Einsicht in die Gefahr, wenn man auch anderseits die instinktive Reaktion der Demokratie gegen jeden Zwang zu würdigen wusste – in normalen Zeiten sie allerdings besser zu würdigen gewusst hätte.

Eine einschränkende Feststellung muss hier gemacht und die Kehrseite eines um den Begriff der Disziplin sich ordnenden Denkens zur Geltung gebracht werden. Das Aktivdienstenerlebnis begann sich in manchen Köpfen zu einer auf das «Soldatische» ausgerichteten Weltanschauung zu verdichten. In ihrem Namen wurde die Forderung einer «Erneuerung der Schweiz durch die Armee» erhoben, einer «Erneuerung» unter den aus der militärischen Sphäre stammenden Leitworten Disziplin, soldatisches Denken, diskussionslose Unterordnung, selbstverantwortliche Führung. Hier ging man auf dem Blatt bei aller Betonung der Disziplin nicht mehr mit, und als im Namen des «Soldaten» der Anspruch auf eine politische Neu-

Ordnung erhoben wurde, reagierte man darauf mit schärfstem Widerspruch und Ablehnung. Der «Soldat», in dessen Sinn dort angeblich gesprochen wurde, war in der politischen Diskussion eine durchaus fiktive Gestalt. In dieser Diskussion gab es nur den Bürger. Seine soldatische Tugend war inner- und ausserhalb der Armee vonnöten, aber auf ihr allein war nicht ein Staat zu bauen, der nach schweizerischen Begriffen bewohnbar gewesen wäre. Im Zukunftsbild «soldatischer» Prägung waren jene Maximen nicht zu finden, von denen sich die Schweiz auch jetzt nicht lossagen durfte: Rechtsstaat, Verfassung, Demokratie, Freiheit. Damit war, was die NZZ betraf, das Urteil gesprochen. Es trug ihr, vor allem nach einer scharfen redaktionellen Auseinandersetzung auf dieser Linie mit den Gedankengängen des Oberstleutnants Heinrich Frick im August 1941, bei gewissen Offizierskreisen nachhaltige Antipathie ein, ist aber, aus dem grossen Echo in der Presse und in Korrespondenzen zu schliessen, in jenem Zeitpunkt von der breiteren Öffentlichkeit mit Zustimmung aufgenommen und als notwendige Kopfklärung begrüsst worden.

Das demokratische und zugleich das national- und staatspolitische Argument in dieser internen schweizerischen Erneuerungsdiskussion zur Geltung zu bringen, war die eine Verpflichtung, der man auf der NZZ in den Monaten und schliesslich Jahren der Erneuerungsdiskussion im Krieg gerecht zu werden suchte. Eine andere, schwierigere und weit weniger aussichtsreiche publizistische Aufgabe war es, den schweizerischen Standpunkt gegen aussen, dem «neuen Europa» gegenüber, zu vertreten. In der zu erwartenden Neuordnung «quantité négligeable» zu sein und «übersehen» zu werden, war vielleicht noch das Beste und Zuträglichste, wenn auch nicht Wahrscheinlichste, was man als Schweizer hoffen konnte. Immerhin musste auch in diesem für den Kleinstaat so ungünstigen Klima der Versuch unternommen werden, Verständnis für die Bedeutung und die Rolle eines organisch gewachsenen, tief in der Geschichte gegründeten europäischen Staatswesens zu wecken. In früheren kon-

tinentalen Neuordnungen im Zeichen eines militärischen Sieges, in Wien 1815, in Versailles 1919, hatten die Sieger sie anerkannt und bestätigt. Unter Aufbietung aller Argumente suchte man nun die neuen Machthaber auf jene Präzedenzfälle und Erfahrungen hinzuweisen und sie zu mahnen, nicht den totalen politischen Umbruch zu ihrem europäischen Programm zu erheben. Wie weit man in Kenntnis der Seelenlage der Diktatoren an die Überzeugungskraft solcher Argumente selber glaubte, mag dahingestellt bleiben. Die suggestiven Worte, die man in der NZZ etwa im Juli 1940 dafür fand, mochten sich an jene freilich nicht ausschlaggebenden Instanzen wenden, die auch im totalen Staat der Sprache der Vernunft noch zugänglich waren:

«Vorläufig hindert uns nichts, zu meinen und zu glauben, dass die kommende Neuordnung Europas nicht mit allen überkommenen politischen und rechtlichen Ordnungen der europäischen Völkergemeinschaft tabula rasa machen dürfte, sondern dass ihre Baumeister die Notwendigkeit der Erhaltung gewisser organisch gewachsener und historisch bewährter Bestandteile dieser Ordnung würdigen werden . . . Nichts – auch nicht die Ungewissheit darüber, wie andere in diesem Punkt jetzt denken – kann uns Schweizer hindern, unter Berufung auf die Lehren der Geschichte dieses dauernde Interesse Europas an der Erhaltung eines neutralen und unabhängigen Staates als Hüter der Alpenpässe im Herzen des Festlandes auch heute, gerade heute zu verkünden und zu vertreten.»

Die «Freiheit, für die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes einzutreten», blieb der schweizerischen Presse in den Kriegsjahren unbeschnitten. Unangefochten aber blieb sie auch in dem pressepolitischen «Reduit» nicht, in das sie der Zwang zu äusserster Zurückhaltung und das strenge Kontrollregime verwiesen hatten. Von aussen, aber auch aus einem «Untergrund» im Landesinnern, wurden im Sommer und Herbst 1940 Aktionen gegen sie lanciert, die, wäre ihnen Erfolg beschieden gewesen, wohl einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Gleichschaltung bedeutet hätten, der man bisher hatte entgehen können. Jeder dieser Vorstösse hatte zum unmittelbaren Ziel auch die NZZ. Von drei verschiedenen Seiten wurden zwischen dem Juli und November Versuche unternommen,

den Chefredaktor des Blattes «auszuschalten», das heisst ihn aus seiner Stellung zu entfernen. Im Juli plante der Presseattaché der deutschen Gesandtschaft in Bern, unter Umgehung der schweizerischen Behörden und offener Missachtung der diplomatischen Regeln, eine Intervention bei der NZZ, um ihr eine Änderung in der Leitung des Blattes nahezu legen. Er hatte seinen Gedanken beim «Bund» in die Tat umgesetzt; eine weitere Aktivität in dieser Richtung konnte dann unterbunden werden.

Ein paar Wochen darauf, Ende August, sass ein schweizerisches Gremium zu Gericht über die Presse des Landes. Befangen in der «Blutschuldthese», aber auch im offensichtlichen Bemühen, die schweizerische Haltung den eventuellen Wünschen der Machthaber im Reich weitestgehend «anzupassen», legte der Vorort des von jeher ausgesprochen germanophilen «Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz» Grundlinien eines «ausserpolitischen Sofortprogramms» fest, in denen u.a. folgende Forderung erhoben wurde:

«Ausschaltung jener an verantwortungsvollen Stellen stehenden Personen, die einen für die Interessen des Landes höchst verhängnisvollen Kurs gesteuert haben, vor allem also die Chefredaktoren der führenden Blätter wie „Neue Zürcher Zeitung“, „Basler Nachrichten“ und „Bund“.»

Diese «Grundlinien» bildeten den Kern jener Eingabe, die dann im November, von zweihundert Persönlichkeiten unterzeichnet, dem Bundesrat übergeben wurde. Darin war nun zwar keine Zeitung mehr mit Namen genannt. Die Formulierung der Forderung an die Regierung lautete «neutraler»:

«Aufforderung zur Ausschaltung jener an verantwortlichen Pressestellen wirkenden Personen, die einen für das Wohl und das Ansehen des Landes verhängnisvollen Kurs gesteuert haben.»

Gemeint waren, freilich nicht allen Unterzeichnern ersichtlich, die in der ersten Fassung genannten Blätter. Irgendeine gesetzliche Handhabe, die Entlassung von Redaktoren aus ihrem privatrechtlichen Anstellungsverhältnis zu bewirken, bestand in der Schweiz

auch unter dem Vollmachtenregime natürlich nicht. Die Initianten der Eingabe forderten einen Rechtsbruch und einen revolutionären Akt. Über die Auswirkungen, die ein derartiger Eingriff und die Kaltstellung führender Journalisten wegen ihrer Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus in der öffentlichen Meinung der Schweiz in diesem Augenblick hätte zeitigen müssen, gaben sich die Leute, die ihren Vorstoss zur Verwirklichung der Gesinnungsneutralität eine «Aktion zur Wahrung der Neutralität» nannten, offenbar keine Rechenschaft.

Dass schliesslich auch die Relikte der frontistischen Bewegungen, die nach dem Zusammenbruch Frankreichs Morgenluft witterten und sich in der «Nationalen Bewegung der Schweiz» zusammengeschlossen hatten, ihre Aktivität auf dieser Linie entfalteten, war selbstverständlich. Jakob Schaffner setzte sich mit ihnen für den «Sturz» des Chefredaktors der NZZ ein.

Zwischen diesen Gruppen bestanden Querverbindungen, und die Fäden liefen ins Reich. Man weiss aus Berichten der schweizerischen Vertretung in Deutschland, dass auch an zentralen deutschen Stellen in Berlin nach Möglichkeiten gesucht wurde, den Chefredaktor der NZZ zu eliminieren. Öffentlich konnte man gegen diese Aktionen nur im Fall der ersten Resolution des «Volksbundes» reagieren, die in die Presse geraten war. Von den andern Vorstössen erhielt die weitere Öffentlichkeit erst nach Kriegsschluss Kenntnis. Es war wohl auch besser, sie nicht auf jedes Knacken im inneren politischen Gefüge des Staates aufmerksam zu machen.

Auf dem Blatt selber war man zwar auf diese Attacken einigermaßen vorbereitet. Ähnliche Situationen hatte man schon 1938 durchexerziert, und damals hatte man es sogar mit Intrigen eines Mitglieds von diplomatischem Rang der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin zu tun gehabt, der im Rücktritt des Chefredaktors der NZZ offenbar eine Forderung schweizerischer Staatsräson erblickte. Wenn man sich auch durch solche Angriffe im Rücken nicht aus der einmal bezogenen Stellung verdrängen liess und ihren missgeleiteten Urheber, wie es im Briefwechsel mit einem «Zwei-

hunderter» einmal heisst, mit «Seelenheiterkeit» gegenüberstand, so bildeten sie doch eine zusätzliche Belastung in diesem mit Lasten aller Art schwer befrachteten Jahr.

So sehr man an der «inneren Front» engagiert war, an der das Schicksal des eigenen Landes zur Entscheidung stand, so blieb der Blick doch gebannt durch jenen blutigen Kampf, in dem es um welthistorische Entscheidungen ging. Nachdem auf dem westeuropäischen Kontinent tabula rasa gemacht worden war, begann in der zweiten Augustwoche die Schlacht um England, vorläufig in der Luft, nachdem die Hoffnungen Berlins, an dieser Front den Krieg mit einer politischen Formel zu beendigen, am unbeugsamen Widerstandswillen Churchills gescheitert waren. Andeutungsweise vertrat man im Blatt schon gegen Ende August die Meinung, dass der bisherige Verlauf der Luftschlacht bereits negativ über die Möglichkeit einer baldigen Invasion entschieden habe. Man schloss das aus der teilweisen Verlegung der deutschen Anstrengungen auf die Blockade der britischen Insel, eine Methode also, die lange Fristen zur Erreichung ihres Ziels verlangte. Aus vertraulichen Informationen zog man dann Indizien, die diese Auffassung bestärkten. So erfuhr man etwa auf der Redaktion, es seien die Angehörigen einer deutschen Propagandakompagnie, die an der Kanalküste auf das Stichwort der Operation Seelöwe wartete, auf Urlaub entlassen worden – und wo hätte die nationalsozialistische Kriegführung sie nötiger gehabt als im spektakulären Unternehmen einer Invasion? Auch wusste man, dass die unsichere Lage im Osten es der deutschen Luftwaffe nie gestattete, alle ihre Verbände in die Entscheidungsschlacht im Westen zu werfen, dass also die strategischen Gegebenheiten einer ausserordentlichen Kraftentfaltung gegen England nicht existierten. Trotzdem blieb das Urteil, das man öffentlich zu äussern wagen konnte, natürlich vorsichtiger und musste die Möglichkeit einer Entscheidung auf englischem Boden im Auge behalten.

Die Berichterstattung ihres Londoner Korrespondenten Hans Egli über den Luftkrieg gegen englische Städte trug der NZZ Ende

November eine heftige Pressekampagne deutscher Blätter und eine Intervention von höchster Stelle der Abteilung Presse und Funk-spruch ein. Eglis Bericht über einen Augenschein im schwer bombardierten Coventry und in Birmingham und seine Feststellung, dass die deutsche Luftwaffe es in Coventry ausschliesslich auf die Terrorisierung der Bevölkerung abgesehen habe, während sie neuerdings nun, in Anlehnung an die Taktik der RAF, sich an Industrieobjekte halte, löste in der gelenkten Reichspresse einen Sturm aus. «Böswillige Hetze gegen die deutsche Luftwaffe», «Zürcher Lautsprecher für Churchill», «bezahlter Agent des britischen Informationsministers», «Aus der Zürcher Giftküche» usw. konnte man lesen, und die «Frankfurter Zeitung» hatte offensichtlich Weisung, den «Fall» zu einem grundsätzlichen Angriff gegen die schweizerische Pressepolitik insgesamt auszubauen. Die Pressekontrolle des Armeestabes sah – nach diesen Angriffen – in Eglis Bericht einen Verstoss gegen die Objektivität und in der heftigen deutschen Reaktion «den besten Beweis» für diese Behauptung – ein Argument, dem die Redaktion mit Entschiedenheit entgegenzutreten musste.

Der Hauptakzent im Bild der Lage, wie man es in der NZZ im zweiten Kriegswinter zeichnete, lag auf dem Umstand, dass es nicht einen isolierten Operationsraum England gab, gegen den sich bei nächster Gelegenheit die gesammelte Macht des Reiches wenden konnte, sondern dass bereits jetzt dieser Krieg über Europa hinausgegriffen hatte und Deutschlands Kräfte an verschiedenen Stellen band. Das Reich war gezwungen, in Libyen für seinen italienischen Alliierten Krieg zu führen, und man brauchte im Blatt schon im Anfangsstadium des Afrikakorps das ominös suggestive Wort vom «Krieg der zwei Fronten». Mit ausserordentlichem Interesse verfolgte man auch die Entwicklung der Dinge im südeuropäischen Raum, der als Versorgungsbasis für das Reich von vitaler Bedeutung war und zugleich als Herd des Konfliktes mit Moskau unabsehbare Möglichkeiten in sich barg. Mochten auch die Bemühungen der deutschen Diplomatie um die Sowjetunion, das heisst um Rücken-

deckung und um die Erschliessung ihres Potentials für die deutsche Kriegführung, vorläufig nach aussen hin erfolgreich scheinen, so hielt man im Blatt doch an der alten Skepsis gegenüber dieser scheinbaren Stabilität im Osten fest und gab ihr häufig Ausdruck. Man unterliess es auch nicht, die Bedeutung des Zeitfaktors in Hitlers Kalkül hervorzuheben, das von jeder heraufziehenden Komplikation in Frage gestellt werden musste. Den Schwur des Diktators, 1941 den Krieg zur Entscheidung zu bringen, hielt man sich zu späterer Verwendung in Erinnerung.

Schliesslich hatte Deutschland selber, um die Vereinigten Staaten in Schach zu halten, im September sich im Dreimächtepakt mit Japan verbunden, damit neue strategische Dimensionen eröffnet und das Thema einer weltpolitischen Neuordnung gestellt, das diesem Krieg wohl schon von Anfang an eingeschrieben war. Japan und die Vereinigten Staaten, «die beiden schwerkalibrigen Sprengkörper mit Zeitzünder», wie sie in der NZZ in diesem Winter einmal bezeichnet wurden, hoben sich im Hintergrund des europäischen Geschehens ab. Man hatte das gute Hecht und die Pflicht, die Gedankengänge nun auf weltpolitische Zusammenhänge auszulernen, und in dieser Perspektive gesehen, hatte die in Europa gefallene Entscheidung auf jeden Fall nur vorläufigen Charakter. Man konnte nicht wissen, was ein Weltkrieg gigantischen Ausmasses bringen würde, und man mochte ihn nicht herbeiwünschen. Aber jedenfalls war in der Stickluft des Kontinents «neuer Ordnung» wenigstens den Gedanken ein Fenster offen auf andere Möglichkeiten als die einer unabsehbaren deutschen Kontinentalherrschaft.

VOM BLITZSIEG ZUM ZERMÜRBUNGSKRIEG

Im April 1941 begann die deutsche Kriegsmaschine im Balkan jene Positionen einzuebnen, die einer politischen Eingliederung in das «neue Europa» bisher hatten widerstehen können. Sie vollbrachte ihr Werk mit der gleichen ungebrochenen Schlagkraft, die sie in Westeuropa bewiesen hatte. Ende April waren die militärischen Aktionen in Jugoslawien und in Griechenland abgeschlossen, und zugleich hatte der Vorstoss des Afrikakorps die Achsenmächte ein erstesmal an die Tore Ägyptens gebracht. Der politische Arm des Reichs griff über die Türkei und Libyen nach dem Nahen Osten; Englands Stellung im Mittelmeer war ernstlich bedroht.

Von jenem Standort aus betrachtet, den die aussenpolitische Kommentierung der NZZ einnahm, kam diesen militärischen und politischen Erfolgen der Achse nicht der Charakter von endgültigen Entscheidungen zu. Eher schürzten sie nun den Knoten des deutsch-russischen Verhältnisses, das für den Kommentator je länger je mehr das Mass für die Beurteilung der Lage abgab. Auf Umwegen, aber aus vertrauenswürdigen Quellen erfuhr man von militärischen Vorbereitungen grossen Stils, die Deutschland im Osten traf. Anfang Juni verdichteten sich diese Nachrichten. Das liess zwar nicht mit Sicherheit auf Krieg schliessen – auf dem Politischen Departement in Bern gab es Leute, die den Skeptikern diese Erwartung bis zum letzten Moment auszureden suchten –, aber es war ein unmissverständliches Zeichen akuter Krise. Russland stand zweifellos unter Druck; das Reich hatte sich im Westen den Rücken frei gemacht und sich wieder dem osteuropäischen Raum zugewandt, dessen «Neuordnung» es für sein ungeschriebenes Privileg und «geopolitisch» begründetes Recht hielt, und eine Korrektur der russischen Übergriffe vom Vorjahre in diese Interessensphäre, ja vielleicht eine Gesamtbereinigung der Situation im Osten war nun fällig. Das war die schliessliche Bilanz der redaktionellen Analysen, die sich an das rätselhafte «Tass»-Communiqué vom 13. Juni anschlossen, jenes

Communiqué, das «Gerüchte» über eine deutsch-russische Spannung dementierte und durch das Dementi die Welt erst recht auf diese Spannung aufmerksam machte. Der Russlandspezialist des Blattes hatte zwar am 20. Juni auf Grund des Wortlautes der «Tass»-Meldung die Möglichkeit eines Krieges gegen Russland bezweifelt; der redaktionelle Kommentar zeichnete darauf noch einmal die heikle politische Konstellation im Osten nach, die alle Möglichkeiten offen liess; weitergehende Mutmassungen über die Wahrscheinlichkeit eines kriegerischen Konfliktes mussten auf Grund einer allgemeinen Weisung der Pressekontrolle unterdrückt werden. Der Artikel trug das Datum des 22. Juni. Als der Leser ihn in der Hand hielt, donnerten an der russischen Grenze bereits die Geschütze.

Entgegen aller nationalsozialistischen Propaganda war der Zweifrontenkrieg Wirklichkeit geworden. Man konnte im Blatt nun an die Gründe der Ausweisung Caratschs erinnern und an das, was man im August und September 1939 und seit dem Herbst 1940 über die deutsch-russische Allianz geschrieben hatte. Einmal mehr waren die «Lügen», als die die Goebbelssche Propaganda jede unabhängige und nichtkonforme Urteilsäusserung in der neutralen Presse bezeichnete, zu Wahrheiten geworden. Diese Propaganda lieferte nun die besten Argumente gegen sich selber, wenigstens überall da, wo man nicht das kurze Gedächtnis hatte, auf das sie sich verliess. Zur Gedächtnisauffrischung und als Motto des Krieges, der das Schicksal des nationalsozialistischen Imperiums schliesslich besiegeln sollte, zitierte man in der NZZ aus dem Parteiorgan «Das Reich» vom 10. November 1940: «Die Hoffnungen auf eine deutsch-russische Entzweiung sind absurd. Noch willkürlicher ist die Annahme, die deutschen Heere würden sich in den Fernen des Ostens und des Orients zu Tode siegen, oder Adolf Hitler werde nach Moskau marschieren, um da irgendwo eine Völkerschlacht bei Leipzig oder ein Waterloo zu verlieren.»

«Zu Tode siegen» . . . Noch einmal wiederholte sich das Schauspiel gewaltiger militärischer Machtentfaltung, ausserordentlicher Leistungen der deutschen Heeresgruppen, die Sieg auf Sieg erran-

gen, ganze Armeen des Feindes einkesselten und zerschlugen und in fünf Monaten bis zum Don, vor Moskau und vor Leningrad drangen. Ein beklemmendes Schauspiel: was, wenn das ungeheure Wagnis gelänge, die einzige Gegenmacht Hitlers auf dem Kontinent ausgeschaltet und damit erst jener «grösste Kontinentalblock der Geschichte» mit seinen unübersehbaren Ressourcen Wirklichkeit würde? Mit banger Spannung, die solchen Zukunftsperspektiven galt, verfolgte man die Oktoberschlacht um Moskau, die eine Zeitlang so nahe vor dem Erfolg zu stehen schien.

Gegenüber diesen Besorgnissen setzte sich jedoch jene nüchterne Anschauung durch, die das Blatt in Bezug auf die russische Kampagne von Anfang an vertreten hatte: hier wurde ein «Abnutzungskrieg grössten Massstabes» geführt, dessen Ziele unbegrenzt bleiben mussten und nicht in einem kurzfristigen Engagement zu erreichen waren. Der Widerstand der russischen Frontarmeen, mochte er auch einen fürchterlichen Preis kosten, schützte die Mobilisation eines Riesenreiches, und seine Menschenreserven würden eines Tages in die Waagschale geworfen werden. Der Zeitfaktor musste nun zur Geltung kommen, und wie er in die Rechnung einzusetzen war, hatte man genügend klar gemacht.

Jenseits aller Berechnungen und Spekulationen über den weiteren Gang des Krieges war nun jedoch von Neuem die grundsätzliche, wenn man will: die ideologische Frage gestellt. Nach dem Intermezzo eines nationalsozialistisch-bolschewistischen Paktes, das allerdings deutlich genug gezeigt hatte, was Ideologien in diesem Machtkampf bedeuteten, war das Reich nun wieder auf seine alte Rolle des «Vorkämpfers gegen den Bolschewismus in Europa» zurückgekommen. An jenes Intermezzo durfte die schweizerische Presse zwar nicht allzu nachdrücklich erinnern. Die Kontrollinstanzen im Armeestab unterschieden zwischen «zulässigen und nicht zulässigen „Auffrischungen“» historischer Tatbestände in Wort und Bild und wollten mit Rücksicht auf das empfindliche Berlin «den Beigeschmack einer Zurechtweisung oder der Absicht, eine der kriegführenden Regie-

rungen ins Unrecht zu setzen», von schweizerischen Pressekommentaren fernhalten. (Weisung der Abteilung Presse und Funkspruch vom 24. Juni 1941).

Ähnlich wie 1936 stellte die Propaganda dem Neutralen nun wieder hartnäckig die Frage nach seinem Standort in diesem Ringen, in dem es, wie beide Parteien proklamierten, um letzte Werte abendländischer Kultur ging, um «Europa» schlechthin auf der einen, um «Freiheit» auf der andern Seite. Was die ideologische Antwort auf die Frage betraf, so konnte sie nicht anders ausfallen, als sie gegenüber der «erpresserischen Alternative» vor fünf Jahren ausgefallen war: weder – noch. Was man vom Nationalsozialismus hielt, brauchte man nicht weiter auszuführen; die Meinung darüber war gemacht. Mehr Anlass zur Verwirrung mochte die Stellungnahme zum Freiheitskampf Russlands und damit zur Sowjetunion selber bieten. Wohl war eine erdrückende Mehrheit des Schweizervolkes, der Grossteil der Sozialdemokratie miteingeschlossen, eindeutig antibolschewistisch gesinnt. Aber Russland war jetzt das Opfer des gleichen Aggressors, der Europa unterdrückt hielt; die Propaganda Moskaus ging nun systematisch darauf aus, die bolschewistische Sowjetunion hinter dem «ewigen Russland» gestaltlos werden, das Vaterland des Proletariats hinter einer «freiheitlichen Demokratie» verschwinden zu lassen.

Man läuft kaum Gefahr, die Haltung des Blattes in dieser Auseinandersetzung zwischen den beiden Machtkolossen des Kontinents unstatthafterweise aus der Perspektive des «Kalten Krieges» unserer Jahre zu schildern. Ihr früheres Urteil über den Bolschewismus und die Macht, die ihn vertrat, blieb in der NZZ auch unter der neuen Kriegskonstellation eindeutig und klar erkennbar. Als Stalin in der Periode akuter Gefahr für sein Reich das Sowjetregime als «freiheitlich» pries, um den Kontrast zum Nationalsozialismus zu betonen, und damit der kommunistischen Propaganda aufs Neue das «demokratische» Stichwort gab, bezeichnete man das im Blatt als «zynische Heuchelei». Man sah keinen Grund, dem einen Diktator und System zugute zu halten, was man beim andern als verwerflich

empfand. Das alte, unüberwindliche Misstrauen gegenüber dem Bolschewismus und seiner Politik wurde in der neuen Situation nicht gemildert. Dass England mit dem kämpfenden Russland eine Militärallianz schloss, war natürlich. Als aber ein Jahr nach Kriegsausbruch im Osten diese Allianz in einem Bündnisvertrag dauerhaftere Formen annahm und die Einbeziehung der Sowjetunion in eine neue Völkergemeinschaft demokratischer Konzeption angestrebt wurde, da äusserte das Blatt offene Skepsis. Man konnte die Sowjetunion in der Situation, in die sie geraten war, auf die Atlantik-Charta, auf das Prinzip der Nichteinmischung verpflichten, man konnte von ihr wohl Versicherungen ihres künftigen Wohlverhaltens bekommen und Unterschriften, soviel man wollte: «Ob sie die Verpflichtungen, die sie damit grundsätzlich eingeht, einhalten und erfüllen wird, ist allerdings überaus zweifelhaft.» Die Genugtuung, die der demokratische Westen über diese Verbalmanifestation äusserte, war jedenfalls «auf Grund der bisherigen Erfahrungen in keiner Weise begründet». Zu glauben, dass Moskau das, was es sich widerrechtlich angeeignet hatte, Ostpolen, das Baltikum, Karelien, von sich aus je einmal wieder freigeben würde, bezeichnete man als eine Illusion.

Mit solchen Urteilsäusserungen geriet man zwangsweise mitten in den heftigen Propagandakrieg hinein, der die Schlachten, Vorstösse, «Frontbegradigungen» und Rückzüge im Osten von der ersten bis zur letzten Stunde begleitete. Jede Formulierung in der neutralen Presse, die Misstrauen gegenüber dem Bolschewismus verriet, war für den Propagandaapparat Goebbels' ein Zitat. Damit musste man sich abfinden. Umso mehr war man bemüht, andererseits der nationalsozialistischen Propaganda auf den Fersen zu bleiben, die nun wieder auf vollen Touren mit dem Bolschewistenschreck arbeitete und damit zweifellos auch in bestimmten Sektoren der öffentlichen Meinung neutraler Länder neue Ansatzstellen fand. Sie wollte glauben machen, dass die Allianz der Demokratien mit der Sowjetunion nichts anderes bezwecke als den «Ausverkauf Europas» an den Bolschewismus und dass nur ein deutscher Sieg im Osten den

Kontinent vor diesem Schicksal zu bewahren vermöge. Solcher Argumentation hängte man jeweils in der NZZ sogleich die Erkennungs-marke «Politische Kriegführung» an, um sie unmissverständlich von der Welt der Realitäten abzusondern und ihr so viel wie möglich von der Wirkungskraft zu nehmen, die sie auf optionswillige Geister noch immer haben mochte.

Das Ziel solcher deutscher Propaganda war nicht nur die «Seele» der Neutralen, sondern ihre Politik. Antibolschewistische Haltung war nicht genug – ein aktiver Beitrag an den «Kampf Europas gegen den Bolschewismus» war seit dem 22. Juni 1941 gefordert. Bis dahin war die Schweiz der deutschen Presse nicht neutral genug gewesen; nun sprach die gleiche Presse vom «Phantom der Neutralität», bezeichnete diese als Ausdruck eines engstirnigen nationalen Egoismus und fand es absurd, dass man sie nicht aufgeben und gegen einen Abschnitt an der Ostfront eintauschen wollte, wo, wie sie sagte, auch über das Europa der Neutralen entschieden werde.

Solchen nach schweizerischem Urteil völlig unrealisierbaren Ansprüchen gegenüber hatte man ein weiteres Mal, und nicht zum letzten Mal in diesem Krieg, die Argumente der Neutralitätspolitik zu wiederholen. Gerade eine Situation wie die nun bestehende führte dem Schweizer wieder vor Augen, dass die einzige Existenzmöglichkeit seines Staates in einer konsequent neutralen Haltung lag, sollte dieser Staat bleiben, was er war: eine Demokratie, die ihre inneren Gegensätze offen und in Freiheit austrug. Sie konnte das nur tun, wenn und solange sie jeden Anschluss an eine Mächtegruppe verweigerte. Bei aller antibolschewistischen Überzeugung war es geistig, politisch, materiell ein Ding der Unmöglichkeit, eine Intervention in diesem Krieg an der Seite eines nationalsozialistischen Deutschland – etwas anderes konnte ja in jenen Jahren nicht zur Diskussion stehen – ins Auge zu fassen. Strikte Neutralität war ein inneres Gesetz der schweizerischen Demokratie.

Ebenso lag es aber offenbar im Wesen dieser Neutralität, dass sie von den Kriegführenden nicht verstanden wurde, die ja weniger am

Bestand des schweizerischen Staates als an seiner Eingliederung in ihre Front interessiert waren. So wenig aussichtsreich das Unternehmen sein mochte, man musste doch das Mögliche versuchen, um den schweizerischen Standpunkt begreiflich zu machen. Man wies die Stetigkeit der schweizerischen Aussenpolitik nach, die sich gegenüber der Aufforderung Churchills zur Teilnahme an einem antibolschewistischen Kreuzzug unter einer anderen Konstellation, im finnisch-russischen Winterkrieg 1939/1940, genau gleich verhalten hatte, wie sie sich jetzt deutschen Zumutungen gegenüber verhalten musste. Und was die sogenannte Verpflichtung Europa gegenüber betraf, so konnte man mit gutem Gewissen festhalten:

«Die *antibolschewistische Schweiz* war stets im Lager Europas, ja, in *ihrem* Lager war Europa, als sie in Genf gegen die Aufnahme Sowjetrusslands stimmte. Die neutrale Schweiz hütet auch heute, freilich auf ihre besondere Weise, ein wichtiges europäisches Interesse . . . , indem sie an einer Staatsmaxime und an der auf ihr begründeten Politik festhält, die heute wie vor mehr denn hundert Jahren, als die Grossmächte die Urkunde über die Anerkennung der schweizerischen Neutralität siegelten, „dem wahren Interesse aller europäischen Staaten entsprechen“.»

Dass man mit dem schweizerischen Standpunkt durchgedrungen wäre, wird man nicht behaupten können. Wohl kam es nicht zu schweren Pressionen des offiziellen Deutschland, die Schweiz zur Aufgabe ihrer Neutralität zu bewegen. Aber die Waffe der Propaganda blieb dauernd in Aktion. Mit besonderer Schärfe wurde sie geführt, als sich die Überfliegungen schweizerischen Territoriums durch britische Nachtbomber zu häufen begannen und unsere Armee ihnen nicht wirksam genug entgetreten konnte. Das Argument, die Schweiz verteidige ihre Neutralität nicht genügend, nehme sie also selber nicht ernst, überschneit sich mit dem anderen, es sei egoistisch, in diesem Krieg «stillezusitzen».

«Im gleichen Moment, in dem man uns die Neutralität zum Vorwurf macht, stellt man uns auch unter Anklage, weil wir nicht neutral oder nicht neutral genug, weil wir „schlechte Hüter der Neutralität“ seien . . . Die Neutralität, die den Kriegführenden ein Dorn im Auge ist, wird von ihnen ständig als Nicht-Neutralität beargwöhnt.»

Es war die alte Drangsal, schon 1914-1918 in reichlichem Mass erlitten und erneuert und verstärkt im Krieg der «Ideologien». Eingeklemmt und angegriffen von zwei kriegführenden Parteien, hatte einst im 18. Jahrhundert ein Papst und Herrscher über den Kirchenstaat das Wort vom «Martyrium der Neutralität» geprägt. Man nahm es im Blatt wieder auf; es war der angemessene schweizerische Stossseufzer in den Jahren 1939-1945:

«Die Kriegführenden glauben und verkünden, in ihrem und einzig in ihrem Lager sei die gerechte Sache, das gemeinsame Ideal, die Zukunft der Menschheit. Die Neutralen gehen indessen still der Pflicht nach, aus dem Glutbrand dieses Krieges die letzten Reste der Menschlichkeit zu retten. Das scheint wenig – ist es nichts?»

Während auf dem Kontinent ein Zermürbungskrieg von unabsehbarer Dauer eingeleitet war, reiften ausserhalb Europas die ausschlaggebenden Entscheidungen. So genau Berichterstattung und Kommentierung des Blattes die Entwicklung an den militärischen Fronten, in Russland, Libyen, im Mittleren Osten und an der Kanalküste im Auge behielten, so ausgeprägt war nun auch das Bestreben, den Krieg auf dem Kontinent und um das Mittelmeer in seinen weiteren Zusammenhängen zu sehen, das System kommunizierender Wirkungen zwischen Europa, Asien und Nordamerika, zwischen den Schauplätzen der militärischen Auseinandersetzung und ihren politischen Epizentren in Washington und Tokio aufzudecken, Weltpolitik und Strategie in weltweitem Rahmen sichtbar zu machen.

Schon vor dem Krieg hatte Präsident Roosevelt mit seinen Warnungen an die Adresse der Diktatoren im Blatt die aussenpolitische Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Von ferne zeichnete sich hier die Möglichkeit ab, dass unter diesem Präsidenten die Vereinigten Staaten eines Tages aus ihrer Isolierung heraustreten und, wie 1917, ihr Gewicht in den Kampf um Europa werfen könnten. Als im Juli 1940 in Westeuropa die Entscheidung gefallen war, wurde auch im neutralen Kleinstaat seine Politik zum Richtpunkt einer zwar noch schwachen Hoffnung auf die Wiederherstellung eines Gleichgewichts

zwischen den Demokratien und den totalitären Beherrschern Europas – wenn nicht auf mehr. Sie wurde verstärkt durch den entschlossenen Kurs des Präsidenten, die Hilfeleistung an England, die beschleunigte Aufrüstung, die Einführung der Wehrpflicht, die enge Militärallianz mit dem kriegführenden Kanada. Als mit der Wiederwahl Roosevelts im November 1940 diese Politik die Zustimmung des amerikanischen Volkes erhielt, rechnete man diesen Entscheid im Blatt «zu den Ereignissen von grösster weltpolitischer Tragweite» in jenem Jahr, das sonst kaum einen Lichtblick mehr gelassen hatte. Den «Schiessbefehl» Roosevelts an Elotte und Luftwaffe im September 1941, der sich gegen die deutsche Seekriegführung richtete, wertete man als das, was es war, als den Auftakt zum aktiven Eingreifen Amerikas an der Seite des bedrängten Empire.

Ein Jahr zuvor hatte die andere Seite im Dreimächtepakt ihr Instrument einer globalen Strategie geschaffen, mit dem sie Amerika in Schach zu halten hoffte. Mit Japan, dessen aggressive Tendenzen das Blatt schon seit langem registriert hatte, beschäftigte man sich hier auch jetzt immer wieder eingehend und verfolgte mit ständig steigendem misstrauischem Interesse seine Entwicklung zur imperialistischen Macht Asiens.

Ein globales kommunizierendes System war nun Wirklichkeit geworden; jede Veränderung im europäischen Sektor hatte ihre Auswirkungen in Amerika und Asien. Mit den deutschen Siegen vor Moskau fiel eine Versteifung der japanischen Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten im Pazifik zusammen, mit der Verschärfung des Unterseebootkrieges gegen England die scharfe amerikanische Reaktion. Die aussenpolitische Kommentierung der NZZ führte die Züge auf diesem weltweiten Schachbrett regelmässig nach und vermochte den Stand der Konfiguration jeweils erkenntlich zu machen. So war der Leser vorbereitet, wenn nicht auf Pearl Harbor, so doch auf die neuen Dimensionen dieses Krieges, die sich am 7. Dezember 1941 auftraten, auf seine Ausweitung zum Weltkrieg, die mit dem japanischen Überfall im Pazifik und den deutsch-italienischen Kriegserklärungen an die Vereinigten Staaten vollzogen war.

Noch immer musste man, mit Rücksicht auf die pressepolitische Situation des Landes, zur indirekten Methode Zuflucht nehmen, wollte man öffentlich seine Meinung äussern über das Wesen dieses Krieges, über den Stand der Waage, wie man ihn in dieser neuen Entwicklung sah. Die Methode der NZZ bestand oft darin, dass sie sich an deutsche Proklamationen und Deutungen hielt, aus ihnen aber das herauslas, was die Propaganda unter einem Schwall von Worten zu begraben suchte. Da das unabhängige Urteil auf jenen Tatsachekern abstellte, um den sich auch diese Propaganda rankte, war es wenn nicht unangreifbar, so doch besser gesichert gegen Attacken in der Reichspresse und ihre unliebsamen Folgen bei den eigenen Kontrollorganen. Die Kunst, Propaganda richtig zu hören, zu lesen, zu durchschauen, sie selber einer nüchternen Erkenntnis der Realitäten dienstbar zu machen, aus ihrer Taktik auf Krisensymptome und auf die wirkliche Situation zu schliessen, wurde im Blatt in diesen Jahren zur Meisterschaft entwickelt. Sie spielte in der Kommentierung etwa des deutschen Feldzuges im Osten eine grössere Rolle als eine fachmännische militärisch-strategische Analyse und sicherte dem Blatt dabei einen hohen Grad von Einsicht gerade auch in die militärische Entwicklung, wie ihm aus Fachkreisen bestätigt wurde.

Das wesentliche Element im Bild der Lage, das man aus solcher Beobachtung im dritten Kriegswinter gewann, lag darin, dass die Phase der raschen Entscheidungen durch die deutschen Heere vorbei war, dass auch Berlin nun, wie hinter dem Nebelschleier der Propaganda erkennbar war, sich auf einen langen Zermübungskrieg einrichtete und dafür alle seine Kraftreserven zu mobilisieren begann. In diesem Tatbestand aber, so liess das Blatt deutlich durchblicken, lag eine Bestätigung der Kriegskonzeption und Kriegführung der Angelsachsen, die auf ihren längeren Atem vertrauten. Bereits gab es Anzeichen dafür, dass die innere Front im Reich nicht mehr vollkommen kompakt war, dass in der Führung der Wehrmacht eine Krise schwelte, dass in den besetzten Gebieten Europas der Widerstand sich verstärkte. Wohl wurde in einer gewaltigen Kraftanstren-

gung die Südfront in Russland noch einmal weit nach vorn geschoben, bis zum Wolgaknie und bis tief in den Kaukasus hinein. Im Moment der grössten territorialen Expansion des Reiches unterstrich der Kommentar der NZZ aber, dass Deutschland von nun an auf strategische Defensive festgelegt sein würde. Man konnte nicht ahnen, welche Bedeutung wenig später der Schlacht um Stalingrad zukommen würde, und man wies auf die Stärke der deutschen Position hin, auf die Möglichkeiten, welche die «Organisation» dieses kontinentalen Riesenraums für eine Fortsetzung des Krieges nun bot. Aber man horchte auf, als in der Sprache der Propaganda nun wieder der Imperativ «Durchhalten!» erschien, der deutsche militärische Jargon von «Teilschlägen» an einer im Übrigen stabilisierten Front sprach – Worte, welche man 1917 von Hindenburg gehört hatte, wie das Blatt in Erinnerung rief.

Nicht nur die Völker unter Waffen stellten sich auf die Probe eines Zermübungskrieges ein. Auch auf die neutrale Schweiz legte sich seine Last, wenschon sie nicht sein Ziel und Objekt war. Ihre psychologische Lage war kompliziert und nicht leicht zu meistern: sie führte keinen Krieg und lebte doch unter Kriegsbedingungen; an ihre innere Front waren ähnliche Ansprüche der Disziplin, der Solidarität, der erhöhten Arbeitsleistung unter ungünstigeren Bedingungen gestellt wie an das Hinterland einer kriegführenden Nation, aber sie hatte nicht als dauerndes Mahnmal für den Ernst der Lage eine kämpfende Front vor Augen; ihre Truppen standen Wache und bereiteten sich immer weiter für den Ernstfall vor, aber die Phase erhöhter Alarmbereitschaft schien für einmal vorüber, die akute Gefahr vorläufig gebannt zu sein. Nach einem Sommer nervenaufreibender Spannung, in dem das Gefühl und Bewusstsein der Bedrohung, die Sorge um die Existenz des Landes in einer gefährlich veränderten Umwelt das öffentliche und manches private Leben überschattet hatten, nach weiteren langen Monaten peinlicher Ungewissheit über die kommende «Neuordnung» Europas, hatte der Ausbruch des deutsch-russischen Krieges eine instinktive Reaktion

der Erleichterung und Entspannung ausgelöst. Das Gewitter war vorbeigegangen und hatte sich nach Osten verzogen. Das Urteil der öffentlichen Meinung neigte dazu, der Entwicklung um Jahre vorzugreifen und eine schliessliche Niederlage Deutschlands für gewiss zu halten; es wurde unter dem Eindruck der deutschen Siege im Herbst wieder unsicher, stärkte sich dann aber aufs Neue am Kriegseintritt der Vereinigten Staaten.

Die wirkliche Situation jedoch blieb weit hinter diesen Spekulationen auf die Zukunft zurück. Der politische Druck hielt an, mochte er auch im Bewusstsein der Öffentlichkeit nicht mehr in gleicher Weise dominieren wie 1940; aber Behörden und Presse bekamen tagtäglich zu spüren, dass sich die exponierte Lage des Landes nicht zum Besseren verändert hatte. Was nun aber bis in den hintersten Winkel des Landes spürbar und immer drückender spürbar wurde, das waren die wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Krieges und der prekären Situation der rohstoffarmen, auf Versorgung von aussen angewiesenen Schweiz inmitten eines Blocks von Staaten, die ihre Wirtschaft immer ausschliesslicher auf die Bedürfnisse der Front, der eigenen oder der einer fremden Okkupationsmacht, abzustimmen hatten. Die Jahre 1941-1945 standen im Zeichen der Mangelwirtschaft, der Lebensmittelknappheit, der Teuerung. Der innere Zusammenhalt des Landes und die Fähigkeit der Demokratie, eine lange Periode der Anspannung unter Kriegsbedingungen und doch ohne Krieg zu überdauern, waren während dieser Zeit einer Prüfung unterzogen, die nicht weniger zählte als die Bewährungsprobe eines dramatischen Sommers.

Den Zeitungen erwuchsen hier neue Aufgaben – sofern sie ihre Verantwortung an der «inneren Front» anerkannten und ernst nahmen und ihre Funktionen nicht einfach auf die des Stimmungsbarometers reduzierten. Es gab an dieser Front Zerfallerscheinungen, denen sie entgegenwirken mussten. Je weiter sich die Kriegsschauplätze von den Grenzen entfernten, umso spürbarer begann zumindest auf dem politisch-militärischen Sektor «Ferienstimmung» überhand zu nehmen und die Neigung, friedensmässig zu denken

und zu handeln. Man empfand weitherum mehr die Last als die Notwendigkeit ständiger militärischer Bereitschaft, und im politischen Leben lockerten Agitation und Kämpfe um Sonderinteressen die nationale Disziplin bis zu einem Grade, der schlecht zur aussenpolitischen Lage des Landes passen wollte. Im Jahre der Feiern zum 650jährigen Bestand der Eidgenossenschaft war eine gewisse Übersättigung der Öffentlichkeit mit nationalen Parolen und Appellen festzustellen. Mochten manche Worte durch ihren häufigen Gebrauch in den letzten Jahren abgestumpft, manche Gedankengänge und Argumente selbstverständlich geworden sein und nicht mehr zünden, die Tatsache blieb bestehen, dass das schweizerische Volk in dieser Zeit weiterhin eine Schicksalsgemeinschaft bildete und nur als eine festgegründete Gemeinschaft überdauern konnte:

«Weil die Schicksalsgemeinschaft des Schweizervolkes in dieser Zeit eine Realität ist und als solche gar nicht aufgehoben werden kann, gibt es überhaupt kein Sonderinteresse mehr, das rücksichtslos verkündet und verfolgt werden dürfte; wer immer sich aus dieser Schicksalsgemeinschaft lösen wollte, würde sich ins eigene Fleisch schneiden.»

Die Tatsache dieser Schicksalsgemeinschaft und ihre Konsequenzen in Erinnerung zu halten und zurückzurufen, wo sie missachtet wurde, war in diesen Jahren sichtbar das innenpolitische Hauptanliegen der NZZ. Ihr weltanschaulicher Standort, ihre innere Bindung an den Freisinn als die Partei des Liberalismus blieb undiskutiert und erkennbar; im Vordergrund aber stand die Loyalität der Nation und gesamtschweizerischen Gemeinschaft gegenüber. Wenn das Blatt nicht in das Feldgeschrei gegen Staatsinterventionismus und Bureaucratie einstimmte, das nun von gewissen Gruppen scheinbar im Namen einer freien Wirtschaft erhoben wurde, wenn es sich gegen eine Generalkritik am Staat und seinen Organen wandte, mit der einige Blätter und «Bewegungen» eine Konjunktur auszunützen suchten, wenn es vor verfrühten Abbaumassnahmen etwa auf dem Gebiet der Pressepolitik warnte, die bereits ungeduldig gefordert wurden, dann stand das im Einklang mit seiner national- und staatspolitischen Orientierung und mit seinem Bewusstsein, dass vorläufig

die Zeit für eine Lockerung der nationalen Solidarität und Disziplin noch nicht reif war.

Aus dieser seiner Haltung erwachsen dem Blatt nun Vorwürfe auf allen Seiten; weil es die Kritik in Grenzen zu halten suchte, galt es wieder als «gouvernemental», weil es die Zeit für die Wiederherstellung unbeschränkter Pressefreiheit nicht für gekommen hielt, als «zensurfreundlich», weil es sich mit den Kampfmethoden der «Subventionslosen» nicht solidarisieren und nicht abfinden wollte, verkündeten jene Kreise in hektischen Inseraten- und Flugschriftkampagnen, die NZZ und mit ihr der Freisinn habe die Sache der freien Wirtschaft verraten.

Wenn das Blatt sich gegen eine Kritik wandte, welche die innere Geschlossenheit des Landes antastete und die Solidarität von Volk und Regierung in Frage stellte, so vertrat es doch nicht die Meinung, dass Kritik in der gegenwärtigen Situation ihr Recht überhaupt verloren und dass in der Demokratie jene innenpolitische Grabesstille zu herrschen habe, die über den kriegführenden totalitären Staaten lag. «Aussprechen, was ist» hatte sich die NZZ zu Beginn der Prüfungszeit im Kriege zum publizistischen Leitwort gemacht, und ausserhalb der von Amtes wegen aus militärischen, kriegswirtschaftlichen und staatspolitischen Gründen geschaffenen Zonen des Schweigens blieb auch im Blatt die kritische öffentliche Diskussion durchaus lebendig und war keimenden Missstimmungen das Ventil freier Aussprache offen.

«Malaise» entstand vor allem durch die Teuerung, die 1941 die Lebenshaltungskosten auf ein um ein Drittel des Vorkriegsstandes höheres Niveau trieb und damit die wirtschaftlich-soziale Entwicklung des Landes an einen kritischen Punkt brachte. Wie weit eine vom ersten Augenblick an voll funktionstüchtige kriegswirtschaftliche Organisation derartige elementare Auswirkungen des Krieges hätte hinausschieben können, war diskutabel. Wohl waren Organisation und wirksame Kontrolle für das wirtschaftliche Durchhalten des eingeschlossenen Kleinstaates entscheidend, nicht weniger aber war es auch die kriegswirtschaftliche Disziplin der Produzenten und

Verbraucher da, wo die Staatsgewalt nicht oder noch nicht hinreichte. Man rief im Blatt in den Herbsttagen 1941, als das Unbehagen über die Preisentwicklung sich immer schärfer zu äussern begann, zu einem «unorganisierten „Terror der Anständigkeit“ gegenüber allen unsozialen Verhaltens- und Handlungsweisen auf kriegswirtschaftlichem Gebiete» auf.

Das bedeutete keinen Freispruch der Behörden von der Verantwortung, die ihnen zugestandene Macht zur Erhaltung der wirtschaftlichen Existenz des Landes entsprechend auszunutzen. Die Stellungnahme der NZZ auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft war mit ihrer Haltung in der Frage der militärischen Landesverteidigung vergleichbar. Ihr Ruf nach Beschleunigung der Rüstung war vor dem Krieg begleitet gewesen von der Forderung kriegswirtschaftlicher Vorbereitungsmaßnahmen. Nach Kriegsausbruch, und mit gesteigerter Intensität nach der Niederlage Frankreichs und der Einschliessung der Schweiz durch die Achsenmächte, trat sie – vor allem mit der Feder des Handelsredaktors Carlo Mötteli – mit Energie und offener Kritik für eine konsequente und rechtzeitige Einbeziehung von Einfuhr, Produktion und Verbrauch in einen umfassenden kriegswirtschaftlichen Gesamtplan, für eine «kompromisslose Wehrwirtschaft» ein. Es war kein Widerspruch, wenn das liberale Blatt nachdrücklich Führung, verantwortliches Handeln, Organisation der staatlichen Instanzen zum Zwecke der Wirtschaftslenkung verlangte und nach engster Zusammenarbeit, wenn auch unter klarer Ausscheidung der Verantwortlichkeiten, zwischen privater Wirtschaft und staatlichen Organen rief. Doktrinärer Liberalismus war gegenstandslos und konnte gar nicht zur Diskussion stehen, wo es darum ging, dem Staat und dem Volk als Ganzem auch unter Kriegsbedingungen *coûte que coûte* die materielle Existenz, Arbeit und ausreichende Versorgung zu sichern. Freilich hatte sich auch die Kriegswirtschaft nach gewissen strukturellen Gegebenheiten in der Demokratie zu richten, aber ihre oberste Maxime musste doch der Erfolg sein, selbst wenn er bisweilen auf Kosten des helvetischen Kompromissbedürfnisses ging. Ein innenpolitisches Postulat stand dabei auch

in der NZZ jedoch immer im Vordergrund, das der sozialen Gerechtigkeit. Sie machte sich das soziale Argument in der Rationierungspolitik zu eigen und setzte der Regierung zu, ihre Massnahmen zur schärferen Erfassung der Kriegsgewinne zu beschleunigen, als sie auf die lange Bank geraten waren. Es dürfte schwerhalten, dem Blatt nachzuweisen, es habe in einer Phase dieser Kriegsjahre Gruppeninteressen vertreten. Es konnte im Gegenteil nach allen Seiten den Kampf gegen eine unangebrachte Interessenpolitik führen, weil es sich selber in dieser Beziehung nichts vorzuwerfen hatte und nicht mit einem nationalen Standpunkt tarnte, was nur der Standpunkt einer Wirtschaftsgruppe war. Besonderes Anliegen war der NZZ die Erhaltung der Kaufkraft der schweizerischen Währung, weil man sich am Blatt der gefährlichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen einer scharfen Geldentwertung dauernd bewusst war.

In der Darstellung der NZZ ist die amerikanische Landung in Nordafrika als Wendepunkt des Krieges markiert, drei Monate vor der Kapitulation einer deutschen Armee in Stalingrad, die auch dem Ringen im Osten endgültig ein anderes Gesicht gab. Man war sich wohl bewusst, dass das afrikanische Unternehmen nur der endgültigen Ausräumung eines Nebenkriegsschauplatzes galt und bestenfalls die Lage im Mittelmeer wieder herstellen, nicht aber eine Entscheidung in West- und Mitteleuropa herbeiführen würde. Aber die rückläufige Bewegung war hier und jetzt eingeleitet, und mit der Macht ihrer hochtechnisierten Armeen trat die amerikanische Demokratie aktiv auf den Plan, an die sich die Hoffnungen des unterworfenen Europa und der bedrängten Neutralen hielten. Den Beginn dieser rückläufigen Bewegung schon in der Oktoberoffensive Montgomerys bei El Alamein zu sehen, hatte man sich am Blatt noch nicht gestatten wollen, wo man die Chancen der Engländer in Libyen immer sehr skeptisch beurteilt hatte; nun aber, da von West und Ost die Zange gegen die afrikanische Position der Achse sich zu schliessen begann, zweifelte man nicht mehr daran. Ebenso wenig

richtete man sich allerdings auf einen raschen Zusammenbruch Deutschlands ein; es führte den Krieg zwar defensiv, aber, wie man im vierten Kriegswinter feststellte, «defensiv auf gesicherter Basis», wenigstens was die materielle Grundlage seiner Macht betraf.

Zu neuer, bis zum Kriegsende kaum mehr nachlassender Intensität steigerte sich nun auch die politische Kriegführung an ihren verschiedenen Fronten. Ihr konnte sich auch die öffentliche Meinung im neutralen Staat nicht entziehen. Gegenstand dieser Kriegführung, ihres realen politischen Kerns wie ihrer propagandistischen Nebenaktionen, war die Zukunft Europas, ja die künftige globale Ordnung überhaupt. Selbst wenn der Neutrale sich bereits jetzt hätte darauf einrichten wollen, in diesem nun in voller Vorbereitung befindlichen Stück keine aktive Rolle zu übernehmen, so standen doch auch seine elementaren Interessen dabei im Spiel.

Von Neuem nahm die aussenpolitische Kommentierung des Blattes die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen These auf, die einzige Alternative zu einem deutschen Sieg sei ein bolschewistisches Europa. Nun, da die Wehrmacht in erbittertem, mörderischem Abwehrkampf im Osten stand und Schritt um Schritt zurückweichen musste, schien diese These an Zugkraft und Glaubwürdigkeit einiges zu gewinnen gegenüber jener Phase des Krieges, wo sie einfach eine rhetorische Garnitur des nationalsozialistischen Imperialismus gewesen war. Die Propaganda versuchte der Welt ein neues Deutschlandbild zu suggerieren. Aus dem jungen Herrenvolk, das in legitimer Dynamik nach neuem «Lebensraum» drängte und offen das Recht des Stärkeren proklamierte, solange es der Stärkere war, wurde die alte europäische Kulturnation, die in den Steppen Russlands selbstlos und allein auf sich gestellt den Entscheidungskampf für des Abendlandes höchste Güter kämpfte, die ihr eben noch so wenig gegolten hatten.

Dieses Bild als neuen Entwurf einer wendigen Propaganda zu durchleuchten, wie man es im Blatte tat, hiess freilich nicht, die Gefahr eines sowjetischen Übergriffs auf Europa ausser Acht und Diskussion lassen. Die Sorge begann die Gemüter zu beschäftigen, so

fern auch das Kriegsende noch sein mochte. In dieser Frage war nicht ohne weiteres beruhigende Gewissheit zu schaffen. Es gab Stimmen im alliierten Lager, wie etwa diejenige des südafrikanischen Premiers Smuts, die das Ende des alten Gleichgewichts, das Ende auch einer unabhängigen Politik der westeuropäischen Staaten verkündeten und Russland zum Voraus als die führende Macht Europas anerkannten. In den angelsächsischen Ländern begann im Gefolge der Kriegsallianz mit Moskau und der russischen Siege nach Stalingrad die Meinung Boden zu gewinnen, der demokratische Westen und der Bolschewismus hätten mehr gemeinsam als nur den gemeinsamen Feind, sie kämpften für gleiche oder doch ähnliche Ideale und Interessen, und auf einer Einigung zwischen liberaler und «sozialer Demokratie» – ein nun aufkommender Euphemismus für die bolschewistische Diktatur – könne eine dauerhafte Nachkriegsordnung errichtet werden.

Die Skepsis solchen Idealkonstruktionen gegenüber blieb in der NZZ unüberwindlich. Das Blatt wiederholte bei jeder Gelegenheit seine Warnung vor einer Fehleinschätzung des totalitären Charakters des stalinistischen Regimes und seines Willens zu internationaler Zusammenarbeit. Es sekundierte die Forderung einer klaren Abgrenzung der Demokratie vom Marxismus, wie sie auch im westlichen Lager – 1943 etwa von Henry Wallace – erhoben wurde. Die Fronten mussten unterscheidbar bleiben, und man hielt im Blatt darauf, den Unterschied gerade der deutschen Propaganda gegenüber zu akzentuieren, die mit Rücksicht auf die Widerstandsmoral der Achsenmächte den Krieg insgesamt als Entscheidungskampf gegen den Bolschewismus darstellte. Als ein Presseorgan eines neutralen Staates war die NZZ nicht in die Front einer politischen Kriegsführung eingegliedert und betrieb sie auch nicht auf eigene Rechnung. Sie wahrte ihr unabhängiges Urteil, wenn sie sich dagegen wandte, dass der Westen sich zu weitgehend mit Stalin identifizierte, seine eigene geistige und politische Position und die Kluft verwischte, die ihn in Tat und Wahrheit vom Kommunismus trennte, und damit Gefahr lief, die nationalsozialistische Propaganda zu bestätigen. Dass

der Versuch, solche Tendenzen zu neutralisieren, sich auch an bestimmte Kreise bei den Achsenmächten wandte, ist jedoch unverkennbar. Seit der Wende in Nordafrika und im Westen, seit die vielbeschworene «fugenlose Geschlossenheit» der inneren Struktur in Deutschland und Italien unter der Belastung eines unabsehbar langen und aussichtslos werdenden Krieges Schaden zu nehmen begonnen hatte, mochten sich dort, freilich nicht bei den Diktatoren selber, Ansatzpunkte für eine vernünftige Argumentation darbieten. Der Westen jedenfalls – so gab man zu verstehen – musste seine politische Kriegführung darauf einrichten, eventuelle unvorhergesehene Entwicklungen auffangen und sie in eine Richtung lenken zu können, die in seinem und in Europas Interesse lag.

Von solchen Gesichtspunkten aus musste man allerdings die Formel der «bedingungslosen Übergabe», wie sie in Casablanca geprägt wurde, mit kritischer Reserve beurteilen. Man sah in ihr ein mit dem Verzicht auf die Beweglichkeit der Kriegführung allzu hoch bezahltes Solidaritätsoffer des Westens zugunsten der Sowjetunion. Die Kritik verstärkte sich, als man sich anlässlich des Sturzes Mussolinis im Juli 1943 die Frage stellte, ob die Alliierten sich mit ihrer «unüberlegten Forderung» nicht um die politischen Früchte ihrer Erfolge in Nordafrika und auf Sizilien gebracht hatten. Moskau jedenfalls vergalt die Konzession, wie man nun hervorhob, in fragwürdiger Weise, indem es sich den Prestigeverlust des Westens eben dieser Formel von Casablanca wegen zunutze machte, seine Werbung um die russophilen Elemente im Deutschen Reich, vor allem in der Wehrmacht verstärkte und ihnen Besseres in Aussicht stellte als bedingungslose Kapitulation.

All diese Warnungen vor zu weitgehender Identifikation des Westens mit Moskau bedeuteten jedoch nicht, dass das Blatt die Notwendigkeit einer geschlossenen Kriegsallianz von West und Ost und ihr primäres Ziel, die Niederringung Hitlers und des Nationalsozialismus, je in Zweifel gezogen hätte. Wohl aber bedeuteten sie, dass nun, nachdem das Fernziel dieses Krieges, die Neugestaltung Europas, in die Reichweite der Diskussion gerückt war, auch der europäische

Standpunkt im Blatt zur Geltung kommen musste. So wenig man Hitler als den Sachwalter Europas anerkennen konnte, so wenig wollte man das Schicksal des Kontinents in die Hände Stalins gelegt wissen. Europa durfte nicht einer Macht- oder Interessensphäre zugesprochen werden. Man baute im Blatt die Hoffnungen auf das englische Konzept der Neugründung der europäischen Staatengemeinschaft, der Wiederaufrichtung Frankreichs, der Schaffung eines Gegengewichtes gegen den Machtkoloss im Osten, eines Gleichgewichtes zwischen den drei Mächtegruppen der Zukunft. Wohl würde Westeuropa des Schutzes der atlantischen Gemeinschaft bedürfen – das sprach man 1943 schon deutlich aus –, aber es musste, zusammen mit Grossbritannien, wieder ein selbständiger Faktor der internationalen Politik werden.

In den Vordergrund der Diskussion über die Entwürfe einer Nachkriegsordnung trat im Blatt je länger je mehr die russische Frage, und entsprechend gedämpft war sein Optimismus. Mit dem Enthusiasmus, mit dem die NZZ vor einem Vierteljahrhundert den Gedanken des Völkerbundes aufgenommen hatte, kontrastiert in eindrucklicher Weise die illusionslose Nüchternheit, mit der nun im Blatt über das Projekt der Vereinigten Nationen geschrieben wurde, wie es auf der Moskauer Dreimächtekonferenz im Spätherbst 1943 publik geworden war. Die Last der Erfahrungen mit der Genfer Institution lag vom ersten Augenblick an auf dem Urteil über das in Aussicht genommene neue Experiment einer Kollektivordnung: «. . . Auf jeden Fall würde auch eine derartige Organisation (der Vereinigten Nationen) der Problematik nicht entgehen, die dem Völkerbund anhaftete.» Vor allem aber war es die offene, oder vielmehr in mancher Beziehung bereits negativ entschiedene Frage der Möglichkeit einer loyalen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, der Lösung der zwischen ihr und dem Westen stehenden Streitfragen, die hier für die ungünstige Prognose den Grund gab:

«Dass eine Reihe von heiklen territorialen und politischen Problemen, ganz besonders die mit der Westgrenze Russlands zusammenhängenden Fragen, auf der Moskauer Konferenz ungelöst geblieben sind und dass schon aus

diesem Grunde die geplante internationale Ordnung des Friedens und der Sicherheit – von ihrer allgemeinen Problematik abgesehen – von vornherein vorbelastet sein wird, ist jedem nüchternen Beurteiler klar.»

Man mochte im Blatt die Aspirationen Moskaus nach dieser Konferenz bald nicht mehr, nach dem Beispiel der Optimisten in den angelsächsischen Ländern, euphemistisch unter das Motto «Sicherheitspolitik» stellen, sondern glaubte nun deutlich das Streben Russlands nach Ausweitung seines Machtbereichs zu erkennen. Damit fiel ein dunkler Schatten auf die Hoffnungen und Pläne der versöhnungswilligen, an die Möglichkeit «friedlicher Koexistenz», ja an eine enge Zusammenarbeit von West und Ost glaubenden Kreise bei den Alliierten. Von den Gesten, mit denen Moskau solchen Glauben zu fördern suchte, den internen Massnahmen Stalins, wie etwa der proklamierten Verleihung der «Selbständigkeit» an die sowjetischen Bundesrepubliken, hielt man im Blatt nicht viel und schloss aus ihnen jedenfalls nicht, wie die Russophilen das taten, auf eine Auflockerung oder gar Demokratisierung des bolschewistischen Regimes: «Demokratische Grundsätze im geschriebenen Recht, Diktatur in den tatsächlichen Verhältnissen und in der Praxis.»

Erfüllte Prophezeiungen sind nicht das Mass für die Beurteilung der politischen Kommentierung. Die Qualität der Interpretation der NZZ in diesen Kriegsjahren lag nicht so sehr darin, dass sie Situationen voraus entwarf, die erst Jahre nachher ins Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit drangen, sondern darin, dass sie ein bis in die von Propaganda vernebelten Winkel hinein ausgeleuchtetes Bild der Gegenwart zeichnete, das in seiner Nüchternheit für Illusionen wenig Platz liess und damit freilich auch dem voraussuchenden Blick mehr Klarheit schaffte. Dass sie für jene Täuschungen unanfällig blieb, die manchen Politiker und Kommentator die bereits vorgezeichnete Spaltung der Welt übersehen liess, ist ihr Merkmal. Man war im Grunde in die vertraute Situation der Abwehr auf zwei Fronten zugleich aus einer Position der Mitte herausgestellt, die in der «Umwertung aller Werte» dieses Krieges sich kaum verändert hatte und die auch weiterhin sich als haltbar und beständig erwies. Dass das

Misstrauen gegenüber den Absichten der Sowjetunion eine Abschwächung der dezidierten Haltung des Blattes gegenüber dem Nationalsozialismus zur Folge gehabt hätte, davon kann nicht die Rede sein. An der Notwendigkeit einer geschlossenen Kriegsallianz der Gegner Hitlers äusserte man, wie schon erwähnt, nie einen Zweifel. Man sah deutlich genug, und sprach es auch aus, dass alle Spannungen innerhalb der Koalition nur den «Schatten Hitlers» wieder heraufbeschworen und dass es nötig war, den Wettlauf mit diesem Schatten zu gewinnen und den Krieg zu Ende zu führen, bevor diese Spannungen dominierten. Aber ebenso klar machte man auf der andern Seite, dass Ideale, Absichten und Interessen des Westens mit denen Russlands nicht identisch sein konnten und dass schon aus diesem Grund die machtvolle Präsenz der Demokratien auf dem Kontinent dringend nötig war. Der Westen musste sein volles Gewicht einsetzen im Kampf um die spätere Ordnung Europas, zu dem der Krieg gegen den Nationalsozialismus nun, jedem ersichtlich, geworden war. Diese Ordnung konnte auch nicht aus einem europäischen Bürgerkrieg, aus dem Aufstand der Widerstandsbewegungen gegen die Herrschaft des Reiches hervorgehen, wie er in englischen Kreisen nach dem Sturz Mussolinis eine Zeitlang propagiert wurde. Eine europäische Revolution, in der notwendigerweise den kommunistischen Instrumenten Moskaus ein gewichtiger Part zugefallen wäre, konnte kein Vorspann für die Sache der Demokratie und weder militärisch noch politisch ein Ersatz für die Präsenz alliierter Armeen in Westeuropa sein.

In dieser Stellungnahme des Blattes war unausgesprochen der Ruf nach einer «zweiten Front» enthalten, den man im neutralen Staat und in der pressepolitischen Situation der Schweiz freilich nicht öffentlich und laut erheben konnte. Das Echo, das die Invasion der Normandie am 6. Juni 1944 im Blatt auslöste, zeigt aber deutlich genug, wie dringend man ein Gegengewicht zu den russischen Siegen an der Ostfront und dem sie begleitenden gewaltigen Prestigegewinn der Sowjetunion im besetzten Europa, vor allem in Frankreich, ein starkes demokratisches Gegengewicht auch in der poli-

tisch-militärischen Auseinandersetzung um die zukünftige Gestaltung des Kontinents wünschte. Der politische Einsatz, den die Alliierten mit ihrer Landung in Frankreich wagten, war ungeheuer; ihr Fehlschlag hätte verheerende Auswirkungen für Europa haben müssen – Grund genug, mit angespanntem bangem Interesse ihren Fortgang zu verfolgen. Nach zwei Monaten war ihr Erfolg gesichert, und nun ging «die Lawine in rasender Fahrt zu Tal».

Die Erörterungen über die Natur des sowjetischen Regimes, die Tragweite der grossen west-östlichen Koalition, die Zukunft Europas liessen im Blatt jedoch keinen Augenblick lang den Krieg selber in den Hintergrund treten. Von den Problemen der Information und der Beurteilung, die er der neutralen Presse stellte, haben wir gesprochen. Über die Art und Weise, wie das Blatt sie löste, und zur Kennzeichnung der Bedeutung, welche in diesen Jahren eine Informationsquelle wie die NZZ für einen der objektiven und unabhängigen Information bedürftigen Beobachter des Zeitgeschehens erhalten konnte, darf hier vielleicht ein persönliches, aber wohl nicht voringenommenes Urteil zitiert werden. Es stammt vom amerikanischen Kunsthistoriker Bernard Berenson, der während des Krieges in freiwilliger Emigration in Italien lebte; am 17. Juni 1944 notierte er in sein Tagebuch (herausgegeben unter dem Titel «Rumor and Reflection», 1952):

«Ein glücklicher Zufall brachte mir zehn Tagesausgaben der „Neuen Zürcher Zeitung“ und ebensoviele der „Deutschen Allgemeinen“. Die Unterschiede und Kontraste sind interessant. Das deutsche Blatt prahlt, lärmt, höhnt, schnödet, insultiert, jubiliert über Dinge, die für unsere Begriffe grösstes Unrecht bedeuten, während das schweizerische Organ ohne Leidenschaftlichkeit seinen Blick über den Erdkreis gehen lässt und entdeckt, was einen human gebliebenen Menschen unter den gegenwärtigen Umständen zu interessieren vermag. Nichts entgeht seiner Beobachtung und seinem menschlichen wie auch vernünftigen Kommentar. Ich kenne keine andere Zeitung, die so umfassend und so gut informiert ist – als legte der Krieg dem Sammeln und der Veröffentlichung unabhängiger Informationen keinerlei Schwierigkeiten in den Weg».

Und ein paar Tage später, nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli:

«Was gäbe ich nicht für eine Nummer der „Neuen Zürcher Zeitung“, um zu lesen, was sie, die bestinformierte und unparteiischste Tageszeitung, die ich kenne, über die Ereignisse in Deutschland jetzt zu sagen hat.» (Originaltext englisch.)

Der Ruf, den die NZZ für die Objektivität ihrer Information genoss, war zu einem guten Teil in der Leistung ihres Korrespondentenstabes begründet. Er konnte trotz der politischen wie technischen Schwierigkeiten, die sich der Tätigkeit neutraler Berichtersteller im kriegführenden Ausland entgegenstellten, mit erstaunlicher Zuverlässigkeit und Promptheit arbeiten. Die Vertreter des Blattes in den Hauptstädten Europas waren, mit wenigen Ausnahmen bewährter Mitarbeiter, Schweizer. Das entsprach einer bewussten Personalpolitik und bot eine gewisse Gewähr dafür, dass die Unabhängigkeit der Information und des an Ort und Stelle sich bildenden Urteils gewahrt blieb und dass das Blatt nicht da und dort ins Schlepptau der Propaganda geriet.

Auf ein eigenes Beobachtungsorgan in Berlin konnte das Blatt auch nach der Ausweisung Caratschs nicht verzichten; man wollte sich nicht damit abfinden, den Leser nur noch durch Berichte der offiziellen deutschen Nachrichtenagentur über die Lage im Dritten Reich zu unterrichten, wenn man auch nicht sicher war, ob dort weiterhin die Möglichkeit bestand, sich die Unabhängigkeit der Information zu erarbeiten. Zugleich war dem Blatt nahegelegt worden, und schien es unter den Umständen des Jahres 1940 auch geboten, eine gewisse «Normalisierung der Beziehungen» der NZZ zu den Berliner Stellen anzustreben. Mit diesem heiklen Mandat wurde im Herbst 1940 Urs Schwarz in die Reichshauptstadt delegiert, wo er seine Mission mit Takt und Festigkeit erfüllte und auch den gewünschten Erfolg hatte. Im Winter 1941 kehrte er auf die Auslandredaktion zurück und wurde abgelöst von Eduard Geilinger, der seit dem Herbst 1940 im Auftrag des Blattes die Berichterstattung aus

Vichy besorgt hatte und der nun in helvetischer Unerschütterlichkeit durch alle Bombennächte in der Hauptstadt des Deutschen Reiches ausharrte und von dort seine telephonischen Berichte bis zum Einmarsch der Russen durchgab.

Der Pariser Korrespondent Max Müller hatte Frankreich im Sommer 1940 verlassen und verfolgte eine Zeitlang noch von Genf aus die französische Tragödie, bis er ins verdiente Otium trat. Max Konzelmann, der zweite Mann des Blattes in Paris, ging im Winter nach dem Zusammenbruch Frankreichs nach Vichy, vertrat dort Geilinger während dessen Militärdiensten und verwaltete dann bis in den Sommer 1944 den NZZ-Posten in der Kriegskapitale Pétains. Eric Kessler, der Londoner Korrespondent des Blattes, trat mit Kriegsbeginn in den Dienst des Politischen Departements; Hans Egli, der bisherige Handelsberichterstatler, übernahm seine Aufgabe. Sie dehnte sich so weit aus, dass er zu seiner Unterstützung bald Wilhelm Wolfgang Schütz beizog, der in der Mitte der dreissiger Jahre aus Deutschland nach Grossbritannien emigriert war und der nun im Krieg, und lange darüber hinaus noch, dem Blatt wertvolle informatorische Dienste leistete. Die Telegramme aus London waren, wie an einem Beispiel bereits gezeigt wurde, für lange Zeit vielleicht der pressepolitisch heikelste Punkt des Blattes. Nicht nur die deutsche Propaganda, auch gewisse ängstlich und weich gewordene Kreise der schweizerischen Öffentlichkeit reagierten auf unabhängige Berichte aus dem Zentrum des Widerstandes und Widerstandsgeistes gegen das nationalsozialistische Reich mit besonderer Empfindlichkeit.

In Budapest und auf häufigen Reisen nach Belgrad und Bukarest waltete der frühere Wiener Korrespondent Friedrich Wlatnig seines neuen Amtes eines südeuropäischen Berichterstatlers. Aus Stockholm schrieb Ernst Regensburger, aus Helsinki, und oft von der finnisch-russischen Front, Max Mehlem, der seit 1941 auch telephonisch berichtete. In Rom vertrat immer noch Robert Hodel das Blatt, in Mailand Hermann Schütz, der nach dem Sturz Mussolinis dann einen journalistisch ertragreichen Beobachtungsposten in Chiasso bezog.

Der eigentliche «roving correspondent» und Kriegsberichterstat-ter auf den ferner gelegenen Schauplätzen war Walter Bosshard. Er beschrieb im Blatt von Athen aus den Freiheitskampf Griechenlands im Frühjahr 1941, bereiste den Vorderen Orient, berichtete über die britische Aktion gegen Syrien, über die türkische und persische Politik im Kriege, ging dann nach Indien, wo Cripps mit den Führern der Unabhängigkeitsbewegung verhandelte, und ein weiteres Mal nach China. In Burma geriet er in die Wirren, die das japanische Vordringen in Indochina auslöste. Im Herbst 1942 war er in Ägypten bei der 8. Armee. Bevor dort die Dinge mit El Alamein von neuem in Bewegung gerieten, war er aber bereits über Brazzaville nach den Vereinigten Staaten geflogen, die nun eben ihre verfügbare Macht in den Kampf um Nordafrika geworfen hatten. Bosshard blieb in Washington bis gegen das Kriegsende, um 1945 von Werner Imhoof abgelöst zu werden. Endlich hatte das Blatt, nicht zu früh für die Bedürfnisse der Redaktion, einen ständigen Korrespondenten und eine aktuelle, d.h. auf dem Kabelweg eingehende Berichterstattung von jener Stelle, auf der immer offensichtlicher nun die Fäden zusammenzulaufen begannen.

Diese zeitungseigene Berichterstattung wurde ergänzt durch die Dienste der offiziellen, offiziösen oder scheinbar unabhängigen internationalen Nachrichtenagenturen, das Deutsche Nachrichtenbureau, Havas, Reuter, Exchange, United Press, wie sie den schweizerischen Zeitungen, zum Teil durch Vermittlung der Schweizerischen Depeschagentur, zur Verfügung standen. Kritische Sichtung war hier allerdings geboten, wollte man das Blatt nicht zur Ablagestelle der Propaganda werden lassen. Das Prinzip der zweiseitigen Information, an dem man festhielt, bot immerhin eine gewisse Gewähr dafür, dass man im Grossen Ganzen von der Wirklichkeit nicht allzu weit abgedrängt wurde. Die deutschen Angriffe gegen dieses Prinzip flauten allmählich ab, mochte auch noch etwa ein Eiferer im Dritten Reich der NZZ bis auf die Zeile, wenn auch falsch, nachrechnen, wieviel alliierte und wie wenig deutsche Meldungen sie drucke, und daraus die schon im Voraus feststehenden Schlüsse ziehen.

Für diesen scheinbar von allen Seiten so reichlich genährten Nachrichtenstrom war die Redaktion mehr als nur filtrierende Durchgangsstelle. In noch weit höherem Masse als vor dem Krieg war sie, mit einem Minimum an Organisation und umso grösserem persönlichem Einsatz – wie es dem Geist des Blattes entspricht – eine höchst aktive Nachrichtenbeschaffungszentrale geworden. Dass die Anliegen der Grossmächte, die realen wie die propagandistischen, an die Öffentlichkeit gebracht wurden, dafür brauchte man nicht eigens zu sorgen; sie verfügten in den Nachrichtenagenturen wie in ihren Organen für «public relations» über wirksame Instrumente zu diesem Zweck. Empfindliche Lücken aber klafften in der Information über die Kleinstaaten Europas, besonders die unter das nationalsozialistische Joch geratenen. Das Bestreben, sie nach Möglichkeit auszufüllen, war ein deutlich erkennbarer Zug der redaktionellen Nachrichtenpolitik. Man hatte Kontakt mit den Presseattachés der holländischen, norwegischen, polnischen Vertretungen in der Schweiz und erhielt von ihnen und aus andern zuverlässigen Quellen Informationen, die dann, oft zusammen mit eingehend, aber nicht im konformen Sinn ausgewerteten deutschen Meldungen, zu redaktionellen Artikeln verarbeitet wurden. In vereinzelt Fällen ergaben sich dabei Schwierigkeiten mit der Pressekontrolle, die auch aus dieser Sphäre nur «amtliche» Meldungen zulassen wollte – als wären über bestimmte Massnahmen der deutschen Besatzungsmacht oder die Tätigkeit der Widerstandsbewegungen sachgetreue amtliche Meldungen erhältlich gewesen! Im Allgemeinen aber kam das Blatt, auch wenn es aus einleuchtenden Gründen der Forderung der Pressekontrolle auf Nennung der Quellen nicht immer nachkommen konnte, mit seinen Lageberichten aus den besetzten Gebieten ungeschoren durch; auch die deutschen Stellen intervenierten kaum mehr und anerkannten allmählich stillschweigend das Recht der neutralen Presse auf allseitige Information. Sie interessierten sich hie und da in Bern für die Herkunft bestimmter Nachrichten, wohl um undichte Stellen zu stopfen. Die Berner Instanzen wurden von der Redaktion jeweils über die «Quellenlage» orientiert und konnten sich auslän-

dischen Anfragen gegenüber darauf berufen, dass die Presseberichte auf sicheren Grundlagen beruhten.

In völliges Dunkel war unter der nationalsozialistischen Herrschaft Osteuropa versunken. Man ahnte und wusste zum Teil schon bald, dass dort das Grauen umging, und man hatte genug Vorstellungsvermögen und auch Kenntnis vom Wesen und den Methoden der Vollzugsorgane Hitlers und Himmlers, um aus deutschen Berichten über die «Organisation des osteuropäischen Raumes», aus einzelnen Meldungen über Deportationen und Verhaftungen sich in grossen Zügen ein Bild von dem machen zu können, was dort voring. Aber es blieb notwendigerweise fragmentarisch:

«Wo „die bare Macht oben“ ist, ... da lässt sie sich auch nicht in die Karten schauen, sondern erhöht ihre Furchtbarkeit durch das Attribut des Schweigens und des Zwanges zum Schweigen . . . Eine geschulte Urteilskraft vermag vielleicht trotzdem bis zum Kern der Dinge vorzudringen; aber zur lückenlosen dokumentarischen Darstellung der Situation fehlen ihr manche Bindeglieder der Information.»

Konnte man also über die entsetzlichen Taten nationalsozialistischer Ausrottungspolitik in den besetzten Gebieten nicht so viel in Erfahrung bringen, wie nach Kriegsende ans Licht der Öffentlichkeit kam, so wird andererseits das Blatt doch vom generellen Vorwurf nicht betroffen, «die Presse» habe zu den ungeheuren Verbrechen Hitlers an der Menschheit geschwiegen. Es brandmarkte in unmissverständlicher Weise die von Vichy offiziell beschwiegenen Judendeportationen aus Frankreich im Sommer und Herbst 1942, sobald es, aus katholischen Quellen, davon zuverlässig erfuhr; es zog im Sommer 1943 aus deutschen Berichten öffentlich eine Bilanz über das Schicksal der Judenheit im Reich, die vorwegnahm, was man erst später bestätigt erhielt, und zur gleichen Zeit entwarf es ein Bild von den Ausrottungsmethoden der SS in Polen, das, abgesehen von der Zurückhaltung in der Angabe von Zahlen, der grauenvollen Wirklichkeit bis in die Einzelheiten voll gerecht wurde; ein Jahr später, im Juli 1944, veröffentlichte das Blatt, gestützt auf Informationen aus Schweden und des ökumenischen Ausschusses für Flüchtlings-

hilfe, einen nicht minder realistischen Bericht über Auschwitz und die Massenhinrichtungen ungarischer Juden. Über das Verbrechen von Oradour konnte die NZZ als erste und einzige Zeitung des Kontinents bereits drei Tage nach der blutigen Tat berichten. Das Blatt blieb auch dem Geschehen in Holland ständig auf der Spur, versuchte, mit Argumenten, die in Berlin vielleicht noch Eindruck machen konnten, die Besetzungsmacht vor den Folgen ihrer ruchlosen Vergeltungspolitik zu warnen, und appellierte in beschwörenden Tönen und unter Missachtung der dem Neutralen so sehr zur zweiten Natur gewordenen «vorsichtigen Zurückhaltung» an Berlin, als in einer militärisch bereits hoffnungslosen Situation im Herbst 1944 der deutsche Plan ruchbar wurde, grosse Teile der Niederlande kurz vor Kriegsende noch einmal unter Wasser zu setzen.

Mit dieser grausigen Wirklichkeit des Nationalsozialismus, wie man sie Stück um Stück den Zonen des Schweigens zu entreissen vermochte und die wohl weit übertraf, was je eine vorstellungskräftige «Phantasie im Bösen» als Kern und Konsequenz dieser Irrlehre sich hatte ausdenken können, war der freien Welt zugleich einmal mehr vor Augen gestellt, wem dieser Krieg in erster Linie gelten musste und galt. Mit *diesem* Deutschland konnte es kein «Arrangement» geben. Wären im Blatt die Zweifel über die west-östliche Allianz gegen Hitler stärker gewesen als die Überzeugung, dass vor allem das nationalsozialistische Geschwür im Herzen Europas restlos beseitigt werden müsse, so hätte es nicht, oft entgegen den Regeln der Pressekontrolle, mit so starken Strichen dieses Bild des Nationalsozialismus vor seiner Götterdämmerung entworfen.

Man blieb in dieser Beziehung schonungslos. Als Anfang 1943 ein hoher schweizerischer Offizier der Redaktion nahelegte, im Namen der «demokratischen und humanitären Ideale in der Welt» die Polemik gegen den Gedanken der Aburteilung der Kriegsverbrecher durch einen internationalen Gerichtshof aufzunehmen, wies sie dieses Ansinnen entschieden von sich. Sie hatte schon früher deutlich Stellung genommen gegen eine vor allem von Moskau vertretene Hass- und Rachepolitik, auf der kein Friede aufgebaut werden konnte;

aber sie betrachtete es nicht als ihre Sache und nicht als Anliegen der Neutralen, den Advokaten der für die ungeheuerlichen Kriegsverbrechen Verantwortlichen zu spielen und den Drohungen mit dem kommenden Gericht, die zu jener Zeit vor allem auf Einschüchterung der deutschen Exekutivorgane abzielten, entgegenzuwirken. In einem Brief des Chefredaktors an den betreffenden Offizier, der auf seiner Zumutung insistierte, heisst es:

«Sie interessiert dasjenige, was während dieses Krieges – aber durchaus nicht immer in notwendigem Zusammenhang mit der Kriegführung – an völkerrechtswidrigen Handlungen geschieht und was eventuell noch an Scheusslichkeiten geplant sein und geschehen könnte, gar nicht oder so wenig, dass Sie es als eine Aufgabe der schweizerischen Presse betrachten, jetzt schon darauf hinzuwirken, dass mit dem Moment des Friedensschlusses alles vergeben und vergessen sein soll – während wir zwar der Auffassung sind, dass die schweizerische Presse im gegebenen Moment und in geeigneter Form gegen eine Rachepolitik Stellung nehmen solle, aber nicht jetzt schon uneingeschränkt dafür plädieren könne, alle bisher geschehenen Völkerrechtsverletzungen unter allen Umständen mit dem Friedensschluss der Vergessenheit zu überantworten, weil ein solches heutiges Eingreifen unserer Presse weder im Interesse der Bestrebungen zur Eindämmung der schlimmsten Exzesse der Kriegführung noch im besonderen Interesse unseres der Gefahrenzone doch auch noch nicht entrückten Landes liegen kann . . .»

Wie wenig eine strikte Neutralitätspolitik die Schweiz von den ideologischen Zugwinden abschirmte, die in wechselnden Richtungen über den Kontinent gingen, zeigte sich auch in der langen Endphase des Krieges wieder, die in Nordafrika und Stalingrad begonnen hatte. Schon 1942 hatte sich der «Ostwind» erhoben; die russischen Siege und das steigende Ansehen der sowjetischen Macht nährten ihn so kräftig, dass auch in der Schweiz sich manche Fahne ganz oder halbwegs in die neue Richtung zu drehen begann. Wieder wurde militärischen Erfolgen eine Beweiskraft weit über das Militärische hinaus zuerkannt, wieder zeigte sich die Neigung, bei den stärkeren Bataillonen auch das Recht und die Zukunft zu sehen. Anfällig für diese Art von Konjunkturpolitik war diesmal die Linke, gerechter gesagt ein bestimmter Sektor der Linken, der nicht die Sozialdemo-

kratie in globo, dafür aber auch vereinzelte bürgerliche Elemente einschloss. So wie 1940 die schweizerische Presse insgesamt den Vorwurf hatte hören müssen, sie habe den Nationalsozialismus und die ihm innewohnende Kraft nicht begriffen und die Zeichen der Zeit falsch gedeutet, so wurden jetzt insbesondere die bürgerlichen Zeitungen der «völligen Verkennung des wirklichen Russland» angeklagt und für schuldig befunden. Die Anklage war leicht zu parieren. Soweit sie von sozialistischen Organen erhoben wurde, brauchte man nur an ihre eigenen Urteile über die Sowjetunion zu erinnern, die an Schärfe den bürgerlichen jeweils um nichts nachgestanden hatten. Mit Ausnahme der kommunistischen Blätter hatte die gesamte schweizerische Presse die bolschewistische Diktatur seit langem einhellig verurteilt. Die Frage war nur, ob sie nun entgegen der Konjunktur bei ihrem Urteil blieb und bleiben konnte. Dass jenes Russlandbild, das man sich vor dem Krieg in der Schweiz wie in der übrigen westlichen Welt entworfen hatte, nicht die volle Wahrheit enthielt, dass in ihm Elemente fehlten, die im heroischen Abwehrkampf der russischen Völker nun doch offensichtlich zur Geltung kamen, das war wohl möglich. Aber wer war im Besitz des Bildes des «wirklichen Russland»?

«Wer *die* Wahrheit über Russland wissen will, wird sich noch eine Weile gedulden müssen. Vielleicht ist sie zurzeit in den Zeitungen nicht zu finden; denn auch auf dem Gebiet der Information gilt, dass nur ein Schelm mehr gibt, als er hat – sicher ist sie nicht in den Volksversammlungen anzutreffen, in denen einige Verzückte von einem „wirklichen Russland“ reden, das der blosse Reflex ihrer politischen Wunschbilder ist.»

Wir haben erwähnt, dass die NZZ im Rahmen ihrer Beurteilung der internationalen Politik am Misstrauen gegenüber der Sowjetunion festhielt. Sie hatte keinen Anlass, es der innenpolitischen «goodwill»-Propaganda der Russlandanbeter gegenüber zu mildern. Sie konnte die Welt nicht mit den Augen derer sehen, denen der Himmel nun «voll Balalaikas» hing.

Unmittelbar war der Einfluss des «Ostwindes» im Land besonders in der Diskussion um zwei konkrete politische Fragen zu spüren:

die Aufhebung des Kommunistenverbotes und die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion. Mit Zustimmung der Sozialdemokratie war Anfang 1941 die Kommunistische Partei der Schweiz wegen ihrer offenkundigen Abhängigkeit vom Ausland verboten worden. Kaum war der Sieg von Stalingrad errungen, da war auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie auch schon eine Bewegung zur Aufhebung dieses Kommunistenverbotes im Gange unter Berufung darauf, dass die Kommunisten sich jetzt zur Demokratie und zur Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes bekannten. Die Argumentation war eine Farce; an der Abhängigkeit der Kommunisten vom «Ausland» hatte sich nichts geändert – geändert hatte sich lediglich die Kriegskonstellation. Solange der Krieg und damit auch in der Demokratie ein Notzustand andauerte, konnte der Staat den wühlerischen Extremisten nicht freie Bahn lassen; die Situation rechtfertigte nach der Meinung der NZZ auch nicht einen «einäugigen Staatsschutz, . . . der nur noch nach rechts sehen und auf der Linken nichts Böses und Gefährliches mehr wahrnehmen soll».

Gab es für ein bürgerliches Blatt über diese Frage an sich wenig zu diskutieren, so musste nun doch die Agitation die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, die auf der äussersten Linken in diesem Zusammenhang entfesselt wurde. Dass die Sozialdemokratie als Partei sich nicht vor die Petitionen zugunsten der Kommunisten spannen liess, anerkannte man in der NZZ mit Genugtuung. Sie bewies hier höhere politische Reife als der Landesring Gottlieb Duttweilers, der es sich nicht versagen konnte, die Linksextremen zu protegieren und damit die Gelegenheit wahrzunehmen, sich auf seine Weise in den Kampf um die «Seele des Arbeiters» einzuschalten. Es war jedoch unverkennbar, dass in der Sozialdemokratie im Zeichen der russischen Konjunktur Spannungen auftraten, welche die Struktur der SPS gefährlich belasteten und die schliesslich, im Sommer 1944, eine neue Spaltung der Partei und den Ausschluss der Repräsentanten ihres radikalen linken Flügels zur Folge hatten. Dieser Klärung aber war eine Phase vorausgegangen, die den Eindruck grösster ideologischer

Labilität der Sozialdemokratie erweckte. Mit dem Näherrücken der Ostfront wuchs die Attraktionskraft der sowjetischen «sozialen Demokratie»; die Trennungslinie zwischen Sozialdemokratie und Bolschewismus, ehemals so scharf markiert, wurde in der sozialistischen Publizistik stellenweise verwischt; es gab Organe, die nach der Ankündigung einer Revision der sowjetischen Verfassung in «föderalistischem» Sinne von einem «sozialistischen Commonwealth» unter russischer Ägide träumten; die Unabhängigkeit des Urteils gegenüber der Sowjetunion war in weiteren Kreisen der schweizerischen Sozialdemokratie offensichtlich verloren gegangen.

Die Auseinandersetzung zwischen den reformistischen und den aufs Neue belebten klassenkämpferischen Tendenzen mochte in erster Linie ein internes Problem der schweizerischen Sozialdemokratie sein. Aber es stand doch dabei für die Zukunft des Landes zuviel auf dem Spiel, als dass man ihr auf bürgerlicher Seite hätte passiv abwartend zusehen können. Sollte die SPS wieder in ihre alten marxistischen Bahnen zurückgleiten, so würde der Graben von Neuem aufgerissen, der in der Zwischenkriegszeit die Nation in zwei Lager getrennt hatte, und dies möglicherweise in einer aussenpolitischen Konstellation, die eine Spaltung entlang der Front des Klassenkampfes zur akuten Gefahr für das Land werden lassen könnte. In den Gedanken, die man sich auf dem Blatt 1943 und 1944 über den heranahenden Abschluss des Krieges machte, spielte die unselige Erinnerung an den Generalstreik von 1918 eine bedeutende Rolle; darauf hinzuwirken, dass jenes Drama sich nicht wiederholte, war das erste Anliegen der Auseinandersetzungen mit den marxistisch-russophilen Tendenzen, die man nun im Blatt aufnehmen musste und in denen man bewusst den Widerstand des gemässigten, reformistischen Flügels der Sozialdemokratie gegen die radikalen Neigungen der äussersten Linken zu unterstützen suchte.

Auch ohne Generalstreikvision war die Perspektive auf Kriegsende und Nachkriegszeit, wie man sie 1943/44 sah, nicht derart, dass die Sorge um die nationale Einheit gegenstandslos gewesen wäre. Was aus der Niederlage des Nationalsozialismus entstehen würde,

war im höchsten Grad ungewiss; Revolution und Chaos rings um die Grenze lagen im Bereich des Möglichen, und möglich war auch eine sowjetische Nachbarschaft am Rhein. Es kam darauf an, dass die Entscheidungen der Linken rechtzeitig und mit der nötigen Eindeutigkeit fielen und dass weiche Stellen im Hinblick auf alle Eventualitäten unter Kontrolle kamen, wie sie es, mit verschiedener Frontstellung, 1939 gewesen waren.

Im höchsten Grade unzuverlässig war jedenfalls jene Sezession der Linken, die sich als «Partei der Arbeit» im März 1944 konstituiert hatte, und zu der die abgespalteten Elemente der Sozialdemokratie nun stiessen. Sie war nicht von Anfang an als kommunistisch zu identifizieren, appellierte nicht zum vornherein an das «Proletariat», sondern suchte «demokratisch-freiheitlich», antifascistisch und antikapitalistisch Gesinnte an sich zu ziehen, war aber auf jeden Fall eine radikale Konkurrentin der Sozialdemokratie, die nun, besonders seit sie Ende 1943 Regierungspartei geworden war, dem Vorwurf der «Verbürgerlichung» ausgesetzt war. Die Gefahr, dass sich nun auf der Linken eine Art von Radikalisierungswettbewerb entspann, war gegeben. Ein Schatten von Zweifel, und bisweilen mehr als das, blieb in der NZZ aber auch in Bezug auf die Haltung der Sozialdemokratie bestehen, auch noch nach der Ausscheidung der Linksextremisten aus der Partei. Sie zeigte, je schärfer die Konkurrenz von links wurde, umso mehr, wenigstens in ihrer Polemik, marxistische oder «neomarxistische» Neigungen, und man konnte im Blatt nicht davon ablassen, ihr immer wieder mit der Frage nach ihrem Standort zuzusetzen und saubere Entscheidungen darüber zu fordern, ob sie auf dem nun offiziell eingeschlagenen reformistischen Weg weitergehen wolle oder nicht. Dass auf diese Frage keine eindeutige Antwort erhältlich war und dass die einmal gezogene Scheidelinie gegenüber dem revolutionären Marxismus in der Tagespolitik von der Agitation immer wieder übertreten wurde, liess den Verdacht der Konjunkturanfälligkeit der SPS nicht zur Ruhe kommen und war der Grund dafür, dass man in der NZZ dieses Thema noch für lange nicht aus Abschied und Traktanden fallen lassen konnte.

Die Möglichkeit einer kritischen Zuspitzung der Auseinandersetzungen auf dieser Linie war vor allem gegeben, als der Versuch des Bundesrates, die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion zu normalisieren, anfangs November 1944 von Moskau schroff zurückgewiesen wurde mit der Begründung, die Schweiz habe gegenüber Russland eine «feindliche und profascistische Politik» verfolgt. Es war eine aussenpolitisch heikle Situation; nicht die kleinere Sorge galt aber den innenpolitischen Komplikationen, die sie in sich schloss. Das «Nein» Moskaus konnte das Signal einer allgemeinen Kampagne der Linken mit russophiler Neigung gegen die schweizerische Aussenpolitik abgeben, die in einem Augenblick, da die Sowjetmacht die Schwelle Europas bereits überschritten hatte, dem Land schwer schaden musste. Die Attacke kam auch in Gang und visierte besonders die Person des Aussenministers. Bundesrat Pilet erklärte seinen Rücktritt. Man bedauerte im Blatt, dass er dazu ausgerechnet diesen Augenblick wählte und damit der falschen Deutung Nahrung gab, diese Demission sei eine direkte Folge des aussenpolitischen Misserfolgs der Schweiz in Moskau; insofern aber das Hauptziel der Kontroverse damit der Auseinandersetzung entrückt wurde, begrüßte man den Entschluss des Aussenministers als eine staatsmännische Entscheidung. Die Kampagne verlief denn auch im Sand, noch bevor ein Monat vorüber war. Die Russlandfrage wurde, von den Extremisten der PdA abgesehen, nicht zum Kristallisationspunkt innenpolitischer Ressentiments, eine Anpassungspolitik roter Färbung kam nicht zum Zuge – der Vergleich der «Anpasser von heute» mit denen von 1940 hatte in der öffentlichen Diskussion eine heilsame Wirkung gehabt –, es gab keine Regierungskrise und keine Staatskrise, und die Einheit der Nation litt keinen Schaden. Wenn man auch weiterhin der Prophylaxe gegen die Versuchungen der Macht im Osten die gleiche Aufmerksamkeit widmen musste, die man früher der Abwehr des grossdeutschen Bazillus geschenkt hatte, so waren doch aus dem positiven Ausgang dieser «Novemberkrise» ermutigende Einsichten zu gewinnen: die eine, dass auch bei der ehemaligen Opposition das staatspolitische Verantwortungsgefühl leben-

dig war und dass das schweizerische Bewusstsein auch der Sozialdemokratie nicht mehr so leicht ein Opfer des proletarischen Internationalismus wurde wie noch vor zehn, fünfzehn Jahren, und die andere, damit zusammenhängende, dass in der Eidgenossenschaft nun doch manches anders geworden war, als es 1914-1918 gewesen, und dass man Hoffnung haben durfte, dass nicht wieder ein «November 1918» am Ende dieses Krieges stehen würde.

Ihr sichtbares Zeichen hatte die Wandlung des innenpolitischen Klimas und der inneren Konstellation der Schweiz am 15. Dezember 1943 erhalten, dem Tag, an dem endlich ein Vertreter der sozialdemokratischen Opposition in die Landesregierung eintrat. «Endlich!» schrieb man auch in der NZZ, die zum «ungelösten Problem» der Einbeziehung der Sozialdemokratie in die Landesregierung schon im Juni 1940 geäußert hatte:

«Das Problem der Bildung einer Koalitionsregierung . . . besteht und fordert eine Lösung ... Es gibt hier kaum mehr ein „zu früh“; gefährlich und verhängnisvoll könnte aber in der Dynamik der Entwicklung ein „zu spät“ werden.»

Wir haben in einem früheren Kapitel den Moment markiert, in dem die Sozialdemokratie im Urteil des Blattes als «koalitionsreif» erschien. Bis dieses Urteil auch von den hartnäckigen konservativen und welschen Gegnern einer Koalition auf breiter Basis geteilt wurde und damit der Weg frei war, vergingen noch Jahre, in denen das Blatt immer wieder malmte, seinem Unbehagen über die nachgerade fast tragisch anmutende scheinbare Unfähigkeit der eidgenössischen Politik zur Lösung dieses nationalen Problems offen Ausdruck gab und den «Mangel an psychologischer Einsicht und ausgebildeter Staatskunst in Kreisen, die auch über diese Ausrüstung des verantwortlich handelnden Politikers verfügen müssten», scharf kritisierte. Für den Standpunkt, den die NZZ in dieser Frage eingenommen hatte, war, wie in den meisten innenpolitischen Fragen vor und während der Kriegszeit, die Erkenntnis ausschlaggebend, dass die Schaffung und Erhaltung einer ungebrochenen inneren Front eine der

ersten Voraussetzungen des Durchhaltens war. Es durfte bei der Sozialdemokratie nicht der Eindruck aufkommen, sie werde nach wie vor und trotz ihrer unbezweifelbaren Loyalität als «staatspolitisch minderwertig» betrachtet.

Wenn sich das Blatt zum Fürsprecher des grundsätzlichen Anspruchs der Sozialdemokratie auf Beteiligung an der Regierung machte, so sah es sich andererseits gezwungen, gegen die radikalen Methoden Stellung zu nehmen, mit denen die SPS die Erfüllung dieses Anspruchs nach mehrmaligem Scheitern 1941/42 zu erzwingen versuchte. Das betraf vor allem die sozialistische Initiative für die Volkswahl des Bundesrates, die im Januar 1942 zur Abstimmung gelangte und vom Volk mit hoher Mehrheit verworfen wurde. Das staatspolitische Bedenken, das man dieser Vorlage entgegenhielt, galt dem bedrohten Grundsatz der Stabilität der Regierung, jenem unschätzbaren Vorteil des schweizerischen «Systems», den man nicht für die «Entfesselung der demokratischen Dynamik» auf dem Sektor der Exekutive, nicht für ein «politisches Spiessrutenlaufen» der Bundesräte alle vier Jahre preisgeben wollte. Eine Erhöhung der Mitgliederzahl des Bundesrates auf neun, wie sie die gleiche Initiative vorschlug, hätte man wohl in Betracht gezogen; man bedauerte im Blatt, dass diese Frage mit der ändern der Volkswahl verkoppelt war, die man nur mit einem grundsätzlichen «Nein» beantworten konnte, und machte es dem Ständerat zum Vorwurf, dass er auf einen Gegenvorschlag zur Initiative in diesem Sinne nicht eingetreten war. Es wäre damit ein Weg zur Lösung des Koalitionsproblems gewiesen worden, die im Rahmen des Siebnerkollegiums auf so grosse Hindernisse stiess. So aber musste wohl oder übel die politische Geduldprobe der Sozialdemokratie noch einmal verlängert werden.

Am 15. Dezember 1943 war die Frucht reif. Der Freisinn gab seinen zürcherischen Sitz in der Regierung preis, und der erste Sozialdemokrat zog in den Bundesrat ein. Es war ein Datum, dem auch die NZZ historische Bedeutung zuschrieb, nicht weil sie Anlass gehabt hätte, einen sozialistischen Parteisieg mitzufeiern, wohl aber, weil der Tag den Erfolg der Demokratie in einer ihrer schwersten und

längsten Bewährungsproben markierte, ihre Fähigkeit, eine revolutionäre Bewegung zu absorbieren und in eine staaterhaltende Kraft umzuwandeln: «Die erzieherische Kraft der Demokratie hat die Sozialdemokratische Partei im Laufe der Zeiten „regierungsfähig“ gemacht». Das Wort Kautskys hatte sich bestätigt, ob die Sozialisten es wahr haben wollten oder nicht: «Hinter der Demokratie steht . . . eine viel grössere Kraft als hinter dem Sozialismus.» Man wollte im Blatt die Hoffnung nicht verleugnen, dass mit der Beiziehung der ehemals revolutionären Partei zur Verantwortung der eidgenössischen Politik ein gefährliches Ferment entzogen war, dass die im Krieg bewährte schweizerische Praxis des «Miteinander-Redens» auch in Zukunft einen «ständigen politischen Spannungsausgleich erleichtern» werde. Die lange Reifezeit, die dieser Prozess gebraucht hatte und in deren letzter Phase das Blatt selber seine Ungeduld bisweilen geäussert hatte, war wohl natürlich gewesen:

«Unsere Demokratie ist kein Treibhaus; sie lässt die Probleme und ihre Lösungen langsam reifen. Umso haltbarer pflegen die Früchte zu sein, die sie sorgfältig vom Baume der Entwicklung pflückt . . . Die jetzt verwirklichte Beteiligung der Sozialdemokratie an der Landesregierung erscheint mit Recht den meisten Bürgern als das selbstverständliche Ergebnis eines politischen Reifeprozesses, der sich nicht allein in den sozialistischen Reihen, sondern zugleich in allen andern Volksschichten vollzogen und zu dem das Gemeinschaftserlebnis von vier Jahren Aktivdienst Wesentliches beigetragen hat. Darin liegt schon eine gewisse Gewähr für den Erfolg des bedeutungsvollen „Versuchs“ – wer wollte behaupten, dass es besser gewesen wäre, die grüne Frucht vom Aste zu reissen?»

Die «Befriedung» des linken Sektors wurde in einem Augenblick Wirklichkeit, in dem die öffentliche politische Auseinandersetzung bereits wieder ein derart «friedensmässiges», d.h. unfriedliches Temperament angenommen hatte, dass der Donnerhall des immer noch und grausamer denn je wütenden Krieges bisweilen vom innenpolitischen Kampflärm übertönt wurde. 1942 war ein stadtzürcherisches, 1943 ein eidgenössisches Wahljahr. Der Unruheherd und das Zentrum der Aggressivität lag beide Male nicht so sehr links als vielmehr bei jener «Bewegung», deren geistiger Standort in der

politischen Topographie des Landes sich nie recht ermitteln liess, beim Landesring der Unabhängigen, respektive Gottlieb Duttweilers. Die NZZ fühlte sich gezwungen, die Auseinandersetzung mit dem politisierenden Wirtschaftsführer und seiner Bewegung nun mit aller Entschiedenheit aufzunehmen; sie war dabei nicht der herausfordernde Teil, sondern das permanente Objekt derart erbitterter Attacken in der «Tat», dass man schon in den Jahrgängen der «Front» hätte nachblättern müssen, um Ähnliches zu finden. Nicht um einer überbordenden Polemik keine Antwort schuldig zu bleiben, nahm man den Kampf auf. Die «Demagogie ohne Schranken», die Duttweiler in diesen Jahren führte, empfand man im Blatt als eine Gefahr für das Land:

«Der Führer des Landesrings und seine Helfer stellen sich mit ihren Propagandamethoden immer deutlicher abseits der Demokratie, sie verbannen die geistigen Elemente der echten Diskussion aus ihrer politischen Werbung und ersetzen sie durch die Methoden der Überwältigung, sie beginnen nach berühmten Mustern Politik als Griff nach der Gurgel des Gegners zu betreiben, wobei der Andersgesinnte immer und ohne Weiteres auch der Gegner ist. Wenn diese „Gegner“ dem Manne, der auf den Zusammenbruch des Parteiensystems in der Schweiz spekuliert, nur annähernd mit der Schärfe antworten und begegnen wollten, die seine Angriffe kennzeichnet, so wären die Folgen unabsehbar. Denn unser Land verträgt in der heutigen Situation keine ungezügelter innern Auseinandersetzungen, keine brutalen Machtkämpfe, und darum bedeutet die Herausforderung solcher selbstmörderischer Kämpfe durch die schrankenlose Demagogie Gottlieb Duttweilers einen Frevel an Volk und Staat.»

Es gab kein Reservat des nationalen Interesses, das diese Demagogie der Schonung wert errachtet hätte. So wie der Landesring 1939 versucht hatte, die Wehrpolitik des Staates für eine Vermehrung seiner Sitze im Parlament zu fruktifizieren, so griff er nun in einem kantonalen Wahlkampf rücksichtslos die schweizerischen Handelsdelegierten im Ausland an, attackierte er in der stadtzürcherischen Kampagne in vollendeter politischer Naivität die schweizerische Neutralitätspolitik und forderte Friedensvermittlungsanträge und -appelle des Bundesrates, trieb er mit Landesversorgung und

Lebensmittelkarte Parteipolitik. Er wurde zum Geldgeber der als staatsgefährlich verbotenen Partei Nicoles, um durch diesen Beweis seiner unbeschränkten Radikalisierungsfähigkeit die Arbeiter ihrer «verschlafenen Sozialdemokratie» auszuspannen, er führte einen zersetzenden Kampf gegen die Parteien insgesamt und gegen das «System», das er durch eine «dynamische» Ordnungseiner Konzeption zu ersetzen trachtete, wie es andere Erneuerer vor ihm schon im Sinne gehabt hatten; deutlich genug liess Duttweiler auch diktatorische Gelüste durchblicken, respektive seine Bereitschaft, «die Verantwortung für den Wiederaufbau» zu übernehmen.

Man konnte im Blatt die Fragwürdigkeit dieser Bewegung nicht übersehen; man hatte sich auseinanderzusetzen mit ihrer schwankenden Konjunkturpolitik, die aussen- wie innenpolitisch bald rechts, bald links stand und mit jedem Wind zu segeln bereit war, woher er auch kommen mochte. Die Qualifikation einer «konstruktiven bürgerlichen Opposition» konnte man ihr angesichts ihrer destruktiven Tendenzen und ihres ziellosen Aktivismus nicht mehr zubilligen. Wohl war es erst mit Hilfe des Landesrings gelungen, in Zürich die «rote» Mehrheit 1938 endlich zu schlagen. Aber eine haltbare Partnerschaft ergab sich daraus für die bürgerliche Politik nicht. Was die NZZ betrifft, so fand sie jedenfalls weder im Krieg noch später in der Nachkriegszeit im Verhalten der «Unabhängigen» einen Grund, von ihrem tiefsitzenden Misstrauen gegenüber dieser in Paradoxen politisierenden Partei abzugehen.

Verwilderungserscheinungen waren nicht nur in den Kampfmethoden Duttweilers festzustellen. Im Wahljahr 1943 nahm die Versuchung zu, mit dem Jahr 1940 oder 1933 «Politik» zu machen. Auf der Linken, aber auch bei den «Subventionslosen» – der «Bruderschaft der freien Wirtschaft», wie sie sich nannten – und beim Landesring, wurden Legenden gesponnen über die Haltung des Bürgertums, oder des Freisinns, oder der NZZ gegenüber den «Fronten» und gegenüber der Versuchung zur «Anpassung». Indem man dort nachträglich innenpolitischen Gegnern Anfälligkeit für den nun im machtpolitischen Niedergang begriffenen Nationalsozialismus zu

unterschieben und sich selber damit vor der Geschichte das Monopol des Widerstandsgeistes und des Widerstandes zu sichern suchte, wollte man jenes politische Kapital heben, das hier scheinbar zu gewinnen war. Ein in dieser Beziehung einwandfreier Leumund schützte die NZZ nicht vor absurdesten Verdächtigungen und Unterschreibungen; sie musste den Kampf dagegen in der Öffentlichkeit aufnehmen und scheute im krasssten Fall auch den Gang vor den Richter nicht.

«Chronique scandaleuse» von der beschriebenen Art gehört bis zu einem gewissen Mass ins Bild dieser der innenpolitischen Kriegsdziplinen allmählich überdrüssig werdenden letzten Phase des Kriegs. Sie kann aber nicht die grossen grundsätzlichen und sachlichen Fragen verdecken, um die sich, in Ansätzen schon 1942 und dann immer ausschliesslicher, die öffentliche Auseinandersetzung bewegte. Der Blick richtete sich auf die «Schweiz von morgen». Über ihre innere Zukunftsgestaltung zu reden, solange man keine Vorstellung davon hatte, unter welchen äusseren Bedingungen und in welcher europäischen Umgebung sie leben würde, mochte voreilig sein, und man sah sich im Blatt auch veranlasst, mitten im «futuristischen Musizieren» bisweilen das «hier und jetzt» wieder in Erinnerung zu rufen oder die Möglichkeit einer todernsten Bewährungsprobe, die der Krieg oder das Kriegsende vielleicht dem Land noch auferlegen würde. Aber die Diskussion wollte freie Bahn. Sie war auf der ganzen Welt im Gang, das heisst dort, wo man frei reden konnte; und alle Entwürfe einer Welt von morgen waren zugleich Entwürfe einer besseren Welt, als die von gestern gewesen war. «Dass die Welt nach diesem Kriege anders aussehen wird als vorher, dass die Menschheit den Faden nicht einfach dort wieder wird anknüpfen können, wo er am 1. September 1939 abgerissen ist», daran war kein Zweifel möglich. Dass sie besser sein würde, wagte man im Blatt allerdings nicht mit dem nun weitherum ansteckenden amerikanischen Optimismus schon jetzt zu behaupten.

Weit mehr als der Entwurf einer neuen Form von internationaler Kollektivordnung, wie er im Gedanken der Vereinigten Nationen

enthalten war und propagiert wurde, fand in der Schweiz das andere Element der Diskussionen um die Nachkriegsordnung ein aufnahmebereites Feld: die Ideen einer neuen Sozialordnung innerhalb der Nationen. Die «soziale Demokratie», die «soziale Schweiz» waren die Stichworte des öffentlichen Gesprächs, wie es im Hinblick auf die Nachkriegsprobleme von 1942 bis 1945 geführt wurde. Der Impuls, den es nun erhielt, mochte es als einen Neubeginn erscheinen lassen; im Grunde nahm es ein Thema wieder auf, das durch die Schweizergeschichte seit dem späten 19. Jahrhundert immer im Vordergrund gestanden hatte, das während der dreissiger Jahre von grösster Aktualität gewesen war und sich auch im Schatten der aussenpolitischen Bedrohung nie verloren hatte. Es gab also eine schweizerische Tradition und Erfahrung, es gab längst ausgemachte schweizerische Gegebenheiten auf sozialpolitischem Gebiet – negative wie positive. Daran zu erinnern, war in den Präliminarien der neuen sozialpolitischen Diskussion nicht überflüssig; denn diese Diskussion neigte dazu, ihre Kritik wie ihre Programme an ausländischen, vor allem englischen Gegebenheiten zu orientieren und den Boden schweizerischer Wirklichkeit zu verlassen:

«Es ist – milde gesagt- etwas befremdlich, wenn dem schweizerischen Bürgertum indirekt gewissermassen die „Slums“ von London und Glasgow oder die Mängel des englischen Schulwesens angekreidet werden, um ihm sozialpolitisch „Beine zu machen“.»

Nicht dass die NZZ grundsätzlich dem Ausbau der sozialen Demokratie ablehnend oder auch nur zurückhaltend gegenübergestanden hätte; sie stand hier auf dem Boden des schweizerischen Freisinns, der sich über seine sozialpolitische Aktivität ausweisen konnte. Für wesentlich aber hielt man im Blatt, dass die Diskussion nicht allgemeine, schematische Pläne zum Vorwurf nahm, sondern den schweizerischen Weg zur Lösung der hier, in diesem Land gestellten Probleme suchte und fand. An eine schweizerische Sozialpolitik aber musste vor allem die eine grundsätzliche Forderung gestellt werden: dass sie dem Wesen dieses Staates, der freiheitlichen

Demokratie, gerecht werde. Damit war die Grenze zwischen Sozialpolitik und Sozialismus markiert, die man nach wie vor nicht zu überschreiten gewillt war. Und damit war zugleich das Feld abgesteckt, das der Auseinandersetzung gewiesen war, soweit sie auf positive Resultate zielte:

«Über das „mehr oder weniger“, über das, was bei uns getan worden ist und was noch zu tun übrig bleibt, walte in eidgenössischer Freiheit, aber auch in eidgenössischer Freundschaft die Diskussion in der schweizerischen Demokratie!»

An Objekten für sozial- und wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen war bald kein Mangel mehr, und aus der Diskussion in Freundschaft wurde im Wahljahr 1943 gleich ein verbissener sozialpolitischer Wettbewerb. Die Konkurrenten waren vor allem Sozialdemokratie und Landesring, welch letzterer, wie erwähnt, in diesem Jahre sich dem «Kampf um die Seele des Arbeiters» verschrieben hatte. Die Sozialdemokratie hatte 1942 ihr revidiertes Programm in Form einer wirtschaftlich-politischen Gesamtkonzeption einer «Neuen Schweiz» nach ihrem Sinn herausgebracht, die an die Stelle eines integralen Marxismus nun eine Kreuzung von genossenschaftlichen und staatssozialistischen Tendenzen setzte. Im Wettbewerb mit dem Landesring lancierte sie zu Beginn des Wahljahres zugleich ihre Initiative «Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit», die offen die staatliche Kommandogewalt über die Wirtschaft verlangte. Ihr gegenüber stand die Initiative des Landesrings, die versuchte, das «Recht auf Arbeit» zugleich mit dem Grundsatz einer freiheitlichen Wirtschaft zu proklamieren, was nach der Meinung der NZZ der Quadratur des Zirkels gleichkam. In keinem dieser Vorschläge vermochte das Blatt ein taugliches Instrument künftiger schweizerischer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu sehen. War der Vorstoss des Landesrings offensichtlich rein politisch motiviert und dementsprechend zu beurteilen, so suchte das Blatt andererseits seine Kritik am sozialistischen Programm, ungeachtet der Temperatur des Wahlkampfes, in einer Reihe eingehender, grundsätzlicher und wissenschaftlich fundierter Analysen zu erklären.

Die Frage nach ihrem eigenen wirtschafts- und sozialpolitischen Standort beantwortete das Blatt im Grundsätzlichen mit der Darlegung eines in den negativen Erfahrungen des «laisser faire» geläuterten Liberalismus, der nicht auf schrankenlose Freiheit zielte, sondern auch in Freiheit eine gerechte Ordnung zu schaffen sich zutraute, eine «Synthese zwischen den Bedürfnissen der Gemeinschaft und denen des einzelnen Wirtschaftssubjektes». Nach wie vor lehnte man Planung und Lenkung der Wirtschaft durch den Staat ab, die zur unvermeidlichen Folge die Lenkung und Versklavung des Bürgers haben musste; aber es gab auch ausserhalb der Notsituationen von Krise und Krieg einen legitimen Eingriff des Staates in die Wirtschaft, dort, wo er auf den Schutz und die Stärkung der Wirtschaftssubjekte gegenüber Interessengruppen gerichtet war.

Im Einzelnen nicht kritiklos, im Ganzen aber durchaus loyal, unterstützte das Blatt nach wie vor die zum Durchhalten unumgänglich notwendige Kriegswirtschaft und verteidigte sie entschieden gegen die demagogischen Angriffe wie gegen die sich mehrenden Äusserungen von Einzel- und Gruppenegoismus. Dabei machte man sich jedoch keine Illusionen darüber, dass dieses von allen Seiten der Anfechtung ausgesetzte System der gestützten Wirtschaft weit über den Krieg hinaus ein beträchtliches Beharrungsvermögen entwickeln würde und dass es ebenso nötig war, rechtzeitig auch die wirtschaftliche Demobilmachung zu planen und am Willen zu einer Normalisierung nach Kriegsende auch auf diesem Gebiet keinen Zweifel aufkommen zu lassen.

EUROPA IM SCHATTEN DES BOLSCHEWISMUS

Am 7. Mai 1945 wurde im Hauptquartier des alliierten Oberbefehlshabers in Reims das Dokument über die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht unterzeichnet; am Tage darauf hatte der Krieg in Europa sein Ende gefunden. Ein wahrhaft apokalyptischer letzter Akt war dem Untergang des Dritten Reiches vorangegangen; an der Front im Westen hatte es mit neuen Terrorwaffen im Sommer vorher den Verzweiflungskampf aufgenommen, dem eine hysterisch gewordene Propaganda noch einmal, in bereits aussichtsloser Lage, das Signum einer Kriegswende geben wollte; in ihrem eigenen schrumpfenden Machtbereich aber hatte die Tyranis nach dem missglückten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944, das die tiefen Risse in ihrem inneren Gefüge blosslegte, in blutiger Terrorjustiz ihr grausiges Antlitz von Neuem enthüllt. In fast pausenlosen Angriffen hatten die alliierten Bomberflotten der deutschen Industrie und den deutschen Städten fürchterliche Schläge erteilt; vor den russischen Armeen flutete eine Völkerwanderung von Flüchtlingen nach Westen, in der Gegenrichtung des stürmischen Vormarsches der imperialistischen Heere vor dreieinhalb Jahren.

Nicht nur die Nation, welche die volle Verantwortung und Schuld für diesen grauenvollsten Krieg seit Jahrhunderten und sein schreckliches Resultat trug, war aufs Schwerste getroffen und geschlagen; von den Pyrenäen bis zur Wolga, von Sizilien bis Narvik war Europa verheert, geplündert, ausgehungert, ausgeblutet. Als Macht und Faktor in der Geschichte hatte es sein Gewicht eingebüsst. Bis es sich von den Folgen der Katastrophe erholt haben würde und wieder als handelndes Subjekt auftreten konnte, würden Jahre vergehen. Jahre, die, wie man nun gleich erkennen musste, nicht im gesicherten Rahmen einer neuen, dauerhaften Ordnung ausschliesslich dem friedlichen Werk des wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaues gewidmet werden konnten, sondern die drohender Gefahren, Spannungen, Unruhen voll sein würden.

Die Linie, die der neutrale Staat im Herzen des zusammenbrechenden Kontinentalreiches zu befolgen hatte, war vorgezeichnet. Seine politischen und militärischen Anstrengungen mussten darauf gerichtet sein, nicht in diesen Zusammenbruch einbezogen zu werden. Eine konsequente Politik der bewaffneten Neutralität war auch hier die einzige Möglichkeit. Wieder war man nun als Neutraler schweren Anfechtungen ausgesetzt und hatte sich für sein Recht zu wehren, diesmal vor allem gegen Anklagen und Angriffe Moskaus, wie sie im November 1944 vorgetragen wurden, und kurz darauf gegen eine eigentliche Diffamierungskampagne in der amerikanischen Presse, die wiederum, wie im November, einen Moment lang innenpolitischen Attacken gegen die Regierungspolitik aus dem linken Sektor Nahrung gaben und die NZZ zur Verteidigung der schweizerischen Haltung nach innen und aussen auf den Plan riefen. Den Stimmen, die von Neuem das «unheroische Beiseitestehen» kritisierten, antwortete man mit der Betonung des moralischen Aktivums, das eine konsequente Neutralitätspolitik auch jetzt noch für sich hatte:

«Die Schweiz hat *ihr Wort gegeben*, dass sie vom ersten bis zum letzten Schuss gegenüber allen Kriegsparteien und unter allen Umständen eine strikte Neutralität beobachten werde, und sie hat *ihr Wort gehalten*. Weil andere Völker unvorstellbare Opfer an Gut und Blut gebracht haben, scheint dies *wenig* – ist es *nichts*? Bedeutet solche Treue zum gegebenen Wort in einer Zeit der Abwertung der Verträge, des Zerfalls des Völkerrechts, der Verachtung des Sittengesetzes im Zusammenleben der Menschen und Staaten nicht auch einen Beitrag für den kommenden *Wiederaufbau*, der . . . das Prinzip der Vertragstreue wieder zur Grundlage einer neuen internationalen Ordnung erheben muss?»

Zugleich konnte man sich darauf berufen, dass die Schweiz ihre überlieferte Neutralität «immer ernster und innerlicher gefasst und positiver verstanden» hatte (Werner Näf) und ein Zentrum vermittelnder, heilender und helfender Tätigkeit, eine Zufluchtstätte bedrohter Menschen und gefährdeter Gedanken geworden war.

Aktive Neutralitätspolitik in diesem Sinne, für die man sich im Blatt während des Krieges immer wieder eingesetzt hatte mit dem

Appell an den Helferwillen, mit der Mahnung zu liberaler Asylgewährungspraxis, aktive Neutralitätspolitik konnte allerdings keinen politisch-diplomatischen Versuch einschliessen, dem Lauf der Dinge in der Endphase noch eine Wendung geben zu wollen. Die Schweiz konnte den Kriegführenden ihre guten Dienste zur Verfügung halten – die denn auch bei der Übermittlung des japanischen Kapitulationsangebotes beansprucht wurden –, aber sie konnte nicht mit einer Friedensinitiative hervortreten, die bei der Verhärtung der Kriegsparteien gegeneinander keine Aussicht auf Erfolg gehabt und mit der sich das Land nur in den politischen Krieg eingeschaltet hätte, dem es sich unter allen Umständen fernhalten musste.

In der schweizerischen Öffentlichkeit löste der Zusammenbruch des Dritten Reiches, so furchtbar der Tragödie letzter Akt auch war, ein tiefes Gefühl der Erleichterung aus. Der Druck wich, unter dem das isolierte Land seit 1940 gestanden hatte, und ein nun seit zehn oder zwölf Jahren dauernder Zustand bald mehr, bald weniger akuter Bedrohung nahm ein Ende. Nicht weil sie nun erst den Mut wiedergefunden hätte, sondern weil jene Rücksichtnahme gegenstandslos geworden war, die sie so lange im Zeichen «vorsichtiger Zurückhaltung» beherrscht hatte, löste sich auch die Sprache der Zeitung. Sie konnte die stürzende Tyrannis wieder offen bei jenen Namen nennen, die ihr auf Grund unwiderlegbarer Tatsachen und Dokumente zukamen. Ein Artikel, überschrieben «Der Höllensturz der Diktatoren», geleitete nach dem gewaltsamen Tod Mussolinis und Hitlers die Geiseln des 20. Jahrhunderts aus der europäischen Wirklichkeit hinaus:

«Es ist der Höllensturz der Diktatoren und ihrer Geschöpfe, mit dein dieser Krieg zu Ende geht – dieser Krieg, den Hitler zu gewinnen hoffte, indem er mit einer in der neueren Geschichte Europas beispiellosen Ruchlosigkeit alle Mittel der Vernichtung anwandte und sich und seine Werkzeuge von jedem Sittengesetz zu entbinden suchte. Obwohl er damit zu triumphieren und seine Macht kaum zu brechen, obwohl ihm seine Menschenverachtung tausendmal recht zu geben schien und die Menschheit ihre Kräfte bis zur Erschöpfung anstrengen musste, hat sich an ihm doch, wie immer die Wahrheit über den letzten Akt beschaffen sein mag, das Schicksal erfüllt, das

Thomas Mann jedem Verächter des Sittengesetzes vorausgesagt hat mit den Worten:

„Aber Fluch dem Menschen, der da aufsteht und spricht: ‚Sie gelten nicht mehr.‘ Fluch ihm, der euch lehrt: ‚Auf, und seid ihrer ledig!‘ Der ein Kalb aufrichtet und spricht: ‚Das ist euer Gott. Zu seinen Ehren tuet dies alles und dreht euch ums Machwerk im Luderreigen!⁴ Er wird sehr stark sein, auf goldenem Stuhl wird er sitzen und für den Weisesten gelten, weil er weiss: das Trachten des Menschenherzens ist böse von Jugend auf. Das aber wird auch alles sein, was er weiss, und wer nur das weiss, der ist so dumm wie die Nacht, und wäre ihm besser, er wäre nie geboren. Weiss er doch von dem Bunde nichts zwischen Gott und Menschen, den keiner brechen kann, weder Mensch noch Gott, denn er ist unverbrüchlich. Blut wird in Strömen fließen um seiner schwarzen Dummheit willen, Blut, dass die Röte weicht aus den Wangen der Menschheit, aber sie kann nicht anders, gefällt muss der Schurke sein.“»

Für die nächsten paar Jahre gab es kein handelndes Deutschland mehr; was von ihm übriggeblieben war, war kaum mehr als ein geographischer Begriff. Wohl gab es die Frage, wie Deutschland zu verwalten, wie es zu «behandeln» sei und in welcher Form es dereinst wieder unter die Nationen treten könne; die Antworten darauf hingen vom Zusammenwirken und der Politik der drei Grossmächte ab, und hier lag das Kardinalproblem, hinter das in der NZZ das Deutschlandthema vorläufig weit zurücktrat. Man gehörte im Blatt nicht zu denen, die, kaum hatte sich das Schicksal des Dritten Reiches vollzogen, sich auf neutralem Boden gleich zu Advokaten aller Proteste gegen die Besetzungspolitik machten. Wohl wandte man sich gegen un reale Phantasiekonstruktionen wie etwa den Morgenthau-Plan, der Deutschland auf das wirtschaftliche Niveau eines Agrarstaates herabdrücken wollte, wohl legte man ein Wort ein für eine vernünftige Handhabung der sogenannten Denazifizierung, für die Entwicklung der noch vorhandenen Ansätze eines demokratisch-föderativen Wiederaufbaues eines deutschen Staates. Aber man war nicht bereit, all das, was mit dem Namen Deutschlands während zwölf Jahren verbunden gewesen war, nun gleich vergessen zu machen, und man hielt es nicht für seine Sache, etwa der Kritik an den Gerichtsverfahren gegen die nationalsozialistischen Kriegs-

verbrecher und ihre Aburteilung Vorspann zu leisten, wie das ein impressionistischer Journalismus auch in der Schweiz da und dort zu tun geneigt war. Das Blatt nahm im Gegenteil die Nürnberger Verhandlungen des internationalen Gerichtshofes schon um der Aufdeckung der geschichtlichen Wahrheit über den Nationalsozialismus willen ernst; Eduard Geilinger, der auf dem Umweg über Moskau nach dem Fall Berlins wieder zurückgekehrt war, berichtete über die wesentlichen früheren Phasen des Prozesses.

Unter den Kräften, die durch die Niederlage und den Zusammenbruch des Nationalsozialismus freigesetzt wurden und an die sich die Hoffnungen auf den politischen Wiederaufbau des Kontinents halten konnten, stand im Blatt das neue Frankreich De Gaulles wohl an erster Stelle. Man glaubte an die im Widerstand gegen den Unterdrücker regenerierte Vitalität der französischen Nation, wie sie sich offenbarte, kaum dass Paris befreit war, und hielt ihren Anspruch auf einen Rang in Europa und unter den Grossmächten für legitim. Die Bedenken über den in der inneren Widerstandsbewegung gestärkten Einfluss der Kommunisten oder die natürlich scheinende Wiederaufnahme der französischen Russlandpolitik änderten an diesem hoffnungsvollen Urteil vorläufig kaum etwas.

Aber immer dunkler legte sich über die Gedanken um die Iedererstehung Europas und eine globale Neuordnung der Schatten Moskaus. Er sollte nicht mehr weichen. Von der Einschätzung der Sowjetunion und der Möglichkeiten einer koordinierten Politik von West und Ost, wie die NZZ sie vertrat, ist die Rede gewesen. Sie war bestimmt durch eine ungemilderte Skepsis in Bezug auf den Charakter der bolschewistischen Diktatur wie durch die Einsicht, dass die amerikanisch-britisch-russische Koalition notwendig war und halten musste, bis sie ihr Kriegsziel erreicht hatte. Unter dem Aspekt der Koalition beurteilte man drei Monate vor Kriegsende in Europa auch das Abkommen von Jalta, respektive das, was man darüber wusste, als einen «vorläufig tragbaren Kompromiss», hob aber dann doch die problematischen Seiten dieses Abkommens hervor, seine Anklänge an «München», die Tatsache, dass die Westmächte hier

wieder auf Treu und Glauben eines Partners bauten, dem diese «bürgerlichen» Begriffe in der machiavellistischen Schule der kommunistischen Revolution abhandengekommen waren.

Würde die auf einseitige Nachgiebigkeit gegründete Koalition den Sieg überdauern? Die Prognosen im Blatt lauteten schon vor Kriegsende ungünstig: «Kräfte, die durch die Anstrengung des Kampfes beansprucht oder durch die Rücksicht auf das gemeinsame Ziel gehemmt wurden, werden zur unbekümmerten Verfechtung der eigenen Interessen frei.»

Dieser Satz bezog sich auf die russische Intransigenz in der polnischen Frage, die der eben tagenden Gründungsversammlung der Vereinigten Nationen in San Francisco düstere Perspektiven eröffnete. Eine Woche später, am Tag der Unterzeichnung der Kapitulation in Reims, war im Blatt bereits die Bezeichnung «Wettstreit» für das Verhältnis Russlands zu seinen Alliierten durch das Wort «Streit» ersetzt.

Es war, zum mindesten was ihre politische Gestalt betraf, eine im tiefsten gewandelte, eine neue Welt, die sich im Sommer 1945 aus Staub und Asche des Zweiten Weltkrieges erhob. Das «concert européen» im alten Sinne gab es nicht mehr. Wohl erstand rings um Deutschland die alte Staatenvielfalt aufs Neue, die dem Moloch zum Opfer gefallen war. Aber die Machtzentren waren ausserhalb des westeuropäischen Kontinents gerückt. Die Entscheidungen über die Zukunft lagen bei den Vereinigten Staaten, dem britischen Commonwealth und der Sowjetunion; die Möglichkeit einer Neuordnung hing ab von der Fähigkeit der drei Partner, sich zu einigen. Die Versuche, diese Einigung herbeizuführen, füllten die zweieinhalbjährige Phase nach dem Kriegsende aus, welche die Signatur der «Grossen Drei» trug. Die Konferenzen von Potsdam, London, Moskau, Paris und wieder London waren die Stationen – Namen für fast ebenso viele Fehlschläge des Versuchs. Das Blatt widmete ihnen seine ungeteilte Aufmerksamkeit und war, wo immer es ging, an diesen internationalen Konferenzen durch einen Auslandredaktor oder Korrespondenten vertreten.

In den Berichten und Kommentaren, die sie darüber schrieben, schien die eingewurzelte Skepsis in Bezug auf die Möglichkeit einer Einigung zwischen Ost und West kaum je gelockert, vielmehr fand sie sich bestätigt. Schon während der Londoner Konferenz im September 1945 war deutlich zu erkennen, dass die Sowjetunion nicht dort Halt zu machen beabsichtigte, wo sie stand, sondern dass sie sich in die westliche Sphäre einzudrängen versuchte. Zugleich schloss sie ihren eigenen Machtbereich hermetisch ab – das Wort «Eiserner Vorhang» war schon im September 1945 zu lesen-, duldete keine westlichen Einflüsse dort und setzte sich über ihre Versprechen, den politischen Wiederaufbau Osteuropas mit demokratischen Methoden zu fördern, glatt hinweg. Solange die Russen in Rumänien, Bulgarien, Ungarn jene Elemente ausschalteten, welche die Politik der Achse direkt oder indirekt unterstützt hatten, war dagegen wenig zu sagen; auch die Ausschreitungen der Roten Armee, über die bald glaubwürdige und andere Berichte vorlagen, konnte man zum Teil wenigstens verstehen als ein Zurückbranden jener Welle des Terrors, welche die deutschen Heere in den Osten begleitet hatte. Bald hatte man jedoch schlüssige Beweise dafür, dass die Sowjetunion in den von ihr besetzten Gebieten nicht eine demokratische, sondern die bolschewistische Ordnung zu errichten suchte, dass sie nicht an die Wiederaufrichtung selbständiger Staaten, sondern an einen «cordon sanitaire» von vollkommen abhängigen Satelliten dachte und dass sie, gemäss dem alten Brauch des internationalen Kommunismus, alle jene zu «Fascisten» machte und als solche verfolgte, die sich nicht oder nicht in genügendem Masse als Instrumente ihrer Politik brauchen liessen. In diesen Zügen war der alte, ungewandelte Bolschewismus wieder zu erkennen, noch bevor das Jahr um war, das den Sieg der Grossen Allianz gebracht hatte, und man konnte und wollte in der NZZ darüber nicht hinwegsehen. Hier lagen neue, unabsehbare Gefahren; die Isolierung des bolschewistischen Brandherdes, die der internationalen Politik nach dem Ersten Weltkrieg gelungen war, war jetzt aufgehoben, das Sowjetreich begann nicht mehr vor der östlichen Schwelle Europas, sondern im Herzen des Kontinents.

Nach den ersten paar Monaten der Phase der «Grossen Drei» hatte in den weltpolitischen Kommentaren des Blattes der Gedanke einer «Westblock»-Politik, eines englisch-amerikanischen Gegengewichts gegen die bedrohlichen expansiven Tendenzen Moskaus bereits sehr deutliche Gestalt angenommen.

Nötig war nach der Meinung, die hier vertreten wurde, vor allem eine vollständige Einigung der angelsächsischen Mächte, die vorläufig noch eher geneigt waren, auch in ihrer Russlandpolitik eigene und verschiedene Wege zu gehen. Das war eine Vorwegnahme jenes weltpolitischen Entwurfes, den Churchill im März 1946 in Fulton formulierte und für den er in Amerika warb. Seine Rede, die Einsichten und Gedankengänge ins allgemeine Bewusstsein hob, die man sich in der NZZ bereits zu eigen gemacht und die man schon wiederholt öffentlich geäußert hatte, erschien dem Blatt als der eigentliche geistige Wendepunkt der Nachkriegspolitik, und an der hier vorgetragenen Grundidee einer westlichen Allianz, die dem kommunistischen Imperialismus Halt gebieten konnte und in deren Rahmen wenigstens in der einen Hemisphäre eine Friedensordnung geschaffen und Sicherheit gewährleistet werden konnte, an dieser Grundidee und ersten weltpolitischen Notwendigkeit orientierte man fortan sein aussenpolitisches Denken.

Im Lager derer, die, den Realitäten weit vorgreifend, ihren Glauben an eine baldige politische Verwirklichung des «One World» gehängt hatten, war das Blatt schon während des Krieges kaum je zu finden gewesen. Bedeutete seine Analyse der Lage im Herbst 1945 nach dem negativen Ausgang der ersten Londoner Aussenministerkonferenz, dass es in diesem frühen Zeitpunkt bereits die Möglichkeiten einer Einigung der Grossmächte abgeschrieben und sich also mit der endgültigen Spaltung der Welt in zwei Blöcke abgefunden hatte? Das wäre für eine Zeitung, die unvoreingenommen die politische Tageswirklichkeit zu würdigen hat, wohl ein zu absoluter Standpunkt gewesen. Man äusserte auch später noch die Hoffnung, dass eine Basis der Einigung zu finden sein werde, und war sich im Übrigen klar genug über die schweren Konsequenzen, die eine

dauernde Gegensätzlichkeit der Mächte für Deutschland, für Ost- und Westeuropa, für die Welt haben würde. Aber auch eine optimistische, auf die Idee der Einigung von Ost und West eingeschworene politische Betrachtungsweise hätte nicht übersehen können, dass die Gegensätze zwischen der Sowjetunion und dem demokratischen Westen das Charakteristikum der Lage waren. Die «tödliche Starre» des Systems der «Grossen Drei» war nicht zu überwinden. Von der Idee, ein Bindeglied und Vermittler zu sein zwischen dem russischen Koloss im Osten und der Wirtschaftsmacht der Vereinigten Staaten, musste auch ein sozialistisch regiertes Grossbritannien bald abgehen, da es sich damit isolierte und erst recht das Ziel der Attacken des kommunistischen Imperialismus in Asien, im Mittleren Osten, in Griechenland wurde.

Stärke war nur in der Einigkeit der Gegenspieler Moskaus zu finden – und im Schutz der Atombombe. Als diese «höllische Erfindung» am 6. August 1945 über Hiroshima zum erstenmal vor den Augen der Welt ihr verheerendes Werk getan hatte, da war im Blatt die Frage gestellt worden, ob nicht die blossе Existenz, das Potential, die Verführungskraft dieser Waffe in der Hand einer Macht «unverträglich mit den Bedingungen der Zivilisation» seien. Die Umstände änderten bald die Fragestellung. Man musste es als einen Glücksfall betrachten, dass diese zerstörenden Kräfte vorerst nur einer Macht dienstbar waren, die sie nicht zur politischen Erpressung missbrauchen, wohl aber zur Verstärkung ihrer Abwehrkraft gegen die Expansion des Sowjetreiches, zur Sicherung des Bestandes der freien Welt einsetzen konnte. Die Atombombe war ein mächtiges Instrument im politischen Ringen um ein sonst beinahe schutzlos gewordenes Europa geworden, und die Politik der Westmächte konnte und durfte seiner im Zustand eines bedrohten Gleichgewichts nach der deutlich ausgesprochenen Meinung des Blattes nicht entraten.

Wenn die Sowjetunion sich im Gremium der Mächte der Schaffung einer stabilen Nachkriegsordnung widersetzte, so glaubte man die Absicht dahinter erkennen zu können. Sie baute auf eine langsame Zersetzung des Kontinents, auf einen wirtschaftlichen und poli-

tischen Zusammenbruch der Westmächte, suchte den Prozess durch ihre in der «Kominform» bald aufs Neue organisierten Willensvollstrecker ausserhalb ihres Machtbereichs zu fördern und hoffte, in absehbarer Zeit auch in Westeuropa die Ernte einbringen zu können. Die Krise liess dort auch nicht lange auf sich warten. Sie erfasste das vom Krieg erschöpfte Grossbritannien, dessen sozialistische Regierung nach der Meinung des Blattes allzu lange gezögert hatte, die durch die kritische wirtschaftliche Situation des Inselreiches gebotenen harten Wirtschaftsmassnahmen zu treffen, und zwang die Engländer, sich aus ihren Positionen in Palästina, Griechenland, der Türkei zurückzuziehen. Auch auf dem Kontinent kam der wirtschaftliche Wiederaufbau, von einigen Kleinstaaten abgesehen, nur zögernd in Gang; die Misere schwächte die Stellung der demokratischen Regierungen und war ein Saatbeet des Radikalismus.

Dass in dieser Situation im Sommer 1947 die Vereinigten Staaten die Zügel in die Hand nahmen und mit dem Wirtschaftsprogramm des Marshallplanes entschlossen in den Kampf um Europa eingriffen, empfand man im Blatt als eine befreiende Tat. Die Bedenken gegen ein Projekt, das der Wirtschaft der europäischen Staaten mit fremden Krücken auf die Beine helfen wollte und zwangsläufig den Eatismus fördern würde, wogen gering gegen das politische und soziale Positivum, das in einer Notsituation dieses «heroische Unternehmen, dem Abgleiten Europas in Elend und Zerfall sich entgegenzustemmen», darstellte. Vor allem markierte es nun auch eine wichtige Etappe in der Verwirklichung des Grundgedankens der Rede von Fulton, indem es klar machte, «dass sich die Vereinigten Staaten der ihnen zugefallenen weltpolitischen Rolle nicht durch das trügerische Behelfsmittel ephemerer Kompromisse zu entschlagen suchen, sondern dazu gelangt sind, sie als eine Aufgabe auf lange Sicht aufzufassen und praktisch in Angriff zu nehmen». Das Gegengewicht zum russischen Koloss war im Ringen um Europa nun in die Waagschale geworfen, die Starrheit der Nachkriegspolitik war überwunden, den inneren Gefahren konnte nun entgegengewirkt werden, wie die Ausschaltung der Kommunisten aus den Regierungen Frankreichs

und Italiens und der Zusammenbruch eines grossangelegten kommunistischen Generalstreiks in Frankreich im November 1947 zeigten.

Freilich musste dieser erste Schritt auf dem Weg zur Gesundung Europas ohne Russland gemacht werden, ja er verschärfte den Gegensatz, wie sich gleich erwies, weil er den Absichten des östlichen Widerparts diametral entgegengesetzt war. Die Londoner Aussenministerkonferenz endete im Dezember 1947 über dem Deutschlandthema mit dem offenen Bruch zwischen Ost und West. Bedeutete er die endgültige Spaltung der Welt? Man hoffte es nicht. Aber man sah deutlich, dass nun, da Moskau seine Absichten in Europa nicht mit der Duldung oder infolge des Desinteresses der Weltmächte hatte verwirklichen können, sondern auf härteren Widerstand stiess, dass nun der Westen «eine Periode härtester Kraftproben und gesteigerter Risiken durchqueren» musste, in der seine politische Resistenzkraft auf die Probe gesetzt würde.

Wo stand die Schweiz in diesen Nachkriegsjahren, die der Welt kaum Zeit zum Atemholen liessen zwischen einer gewaltigen, letzte Kraftreserven beanspruchenden Anstrengung und einer neuen nervenspannenden Belastungsprüfung? Eine schier unüberbrückbare Kluft schien das Land, das in seinem materiellen, wirtschaftlichen, politischen, geistigen Bestand intakt den vernichtenden Krieg überstanden hatte, zu trennen vom verheerten Europa, das weithin seiner Substanz beraubt war, sein inneres Gleichgewicht verloren hatte und einer schleichenden Morbidität zu verfallen begann. Die unangetastete Gesundheit seines Staates, der zur Normalität und zur demokratischen Tagesordnung zurückkehren konnte, sobald die kriegsbedingten politischen und wirtschaftlichen Fesseln gelockert waren, mochte vor solchem Hintergrund auch auf manchen Schweizer provozierend wirken. War man als Gesunder unter lauter Leidenden und Gequälten nicht hoffnungslos isoliert, war man nicht zum Hüter eines Museums von Antiquitäten inmitten eines Ruinenfeldes geworden, gehörte man nicht zu den bedauernswert «Schicksallosen» mitten unter Nationen, die das Schicksal so grausam hart

angefasst hatte? Die Tatsache, dass man heil davongekommen und dass man anders war, als die Bedingungen und der Geist der Nachkriegszeit dem Kontinent zu sein gestatteten, liess eine Art helvetischen schlechten Gewissens sich regen und verstärkte die Neigung, das Mass für schweizerische Dinge jenseits der Grenzen zu suchen.

Dieser geistigen Flucht ins Ausland suchte die NZZ entgegenzuwirken, wo sie sich zeigte. Freilich musste die Schweiz die Isolierung, die ihr während fünf langen Kriegsjahren aufgezwungen war, nun durchbrechen, musste der Kontakt mit der Umwelt auf wirtschaftlichem, politischem, geistigem Gebiet wieder hergestellt werden; und undiskutiert war die moralische Pflicht des Verschonten, mit seinen Mitteln nach Kräften zu helfen, wo immer er konnte – eine Pflicht, zu deren Erfüllung das Blatt sein Möglichstes beitrug vor allem durch die Publizität, die es der Lage und den Hilfsaktionen in den ehemals besetzten Gebieten gab. Aber an der Identität der liberalen Schweiz, ihrer politischen und sozialen Struktur, wollte es nicht rütteln lassen, mochte diese Schweiz im Europa der Gegenwart noch so «unzeitgemäss» scheinen und ausserhalb wie im Innern als «reaktionär», «rückständig», «überlebt» qualifiziert werden. Das Land hatte keinen Grund, seine Normalität zu verleugnen und sich etwa durch eine künstliche «Fieberkur» dem übrigen Europa anzugleichen. Mochte man es immer ein Museum nennen! Die Werte, die hier eine Stätte gefunden hatten, wo sie überdauerten und lebendig geblieben waren – sie waren die, welche nicht nur die Erinnerung an ein besseres Europa vergangener Zeiten ausmachten, sondern die auch ein Ziel umschrieben, dem Europa sich wieder nähern musste und nähern würde. Schweizerisch zu denken hatte seit 1933 bedeutet, «unzeitgemäss» zu denken; das hatte sich vorläufig noch nicht geändert, und nach wie vor musste man den Mut zu sich selber haben:

«Unsere Geschichte lehrt uns, dass wir nicht schlecht gefahren sind, weil und insofern wir darauf verzichteten, jeweilen das nachzuahmen, was im Auslande gerade Trumpf war . . . Wir werden uns überhaupt hüten, jedem Ausschlag des politischen Pendels in der Weit oder in Europa folgen zu wollen, weil wir sonst – wie der geschichtliche Anschauungsunterricht der letz-

ten Jahrzehnte zeigt – in die Lage kämen, bald in der einen, bald in der andern Richtung marschieren zu müssen, und schliesslich vor lauter rechts- und linksumkehrt kaum mehr auf den eigenen Beinen stehen könnten . . .) Diese Sätze hatten Bezug auf das «sozialistische Zeitalter», das scheinbar nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus in Europa angebrochen war, sichtbar inauguriert vor allem durch den Wahlsieg Labours in England im Sommer 1945. Die schweizerische Linke schöpfte darob gewaltig Atem, und das Bürgertum hatte von neuem in der politischen Auseinandersetzung den Beweis dafür anzutreten, dass seine Schöpfung, die liberale Schweiz, auch in einer kollektivistischen Epoche Bestand habe und nicht ein Petrefakt des 19. Jahrhunderts bilde, sondern lebensfähige und lebendige schweizerische Realität auch in der Mitte des 20. Jahrhunderts geblieben war.

Ein weiteres Mal suchte die angreifende Front politische Waffen in der Geschichte der vergangenen zwölf Jahre. Die Kampagne der Linken ging vorerst darauf aus, das schweizerische Bürgertum mit dem eben gestürzten Fascismus in eins zu setzen, damit sein Recht auf die Führung im Staat in Frage zu stellen und es «sozusagen nebenbei unter den Trümmern des Dritten Reiches zu begraben». Der Versuch misslang, weil die Tatsachen nicht gefälscht werden konnten, weil dieses Bürgertum eben nicht fascistisch angesteckt gewesen war, sondern in der vordersten Linie des schweizerischen Widerstands gegen die fremden Ideologien gestanden hatte, wie es ohne Mühe nachweisen konnte.

Den «Vierziger Kropf» zu leeren war nach dem Krieg unumgänglich geworden; man hielt im Blatt die Operation, die vor allem in der Veröffentlichung der Unterzeichnerliste der «Eingabe der Zweihundert» bestand, für heilsam, nicht weil man Genugtuung darüber empfunden hätte, dass damit die Urheber und Mitläufer jenes Vorstosses zur «Anpassung» dem Volkszorn preisgegeben wurden, sondern weil damit die Legendenbildung unterbunden wurde, die aus den «Anpassern» von 1940 die Vertreter des schweizerischen Bürgertums schlechthin machen wollte. Mit Genugtuung konnte man feststellen, dass fast alles, was Rang und Namen hatte in der Schweiz,

nicht auf jener ominösen Liste stand, insbesondere nicht der politisch geschulte und aktive Teil des Bürgertums, sondern dass es vielmehr «die Naiven und Unpolitischen» gewesen waren, die sich in den kritischen Monaten als anfällig und unsicher erwiesen und eine potentielle Gefahr für das Land gebildet hatten. Parteipolitisches Kapital war jedenfalls nicht aus dieser Episode der Schweizergeschichte zu schlagen.

Nachdem diese innere Flurbereinigung einmal vollzogen und der «Kropf» geleert war, trat man im Blatt dafür ein, nun diese Dinge der Vergangenheit ruhen zu lassen und nicht den einer Demokratie unwürdigen Methoden politischer Justiz zu verfallen, deren Opfer doch zur Hauptsache die harmlosen, irregeleiteten Gutgläubigen und Mitläufer geworden wären.

Auch nachdem das Virus dieser und anderer «Säuberungen» aus der politischen Diskussion ausgeschieden war, fiel die Temperatur der inneren Auseinandersetzungen in der Schweiz nicht. Dem ausländischen Beobachter mochten sie in ihrer Vehemenz seltsam und, wenn er ihre Gegenstände an den Fragen mass, mit denen Europa und die Welt konfrontiert waren, übertrieben scheinen. Aber die Schweiz war –so suchte man in der NZZ einmal einem ausländischen Kritiker die Lebhaftigkeit der inneren politischen Kontroversen und die intensive, immer «engagierte» Anteilnahme des Blattes an ihnen zu erklären – die Schweiz war seit je, nach dem Wort Bluntschlis, ein «Land der entschiedensten Parteibildung» gewesen, und dass sie es geblieben war, sprach wohl für die Lebenskraft der kleinen Demokratie. Bei aller Leidenschaftlichkeit des Kampfes wurde aber in der schweizerischen Politik doch nicht ein à tout gespielt; keine Partei, mit Ausnahme der moskauhörigen extremen Linken, politisierte «totalitär», hatte es auf die Vernichtung des Gegners abgesehen; wo es zu Verwilderungserscheinungen kam, waren sie jeweils bald wieder zurückgebildet. Es gab in aller Kontroverse «ein hohes Mass von stillschweigender Übereinstimmung in den wesentlichsten Fragen des Staatslebens» – darüber hatte man nach der Prüfung dieses Krieges, der das Gefühl der nationalen Solidarität wie

noch selten in der Schweizergeschichte gefördert hatte, ruhigere Gewissheit, als man sie in den zwanziger und frühen dreissiger Jahren gehabt hatte, und auf dieser gesicherten Basis war auch ein hartnäckiger Meinungskampf nun wohl zu verantworten.

Er galt, wie gesagt, vor allem dem Bestand des liberalen schweizerischen Erbes und seiner sinngemässen Weiterentwicklung. Die polemische Argumentation hatte sich nicht nur gegen die Analogieschlüsse zu wenden, die aus der Entwicklung im Ausland auf den in der Schweiz einzuschlagenden Weg gezogen wurden, sie hatte auch die schweizerische Ausgangslage neu zu klären. Sechs Jahre hindurch hatten hier Wirtschafts- und Sozialpolitik im Zeichen des Krieges, der immer stärker ausgeprägten zentralistischen Lenkung und Organisation gestanden. Die Leistungen der schweizerischen Wehrwirtschaft, ihres den Forderungen sozialer Gesinnung immer besser entsprechenden Rationierungssystems, der Ordnung der Fürsorge und des Ausgleichs des durch Militärdienst entstandenen Lohn- und Verdienstaufschlags durften sich sehen lassen und übertrafen in ihrer Wirksamkeit weit die Massnahmen, die man im Ersten Weltkrieg auf diesem Gebiet getroffen hatte. Das Blatt hatte ohne den geringsten grundsätzlichen Vorbehalt diese kriegswirtschaftlichen und sozialen Anstrengungen unterstützt und durch seine sachliche kritische Diskussion – sie wurde zu einem guten Teil von den Handelsredaktoren Carlo Mötteli und Robert Ottinger geführt – wohl seinen Teil zur ständigen Verbesserung der Methoden und Resultate beigetragen. Man stand hier auch nicht auf dem Standpunkt, mit der militärischen Demobilmachung müsse mit einem Schlag nun auch in der Wirtschaft die Friedensordnung wieder in Kraft gesetzt, könne sogleich und radikal das Vollmachtenregime abgebaut werden. Umso besser aber war man legitimiert, mit aller Entschiedenheit darauf zu bestehen, dass der kriegswirtschaftliche Etatismus nach einer vernünftig bemessenen Übergangsfrist schliesslich ein Ende finde und wieder einer freiheitlichen Ordnung Platz mache. Die positiven Resultate der Kriegswirtschaft gaben kein Argument ab für ihre Verewigung im Frieden; wo die Linke mit dieser Suggestion zu wirken versuchte,

trat man ihr mit Nachdruck entgegen. Man baute auf die Fähigkeit einer im schweizerischen Sinne liberalen Wirtschaftsordnung, dem ganzen Volk einen würdigen Lebensstandard zu erhalten und die Grundlagen für eine gerechte Sozialpolitik zu schaffen.

Zweimal trat das Blatt 1947 mit einem «Nein» Initiativen entgegen, die offen oder unter Tarnung einen Einbruch in die freiheitliche Ordnung bezweckten: dem sozialistischen Vorstoss unter dem Titel «Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit» und der Konkurrenzvorlage der Unabhängigen: «Recht auf Arbeit». In der dritten grossen sozial- und wirtschaftspolitischen Ausmarchung dieses Jahres vertrat man dafür ebenso entschieden das «Ja». Es galt einerseits der Schaffung einer schweizerischen Alters- und Invalidenversicherung – jenem Anliegen, für das sich das Blatt schon 1931 mit allen Kräften eingesetzt hatte und das nun endlich als «Lex Stampfli» die Nation geschlossen hinter sich fand. Unter einer Stimmbeteiligung, wie sie die Urnen seit langem nicht gesehen hatten, und mit überwältigendem Mehr von Volk und Ständen wurde die AHV am 6. Juli 1947 angenommen.

Mit weniger imposanter, aber doch eindeutiger Mehrheit fanden am gleichen Tag auch die neuen Wirtschaftsartikel der Verfassung Gnade beim Souverän. Die Diskussion über die verfassungsrechtliche Neuformulierung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft, die hier ihren Niederschlag fand, ging zurück in die Vorkriegsjahre. Die NZZ hatte diese Diskussion damals, in der Phase der «Richtlinien», ausserordentlich lebhaft geführt und war im Wesentlichen zu einer Bejahung der bundesrätlichen Kompromissvorlage gekommen, welche die liberale Grundregel der Wirtschafts- und Gewerbefreiheit ergänzte und einschränkte durch eine Umschreibung der Möglichkeiten staatlicher Intervention. Die Vorlage hatte den Krieg überwindern müssen und war nun aufs Neue zur Debatte und Entscheidung gestellt. Der Standpunkt des Blattes blieb im Wesentlichen der gleiche. Das Mass und Verhältnis von Freiheit und Bindung mochte dem Wesen der Frage gemäss ewig umstritten bleiben. Dringend war, dass man auf wirtschaftspolitischem Gebiet wieder eine trag-

fähige rechtliche Basis erhielt. Das im Parlament erarbeitete Kompromisswerk war nicht extrem, leitete weder zur Planwirtschaft über, noch öffnete es der Verbandswirtschaft Tür und Tor. So billigte man ihm im Blatt die Qualifikation einer «durchaus vernünftigen und vertretbaren Verfassungsvorlage» zu und setzte sich, nach offener Diskussion, die auch die Bedenken zum Wort kommen liess, dafür ein.

Der wirtschafts- und sozialpolitische Kurs des Blattes entsprach dem Denken einer Mehrheit des Volkes, wie die Ausmarchungen dieses innenpolitisch bewegtesten Nachkriegsjahres bestätigten: «Keine Sozialisierung, aber wirksame Sozialpolitik – das ist des Volkes Sinn und Meinung, wie man sie nach dem 6. Juli aus den Ergebnissen der letzten eidgenössischen Abstimmungen herauslesen darf.»

Die Nationalratswahlen, die im gleichen Jahr stattfanden, bestätigten von Neuem wieder die Stabilität der innenpolitischen Fronten. Sie änderten wenig am parteipolitischen Gesamtbild des Schweizervolkes, nur dass diesmal, im Gegensatz zu 1943, die Fluktuationen im Kleinen sich zugunsten der Mitte und des Freisinns auswirkten, der wieder zur stärksten Gruppe in der Bundesversammlung aufrückte. So wenig wie in der Krise der dreissiger Jahre oder zur Zeit des sozialistischen Programmentwurfes im Hinblick auf die Nachkriegszeit war jedenfalls auch jetzt, in der Phase des «sozialistischen Europa», in der Schweiz das Zeitalter des Sozialismus angebrochen.

Auf dem Boden eidgenössischer Sachfragen hatten die Entscheidungen die Situation und die Richtung der schweizerischen Politik nach dem Kriege einigermaßen geklärt. Es erwies sich hier auch, dass in den wesentlichen Fragen eine Verständigung mit der Sozialdemokratie durchaus möglich war und dass die Zusammenarbeit, die vor dem Krieg angebahnt worden war und die sich im Krieg bewährt hatte, auch jetzt weitergeführt werden konnte. Trotzdem riss die polemische, bisweilen scharfe Auseinandersetzung des Blattes mit der Linken nie ab. Sie galt weniger der «offiziellen» Politik der Sozialdemokratie im Parlament, die von den mitarbeitswilligen Elementen, den gewerkschaftlichen mehr als den «ideologischen», geprägt war; vielmehr entsprang sie der Notwendigkeit, den Regungen

der «zweiten Seele» in der Sozialistenbrust alle Aufmerksamkeit zu schenken. Wohl kam es nirgends zu Manifestationen des klassenkämpferischen revolutionären Willens, wie sie etwa Genf und Zürich 1932 und 1933 erlebt hatten; aber die Versuchung revolutionären und totalitären Denkens blieb in einem bestimmten Sektor auch der Sozialdemokratie akut, ganz zu schweigen von der extremen Linken, der «Partei der Arbeit», die sich nun völlig in den Bahnen des moskauhörigen Kommunismus bewegte.

Totalitären Bewegungen gegenüber blieb die Reizschwelle des Blattes ausserordentlich tief. Übertrieb es die Gefahren, die dem Lande von der Tätigkeit eines revolutionshungrigen, russlandhörigen äussersten linken Flügels drohen konnten, wenn es den publizistischen Kampf auf diesem Sektor mit einer Vehemenz führte, die an den Frontenfrühling erinnerte? Am Willen zur «Machtergreifung» fehlte es jedenfalls den Extremisten auf der Linken nicht, und mit ihren gegenüber dem Nationalsozialismus verfeinerten Methoden erzielten sie Erfolge, wie sie den Frontisten seinerzeit nie beschieden gewesen waren. Sie verstanden in Zürich in den Gemeindewahlen von 1946 eine breite «Einheitsfront» der Linken zu schaffen, die einen Augenblick lang die Kluft zwischen «demokratischem» und «totalitärem» Sozialismus in Vergessenheit geraten liess, und im Jahr zuvor hatte es die Mobilisation fast der letzten bürgerlichen Reserven durch eine intensive Pressekampagne gebraucht, um die Wahl eines Kommunisten und ehemaligen Spanienkämpfers in den zürcherischen Regierungsrat zu verhindern; nie hatte ein Frontist einen Anhang von über 50'000 Stimmen in diesem Kanton zählen können, wie er dem linksextremen Kandidaten hier zufiel. Auch der linksextreme Vorstoss gegen die staatliche Ordnungsmacht, der auf den Abbau der Polizeikräfte im Kanton Zürich zielte und damit der Politik der Strasse wieder Ellbogenraum zu schaffen suchte, fand grosse Gefolgschaft, u.a. die Sozialdemokratie, die noch vor zwei Jahren für die Stärkung der Polizei eingetreten war.

Man konnte es, besonders in einer höchst unstabilen internationalen Lage, nicht verantworten, den Dingen einfach ihren Lauf zu

lassen und etwa darauf zu bauen, das reformistische Element der Sozialdemokratie werde der radikalen Tendenzen aus eigener Kraft Herr werden; gerade in Zürich war die Verseuchung der Sozialdemokratie durch das kryptokommunistische Infiltrat sehr weit gediehen. So wollte man sich im Blatt nicht scheuen, die Unruhe über die Gefahren, die hier drohten, wachzuhalten und weiterhin gnadenlos der Sozialdemokratie, respektive ihren «anfälligen» Elementen zuzusetzen, damit dort klare Fronten geschaffen und die revolutionären Sektierer in die Isolierung getrieben wurden. Der Hauptstreiter an diesem Frontabschnitt war und ist Ernst Bieri, der schon während des Krieges als Student in den Auseinandersetzungen mit der Linken Hand gereicht hatte und nun auf der Redaktion eine streitbare Feder führte, die auch das formulierte, was das Blatt dem «Politiker des Herzens» gegenüber von Zeit zu Zeit sagen musste, als der Gottlieb Duttweiler weiterhin auf zürcherischem und eidgenössischem Parkett sein unstetes Wesen trieb.

Bis zu einem gewissen Grade prägte also auch in der Nachkriegszeit der innenpolitische Kampf das Bild des Blattes – wie er es seit hundert und mehr Jahren im Grunde immer geprägt hatte. Aber es gab doch auch der öffentlichen Probleme genug, die einer eigentlich polemischen Auseinandersetzung mehr oder weniger entrückt waren und die doch nach sachlicher Diskussion in der Zeitung riefen. So stand im Bereich des Kantons – um nur eines der wichtigsten hier zu nennen – die gewaltige Anstrengung Zürichs zur Debatte, mit dem Bau eines interkontinentalen Flughafens sich den Anschluss an den Weltflugverkehr kommender Jahrzehnte zu sichern – ein Wechsel auf die Zukunft, der unternehmungsfreudigen Optimismus verlangte. Das Blatt brachte ihn auf und setzte sich – besonders mit der Feder Edmund Richners – mit grösstem Eifer für die Verwirklichung des Projektes ein, das im Mai 1946 die Billigung des Volkes erhielt.

Die Frage des Anschlusses an die Welt war der Schweiz auch auf aussenpolitischer Ebene gestellt, seit das im Krieg geborene Projekt der Vereinigten Nationen 1945 Wirklichkeit geworden war. Die

staatspolitische Besinnung wurde zwar durch eine ebenso heftige wie kurzlebige Kampagne der extremen Linken gegen die schweizerische Neutralitätspolitik gestört, aber sie wurde doch auf die Dauer nicht ein Opfer parteipolitischer Agitation. Man konnte sachlich diskutieren, und es gab, im Grossen gesehen, eine gemeinsame, überparteiliche staatspolitische Ebene für die Aussprache. Das Blatt hob allgemein die Notwendigkeit hervor, die kriegsbedingte Isolierung der Schweiz auch auf aussenpolitisch-diplomatischem Gebiet möglichst rasch aufzuheben, und unterstützte die offiziellen Anstrengungen, die auf den Ausbau der diplomatischen Beziehungen des Landes gerichtet waren und die nach einem ersten Rückschlag auch in Moskau fortgesetzt wurden und dort trotz der regierungsfeindlichen Kampagne der PdA schliesslich – 1946 – auch zum Erfolg führten. Es brachte den Vereinigten Nationen betontes Interesse entgegen – Urs Schwarz gab im Verlag der NZZ erstmals auch in deutscher Übertragung die Satzung der neuen Weltorganisation heraus, um der Diskussion die notwendige Grundlage zu geben –, aber nach den Erfahrungen, die das Land mit dem Völkerbund gemacht hatte, wurde die Begeisterung für das neue Experiment und eine eventuelle Teilnahme daran doch überschattet von einer aussenpolitisch bedingten Skepsis.

Die Maxime der bewaffneten Neutralität, die sich ein weiteres Mal so glänzend bewährt und die es dem Land ermöglicht hatte, sich ausserhalb des Krieges zu halten, stand in der Schweiz zu hoch im Kurs, als dass man sie leichthin der Teilnahme am Versuch einer internationalen Kollektivordnung hätte opfern wollen, in der das Gewicht des Kleinstaates so gering wog und deren Basis und Entwicklungsmöglichkeit vorerst noch problematisch schienen. Wenn diese Zurückhaltung dem Land als nationaler Egoismus angekreidet wurde, so konnte man darauf hinweisen, wieviel die sichere Neutralität eines Kleinstaates im Herzen Europas auch im vergangenen Kriege für die andern Nationen wieder bedeutet hatte, wie sehr sie noch immer im Interesse Europas und der Welt lag – bei allen Vorteilen, die sie dem Land selber brachte und die in Erwägung zu ziehen sein gutes Recht war.

Neutralität schloss in der praktischen Politik die Solidarität nicht aus. Wo es dem primären aussenpolitischen Interesse der Schweiz nicht widersprach, da konnte und musste das Land in den internationalen Organisationen mitarbeiten, welche die Vereinigten Nationen nun auf verschiedensten Gebieten ins Leben riefen. IJas neutralitätspolitische Bedenken trat im Blatt auch weit hinter die Betonung des Solidaritätswillens zurück, als es darum ging, in einer durch den Marshallplan ins Leben gerufenen Wirtschaftsorganisation der europäischen Staaten (Organization for European Economic Cooperation, OEEC) am Wiederaufbau Europas tätigen Anteil zu nehmen. Unter Wahrung der vollen Souveränität des Landes freilich: als Washington das Ansinnen stellte, auch in der Schweiz wie in den Empfängerstaaten von Marshallhilfe eine amerikanische wirtschaftliche Überwachungskommission zu stationieren und das Politische Departement in Bern seinen Widerstand dagegen bereits aufgegeben hatte, da reagierte das Blatt empfindlich und negativ – und auf Grund dieser und anderer schweizerischer Pressereaktionen liess die amerikanische Regierung dann von ihrem Vorhaben ab.

Eine besondere Art internationaler politischer Zusammenarbeit hat in der NZZ seit den ersten Nachkriegsjahren schliesslich eine sichere Stätte gefunden: die Bestrebungen der Liberalen Weltunion, des Zusammenschlusses liberaler Kräfte vor allem Europas, der 1947 in Oxford feste organisatorische Form annahm. Von allem Anfang an war das Blatt durch seinen Chefredaktor in dieser liberalen «Internationale» vertreten –, der enge Kontakt, den es mit ihrem Werden und ihren Bestrebungen hielt, führte ihm Mitarbeiter vom Format eines Salvador de Madariaga zu, dessen politische Kommentare im Sinne eines aktiven und standpunktfesten Liberalismus das Gesicht der NZZ in den letzten Jahren mitbestimmten.

Die «Periode härtester Kraftproben und gesteigerter Risiken», die man nach dem Scheitern der Londoner Konferenz Ende 1947 vor allem für die Deutschlandpolitik der Westmächte voraussah, liess nicht lange auf sich warten, und sie sollte sich nicht auf den mittel-

europäischen Raum beschränken. Ende Februar 1948 verschwand die Tschechoslowakei nach einem ferngelenkten kommunistischen Staatsstreich hinter dem «Eisernen Vorhang». Das war ein weithin zündendes Fanal und sichtbares Zeichen für den Stand der Dinge zwischen West und Ost. Die letzten Illusionen über die Natur des bolschewistischen Herrschaftssystems jenseits der Trennlinie quer durch Mitteleuropa, die letzten Illusionen auch über die Möglichkeiten ausgleichender, «Brücken bauender» Politik innerhalb der kommunistischen Sphäre verfliegen nun im Westen, im Bürgertum wie bei der gemässigten Sozialdemokratie. Wo Moskau herrschte, da duldet es nur die vollkommene Gleichschaltung und Hörigkeit. Diese Einsicht hatte das Blatt schon vorher, aus der Entmachtung der Kleinlandwirtepartei in Ungarn, der Hinrichtung des bulgarischen Bauernführers Petkoff, der Ausschaltung Manius in Rumänien, dem Terror gegen die nicht im erwünschten Mass gefügige Partei Mikolajczyks in Polen, gewonnen und formuliert; das Momentbild, das ein Berichtstatter der NZZ, Eric Mettler, im Herbst 1947 von der Tschechoslowakei gezeichnet hatte, zeigte auch dieses Land auf dem Wege zur Gleichschaltung. Was sich jetzt in Prag abspielte, lag in der Konsequenz einer Entwicklung, auf die man sich am Blatt geistig bereits eingerichtet hatte. Man schickte einen Korrespondenten, Hans Tütsch, an Ort und Stelle, der unerschrocken und mit den Worten, die ein demokratisches Bewusstsein für den Werdegang einer «Volksdemokratie» zur Verfügung hatte, den Prozess der Machtergreifung und Machtsicherung kommunistischen Typs beschrieb.

Die Unterjochung der Tschechoslowakei schuf jenes politische Klima, das der Ausdruck «Kalter Krieg» umschreibt und das zumindest während des folgenden halben Jahrzehnts nun herrschen sollte. Das Trugbild einer durch die «Grossen Drei» oder die «Grossen Fünf» sicherzustellenden Weltordnung verschwand; an seine Stelle trat schärfster Antagonismus, kaum überbrückbare Gegensätzlichkeit. Über Europa lag, dunkler denn je, der Schatten des sowjetrussischen Imperialismus, von dem niemand sagen konnte, wo er sich seine Ziele gesetzt hatte. Auf jeden Fall legte er der freien

Welt sogleich eine harte Machtprobe auf, in der es um die Position Berlin ging, und indirekt um Deutschland überhaupt. Es war eine Probe auf Biegen oder Brechen. Der Westen bestand sie unter ungeheurem Aufwand seiner materiellen Mittel, mit dem er fast ein Jahr hindurch die blockierte Stadt weit hinter der Demarkationslinie über eine «Luftbrücke» versorgte. Hier war nun nach Überwindung zählbarer Illusionen aus einer Phase idealistischer Gutgläubigkeit jene Politik gefunden und verwirklicht, die allein einen Halt bieten konnte und eine entschlossene Abwehr der Gefahren aus dem Osten möglich machte: eine Politik der Festigkeit, der Stärke und Einigkeit der freien Welt mit dem Ziel der Eindämmung des sowjetischen Kolosses.

An der hier eingehaltenen, seit dem Marshallplan, ja seit der Rede von Fulton vorgezeichneten Grundlinie orientierte sich das politische Urteil des Blattes. Es hatte – um dieses Thema hier noch einmal aufzunehmen – nicht eine «neutrale» Mitte zu halten, weil es in einer Zeitung eines Staates vertreten wurde, der sich auch in der Auseinandersetzung der Machtgiganten neutral verhielt. Die freie politische Meinungsäußerung beanspruchte nach wie vor das Recht – um nicht zu sagen: drängende Notwendigkeit zwang sie dazu –, Stellung zu nehmen in dem gewaltigen Kampf um Europa und damit um die Vorherrschaft in der Welt, der sich nun entsponnen hatte. Angesichts der bolschewistischen Bedrohung und dessen, was auch für den schweizerischen Kleinstaat hier auf dem Spiel stand, nach einem Standort zwischen den Blöcken zu suchen, wäre ein völlig künstliches, inhaltsleeres Unternehmen gewesen; das Urteil *musste* sich mit der Sache der freien Welt identifizieren, der die Schweiz in jeder Beziehung zugehörte, auch wenn ihr staatspolitisches Interesse in einer konsequenten Neutralitätspolitik am besten aufgehoben war. Und die Einsicht drängte sich auf – befruchtet von der Erfahrung im Umgang mit «totalitärer» Politik –, dass einzig Stärke und Einigkeit des Westens den Damm in Europa errichten und halten konnten. Folgerichtig führte ein Weg von da zum defensiven Zusammenschluss der freien Welt im Atlantikpakt, und folgerichtig war es, wenn das Blatt nach der Schaffung dieser Allianz im

Frühjahr 1949 die Meinung vertrat, diesem Instrument müssten nun die «Zähne» der Macht, das heisst eines ausreichenden Verteidigungspotentials eingesetzt werden, wenn es die ihm zgedachte abschreckende Wirkung auf den aggressiven Gegenspieler zeitigen sollte, in dessen Kalkül nur Divisionen oder Atombomben zählten.

In dieser Grundkonzeption vom «richtigen Weg» der westlichen Politik in der Situation der Bedrohung wollte und konnte man sich und den Leser nicht beirren lassen durch Kritik von sekundärer Bedeutung, durch antiamerikanische Ressentiments, wie sie später auf dem Kontinent und in Grossbritannien allmählich zu grassieren begannen, durch die Idee einer «dritten Kraft», genannt Europa, die keine war und in absehbarer Zeit keine werden konnte, durch den Gedanken einer «Neutralisierung» Deutschlands, die seine schliessliche Preisgabe bedeutet hätte. Man verteidigte diese Grundkonzeption auch, als sie durch Amerika selber einen Moment lang gefährdet schien – gegenüber einem Rückfall Trumans in «dilettantische Diplomatie», als er 1948 über seine europäischen Partner hinweg Kontakt mit Moskau suchte und damit, wäre er auf diesem Weg weitergegangen, der sowjetischen Politik eben jene «Manövrierfähigkeit» gegenüber dem Westen wieder gegeben hätte, die sie in ihrer Isolierung zu erlangen suchte. Die Geschlossenheit des Westens musste bestehen bleiben; wo sich Desintegrationserscheinungen zeigten, da fand Moskau sogleich eine Einbruchsstelle, die es in diesem zähen politischen Positionskampf ausnutzen konnte.

Aus dem Bannkreis der «politischen Kriegführung» war die deutende Betrachtung des Blattes auch nach Kriegsende kaum je herausgetreten. Während der ersten Nachkriegsjahre waren es die politischen Entwürfe auf weite Sicht gewesen, die eine kritische Diskussion verlangt hatten. Jetzt aber, da die Front festgelegt und doch auf ihrer ganzen Länge, bald da, bald dort in Bewegung war und ein Vorstoss unversehens und am nicht vermuteten Ort plötzlich Tempo annehmen konnte, jetzt machte man es sich zur Aufgabe, Zug um Zug, Runde um Runde dieses Kampfes mit peinlicher Aufmerksamkeit zu analysieren und zu werten und Wirkungen und Nebenwir-

kungen im kommunizierenden System des «Kalten Krieges» unter genauer Beobachtung zu halten, soweit man das überhaupt konnte.

Das Netz der Berichterstattung wurde weitmöglichst diesem Bedürfnis angepasst. Berlin, wechselnd besetzt von Eduard Geilinger, Hans Tütsch, Rudolph Hafer, seit 1951 von Otto Frei, wurde ein Beobachtungsposten von grösster Bedeutung. Hans Tütsch wurde 1949 ein weiteres Mal nach Prag delegiert und konnte dort vor allem Einblicke in die Methodik der Unterdrückung jeder Art von Opposition gewinnen, doch wurde er zurückberufen, als man Beweise dafür fand, dass ihn das Regime bespitzeln liess. Ernst Halperin, der Sohn des früheren Berliner Korrespondenten der NZZ, ging 1949 mit einem Auftrag des Blattes nach Jugoslawien, um das widerspruchsvolle Bild eines Moskau abtrünnig gewordenen ehemaligen Satellitenstaates zu klären. Max Mehlem, der seit dem Kriegsende sein Standquartier in Stockholm hatte, hielt ständigen engen Kontakt mit der Entwicklung in Finnland. Eric Mettler, der 1944 zur Auslandsredaktion gestossen war, löste 1946 auf dem Posten in Rom Robert Hodel ab, liess als ein bildkräftiger Schilderer das Italien der Nachkriegszeit im Blatt lebendig erstehen und hielt einen kritischen Blick auf der sozialen Problematik dieses Landes wie auf der Tätigkeit seiner extremen Linken. Aus Paris berichtete seit 1946 als politischer Korrespondent Reto Caratsch, der nach einem kurzen Intermezzo auf der Redaktion eines Basler Blattes wieder in den Dienst der NZZ getreten war und dessen unfehlbarer Präsenz das Blatt eine lückenlose Darstellung der dramatischen Wechselfälle französischer Nachkriegspolitik verdankt; als kompetenter Wirtschaftsberichterstatter, in dessen Artikeln auch der soziale Hintergrund der politischen Tragödie Frankreichs Farbe gewann, wirkte ebenfalls in Paris Salomon Wolff. Friedrich Wlatnig kehrte nach dem Krieg wieder nach Wien zurück, das ihm nun allerdings nicht mehr im gleichen Masse wie früher den Ausblick nach Ungarn und dem Balkan gestattete. Die Balkanpolitik wurde auf der Redaktion von Hans Hartmann betreut, solange man sich in jenem Teil Europas überhaupt eine einigermaßen sichere Nachrichtenbasis erhalten konnte.

Als der Eiserner Vorhang dann aber undurchdringlich geworden war, zog man auf dem Blatt das Schweigen über diese Länder einer aus unzuverlässigen Quellen genährten Information und Deutung vor.

Von unschätzbare Bedeutung gerade in der Situation des «Kalten Krieges» waren für das Blatt natürlich die eigenen Beobachter in den westlichen Machtzentren, Hans Egli und Wilhelm W. Schütz in London und vor allem Werner Imhoof in Washington, der seine die Kräfte eines Einzelnen oft aufs Äusserste beanspruchende Informationsaufgabe souverän erfüllte und dessen unabhängige und kompetente Deutung amerikanischer Politik über die schweizerischen Grenzen hinaus Gewicht erhielt. In China schliesslich, das die kommunistischen Heere Mao Tse-tungs zu überfluten begannen, war seit 1946 wieder Walter Bosshard als Korrespondent der NZZ tätig. Er blieb 1948/49 im eingeschlossenen Peking und fand auch nach der Besetzung der Stadt durch die Kommunisten für eine Zeitlang noch lockere Maschen in ihrem Überwachungssystem, um auf Umwegen Berichte nach Zürich zu telegraphieren. Als ein Bleiben in China unmöglich geworden war, bereiste er im Auftrag des Blattes Südostasien und, wenige Wochen vor Kriegsausbruch, Korea.

Dieses weitgespannte Netz eigener politischer Berichterstattung – von seiner Ergänzung und Weiterentwicklung wird noch die Rede sein – ermöglichte dem Blatt in einem hohen Masse die Erfüllung der umfassenden weltpolitischen Informationsaufgabe, die es sich zum Ziel gesetzt hatte. Es leistete damit einen Beitrag zur Aufhebung der Isolierung des eigenen kleinen Landes vom Weltgeschehen, die man hier nach dem Krieg schmerzlich empfunden hatte, und zur «Erleuchtung» seiner öffentlichen Meinung, die gerade in der akuten internationalen Krise um die Jahrhundertmitte wieder eine Aufgabe von grösster Bedeutung und Dringlichkeit war. Durch seine Informationsleistung festigte das Blatt auch sein internationales Ansehen, und seine Stimme, die eines unabhängigen, nüchternen und als kompetent eingeschätzten Urteils, vermochte über die Landesgrenzen hinaus zu dringen und zu wirken.

Immer aber ging neben der Ergründung und Beobachtung kommunistischer Politik und Taktik auf der Ebene des Faktischen im Blatt auch die intensive geistige Auseinandersetzung mit dem Kollektivismus und seinem noch in Macht stehenden totalitären System weiter, wurde sie philosophisch, politisch, nationalökonomisch vertieft und dem Leser auch in ihrer literarischen Gestalt nahegebracht, etwa durch den Abdruck von Romanen Köstlers («Sonnenfinsternis»), Orwells («1984») und neuerdings Bradburys («Fahrenheit 451») im Feuilleton.

Mit dem unprovokierten Überfall einer kommunistischen Satellitenarmee auf die Südkoreanische Republik schlug an einer unvermuteten Stelle der Positionskampf des «Kalten Krieges» in eine mit Waffen geführte Bewegungsschlacht um. Der Übergang des Kommunismus zur offenen Aggression veränderte und dramatisierte die Aspekte der weltweiten politischen Auseinandersetzung. Im Zeichen globaler kommunistischer Strategie konnte die Aktion im Fernen Osten nicht isoliert betrachtet werden. War sie ein Ablenkungsmanöver, ein Signal, dass nun auch an den andern Fronten die offensive Bewegung in Gang kommen würde? Mit Warnungen von einer Eindringlichkeit, wie sie hier seit dem ersten Kriegsjahr nicht mehr formuliert worden waren, trat das Blatt in den Sommer- und Herbsttagen 1950 der Meinung entgegen, der gestaute Aggressionsdrang des Kommunismus habe sich nun für einmal in Asien Bahn gebrochen und Europa könne mit einer Entspannung rechnen, forderte es die ungeschmälerte, ja verstärkte machtmässige Präsenz des Westens auf dem europäischen Kontinent, der nach seiner Meinung nach wie vor der entscheidende Schauplatz blieb. Der dringliche Ton dieses mehrmals erhobenen redaktionellen «ceterum censeo» verriet die brennende Sorge über eine mögliche Umorientierung vor allem der amerikanischen Politik, wie sie jetzt als Versuchung wieder an Washington herantrat, und über die unabsehbaren Folgen, die ein sowjetisches Übergewicht in Europa für den Kontinent hätte zeitigen müssen.

Es gelang, dem kommunistischen Ansturm in Korea Halt zu gebieten und den Konflikt zu isolieren, ohne die europäische Bastion zu entblößen und damit preiszugeben. Mit Dringlichkeit aber war nun die Frage der politischen und militärischen Organisation des westeuropäischen Kontinentes gestellt. Es war in erster Linie die Frage nach der Stellung Deutschlands und seiner eventuellen Einbeziehung in ein europäisches Verteidigungssystem. Der Gesichtswinkel, unter dem man sie sehen musste und im Blatte auch sah, war durch die internationale Lage gegeben. Sie verbot es, westlich der Demarkationslinie in Europa ein militärisch nur notdürftig gesichertes politisches Vakuum weiterbestehen zu lassen, das Aggression oder Infiltration anziehen musste. Man hatte es 1948 begrüsst, dass der Westen aus dem sterilen, von Moskau mit Absicht lahmgelegten System der Viermächteverwaltung heraus den Weg zu einer aktiven Deutschlandpolitik gefunden und in den westlichen Besetzungszonen den Aufbau eines neuen demokratischen und föderativen Staatswesens zu fördern begonnen hatte. Rudolph Hafer, der 1946 mit Berichten aus Spanien in die Reihen der Mitarbeiter des Blattes getreten war, verfolgte als wirtschaftlicher und politischer Beobachter von Frankfurt und später von Bonn aus den Gang dieses Experiments, das in den Wahlen vom August 1949 die erhofften Früchte trug und zeigte, dass in Westdeutschland die politischen Grundlagen für den Aufbau einer demokratischen Republik vorhanden waren. Wenn dieser Staat an der Grenze der freien Welt ein zuverlässiger Partner der Demokratien werden und wenn seine innere Normalisierung in Gang kommen sollte, dann musste sein Bestand machtmässig gesichert, musste die drückende Ungewissheit über sein Schicksal in einer höchst exponierten Zone, das ständige Gefühl akuter Bedrohung gebannt werden durch ein wirksames Verteidigungsinstrument. Von dem Standpunkt aus beurteilt, den man am Blatt in der internationalen Politik einnahm, war die Wiederaufrüstung Deutschlands nicht in erster Linie eine «deutsche Frage»; die Antwort ergab sich weniger aus einer Diskussion über die Wünschbarkeit oder Verwerflichkeit einer «Remilitarisierung»

Deutschlands, sie wurde vielmehr von der Notwendigkeit diktiert, die Abwehrfront gegen den kommunistischen Angriff dort zu halten, wo sie nun verlief. Vor dieser ersten Notwendigkeit musste selbst die bange Frage in den Hintergrund treten, ob eine Wiedererstehung der Wehrmacht der demokratischen Entwicklung Deutschlands zuträglich sei.

Die Frage, die im Sommer 1950 in einer weltpolitischen Not-situation zum erstenmal mit Dringlichkeit gestellt war, ist heute noch nicht endgültig gelöst. Sie wurde zum Angelpunkt der europäischen Politik, ob sie nun direkt zur Diskussion stand oder im Hintergrund der Auseinandersetzungen über eine Einigung Europas blieb. Ihre Geschichte mit all ihren Peripetien aus der Perspektive der NZZ nachzuzeichnen, kann nicht mehr die Aufgabe dieses Rückblickes sein. Das politische Urteil des Blattes nahm weiterhin sein Mass nicht an nationalen oder regionalen Gesichtspunkten, sondern an der weltpolitischen Lage, die bis zum heutigen Tag vom gefährlichen Gegensatz der beiden Blöcke bestimmt geblieben ist, und an der Notwendigkeit der Abwehr und Eindämmung der vom Sowjetreich drohenden Gefahr. Man konnte und kann im Blatt nicht eine nationale Politik, nicht «Europa» diskutieren, ohne dabei jene Macht im Auge zu behalten, die mitten in Europa Fuss gefasst hat und auf alle Politik diesseits des Eisernen Vorhanges ihren dunklen Schatten wirft. An der Frage, wie weit sie der Tatsache dieser Bedrohung Rechnung trugen und in einem der Situation angemessenen Tempo die Abwehrkraft steigerten, mass man insbesondere jene Bestrebungen, die auf der Ebene unverbindlicher Debatten in Strassburg, in Form des Schuman-Planes einer Verschmelzung der nationalen Schwerindustrien des westeuropäischen Kontinents, als Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, den Zusammenschluss der freien kontinentalen Nationen zu einem europäischen Bund oder Überstaat betrieben – und die man bisweilen als Verzögerungs- und Ausweichmanöver vor allem Frankreichs ansehen musste, das so offensichtlich Mühe hatte, eine den Forderungen der Realitäten gerecht werdende Aussenpolitik zu führen.

Die Schockwelle des Jahres 1948 hatte auch die Schweiz getroffen. Drei Jahre nach Kriegsende war der Horizont wieder so verdüstert, wie er es 1938 gewesen war. Das Vorfeld, das zwischen dem Land und der Frontlinie des «Kalten Krieges» lag, war zu schmal, als dass man nicht in vollem Mass von jenem tiefen Gefühl der Unsicherheit und Bedrohung miterfasst worden wäre, das Westeuropa zu beherrschen begann und das sich im Herbst 1950 bis zur Kriegsangst steigerte – von jenem «würgenden Gefühl, dies alles oder etwas ganz ähnliches schon einmal erlebt zu haben».

Der Anschauungsunterricht über die kommunistische Technik der Machteroberung, den man am Prager Beispiel noch einmal und in eindrücklichster Weise vermittelt bekam, blieb nicht ohne innenpolitische Folgen. Man wusste nun, wessen man sich von der extremen Linken zu versehen hatte, und man setzte das publizistische Mittel der Zeitung entschlossen ein, um diese Erkenntnis lebendig zu erhalten. Prag hatte auch in der schweizerischen Sozialdemokratie die Fronten geklärt. Die NZZ unterstützte jenen – den stärkeren – Flügel der Partei, der die aus ideologischer Unsicherheit oder taktischen Erwägungen heraus geknüpften Bande mit der I'dA auf der extremen Linken zu lösen trachtete, und ging scharf mit einigen sozialistischen Organen ins Gericht, die ihre Augen noch immer geschlossen hielten vor der Einsicht, dass der schweizerische Kommunismus ein Teil der internationalen Gefahr, eine potentielle oder bereits tätige Fünfte Kolonne war.

Die Erfahrung der letzten fünfzehn Jahre erleichterte der Presse nun ihre Aufgabe, die öffentliche Meinung aufs Neue aufzurütteln und ihr die Grösse der Gefahr vor Augen zu führen. Spontan erwachte der schweizerische Abwehrwille und war wieder ein Grad von politischer Alarmbereitschaft hergestellt, der früher oft nur nach intensiver publizistischer Anstrengung erreicht worden war:

«Belehrt durch die Geschichte, geschult durch den politischen Kampf gegen die Hitlergefahr, tritt das Schweizervolk der neuen Bedrohung seiner Freiheit durch die näherrückende Walze der „Volksdemokratie“ mit einmütiger

Geschlossenheit gegenüber. Seine nationalen Abwehrreflexe funktionieren, seine moralischen Reserven sind unverbraucht.»

Die Partei der Arbeit isolierte sich selber von der nationalen Gemeinschaft, vollends, als sie 1949 vom französischen Kommunistenführer Thorez die offene Landesverratsparole übernahm. Diese Partei zu verbieten, hätte man die rechtlichen Mittel gehabt, und die inneren Hemmungen vor diesem Schritt waren auch beim liberalen Bürgertum längst gefallen vor der Erkenntnis, dass, wie im Blatt gesagt wurde, «der Liberalismus mehr als einen Fehler, nämlich ein Verbrechen begeht, wenn er durch dogmatische Unbedingtheit sich selbst sehenden Auges zum Untergang verurteilt». Die NZZ hielt es jedoch für angemessen, ein solches Verbot erst in Zeiten höchster Spannungen auszusprechen, und zog es vor, die potentiellen Landesverräter «an den Urnen zählen» zu können, statt sie bereits jetzt im romantischen Halbdunkel der Illegalität zu wissen.

Von Neuem forderte die internationale Lage vom Land nun wieder die Anstrengung, seine militärische Rüstung auf die Höhe der Aufgabe zu bringen. Rings um die Schweiz kam, besonders seit der Schaffung einer gemeinsamen Verteidigungsorganisation der Atlantikpaktstaaten, die Aufrüstung in Gang. Mitten in einer Verteidigungsfront der Westmächte durfte die neutrale Schweiz nicht zur schwachen Stelle und damit zum Anziehungspunkt eines militärischen Angriffs werden – mochte man sich auch da und dort im Lande, in leichter helvetischer Überheblichkeit, noch rühmen, gegenwärtig die «stärkste Armee Europas» zu haben. Diese Armee bedurfte, so stark sie zahlenmässig gegenüber den andern Kleinstaaten und sogar grosser Nationen erscheinen mochte, einer konsequenten Modernisierung, für die sich das Blatt schon vor 1948 eingesetzt hatte und die es nun mit gesteigertem Nachdruck verfocht. Es war freilich kein publizistischer Kampf mehr um den Grundsatz der Aufrüstung und der militärischen Bereitschaft, wie er noch in den dreissiger Jahren gegen eine antimilitaristische Linke hatte geführt werden müssen. Die Lehren des Krieges sprachen eine allzudeutliche Sprache, als dass dieser Grundsatz noch offen von einer bedeutenden politischen

Gruppe hätte in Frage gestellt werden können. Die Opposition zeigte sich eher im Kampf um das Mass dieser Rüstung, und hier gebot das nationale Interesse dem Blatt, für ein «mehr» eher denn für «weniger» einzutreten.

Wenn das grosse Rüstungsprogramm des Militärdepartementes kaum eine grundsätzliche Kontroverse von politischer Bedeutung auslöste – mit Ausnahme der bis in unsere Tage wütenden «Panzer-schlacht» – so setzte dafür, schweizerischer Tradition getreu und in Parallele zu 1939 – die Frage der Finanzierung dieser beträchtlichen zusätzlichen Anstrengung die Gemüter für zwei Jahre in Bewegung. Das Blatt trat für die Deckung der Rüstungsvorlage durch eine Getränkesteuer, eine Erhöhung der Wehrsteuer und eine Reduktion der kantonalen Anteile an dieser Einnahmequelle ein. Entschieden wandte es sich gegen eine neue Belastung der Vermögen, die schon durch die Eingriffe von 1940 und 1945 und durch die Geldentwertung die Grenze des Tragbaren erreicht hatte. Eine Vermögensabgabe konnte «ultima ratio» des Fiskus in angespanntester Lage sein, sie durfte aber nicht am Anfang einer Entwicklung stehen, die noch mehr und schwerere Opfer vom Steuerzahler verlangen konnte. Die Abstimmung vom Mai 1952 bewies mit der Verwerfung einer sozialistischen Initiative für ein Vermögensopfer, dass bei einer Mehrheit des Volkes ein Sensorium für Fairness, für den Schutz einer Minderheit vor unbeschränkter Ausbeutung durch Klassensteuern bestand. Auch die bundesrätliche Vorlage über die Rüstungsfinanzierung, für die das Blatt in der freisinnigen Front gefochten hatte, wurde dann allerdings zu Fall gebracht. Die günstige Konjunkturlage des Landes, die seit 1950 wieder Jahr für Jahr ihre Produktionsrekorde überbot und den Fiskus entsprechend speiste, milderte die Folgen dieses Entscheides für den Staatshaushalt.

Das Stichwort ist gegeben, jener Frage und ihrem politischen Leidensweg nachzugehen, die zum inneren Kardinalproblem des schweizerischen Bundesstaates nach dem Krieg geworden ist: der Bundesfinanzreform. Auch sie hatte, wie die Wirtschaftsartikel,

über den Krieg hinweg vertagt werden müssen, nachdem 1938 ein erster Anlauf gescheitert war. Ihrer Natur nach ein Problem fiskalischer und verfassungsrechtlicher «Normalisierung», hat sie sich unter dem Zwang der Umstände zu einem Politikum ersten Ranges ausgewachsen.

Die Linie des Blattes in dieser Frage – ihre Behandlung war und ist der kompetenten Feder des Handelsredaktors Franz Aschinger anvertraut – ist trotz allen Wechselfällen der Debatte und der Entscheidungen hindurch deutlich nachzuziehen. Grundsätzlich trat es dafür ein, dass das Problem von der sachlichen Seite her durchdacht und in Angriff genommen und nicht staatspolitisch oder ideologisch dramatisiert, nicht zur Schicksalsfrage des Bundesstaates oder einer bürgerlich-liberalen Weltanschauung gestempelt werde, die es in keiner Weise war. Es ging hier darum, dem Bund auf verfassungsmässiger Grundlage eine Einnahmenquelle zu sichern, die er zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben notwendig brauchte – der Aufgaben, die der Eidgenossenschaft im Zug ihrer Entwicklung zu einem modernen Sozialstaat und mit der Pflicht der Wehrhaftigkeit nun einmal aufgebürdet waren und die nicht mehr von ihren Schultern genommen werden konnten. Dieser Tatbestand und diese Notwendigkeit mochten formell nicht bestritten sein; aber der Streit um das «wo» und «wie» und «wieviel» dieser Einnahmenquelle mochte manchmal auch diese Grundtatsache in Frage stellen, so dass man sie jeweilen wieder in den Vordergrund rücken musste. Seine traditionell staatsbejahende – wenn auch entschieden nicht etatistische – Haltung liess das Blatt jedenfalls nicht in Versuchung kommen, an ihr rütteln zu wollen.

In der Frage des «wie» erwies es sich als ein Vorteil, dass man, wie der schweizerische Freisinn überhaupt, nicht starr dogmatisch festgelegt war. Man konnte jedenfalls das konservativ-föderalistische Argument nicht teilen, dass durch die Verankerung einer direkten Bundessteuer in der Verfassung das bundesstaatliche Prinzip untergraben werde, und ebensowenig war man, wie die etatistisch denkende Sozialdemokratie, auf die Idee einer direkten Bundessteuer ge-

wissermassen ideologisch eingeschworen. Die Manövriertfreiheit, die man in der Mitte hatte, nutzte das Blatt für die Lancierung sachlicher Reformvorschläge mit dem Ziel, ein abstimmungsreifes und praktisch realisierbares Projekt zustande zu bringen. Die Vorschläge stützten sich auf das Prinzip einer direkten Bundessteuer, trachteten aber nach einer gerechteren und zugleich «milderen» Lösung, als sie die gegenwärtige Wehrsteuer bot. Diese grundsätzliche Stellungnahme zugunsten einer direkten Bundessteuer, zu der man sich bekannte, weil man keine gut fundierte Alternativlösung sah, enttäuschte jene Kreise, die von einer Finanzreform die Abschaffung dieser Steuer erwarteten, und brachte das Blatt zur Abwechslung dort in den Ruf, es stehe «links». Dabei wurde übersehen, dass seine Reformvorschläge auf wesentliche Milderungen und Erleichterungen abzielten im Interesse einer wirtschaftlich vertretbaren Fiskalpolitik wie einer Verbesserung des Systems, dessen Resistenzkraft im Hinblick auf eine Volksabstimmung erhöht werden musste; das Blatt meinte es mit diesen Vorschlägen und dieser Absicht jedenfalls ernst und konnte nicht eine Taktik unterstützen, die der Wehrsteuer immer neue Belastungen aufbürden wollte, um sie damit erst recht unpopulär und fallreif zu machen.

Ein im Sinn einer direkten Bundessteuer konzipiertes Projekt scheiterte 1949 im Parlament am Widerstand der Föderalisten. Wenn die NZZ in der Folge an der Ausarbeitung eines Gegenvorschlags aktiven Anteil nahm, der dem Bund die Mittel über den Umweg kantonaler Steuerkontingente sicherstellen wollte, so bedeutete das bei der zum vornherein undoktrinären Betrachtungsweise des Blattes keine Schwenkung; es entschied sich für die Unterstützung der neuen Lösung, weil die Politik den andern Weg vorläufig verschlossen hatte, und weil auf diese Weise durch den Volksentscheid über eine umstrittene Grundfrage der Reform Klarheit erzielt werden konnte. Der Abstimmungskampf wurde in der NZZ sachlich und in ausgiebigem Masse kontradiktorisch geführt; polemisch trat man nur auf gegen eine demagogische Argumentation der Sozialdemokratie und eines linksbürgerlichen Flügels. Die Volksabstimmung vom

4. Juni 1950, die bereits in den Schatten des grossen Rüstungsprogramms trat, das alle Finanzpläne zu sprengen drohte, brachte einen wuchtig negativen Entscheid. Ein zweites Mal musste der Souverän nun, nach Ablauf der dem Notrecht gesetzten Frist, mit einer verfassungsmässigen Übergangsordnung die nächsten fünf Jahre überbrücken und dem Bund ein «provisorisches finanzpolitisches Reduit» sichern, bis in einem neuen Anlauf wieder ein Lösungsversuch auf lange Frist in Angriff genommen werden konnte.

Nach zwei Jahren war die Diskussion abermals im Gang. Das Blatt griff, nachdem sich eine «föderalistische» Lösung in der Volksabstimmung als unrealisierbar erwiesen hatte, im Wesentlichen auf seine früheren Reformpläne zur Verbesserung der direkten Bundessteuer zurück. Es fand damit bei der Ausarbeitung eines mit allzu grosser Eile vorangetriebenen Verfassungsentwurfs zu einer Dauerlösung wenig Gehör und hielt denn auch mit seiner Sachkritik nicht zurück. Wieder aber mussten in der endgültigen Stellungnahme politische Erwägungen vor die sachlichen treten: es war offensichtlich, dass es jetzt keine Alternative gab, für die in Parlament und Volk eine Basis zu schaffen gewesen wäre. So sagte man auch diesmal «Ja» und verfocht es aus politischen Gründen mit Entschiedenheit, selbst gegen die Parole des Zürcher Freisinns, der in dieser Frage von der Stellungnahme der Schweizerischen Freisinnig-demokratischen Partei abwich. Aber auch diese Vorlage fand beim Volk keine Gnade, und ein drittes Mal musste eine befristete Notlösung die Strecke zur nächsten Station auf dem Leidensweg dieses helvetischen Kardinalproblems sichern.

Eine letzte, nicht minder dornenvolle und folgenreiche innenpolitische Entscheidung ist hier zu würdigen: die Ausmarchung einer schweizerischen Landwirtschaftspolitik, die im Frühjahr 1952 mit der Abstimmung über das Landwirtschaftsgesetz wenigstens auf dem Gebiet der Legislatur einen vorläufigen Abschluss fand, wenn auch die sachlich-politische Diskussion auf diesem Feld in unverminderter Heftigkeit weiter dauert. Ihr Faden geht im Blatt durch alle

Jahre hindurch, die hier zu schildern waren, und er läuft, was die Stellungnahme der Redaktion betrifft – vor allem trug Robert Ottinger dafür die Verantwortung –, in gerader, nach grundlegenden liberalen Idealen ausgerichteter Linie. Es war und ist in besonderem Masse kritische Stellungnahme, die sich gegen die wirtschafts- wie rechtspolitischen Gefahren eines überbordenden Dirigismus richtete. Immer entschiedener wandte man sich gegen die Diktaturneigungen der Verbände und offiziellen Körperschaften und Institutionen der Landwirtschaft, die mit zugestandenem oder auf fragwürdiger Grundlage beruhenden staatlichen Machtmitteln ihre besonderen Interessen zu wahren suchten. Der kritischen Wachsamkeit mass man im Blatt gerade in jenen Bereichen Bedeutung und eine heilsame Funktion zu, in denen die ausgeprägte Neigung bestand, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, aber doch zum Teil auf deren Kosten, sich untereinander zu «arrangieren». Der Krieg verlangte dann von der Nation auch auf dem landwirtschaftlichen Sektor eine gewaltige Anstrengung; mit Entschiedenheit trat das Blatt für das grosse nationale Anbauprogramm ein und suchte ihm mit Aufrufen auch in der städtischen Bevölkerung Resonanz zu sichern. Die Notwendigkeit, nach Kräften einer Aushöhlung der Kaufkraft entgegenzuwirken, liess aber auch in dieser Zeit die Kritik nicht verstummen und gab Anlass zu Auseinandersetzungen über die Preispolitik der Landwirtschaft, die so fühlbar zur Verteuerung der Lebenshaltung beitrug.

Man konnte es im Blatt auch nach dem Krieg nicht verantworten, den Dingen hier einfach ihren Lauf zu lassen, der in die Richtung eines nach interventionistischen Grundsätzen durchorganisierten, vor jedem Luftzug ausländischer Konkurrenz geschützten, von Sonderinteressen gelenkten landwirtschaftlichen Marktes tendierte. Die Kritik der NZZ steuerte demgegenüber nicht einen «freihändlerischen», «liberalistischen» Kurs, sondern trug sehr wohl der besonderen Lage der schweizerischen Landwirtschaft Rechnung und anerkannte die Notwendigkeit eines besonderen Schutzes für sie. Aber sie warnte vor den Folgen, die nicht an vorsorgliche Bedin-

gungen geknüpfte Hilfsmassnahmen haben konnten, und insistierte auf dem Leistungsprinzip und der Notwendigkeit der Rationalisierung, deren sich ein staatlich geschützter Erwerbszweig nicht enthoben fühlen durfte.

Dass man im Blatt dem Kompromisswerk des Landwirtschaftsgesetzes, das ein reiches Mass von Intervention und Verbandswirtschaft legalisierte, nicht ohne Bedenken die Zustimmung geben konnte, ist verständlich. Wenn man es schliesslich doch tat, wurde dies in der Folge auch insofern gerechtfertigt, als man sich dadurch die Legitimation zur Kritik in seiner Anwendung und seinem Ausbau sicherte, die viel schwerer wogen als die zur Abstimmung stehenden und in ihrer Substanz immerhin vertretbaren Paragraphen.

Die Stellungnahme des Blattes zu diesen grossen Sachfragen des eidgenössischen Staatslebens – sie mag als Beispiel für andere Entscheidungen dieser Jahre dienen – zeigt ein weiteres Mal, was die Geschichte des Blattes seit hundert und mehr Jahren immer wieder in Erscheinung treten lässt: dass die NZZ nicht im luftleeren Raum eine doktrinäre Ideologie verfocht, sondern dass ihr innenpolitischer Schwerpunkt bei der tätigen Mitwirkung an der praktischen politischen Gestaltung des schweizerischen Staatswesens lag. Das bedingte, dass sie in diesen Entscheidungen, um das oft missdeutete Wort zu brauchen, «politisch» dachte, d.h. sich an den realen schweizerischen Möglichkeiten orientierte und in einem höheren, dem nationalen Interesse auch zum Kompromiss Hand zu bieten vermochte.

Freilich blieb dabei der Richtpunkt der Kritik, der Betrachtung, der aufs Handeln zielenden Diskussion die liberale Idee. Man hatte sie verfochten, als sie in der Krise und in der Nachkriegszeit des «sozialistischen Europa» als unzeitgemäss in Frage gestellt wurde. Aber diese Phase eines defensiven Liberalismus schien nun überwunden. Das Scheitern des sozialistischen Experiments im Ausland, vor allem die Ernüchterung in Grossbritannien, die zunehmende Einsicht in die Problematik des Sozialismus und seinen inneren Widerspruch zur Demokratie, die Erfolge einer freiheitlichen Ord-

nung in der Sicherung und Hebung des allgemeinen Lebensstandards und im Wiederaufbau Europas – vor allem auch der deutschen Bundesrepublik – begannen im Zeichen einer anhaltenden wirtschaftlichen Hochkonjunktur breite Meinungsströmungen auch im kollektivistisch orientierten Lager allmählich umzulenken. Der liberale Gedanke gewann an Überzeugungskraft und Wirkung. An seiner Ausgestaltung und Konkretisierung mitzuhelfen, ihn zu aktivieren und seinen Impuls in der Öffentlichkeit zu erhöhen, das war und blieb ein Hauptanliegen des Blattes, das seit den Zeiten Paul Usteris in der vordersten Frontlinie des schweizerischen Liberalismus gestanden hatte.

Ein Blick auf die heutige Gestalt des Blattes zeigt wohl, dass es das Talent nicht vergraben hat, das ihm vor fünfundzwanzig Jahren als Erbe der Generationen anvertraut wurde. Seine innere und äussere Entwicklung erhielt in der Nachkriegszeit, in einem gewissen Sinn schon während des Krieges – der hier der Vater wenigstens einer ständigen Amerikaberichterstattung war – einen starken Antrieb. Dem europäischen Gesichtskreis des Jahres 1930 entsprach das «europäische Antlitz» des Blattes in jenen Jahren; dem über die ganze Erde ausgeweiteten Blickfeld unserer Tage entspricht wohl in einem hohen Grade seine heutige Gestalt.

Auf die Gefahr hin, mit einer Aufzählung zu langweilen, sei hier das internationale Informationsnetz der NZZ nachgezeichnet. Das Blatt hat gegenwärtig, zu Beginn des Jahres 1955, eigene politische Korrespondenten in folgenden Ländern: Frankreich (Reto Caratsch), Italien (z. Z. Ernst Halperin in Rom, Hermann Schütz in Mailand), Österreich (Friedrich Wlatnig), Westdeutschland (Eduard Geilinger in Bonn, Otto Frei in Berlin), Holland (Fritz Sonderegger), Belgien (Kurt Grünebaum), skandinavische Länder und Finnland (Max Mehlem in Stockholm), Grossbritannien (Eric Mettler und Hans Egli), Vereinigte Staaten (Werner Imhoof), Argentinien (Rico Labhardt). Walter Bosshard, der nach dem Krieg im Auftrag des Blattes wiederholt Südostasien und einmal den Mittleren Osten bereiste und wäh-

rend des Koreanischen Krieges aus Tokio berichtete, weilt gegenwärtig wieder in Asien. Über die Tätigkeit der Vereinigten Nationen in New York berichtet seit 1950 laufend Max Beer. Von regelmässigen Mitarbeitern erhält das Blatt ferner Berichte aus München, Stuttgart, aus Israel, Ägypten, der Türkei, Algerien, Australien, Brasilien, Indien. Dazu kommen gelegentliche Artikel aus fast aller Herren Ländern rings um den Eisernen Vorhang. Redaktoren, Korrespondenten und Mitarbeiter zogen seit dem Krieg in grösseren Informationsreisen für die Leser auf Wiederentdeckung einer veränderten Welt aus: nach Indien (Eric Streiff 1948 und 1954), Israel (Eric Mettler 1948, Heinz Heymann 1950, Eric Streiff 1953), Ägypten (Hans Hartmann 1946, Franz Aschinger 1949, 1954), nach Griechenland und der Türkei (Hans Hartmann, Hans Tütsch wiederholt), Libyen (Eric Mettler 1950), Tunesien (Hans Bänninger 1949), Marokko (Rudolph Hafter 1951), Spanien (Urs Schwarz wiederholt), nach den Vereinigten Staaten (Urs Schwarz und Salomon Wolff), Kanada (Waldemar Höffding), Mexiko (E. C. Schwarzenbach 1949, Urs Schwarz 1952), Südafrika (Franz Aschinger 1954), Lateinamerika (Rudolph Hafter 1952/53), Afrika (Rudolph Hafter 1955/54). Seit dem Herbst 1945, als Albert Müller, der Leiter des Auslandteils, auf der Londoner Aussenministerkonferenz wieder die persönliche Fühlung mit der internationalen Politik hatte aufnehmen und die politische Szenerie der Nachkriegsjahre hatte erforschen können, war das Blatt auch an den zahlreichen internationalen Konferenzen, wo immer es ging, durch einen Redaktor oder Korrespondenten vertreten.

In ähnlichem Masse ist die Wirtschaftsberichterstattung ausgebaut worden. Ständige Handelskorrespondenten hat das Blatt in Paris (Salomon Wolff), Bonn (Edwin Hurter), London (Hans Egli und Heinz Heymann), Mailand (Hermann Schütz jun.), Den Haag (Fritz Sonderegger), Wien (Friedrich Wlatnig), Stockholm (Karl Gehnich), New York (Rudolf Schlesinger und Waldemar Höffding), Kanada (Alfred Zänker), Buenos Aires (Emil Hillekamps); Mitarbeiter berichten dem Handelsteil aus Berlin, Frankfurt, Düsseldorf, Prag, Tel Aviv, Athen, Kairo, aus Australien, Brasilien, Süd-

afrika. Wirtschaftliche Informationsreisen, oft mit den politischen verbunden, und redaktionelle Spezialuntersuchungen an Ort und Stelle ergänzen auch hier immer wieder die Berichterstattung von den Aussenposten.

Es liegt in seiner Natur und in den schweizerischen Gegebenheiten, dass der Inlandteil des Blattes nicht in diesem Mass «expansiv» sein kann. Doch ist auch hier der Ausbau eines möglichst dichten Informationsnetzes in der vielfältigen politischen Landschaft der schweizerischen Kantone zielbewusst gefördert worden mit dem Resultat, dass heute kaum in einem andern Blatt des Landes der Leser einen so umfassenden Überblick über die Probleme und das Leben und Wirken der Demokratie im schweizerischen Bund und seinen Gliedstaaten gewinnen kann wie in der NZZ, die ein eigentliches Sammelbecken auch der inländischen Zeitgeschichte geworden ist. Seine alte Tradition eines zuverlässigen Informationsorgans, das in seinem berichtenden Teil nicht einem Parteistandpunkt, sondern einzig der Objektivität verpflichtet sein kann, hat das Blatt insbesondere auch in der Parlamentsberichterstattung aus Bund, Kanton und Stadt weitergeführt, die eine von allen Parteien als vertrauenswürdig anerkannte Grundlage der schweizerischen politischen Diskussion geworden ist.

Wir haben unsere Schilderung der internationalen politischen Situation unter dem Zeichen des «Kalten Krieges» ausgehen lassen, der auch in der Schweiz das politische Existenzgefühl in der Jahrhundertmitte weitgehend bestimmte. Ist diese Situation überwunden? Die Hoffnung, dass sie es sei, hat in einem Teil der öffentlichen Meinung der freien Welt seit dem Tode Stalins allmählich Wurzeln zu fassen begonnen. Müde der dauernden Anspannung und oft Überspannung ihrer wirtschaftlichen und politischen Kräfte in einer Situation anhaltender, wechselnd akuter Bedrohung und Unsicherheit, überdrüssig einer widernatürlichen geistigen und politischen Entzweiung der Welt und der politischen Schwarz-weiss-Malerei, die sie zur Folge hat, zutiefst beunruhigt auch über die Perspektiven, die

durch die Entwicklung der Atomwaffen zu unvorstellbarer zerstörender Kraft eröffnet sind, lässt sich diese Öffentlichkeit in Bann schlagen von der Hoffnung einer «friedlichen Koexistenz» von Ost und West. Dieses Wort ist eine Schöpfung der Propaganda und auf jene Wirkung berechnet, die es da und dort, auch in der schweizerischen Demokratie, durch seine suggestive Wiederholung zeitigt. Der Presse ist von Neuem die Pflicht überbunden, dem Wunschenken die Wirklichkeit entgegenzusetzen und vor den Gefahren zu warnen, die der freien Welt hier drohen – wie das Blatt im Sommer 1954 schrieb:

«Der Kalte Krieg geht auf allen sich über den Erdball erstreckenden Fronten weiter, und die auf lange Fristen angelegte *kommunistische Strategie der ideologischen Weltoberung* bleibt die gleiche. Die *Taktik* allerdings ist seit Stalins Tod elastischer, subtiler und dadurch – so muss man beifügen – im psychologischen Effekt auf den Gegenspieler auch umso erfolgreicher geworden. Für die Demokratien des Westens bedeutet gerade die heutige Phase des Kalten Krieges eine besondere Gefahr, weil die ausserordentlichen Anforderungen der ständigen Wachheit und Wachsamkeit mit den normalen Veranlagungen und Neigungen ihrer Völker in Widerspruch geraten und die menschliche Seele den Zustand des dauernden „Qui-vive“ überhaupt nicht erträgt. Daher kommt es, dass seit einiger Zeit jedes auch bloss äusserliche und vorübergehende Zeichen einer Entspannung der Situation im Westen sofort zu jenen *Stimmungsschwankungen* der öffentlichen Meinung führt, die allzu leicht in eine fatale Schwächung der moralischen und materiellen Abwehrbereitschaft gegenüber einer potentiell unveränderten Gefahr ausmünden. Diese Neigung zum Wunschenken, auf welche die stereotypen kommunistischen Friedensappelle mit genauer Berechnung spekulieren, hat eine nicht weniger bedenkliche Kehrseite, die in der Möglichkeit des plötzlichen und völligen Umschlagens der Stimmung in Furcht, Verzweiflung und Panik besteht ...»

Wird dem Wort von der «friedlichen Koexistenz» in absehbarer Zeit einmal die Wirklichkeit entsprechen? Ein Urteil darüber wäre ein spekulativer Vorgriff auf die Zukunft, der einer Geschichte der NZZ schlecht anstünde und in ihr auch keinen Platz haben kann. Kein unerlaubter Vorgriff auf die Zukunft aber ist es wohl, wenn man diesem Blatt, dem im totalitären Zeitalter die Skepsis gewissermassen

zur zweiten Natur geworden ist, zutraut, dass es auch künftighin nicht Wunschbildern zum Opfer fallen wird und mit der ihm angebotenen und immer wieder neu erworbenen Nüchternheit jenes Bild der Welt entwirft, an das sich ein verantwortliches politisches Handeln halten kann. Noch hält man hier jedenfalls die Zeit nicht für gekommen, wo eine normalisierte internationale Lage eine Erleichterung des Zustandes erhöhter Wachsamkeit gestatten würde – jener erhöhten Wachsamkeit, unter deren Verpflichtung dieses Blatt und mit ihm ein grosser Teil der schweizerischen Presse nun seit bald fünfundzwanzig Jahren stehen.

LEITUNG UND REDAKTION DER NEUEN ZÜRCHER ZEITUNG 1930-1955

Präsidenten des Verwaltungskomitees

DR. HEINRICH MOUSSON	1929-1940
PROF. DR. DIETRICH SCHINDLER	1940-1948
LEO BODMER	1948-

Chefredaktion

DR. ALBERT MEYER	1915-1930
DR. HANS KLOETZLI	1930-1931
WILLY BRETSCHER	1933-

Verwaltungsdirektion

ERNST RIETMANN	1930-1945
OTTO SIDLER	1945-

INLANDPOLITIK

Robert Thomann	1916-1935	<i>Bern</i>	
Willy Bretscher	1917-1933	Dr. Karl Weber	1930-1952
Alfred Walter Glogg	1920-1936	Max Nef*	1952-
Dr. Reto Caratsch (zeitweise in Bern)	1932, 1941-1944	Hermann Schütz	1946-
Dr. Edmund Richner*	1929-		
Dr. Nicolo Biert	1934-	<i>Gerichtsberichterstattung:</i>	
Dr. Ernst Bieri*	1947-		
Dr. Walter Diggelmann	1945-	Dr. Walter Roth	1925-1930
Dr. Erich Kägi	1948-	Dr. Werner Petrzilka	1931-1935
Dr. Ilans Peter	1940-1952	Dr. Karl Heinz Grabemann	1937-
(Depeschenredaktor)		A. Wespi (Bundesgericht)	1913-

AUSLANDPOLITIK

Dr. Walther Weibel 1919-1944
Dr. Heinrich Droz 1919-1947
Dr. Hans W. Hartmann 1931-1950

Albert Müller 1934-

Dr. Urs Schwarz 1934-

(zeitweise Inland und

Gerichtsberichterstattung)

Edmund C. Schwarzenbach 1945-

Dr. Hans E. Tütsch 1946-

Dr. Eric Streiff* 1948-

Alphons Thoma 1925-

Dr. Fred Luchsinger 1949-

Dr. Rudolph Hafter 1952-

Dr. Paul Lichtenstein 1906-1931
(Nachtredaktor)

Redaktionelle Mitarbeiter:

Dr. Carl E. Loosli, Genf 1926-1954

(Völkerbund und inter-
nationale Organisationen)

Dr. Waldemar Jollos* 1918-1953

(Russische Fragen)

Korrespondenten und ständige Mit- arbeiter im Ausland:

Paris:

Dr. Max Müller 1912-1940

Dr. Max Konzelmann 1923-1940

Dr. Reto Caratsch 1946-

Vichy:

Dr. Eduard Geilinger 1940- 1941

Dr. Max Konzelmann 1941- 1944

Berlin:

Hugo Herold 1880-1936

Joseph Halperin 1929-1932

Dr. Reto Caratsch 1932-1940

Dr. Urs Schwarz 1940-1941

Dr. Eduard Geilinger 1942-1951

Dr. Hans E. Tütsch 1948-1949

Dr. Fred Luchsinger 1951

Dr. Otto Frei 1951-1955

Bonn:

Dr. Rudolph Hafter 1948-1952
(1948-1950 Frankfurt a. M.)

Dr. Eduard Geilinger 1952-

London:

Dr. Eric Kessler 1929-1940

Dr. Hans W. Egli 1940-

Dr. W. W. Schütz 1941-1951

Dr. Eric Mettler 1951-

Washington:

Walter Bosshard 1941-1945

Dr. Werner Imhoof 1945-

New York

(Vereinigte Nationen)

Dr. Max Beer 1950-

Rom:

Dr. Robert J. Hodel	1925-1948
Dr. Eric Mettler	1946-1951
Dr. Hans E. Tütsch	1951-1954
Dr. Ernst Halperin	1954-1955

Mailand:

Hermann Schütz	1916-
----------------	-------

Wien:

Friedrich Wlatnig	1927 -1938,1949-
Dr. Hans Keller	1938-1939

Budapest:

Friedrich Wlatnig	1938-1944
-------------------	-----------

Belgrad:

Dr. Ernst Halperin	1949-1954
--------------------	-----------

Prag:

Dr. Hans E. Tütsch	1948,1949
--------------------	-----------

Helsinki:

Dr. Max Mehlem	1931-1947
----------------	-----------

Stockholm:

Dr. E. H. Regensburger	1936-1947
Dr. Max Mehlem	1948-

Brüssel:

Walter Marti	1927-1934
Kurt Grünebaum	1945-

Den Haag:

Dr. Edwin Hurter	1947-1952
Dr. Fritz Sonderegger	1952-

Spanien:

Alfred Demiani	1929-1959
Dr. Eric Streiff	1931-1932
Dr. Urs Schwarz	1933-1944, 1936, 1937
Dr. Rudolph Hafter	1946-1947, 1948

Istanbul:

Vivy Barck-Holst	1942-
------------------	-------

Israel:

Gerda Luft (Tel Aviv)	1950-
-----------------------	-------

Kairo:

Dr. Edmond Müller	1946-
-------------------	-------

Algier:

Charles E. Ravussin	1941-
---------------------	-------

Johannesburg:

Dr. Hans W. Hartmann	1950-1954
----------------------	-----------

Buenos Aires:

Dr. Enrico Hillekamps	1935-1954
Dr. Rico Labhardt	1954-

Asien und Mittlerer Osten:

Walter Bosshard	1930-1941, 1946-
-----------------	------------------

HANDELSTEIL

Dr. Paul Gygax	1897-1932
Dr. Ella Wild	1909-1932
Otto Matter	1926-
Dr. Otto Germann	1929-1938
Dr. Hans Vollenweider	1932-1938
Dr. Robert Ottinger	1932-
Dr. Walter Berchtold	1938-1945
Dr. Carlo Mötteli	1938-
Dr. Franz Aschinger	1946-
Dr. Hans Zimmermann	1947-

Korrespondenten und ständige Mitarbeiter im Ausland:

Paris:

Dr. J. Gerszuny	1929-1943
Dr. Salomon Wolff	1940-

Berlin:

Dr. E. H. Regensburger	1926-1936
Dr. Felix Pinner	1929-1939
Dr. J. C. Meyer	1936-1940
Dr. Max Frey	1940-1942
Dr. Waldemar Hoeffding	1942-1955
Dr. Ernst Jung	1949-

Bonn:

Dr. Edwin Hurter	1952-
------------------	-------

Frankfurt a. M.:

Dr. V. Muthesius	1947-1953
Dr. Rudolph Hafter (z.T. Bonn)	1948-1952

Düsseldorf:

Ernst Schröder	1947-1954
----------------	-----------

London:

Dr. Hans W. Egli	1926-
Heinz Heymann	1934-
M. Lefo	1917-1942

Mailand:

Hermann Schütz jun.	1947-
---------------------	-------

Wien:

Friedrich Wlatnig	1927-
Dr. Ernst Jirka	1948-1953
Dr. Max Mitic	1953-

Prag:

Dr. Emil Oplatka	1946-
------------------	-------

Stockholm:

Dr. E. H. Regensburger	1936-1947
Prof. Berthold Josephy	1947-1950
Dr. Alfred Zänker	1950-1953
Dr. Karl Gehnich	1950-

Den Haag:

Dr. Wolfgang Hirschberg	1935-1943
Dr. Edwin Hurter	1947-1952
Dr. Fritz Sonderegger	1952-

New York:

Dr. Heinz E. Luedicke	1933-1941
Dr. Rudolf Schlesinger	1942-
Dr. Waldemar Hoeffding	1948-

Kanada:

Dr. Alfred Zänker	1953-
-------------------	-------

Südamerika:

Dr. Enrico Hillekamps	1935-
-----------------------	-------

Australien:

Dr. J. Novak	1949-
--------------	-------

LOKALES

Dr. Willi Bierbaum*	1907-1940
Edwin Amet*	1921-
Ernst Tobier*	1931-
Gotthard Schuh (Bildred.)	1941-

Technik:

Alfred Walter Glogg	1920-1936
Helmut Jauslin*	1945-

FEUILLETON

Redaktionelle Mitarbeiter und Reporter:

Dr. Eduard Briner	1920-
Hans R. Bodmer	1936-1939
Dr. Fritz E. Schütz	1939-
Suzanne Oswald	1941-
Beat Von der Mühl	1946-
Dr. Martin Schlappner*	1950-
Peter Zimmermann	1950-

Dr. Eduard Korrodi	1915-1950
Dr. Jakob Welti	1919-
Dr. Ulrich Ghristoffel	1928-1932
Dr. Hans Barth*	1929-1946
Dr. Hans Graber	1932-1937
Dr. Werner Weber	1946-
Dr. Adolf M. Vogt	1951-
Dr. Adolf Koelsch*	1912-1948

Sport:

Fritz Klipstein*	1932-
Roland Hug*	1951-

Musik:

Ernst Isler	1902-1944
Dr. Willi Schuh	1928-

Die mit * bezeichneten Redaktionsangehörigen und Mitarbeiter haben schon vor dem angegebenen Termin am Blatt mitgearbeitet.

Einige Korrespondenten und Mitarbeiter im Ausland schreiben sowohl für den politischen wie für den Handelsteil des Blattes. Sie sind zum Teil nur an einer Stelle aufgeführt. Gelegentliche Mitarbeiter in zahlreichen weiteren Ländern, Korrespondenten in den schweizerischen Kantonen und zürcherischen Gemeinden und Fachreferenten aller Ressorts sind aus Raumgründen nicht in diese Liste aufgenommen worden.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	7
Einleitung	9
Das Erbe der Generationen	13
Die NZZ im Jahre 1930 (13). Schweizerische Politik (13). Auslands- politik (15). Handelsteil (16). Feuilleton (16). Lokalteil (17).	
Krise der Nachkriegsordnung	19
Das Ideal des Völkerbunds (19). Krise im Fernen Osten (21). Abrüstungs- konferenz (23). Kriegsschuldenregelung (25). «Paneuropa» (29). Fascismus in Italien (30). Weltwirtschaftskrise (33).	
Im Zeichen des Klassenkampfes	36
Nachwirkungen von 1918 bei der schweizerischen Linken (36). Bürgertum in der Defensive (39). Unruhen in Zürich und Genf (41). «Lex Schulthess» (45). Liberalismus und Wirtschaftskrise (46).	
Totalitärer Umbruch in Deutschland	52
Die Deutschlandinformation der NZZ (52). Zersetzung der Weimarer Re- publik (55). Die NSDAP auf dem Weg zur Macht (58). Reaktionen beim Bürgertum (61). Machtergreifung und «nationale Revolution» (66). Juden- verfolgungen (69). Reichstagsbrand (71). Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund (72). Der 30. Juni 1934 (74). Verbote der NZZ in Deutsch- land (79). Weltanschauliche Auseinandersetzung mit dem deutschen Totalitarismus (81).	
Frontenfrühling	85
«Aufbruchstimmung» in der Schweiz (85). Kritik am Frontismus (88). Kampf gegen die «Erneuerer» (95). Vaterländische Besinnung (96). Examens- fragen an die «Fronten» (98). Zürcher Gemeindevahlen 1953 (106). Total- revision der Bundesverfassung (109).	
Nationalsozialistischer Imperialismus	112
Instrumente der Tyrannei in Deutschland (113). Aufrüstung (116). Wiener Putsch 1934 (117). Politik der Mächte gegenüber Deutschland (119). Abessinischer Krieg (126). Bruch des Locarnovertages (129). «Front popu-	

laire» (151). Bürgerkrieg in Spanien (153). Der Untergang Österreichs (159). Herbstkrise 1958 (1+2). Münchener Konferenz (1+6). Zertrümmerung der Tschechoslowakei (1+9). Aussenpolitische Kommentierung unter Druck (1+9).

Ausmarchung auf der Linken 153

Sozialdemokratie und Landes Verteidigung (155). Schweizerische Kampagne für den Ausbau der Armee. (156). Krise des klassenkämpferischen Marxismus (159). Kriseninitiative (16+). Abwertung des Schweizerfrankens (167). Richtlinienbewegung (169). Frontistische Wühlarbeit (175). Aussenpolitische Beziehungen zum Dritten Reich (176). Auf dem Weg zur integralen Neutralität (181).

«Hochgemuter Pessimismus» 184

Rückwirkungen des Untergangs Österreichs in der Schweiz (18+). Politische Hindernisse der Zusammenarbeit (188). Förderung der militärischen Bereitschaft (192). Pressepolitische Auseinandersetzungen (198).

Eine Insel im «Neuen Europa» 208

Polen unter Druck (208). Kriegsausbruch (211). Die schweizerische Presse unter Kriegsbedingungen (215). «Drôle de guerre» (225). Deutscher Angriff im Norden (228). Entfesselung des Krieges im Westen (250). Isolierte Schweiz (25+). «Anpassung» und «Erneuerung» (257). Angriffe gegen die NZZ (250).

Vom Blitzsieg zum Zermürbungskrieg 256

Deutsch-russischer Krieg (256). Propagandakrieg um die Neutralen (259). Ausdehnung zum Weltkrieg (265). Die schweizerische Schicksalsgemeinschaft (266). Politische Kriegführung (272). Informationsprobleme im Krieg (278). «Zonen des Schweigens» (282). «Ostwind» in der Schweiz (285). Ein sozialdemokratischer Bundesrat (291). Sozialpolitische Diskussion (296).

Europa im Schatten des Bolschewismus 300

Europa in Trümmern (500). Zerfall der Kriegsallianz (505). Marshallplan (509). Die Schweiz im Nachkriegseuropa (510). AHV und Wirtschaftskrieg (515). Neuer Radikalismus (516). «Kalter Krieg» (520). Koreanischer Krieg (526). Isolierung der Kommunisten in der Schweiz (529). Bundesfinanzreform (551). Landwirtschaftspolitik (55+). Die NZZ 1955 (557).

Leitung und Redaktion der Neuen Zürcher Zeitung 1930–1955 343